# HOPIUM

Texte zu Zeitenwende, Technokratie und Korporatismus III

Tom-Oliver Regenauer

**Für die Zukunft.**

# HOPIUM

**Texte zu Zeitenwende, Technokratie und Korporatismus III**

**regenauer.press | Anthologie 2024**

**Tom-Oliver Regenauer**

© 2025 regenauer.press | Swiss Caldera Media
c/o mgmt International Management GmbH
Ra Carà 8, CH-6926 Montagnola
E-Mail: info@regenauer.press

Redaktionell verantwortlich: Tom-Oliver Regenauer
Lektorat: Eliane Pichon
Satz: Robert Schumann (Buchgut, Berlin)
Collagen: Sebastian Herrling (Berlin)
Illustration: Tina Ovalle (tinaovalle.com)
Umschlaggestaltung: Tom-Oliver Regenauer
Portrait: Inés Kieferle (Bildwerk7)

Druck und Distribution im Auftrag des Autors:
tredition GmbH, Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926 Ahrensburg, Germany
ISBN: 978-3-384-50480-7
Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

SWISS CALDERA MEDIA

**Gegen Tyrannei.**

**Inhaltsverzeichnis**


| | |
|---|---|
| Präludium | 11 |
| Korrelation, Kausalität & Kapitalverbrechen | 23 |
| Leuchtturm der Autonomie | 32 |
| Die sechste Dimension | 41 |
| Sie wollen Krieg | 59 |
| Observationsökonomie | 62 |
| Arenen der Arroganz | 75 |
| Monopole, Macht und Mord (Teil 1) | 82 |
| Monopole, Macht und Mord (Teil 2) | 99 |
| Regressive Revolution | 120 |
| Migration als Waffe | 147 |
| Gestatten, Peter Thiel | 153 |
| Der letzte Raubzug | 172 |
| Propositum 2040 | 184 |
| Schlachtfeld Gehirn | 193 |
| Biofeudalismus | 196 |
| Stiefelfarben | 212 |
| Smarter Exodus | 236 |
| Trump Reloaded | 251 |
| Die glorreichen Sieben | 272 |
| Regieren ist organisierte Kriminalität | 292 |
| Zerebrale Zermürbung | 312 |
| Die Konstante Veränderung | 328 |
| Der Weg ist das Ziel | 353 |
| Der unsichtbare Dritte | 354 |
| Blind (Songtext) | 366 |
| 2009 (Songtext) | 369 |
| Über den Autor | 371 |

**»Die Hoffnung – in Wahrheit das übelste der Übel,
weil sie die Qual der Menschen verlängert.«**

**(Friedrich Nietzsche)**

# Präludium



Intensiv! Das trifft es wohl am besten. Denn müsste ich das Jahr 2024 mit einem einzigen Wort charakterisieren, beschriebe kein anderes es besser. Atemlos, anstrengend, aufreibend, überraschend, lehrreich, unterhaltsam, erhebend und beglückend wären Adjektive, die in der Retrospektive ebenfalls Erwähnung finden könnten. Zum Glück. Gibt es doch kaum etwas Frustrierenderes als Eintönigkeit. Als stupide Routinen. So viel Sicherheit diese im wochentäglichen Trott versprechen, so viel Leere generieren sie, betrachtet man das Hamsterrad des Alltags über den Wochenhorizont hinaus. Dementsprechend heiter stimmt es mich, dass die vergangenen zwölf Monate das absolute Gegenteil von Routine waren und ich nun im Rückblick dartun darf, manch ein Husarenstück vollbracht zu haben.

»*Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden*«, hielt Hermann Hesse dereinst fest. Diesem Gedanken folgend eröffnete ich das neue Jahr damit, ein ganzes Haus nahezu im Alleingang zu renovieren. Baustelle. Drei Monate lang. Oft bis zu 18 Stunden am Tag. Staub, Lärm, Farbe, Spachtel, Litzen, zerschundene Hände, schmerzende Glieder und verschlissene Kleidung. Von der Silikonfuge im hintersten Eck des Kellers bis zur Montagearbeit unter dem Dachbalken. Ob Steckdosen, Sockelleisten oder Fensterrahmen, Verkabelung, Inneneinrichtung oder Fassadenfarbe – ich hatte mir vorgenommen, dem viele hundert Jahre alten Gemäuer eine Generalüberholung angedeihen zu lassen. Als ich Anfang April unser farbenfroh-freiheitliches

Hauswappen neben dem Eingang montierte und unserer neuen Unterkunft damit ihren Namen gab – »*Casa Libre*« –, war das ein großartiges Gefühl. Denn meinen mehr als ambitionierten Zeitplan hielt selbst ich im Januar noch für relativ utopisch.

Parallel dazu habe ich im Januar meine »Truman Show« fertiggestellt, das Cover überarbeitet und kurzfristig den Vertrieb gewechselt, weil es beim bisherigen Anbieter scheinbar nicht gern gesehen war, dass ich mich in besagtem Buch mit den dunklen Machenschaften von Menschenhändlern und Kinderschändern befasse.

Als die Anthologie im Februar erschien, musste diese natürlich auch medial beworben werden – während gleichzeitig die Vorarbeiten für die Printpublikation GEGENDRUCK Fahrt aufnahmen. Ab April sollten nach wochenlanger Abstinenz endlich auch wieder neue Texte auf meinem Blog erscheinen. Mich juckte es bereits in den Fingern. Unterdes wollte jedoch auch das Leben in der vorherigen Bleibe abgebaut, verpackt und transportiert werden, damit es ab April in den frisch gestrichenen vier Wänden des neuen Zuhauses wieder ausgepackt, aufgebaut und in Betrieb genommen werden konnte. Gut sortierte Bücher- und Plattensammlungen machen das ob ihres schieren Gewichts zu einer ganz besonderen Freude.

Dass ich nach über zehn Jahren Apple-Nutzung die private IT umgestellt, die Cloud gelöscht und Unmengen an Daten migriert, ein neues, überwachungsfreies Smartphone eingerichtet, verschiedene juristische Scharmützel bewältigt, diverse Texte verfasst und eine Vielzahl an Gesprächen geführt habe, an mehreren Konferenzen beteiligt, für verschiedene Projekte Dritter tätig, familiär gut eingespannt, obendrein einem Konzentration fordernden Vollzeitjob mit zunehmenden Verantwortlichkeiten

verpflichtet war und diese Aufzählung nur einen kleinen Teil meiner Aktivitäten umfasst, sei dabei nur am Rande erwähnt.



Damit auch während des Sommerlochs keine Langeweile aufkommt, begann ich bereits im Frühjahr 2024 mit der Planung für eine Lese- und Vortragsreise. Gut zwanzig Termine wollten mit den Veranstaltern koordiniert werden. Es galt, Routenplanung, Hotelbuchungen, Reiselogistik, Buchbestand, Kommunikation und eine mit Quellen unterlegte Präsentation zu organisieren. Kaum war all das in trockenen Tüchern, saß ich bereits im Flugzeug nach Kolumbien, wo ich den Juli für Regeneration und Literaturrecherche nutzen wollte. Aber weil Leben nun mal ist, was passiert, während man plant, stellte Unvorhergesehenes die Improvisationsfähigkeit auch dort regelmäßig auf die Probe. Meer und Dschungel taten dennoch ihr Übriges und ließen die Irritationen des zivilisatorischen Alltags in ihrer relativen Belanglosigkeit verblassen.

Drei Wochen nach meiner Rückkehr ins Tessin waren sie allerdings zurück. Die Arbeit holte mich ein, diverse Projekte und ehrenamtliche Engagements warteten auf Input, die nackten Wände der neue Bleibe wollten dekoriert und das neue Tonstudio arrangiert werden – und ehe ich mich versah, ging es auch schon auf Tour. Gut 500 Kilogramm an Büchern und Gepäck waren verladen und mussten circa 6.000 Kilometer durch die Schweiz, Deutschland und Österreich chauffiert werden. Volle Säle und mehrere tausend offenherzige Menschen machten diese Reise zu einem ganz besonderen Erlebnis. Selbst das bis zum Sommer mehrheitlich miserable Wetter meinte es gut mit mir. Denn in den drei Wochen auf Tour regnete es nur ein einziges Mal. Am letzten Tag. Ansonsten waren mir strahlende Sonne, hochsommerliche Temperaturen und das ein oder andere Mittagsschläfchen im Schatten alter Bäume vergönnt.

Als ich der letzten Station meiner Rundreise den Rücken kehrte, verabschiedete sich auch die warme Jahreszeit. Auf der Heimfahrt über die Alpen begegneten mir die Vorboten eines goldenen Oktobers: eine tieferstehende Sonne über den Bergrücken, die goldene Stunde kürzer werdender Tage und der auffrischende Wind am Abend, der die an Farbenpracht zulegenden Wälder der Tessiner Topografie ins Wogen brachte. Wenige Wochen später fiel in den Alpen der erste Schnee. Jetzt schimmern die weißen Gipfel am Horizont in der wärmenden Wintersonne. Und ich sitze wieder an meinem Fenster, lasse den Blick über die geheimnisvoll anmutende Vegetationsdichte des Umlands schweifen und schreibe ein Vorwort. Für Buch Nummer fünf.

Es fällt etwas dünner aus, enthält nicht so viele philosophische Betrachtungen, Zitate und rhetorische Extravaganzen wie seine beiden Vorgänger. Leider. Denn das Sortieren der Gedanken, Quellen und Paragrafen im Rahmen der Textarbeit schält seltene Stunden innerer Ruhe aus den von Pflichten und Routinen dominierten Strukturen des Tages. Gerne hätte ich inmitten der organisatorischen Turbulenzen des vergangenen Jahres häufiger die Zeit gefunden, Beiträge zu verfassen – es gäbe so viel zu sagen, so viel zu dokumentieren, um den volatilen Konturen der Zeitenwende Schärfe zu verleihen. Und das erscheint dieser Tage nötiger denn je.

Denn da draußen tobt der Wahnsinn. Die Polykrise. Das Chaos – als Steigbügelhalter für das finale Kapitel eines transgenerationalen Klassenkampfes von oben. Für Technokratie und Plattformfaschismus. Doch »*auch aus Steinen, die Dir in den Weg gelegt werden, kannst Du etwas Schönes bauen*«, bemerkte Erich Kästner. Ohne Kontext und Hintergrundinformationen, die das Individuum in die Lage versetzen, die Schlachtfelder des wilder werdenden Informationskriegs mit einer gewissen Gelassenheit zu überblicken,

gerät es jedoch leicht zum Opfer der unerbittlich keifenden Propagandamaschine wertewestlicher Demokratiedarstellung.



Ja, die Truman Show läuft wohl auch im fünften Jahr n. C. (nach Corona) auf allen Kanälen. Auf allen Frequenzen. Und der Homo demens spielt mit suizidaler Leichtfertigkeit seine ihm zugedachte Rolle als irrlichternder Kamikaze-Pilot, der sich in Rage auf das eigene Schiff zu stürzen gedenkt. Die zeitgeistig flexiblen Herrschaftseliten, die sich nun zusehends konservativ gerieren, anstatt Wokeness zu predigen, nesteln derweil hektisch an den letzten Zierpalisaden des digitalen Gulag. Der Rohbau steht ja auch schon eine ganze Weile. Bunt soll es sein – und spätestens 2030 bezugsfertig übergeben werden.

Ob eID, elektronische Patientenakte, digitales Geld, lückenlose Massenüberwachung, algorithmisierte Zensur, Dekarbonisierungsagenda, Enteignungslegislatur, kognitive Kriegsführung im Hosentaschenformat, Geofencing-Gewahrsam, Nanobots oder Frequenzfelder zu deren Kalibrierung: alles einsatzbereit. Schon 1999 veröffentlichte das US-Militär ein Dokument namens »*Owning the Weather 2025*«, das beschreibt, wie artifizieller Nebel verwendet werden kann, um Nanopartikel in Ballungszentren einzusetzen. Zwei Jahre später schlugen interne Präsentationen der NASA in die gleiche Kerbe. Jetzt ist 2025. Und Berichte über chemikalienhaltigen Nebel, der Krankheitssymptome verursacht, machen die Runde.

Wir sind angekommen. Der »*Pakt für die Zukunft*« ist geschlossen. Das Blau des Himmels einem persistent milchigen Grau gewichen. Noch am Heiligabend hat die UN-Generalversammlung Kernelemente des entsprechendes Vertragswerkes ratifiziert. Ohne nennenswerten Widerstand. Cloward-Piven-Strategie und Kulturmarxismus sei Dank. Die Revolution von oben war bis

dato also ziemlich erfolgreich. Nur Max Mustermann weiß noch nichts vom seinem Glück.

Illuminiert wird die Installation des biometrischen Kontroll-Grids von einem Flammenmeer im Nahen Osten. Von brennenden Krankenhäusern, Kirchen und Kindern. Menschenrechte sind passé. Der beispiellose Genozid in Gaza wird von den NATO-Medien in verachtenswerter Manier schöngeschrieben, während von den USA trainierte, ausstaffierte, radikalislamische Fanatiker Syrien nahezu widerstandslos kapern. Ein Land, das seit Langem auf der To-do-Liste des militärisch-industriellen Komplexes stand. Die fortschreitende Destabilisierung der Region bereitet zionistischen Hardlinern in Tel Aviv und Washington die Bühne für den heiß ersehnten Krieg gegen den Iran.

Europäische Metropolen erodieren, die Bevölkerung verarmt, Reproduktionsraten sinken auf Rekordtiefstände, bei der NATO drängt man auf Eskalation mit Russland, und China intensiviert seine Drohgebärden im Indopazifik. Der militärische Fleischwolf dreht sich immer schneller. Es herrscht dicke Luft. Überall. Man riecht das Schießpulver. Denn das angloamerikanische Imperium ruft zum letzten Gefecht. Es ist – wie ich bereits im Vorspann der Truman Show schrieb – das letzte Aufbäumen eines moribunden Machtapparats. Charakterisiert von zunehmender Gewalt. Auf Kosten aller. Es lässt sich kaum seriös prognostizieren, wann es knallt, oder wie laut – dass es massiver Disruption bedarf, um diese Revolution von oben fristgerecht umzusetzen und speziell Kontinentaleuropa einen hohen Preis für seine willfährige Komplizenschaft bezahlen wird, allerdings schon.

Dabei erkannte schon Romain Rolland, dass »*das schlimmste Übel, an dem die Welt leidet, nicht die Stärke der Bösen, sondern die Schwäche der Guten ist*«. Während sich also vor meinem

Fenster die Sonne ein letztes Mal für dieses Jahr dem Ringen mit der Dunkelheit ergibt, Palmen, Koniferen und Zypressen vor einem goldgelb, dann violett glühenden Himmel zu schwarzen Scherenschnitten mutieren, erscheinen auch die Umrisse des vor uns liegenden Weges undeutlicher, die Zukunft ungewisser, unmenschlicher – ja unerreichbarer denn je. Als sei sie auf der Flucht.



Und eine Vielzahl derjenigen, die vorgeben, sie zu hehren Zwecken einfangen zu wollen, die Kritiker, Oppositionellen und Widerständler, drehen sich nicht minder schnell im Kreis als ihre Widersacher im leitmedialen Konsenskomplex. Denn im Kern tun beide Lager das Gleiche: Sie debattieren Sinnfetzen und Argumentationsfragmente, die man ihnen aus Orifizen weit oben im Elfenbeinturm oder verspiegelten Panzerglasfenstern polierter Luxuslimousinen vor die Füße wirft. Für viele ist Systemkritik zum profanen Geschäftsmodell geworden. Zum Event. Da bleibt wenig Zeit für echten Widerstand. Oder Charakter. Wer den Medienzirkus zu seinem Broterwerb gemacht hat, ist davon abhängig, dass er sich auszahlt. Und das von alternativmedialen Generika angefixte Publikum will genauso unterhalten werden wie der Zuschauer des Morgenmagazins. Brot und Spiele eben – egal, in welcher Arena die Schaukämpfe veranstaltet werden. Das Publikum schaut stoisch in die Röhre. Oder auf das Display. Hauptsache, das Spektakel lässt sich bequem vom Sofa aus verfolgen.

Hans-Joachim Kulenkampff gab schon vor Jahrzehnten zu verstehen, dass »*die Leute gar nicht so dumm sind, wie wir sie durchs Fernsehen noch machen werden*«. Er hatte recht. Die Revolution wird also wohl noch eine Weile auf sich warten lassen. Schade. Denn genau dafür engagiere ich mich – für eine friedliche Revolution des Geistes. Für eine zweite Aufklärung. Für eine Zukunft, in der es Liebe, Wahrheit und Selbstbestimmung sind, nach denen

meine Mitmenschen streben. Bleibt zu hoffen, dass sich die Ascheschichten, aus welchen sich der Phoenix dieser zweiten Aufklärung irgendwann in den Himmel schwingen muss, vorher nicht allzu hoch auftürmen.

Nun will ich den Leser nicht mit all diesen persönlich gefärbten Annotationen und Gefühlsduseleien belästigen, um mich zu profilieren, sondern weil ein Jahr wie 2024 beweist – zumindest mir selbst –, dass man auch ganz allein Berge versetzen kann. Dass es nicht von äußeren Umständen, Dritten und Kapital abhängt, ob man Ziele erreicht. Dass man selbst der Phoenix sein kann. Jeder von uns. Wo ein Wille, da ein Weg. Aber beschreiten muss man ihn. Auch dann, wenn der Kompass temporär seinen Dienst versagt. Denn Routen entstehen nur dort, wo man sie geht. Und der Kurs lässt sich auch dann noch justieren, wenn man unterwegs ist. »*Learning by doing*« – nur so kommt man voran. Nur so schafft man Unabhängigkeit und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Fehler passieren ja nicht, um uns von etwas abzuhalten, sondern um uns auf den nächsten Versuch vorzubereiten. Sie sind ein Angebot, zu lernen. Und nur, wenn man der Welt ein Angebot machen kann, darf man darauf hoffen, dass es angenommen wird.

Womit wir beim Titel der vorliegenden Publikation angekommen wären: »*Hopium*« – ein Kompositum aus »Hope«, englisch für Hoffnung, und Opium, dem durch Anritzen seiner unreifen Samenkapseln gewonnenen, getrockneten Milchsaft des Schlafmohns. Ein Rauschmittel. Basis des 1898 von Bayer markenrechtlich geschützten Morphin-Derivates Heroin. »*Hopium*« ist ein Neologismus – geprägt oder zumindest populär gemacht von James Corbett –, den ich in meinen Texten immer wieder gerne verwende, weil er wie kaum ein anderer auf den Punkt bringt, was Etatisten dazu bewegt, an das System Staat zu glauben: der Rausch der Hoffnung. Darauf, dass der nächste Kanzler,

Präsident oder Premierminister es endlich richten wird. Oder diese eine neue Partei.



Der in regelmäßigem Turnus enttäuschte Irrglaube an die Selbstheilungskräfte eines auf Despotie ausgelegten Herrschaftssystems gleicht einer Sucht. Einer sehr destruktiven Sucht. Denn obwohl sich die Bevölkerung zumindest unterbewusst darüber im Klaren sein dürfte, dass sich auch nach dem nächsten Urnengang nichts ändern wird, dass ihr diese in devoter Pose dargebrachte Verehrung von Götzen schadet, dass sie an einer Art Stockholm-Syndrom leidet, wenn sie unterstützt, was sie beraubt, unterdrückt und tötet, tut sie es wieder. Immer wieder.

**Aldous Huxley wusste, wovon er sprach, als er notierte, dass »der Glaube an eine größere und bessere Zukunft einer der mächtigsten Feinde gegenwärtiger Freiheit ist«.**

Nun ist Hoffnung aber nicht per se negativ – und *Hopium* somit als durchaus ambivalenter Begriff zu werten. Treibt die Hoffnung doch auch mich dazu, immer wieder Wege zu suchen, um Menschen zu erreichen, Konstruktives beizutragen und die Welt in meinem Einflussbereich ein wenig besser zu machen. Sie besser informiert zu hinterlassen. Sähe ich unsere Situation als chancenlos, hätte ich den Glauben an Liebe und Wahrheit, oder die Hoffnung auf bessere Zeiten aufgegeben, gäbe es dieses Buch nicht.

Der Unterschied zwischen einem Etatisten und mir besteht darin, dass ich nicht darauf hoffe und warte, dass mir jemand diese Arbeit abnimmt. Ich delegiere nicht, gebe die Verantwortung für mein Leben nicht aus der Hand, sondern nehme sie wahr. Werde aktiv. Mein Glaube an »*Volksvertreter*«, Erlöser und Idole erlosch vor über drei Jahrzehnten. Seitdem verlasse ich

mich nur noch auf eine einzige Person – mich selbst – und gebe mir redlich Mühe, mich dabei nicht zu enttäuschen, sondern zu beeindrucken.

Ob andere Menschen gut finden, was ich mit meiner knapp bemessenen Lebenszeit anstelle, ist mir egal. Es ist mein Leben. Ich habe nur eines. Zumindest aller Wahrscheinlichkeit nach. Und der Einzige, dem es gefallen muss, bin ich. »*Die einen kennen mich, die anderen können mich*«, wie Le Cercle-Gründungsmitglied Konrad Adenauer treffend polterte. Das ist Freiheit. Und die steht nirgends zur Wahl. Wird nicht angeboten. Sie hängt nicht von äußeren Umständen ab, wird nicht gewährt oder erkämpft. Frei *wird* man nicht – frei *ist* man. Oder eben nicht.

Ich hoffe – das ist meine tägliche Dosis »*Hopium*« –, dass meine Arbeit anderen Menschen hilft, das zu erkennen. Denn das Versäumnis von gestern ist das täglich Brot von morgen, die Gegenwart die Vergangenheit der Zukunft. Und es ist an uns, etwas daraus zu machen. »*Man muss die Zukunft abwarten und die Gegenwart genießen – oder ertragen*«, soll Wilhelm von Humboldt gesagt haben. Ich habe mich intuitiv immer für den Genuss entschieden und bin überzeugt, dass dieser Ansatz eine gute Ausgangsposition ist, um dem in absehbarer Zeit Orkanstärke erreichenden Sturm der Zeit die Stirn zu bieten.

Frei nach Edward Snowden: »*Sei nicht ängstlich – sondern vorbereitet*«.

Schließlich ist es auch den zumeist wenig erbaulichen Wirren der coronalen Zeitenwende zu verdanken, dass ich nun bereits das vierte Jahr in Folge eine Anthologie meiner Arbeiten in physischer Form veröffentliche. Krisen erzeugen Handlungsdruck. Fordern Kreativität. Verändern Denk- und Handlungsmuster. So brachte

mich die »*Plandemie*« dazu, anstelle kritischer Songtexte Essays zu schreiben und statt Schallplatten Bücher zu produzieren. Etwas Analoges, Resilientes, das der elitären Machtergreifung angemessener entgegenwirkt.



Denn eine digitale Präsenz ist schnell gelöscht. Gedruckte Bücher einzusammeln und auf dem Marktplatzt zu verbrennen, dauert dagegen ein wenig länger. Das kann sich das vermeintlich demokratische System nicht leisten. Noch nicht. So versieht es kritische Literatur lieber mit Warnhinweisen und klassifiziert unliebsame Meinungen als »*Hassrede*«. Umso mehr freue ich mich darüber, dass jedes Jahr ein paar mehr Exemplare meiner Werke Eingang in die persönlichen Archive von interessierten Lesern finden.

Aufgrund des Umfangs meiner Essays, die in der Regel online publiziert werden, habe ich, wie in den letzten Jahren auch, auf das Anfügen von Fußnoten im Buch verzichtet. Es sind zu viele – sie würden den Text visuell verunstalten und den Preis ob ihres Platzbedarfs in die Höhe treiben. Darüber hinaus kenne ich kaum jemanden, der sich ernsthaft die Mühe machen möchte, ellenlange Links abzutippen, die in winziger Schrift unter den Lesetext gepresst werden.

Die verwendeten Quellen sind an den Unterstreichungen zu erkennen und können jederzeit über meine Webseite (regenauer.press/blog) nachvollzogen werden, wo alle Texte kostenlos und chronologisch sortiert zum Download zur Verfügung stehen.

Der einfachste Weg, um alle Quellen langfristig lokal zu sichern, besteht darin, das ZIP-Archiv 2024, das sich auf meinem Blog unter »Downloads« findet, herunterzuladen. Es enthält alle Texte des vorliegenden Buches mit aktiven Hyperlinks, die jede Quelle mit nur einem Klick zugänglich machen. Sollte meine

Webseite aus welchem Grund auch immer offline sein, sind die ZIP-Archive jederzeit via E-Mail an info@regenauer.press erhältlich. Zusätzlich habe ich im »Internetarchiv« (www.archive.org) eine Backup-Seite erstellt und auch dort alle meine Arbeiten verfügbar gemacht.

Ausgangs möchte ich mich von ganzem Herzen dafür bedanken, dass Sie, werter Leser, mit dem Erwerb des vorliegenden Buches aktiv dabei helfen, meine Arbeit in analoger Form für die Nachwelt zu erhalten. Im Kanon mit anderen Publikationen entsteht so hoffentlich ein publizistisches Mosaik, das nachwachsenden Generationen erlaubt, ihre Geschichte in holistischer Form zu rekonstruieren. Denn das Internet dürfte sie bis dahin längst vergessen haben. Vielen Dank!

**»Angenehm ist am Gegenwärtigen die Tätigkeit, am Künftigen die Hoffnung und am Vergangenen die Erinnerung.« (Aristoteles)**

Montagnola, am 31. Dezember 2024

# Korrelation, Kausalität & Kapitalverbrechen

25

**Eine von der National Academy of Sciences publizierte Studie stellt nun erstmals einen kausalen Zusammenhang zwischen mRNA-Injektionen und Myokarditis als Nebenwirkung her. In einer Größenordnung, die nicht wenige von Mord sprechen lässt. Zeit, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Von Justitia – oder uns.**

Ein Prozent. Das klingt erst Mal nach wenig. Doch bei einer Million Menschen sind das zehntausend. Bei zehn Millionen hunderttausend. Und bei 70 Millionen siebenhunderttausend. Siebenhunderttausend Menschen klingt gegenüber einem Prozent nach einer ganzen Menge. Siebenhunderttausend Leben, Geschichten, Schicksale, Partner und Familien. In dieser Größenordnung bewegt sich die Anzahl der Myokarditis-Fälle, die statistisch betrachtet nach einer Injektion mit mRNA-Produkten von BioNTech, Pfizer und Moderna auftreten. Mindestens. Das implizieren Studien aus Israel (April 2022) Thailand (August 2022) und Japan (September 2023) seit etwa zwei Jahren. Bei einer »*Grundimmunisierung*«, wie Statista die zweifach mit mRNA behandelten Personen nennt, von 72,8 Prozent der Bevölkerung (Stand 01/2022) und einer Bevölkerungsanzahl von knapp 85 Millionen kann sich jeder selbst ausrechnen, wie viele Menschen allein in Deutschland von diesem Schicksal heimgesucht wurden und werden. Es sind erschreckend viele.

Ein kausaler Zusammenhang zwischen der Verabreichung von mRNA-Vakzinen und den seit Beginn der Impfkampagne gehäuft auftretenden Herzmuskelentzündungen, gerade auch bei jungen Menschen und Leistungssportlern, wurde von Regierungen, Leitmedien und Herstellern stets bestritten. Dabei hatte der Elefant im Raum längst alle seine Freunde mitgebracht und war beim besten Willen nicht mehr zu übersehen. Genau wie die möglichen Nebenwirkungen der lange vor der PCR-Pandemie patentierten und dann im Eiltempo in den Markt gepressten Präparate. Herzinfarkte, Herzmuskelentzündungen, Lähmungen, Blutgerinnsel oder »*Turbokrebs*«. You name it. »*Plötzlich und unerwartet*« avancierte zum Hashtag, nachdem das »*Sudden Death Syndrome*« immer häufiger medienwirksam Spitzensportler, Moderatoren, Künstler und andere Personen vor der Weltöffentlichkeit niederstreckte. Noch am 30. April 2024, während ich diese Zeilen schreibe, erscheint wieder ein Artikel über eine neue Reihe »*unerwarteter*« Todesfälle. Weitere acht Mitmenschen, die ihr Ableben mutmaßlich dem Corona-Regime zu verdanken haben.

Selbst über Reuters konnte man am 17. März 2022 die zuvor auf Social Media Kanälen kursierende, neun erschreckende Seiten umfassende Liste mit bis zu 1.200 möglichen unerwünschten Nebenwirkungen des Pfizer-Produkts einsehen. Nichtsdestotrotz bestand Reuters im besagten Artikel weiterhin darauf, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen mRNA-Injektionen und der unstrittig gehäuften Anzahl von Myokarditis-Fällen nicht herzustellen sei. Es gäbe schließlich keine entsprechende »*Expertenmeinung*« – oder Studie.

Das hat sich nun geändert. Eine unlängst bei der National Academy of Sciences (NAS) publizierte Studie (Status: Prepublication) stellt erstmals einen wissenschaftlich gesicherten Kausalzusammenhang zwischen den Covid-19-Injektionen von BioNTech, Pfizer und

Morderna und Myokarditis als Nebenwirkung her. Siehe Kapitel 2, S. 8, Tabelle S1: »*Establishes a causal relationship*«. Damit ist wissenschaftlich bestätigt, was Kritiker der Corona-Maßnahmen seit langem öffentlich kundtun: Die sogenannten Impfungen schützen weder vor Infektion noch schwerem Verlauf oder Tod. Sie sind schädlich und gefährlich. In einem Maßstab, der sich eigentlich nicht mehr ignorieren lässt. Eigentlich. Denn trotz 2.596.902 bei OpenVAERS registrierter Fälle von Impfnebenwirkungen und 37.382 gemeldeter Todesfälle – was nach Angaben des »Informed Consent Action Network« (ICAN) nur circa ein Prozent der tatsächlichen Fälle darstellt – hält der von der Konzernplutokratie dominierte digital-zensorische Komplex an seinem Narrativ fest. »*Safe and effective*«. Dabei ist die Faktenlage eindeutig. Die mRNA-Injektionen haben keine Leben gerettet, sondern gekostet.

Das untermauert auch eine am 12. Februar 2024 bei »ScienceDirect« veröffentlichte Studie zu Impfnebenwirkungen mit 99 Millionen Teilnehmern. Die länderübergreifende Analyse »*bestätigte bereits bekannte Sicherheitssignale für Myokarditis, Perikarditis, Guillain Barré Syndrom und zerebrale Sinusvenenthrombosen. Zusätzliche potenzielle Risiken wurden identifiziert und erfordern weitere Untersuchungen*«, so die Autoren.

Die derweil ventilierten, mehr als hanebüchenen Relativierungsversuche seitens Regierung, Pharmabranche, Ärzteblatt, Pharmazeutische Zeitung, DZHK (Deutsches Zentrum für Herz-Kreislauf-Forschung), Medizin-Portalen, Konzernmedien und Co. sind nicht nur haltlos, realitätsfremd und ein Affront gegenüber allen Geschädigten, sondern als hochgradig kriminell einzuordnen. Als Komplizenschaft. Mindestens. Denn sich zu erdreisten, im Kontext einer Herzmuskelentzündung das Adjektiv »*mild*« zu verwenden, ist an sich schon eine Unverschämtheit. Vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass eine Covid-19-Infektion für

die meisten Menschen ungefährlich, laut RKI weniger letal als Influenza war und selbst das von Big Pharma korrumpierte »Center for Desease Control« (CDC) im Februar 2024 einräumte, dass man Covid-Infekte einfach wie die Grippe behandeln solle.

Auch die von Regierung, FAZ, MDR und Co. noch im Januar 2024 als »*Stimmungsmache*« abgetanen Verunreinigungen der Impfstoffe durch Plasmid-DNA, SV40-Enhancer, Protein-Bruchstücke oder doppelsträngige RNA – Ende 2023 ein Aufreger unter der Headline »*Plasmid-Gate*« – sind mittlerweile gut belegt, dokumentiert und kommuniziert. Gleiches gilt für die qualitativ unterschiedlich konzentrierten Chargen der verschiedenen Hersteller, die bei genauerer Betrachtung der Daten an eine koordinierte Versuchsanordnung erinnern. Vom Markt genommen wurden die »*Gentherapien*«, wie Stefan Oelrich (Vorstand, Bayer AG) die mRNA-Injektionen bezeichnet, bislang trotzdem nicht.

Mehr als drei Jahre Pharma-Propaganda, Panikmache, Gängelung, Segregation, Übergriffigkeit und vorsätzliche Schädigung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kulturbetrieb. Mehr als drei Jahre leitmediale Diffamierung, existenzbedrohende Hetzkampagnen, juristische Feld- und Winkelzüge, um Kritiker der offiziell goutierten Corona-Erzählung zur Persona non grata zu machen. Maskenpflicht, Lockdowns, Covid-Zertifikate, Tracking-Apps, Abstandsregeln, Reiseverbote und Ausgangssperren. Ein totalitaristischer Coup. Auf Rechnung des Steuerzahlers. Ein Milliarden-Grab. Und auf dem Gedenkstein steht: Demokratie.

Denn das alles passierte nicht rein zufällig. Es war ein sozialarchitektonisches Trainingslager, ein technokratischer Testlauf für das QR-Code-Dystopia der Zukunft. Es beginnt mit der digitalen Identität, Chatkontrolle, einer elektronischen Patientenakte und

autonomen Mesh-Netzwerken – und endet mit programmierbaren Zentralbankwährungen, dem individuellen $CO_2$-Budget, Geofencing-Gefängnissen und einem Sozialkreditsystem, wie es von Justin Trudeau bereits zaghaft propagiert wird.



Die von Multipolar freigeklagten, am 18. März 2024 veröffentlichten Protokolle des Corona-Krisenstabes des Robert Koch-Instituts (RKI) zeigen trotz massiver Schwärzungen einmal mehr, dass im Rahmen der Corona-Krise nicht die Gesundheit der Bevölkerung im Vordergrund stand, sondern die Kontrolle über das Narrativ. Deutungshoheit und Diskursdominanz. Wer sich mit Event 201, dem Lockstep-Szenario der Rockefeller Stiftung und sonstigen strategischen Hintergründen des Corona-Narratives beschäftigt hat, wird vom Inhalt der bisher geheim gehaltenen RKI-Protokolle kaum überrascht sein. Dennoch belegen sie zu einem kritischen Zeitpunkt nochmals unmissverständlich, dass Politik, Medien, Nichtregierungsorganisationen und digital-finanzieller Komplex vorsätzlich sowie wider besseres Wissen und Gewissen handelten.

Die Corona-Maßnahmen waren unangebracht, totalitär, inhuman und weithin kriminell. Der aufgenötigte, durch Segregation forcierte mRNA-Rollout markiert eine eklatante Verletzung fundamentalster Menschenrechte, die ihresgleichen sucht. Es handelt sich um ein Kapitalverbrechen von unabsehbaren Ausmaßen. Andrew Bridgen, parteiloses Mitglied des britischen Parlaments, nennt es unverblümt das größte Verbrechen an der Menschheit seit dem Holocaust und spricht von weltweit zehn bis zwanzig Millionen Menschen, die »*von den experimentellen Impfungen getötet*« wurden.

Von der Realität umzingelt, aber gänzlich unberührt, verleihen sich die Verantwortlichen derweil gegenseitig Preise. Die immer

lauter werdenden Rufe nach Aufarbeitung ignoriert man im Elfenbeinturm der Wohlstandsverwahrlosung wie gehabt beflissentlich. Wer möchte schon mit den eigenen Vergehen konfrontiert werden, oder sich gar dafür verantworten müssen. Entlang dieser Linie denkt wohl auch die SPD-Abgeordnete Heike Engelhardt, die stellvertretend für ihre Kaste am deutlichsten zum Ausdruck brachte, was ihresgleichen unter Aufarbeitung versteht, als sie im Rahmen einer Bundestagsdebatte zum Thema »*Einsetzung einer Enquete-Kommission Coronavirus*« am 24. April 2024 verlauten ließ: »*Worum es jetzt ausdrücklich nicht gehen darf, ist, Verantwortliche zu suchen*«.

Erstaunlich. Denn genau darum geht es mir, wenn ich »*Aufarbeitung*« fordere. Nur wenn die Verantwortlichen identifiziert sind, kann deren individuelle Schuld bewertet und angemessen sanktioniert werden.

Deshalb müssen die Verantwortlichen für ihre Verbrechen, Komplizenschaft oder Untätigkeit zur Rechenschaft gezogen werden. Und zwar jetzt. Denn die Prädatorenkaste arbeitet fieberhaft daran, den medizinrechtlichen Rahmen so anzupassen, dass die Vergehen der Corona-Krise bei einer Neuauflage des pandemischen Hygienefaschismus keine mehr sind. So hat die amerikanische Food and Drug Administration (FDA) am 21. Dezember 2023 neue Richtlinien veröffentlicht, die pharmakologische Versuche am Menschen ohne dessen informierte Zustimmung erlauben – so lange das Experiment nur ein »*geringes Risiko*« für das Testsubjekt darstellt. Auch die Test- und Zulassungsverfahren für neue Medikamente hat die FDA in dieser Richtung angepasst. Eigentlich keine Überraschung. Denn bereits im Oktober 1962 verabschiedete der US-Kongress ein Gesetz (Food, Drug and Cosmetic Act), das besagt, dass Wissenschaftler »*die Zustimmung der Menschen oder ihrer Vertreter einholen, es sei denn, sie halten dies für nicht*

*durchführbar, oder nach ihrem professionellen Ermessen dem Wohl dieser Menschen zuwider«.*



Einen ähnlichen Kurs schlägt die Europäische Union ein, die experimentellen Substanzen wie BioNTechs Comirnaty am 10. Dezember 2022 eine EU-weite, auflagenlose, verlängerbare Zulassung für fünf Jahre erteilt, obwohl deren Sicherheit und Wirksamkeit nie in klinischen Studien belegt wurde und ein derartiges Vorgehen gegen EU-Regulierung Nr. 536/2014 »*über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln*« sowie den Nürnberger Kodex verstößt. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) scheint dahingehend keine Bedenken zu haben. Im Gegenteil. Wie man der am 29. April 2024 publizierten Presseerklärung einer Juristin, die Kläger wegen branchenspezifischer Impfpflichten vor dem EuGH vertritt, entnehmen kann, goutiert das höchste europäische Gericht solch totalitäre Anwandlungen und bereitet damit den Weg für Impfpflichten und Zwangsimpfungen.

»*In Randnummer 47 seiner Entscheidung legt das Gericht eine absolut inakzeptable und erschreckend totalitäre Haltung an den Tag. Das Gericht behauptet, dass die Behörden der Mitgliedstaaten völlig im Ermessen entscheiden können, ob es angemessen ist, Ärzten die Verwendung von Comirnaty oder Spikevax aufzuerlegen, gegebenenfalls auch durch Zwangsmaßnahmen.*« Das klingt verdächtig nach einem Freibrief für Impfpflichten und die Abschaffung des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit.

Dergestalt Übergriffigkeiten rechtfertigen jegliche Form von friedlichem Widerstand. Und der nimmt weltweit Gestalt an. Selbst in Japan, einem Land, wo Bürgerproteste eine absolute Ausnahmeerscheinung sind, wehrt man sich zwischenzeitlich gegen den von UN, WHO et al. propagierten, supranationalen Pharmafaschismus. Am 21. April 2024 vermeldete The People's Voice,

das Land habe aufgrund der explosiven Zunahme von mRNA-bedingten Krebserkrankungen den nationalen Notstand deklariert. Bereits eine Woche zuvor machten Meldungen über massive Demonstrationen und Straßenproteste die Runde. US-Medienoutlets wie Gateway Pundit, Infowars oder Vigilant News Network veröffentlichten Videoaufnahmen aus Japan und sprachen von mehreren zehntausend Teilnehmern. Auch der angesehenste Onkologe des Landes, Professor Masanori Fukushima, meldete sich diesbezüglich zu Wort. Im Rahmen eines eindringlichen Video-Statements verurteilte er die mRNA-Injektionen als »*böse Praktiken der Wissenschaft*« und bringt diese in Zusammenhang mit der massiven Zunahme von Krebsfällen und Turbo-Krebs, der bei den meisten Patienten schon Stufe vier erreicht, bevor man ihn diagnostiziert. Fukushima nennt es »*Mord*«.

Ins gleiche Horn stößt Masayasu Inoue, emeritierter Professor der Osaka City University Medical School. Im Rahmen einer knapp achtminütigen Ansprache führt er Anfang April 2024 aus, dass »*die Pandemie von der WHO als falscher Vorwand benutzt wurde, um die Impfung aller Völker der Welt voranzutreiben*«. Darüber hinaus erklärt er, dass »*die Anwendung experimenteller Gentherapie bei gesunden Menschen nicht nur eine extreme Verletzung der Menschenrechte darstelle, sondern im Ergebnis die schlimmsten medizinischen Nebenwirkungen in der Menschheitsgeschichte ausgelöst*« habe.

Es ist augenscheinlich höchste Zeit, die Samthandschuhe auszuziehen. Dem skrupellosen Treiben der involvierten Pharmakonzerne, ihrer Handlanger auf der politischen Bühne und der Systemadvokaten in den Redaktionen der Massenmedien muss ein Riegel vorgeschoben werden. Von Justitia ist dahingehend derzeit wenig Hilfe zu erwarten. Zumindest, so lange nicht mehr Menschen aktiv werden und Anzeige erstatten. Gegen Hersteller,

Hausärzte, Krankenschwestern, Beamte, Gesundheitsämter, Vorgesetzte, Betreiber von Impfzentren, gegen Minister, Bürgermeister, Landräte und sonstige Agitatoren. Gegen einzelne Akteure, die persönlich in Haftung zu nehmen sind. Denn es sind Menschen wie du und ich. Sie haben Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen. Jeder, der diese irrationale, inhumane Agenda, dieses mutmaßliche Kapitalverbrechen direkt oder indirekt unterstützt hat, muss sich die Frage gefallen lassen, inwieweit sein Handeln während der Krise justiziabel ist. Und zwar bevor Gras über die Sache gewachsen ist oder die nächste Krise es verhindert.

Doch wo kein Kläger, da kein Richter. Zehn Strafanzeigen mögen noch keinen Handlungsdruck im System erzeugen. Zehn oder zwanzig Millionen dagegen schon. Das gilt gleichermaßen für Demonstrationen, Streiks oder Boykott-Aktionen. Gerade als Opfer des Corona-Regimes, ob wegen eines Impfschadens oder ökonomischer Folgen, sollte man nicht klein beigeben. Es mag ein schwerer Schritt sein, sich eingestehen zu müssen, dass man belogen, betrogen, ausgenutzt und geschädigt wurde. Es ist nicht einfach, sich aufzuraffen, Gesicht zu zeigen und gegen den Strom zu schwimmen. Noch schwerer wird es allerdings sein, die persönlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Langzeiteffekte dieses Betruges im Wissen ertragen zu müssen, geschwiegen zu haben.

Demokratie lebt seit jeher – und bis zu ihrem bitteren Ende – vom Mut und Engagement des Einzelnen. Noch kann sie reanimiert werden. Auch wenn ihr Grab schon ausgehoben ist.

**Montagnola, am 01. Mai 2024**

34

# Leuchtturm der Autonomie

**»Hast Du keine Feinde, dann hast Du keinen Charakter.« (Paul Newman)**

Ein kurzer Textbeitrag zum Thema Neutralität, den ich zu Beginn des Jahres 2024 für die Print-Ausgabe #176 des Schweizer Magazins »Zeitpunkt« verfasst habe.

»*Jeder Zentralismus beschleunigt die Spaltung und die Trennung*«, so der Schweizer Lebenskünstler Alfred Selacher. Ein korrekte Einordnung, wie uns nicht nur die Geschichte, oder der nördliche Nachbar, sondern vor allem die bürokratische Monstrosität namens Europäische Union immer wieder eindrücklich vor Augen führt. Je mehr Kompetenzen das korrupte Konglomerat in Brüssel an sich reißt, desto weiter driften die Mitgliedsstaaten auseinander. Je machttrunkener das gesichtslose Imperium des Souveränität absorbierenden Verordnungsverbunds sich gebärdet, desto weniger Rückhalt hat es in der Bevölkerung.

Aus gutem Grund. War Zentralismus bisher doch stets die Vorstufe zum Totalitarismus. Auch die EU ist kein altruistischer Pakt der Völkerverständigung, sondern zuvorderst ein finanzpolitisches Projekt. Eine Währungsunion. Ein Machtblock, der auf amoralische Allmachtsphantasien des »*angloamerikanischen Establishments*«, der Nachgeburt des britischen »*Empire*«, zurückzuführen

ist. Man muss nur die Biografien von Cecil Rhodes, Alfred Milner, Edward Grey, »Colonel« Mandell House, Alfred Eckhardt Zimmern, Francis Galton, et al. studieren, um zu erkennen, wes Geistes Kinde die geostrategische Blockbildung dieser Tage ist. Ob EU, UN, NATO, IWF oder BRICS – keine dieser Allianzen agiert auch nur im Entferntesten im Interesse des einfachen Bürgers. Diese Bündnisse sind nichts anderes als Machtvehikel zur Durchsetzung von Partikularinteressen.

Selbst wenn man entgegen aller Indizien und Belege unterstellt, dass die Initiatoren international reglementierender Institutionen hehre Ziele verfolgten, dass sie tatsächlich nur den Weltfrieden im Sinn hatten, muss man konstatieren, dass sie gescheitert sind. Frieden gibt und gab es nicht. Und die EU ist beileibe keine Erfolgsgeschichte. Im Gegenteil. Der im Ausbau befindliche Staatenbund kann getrost als Paradebeispiel für Korporatismus herangezogen werden – für die unheilige Fusion von Staat und Konzernwirtschaft. »*Die perfekte Form des Faschismus*«, nannte Benito Mussolini dieses Herrschaftsmodell, das der Idee von Demokratie natürlich diametral entgegensteht. Selbst der Euro als vermeintlich verbindende Einheitswährung darf zweifelsohne als monetäres Fiasko bezeichnet werden. Zumindest aus Perspektive taxonomisch geknechteter Normalverdiener. Gegenüber dem Schweizer Franken kennt der Kurs des Zahlungsmittels seit seiner Einführung nämlich nur eine Richtung: abwärts. Aufwärts – ans obere Ende der fiskalischen Hackordnung – bewegen sich in der Folge lediglich die schwindenden Eigenmittel der Steuerzahler.

Das erkennt nicht nur das Schweizer Stimmvolk, das eine Annäherung an die EU bereits zwei Mal an der Urne verhinderte. Auch in den Mitgliedsstaaten gärt es. Nicht zuletzt, weil der europäische Blockbaukasten zusehends an eine totalitäre Technokratie nach orwellschem Vorbild erinnert. Erosion demokratischer Prozesse,

Kriegstreiberei, Zensur unliebsamer Informationen und wirtschaftlicher Niedergang – »*kreative Zerstörung*«, nannte Kissinger-Protegé und WEF-Gründer Klaus Schwab diese vorsätzliche Dekonstruktion unseres Habitats. Mit logischem Denkvermögen gesegneten Zeitgenossen mag sich partout nicht erschließen, wie eine Annäherung an die EU, oder die Delegation von Autonomie an überstaatliche Institutionen für Bundesbern attraktiv erscheinen könnte. Denn zensorische Übergriffigkeiten wie der »Digital Services Act« (DSA) dürften nur ein lauer Vorgeschmack dessen sein, was der aus Brüssel und New York koordinierte Überwachungskapitalismus der Green Economy für die kommenden Jahre in petto hat.

Daher dürfte sich auch die Renitenz gegenüber dieser bürokratischen Machtergreifung zeitnah intensivieren. »*Erst ist es ein Polizeistaat, dann kommen die Aufstände*«, prophezeite US-Milliardär Nick Hanauer vor gut zehn Jahren in einem offenen Brief an seine wohlhabenden Freunde der »*Superclass*« (D. Rothkopf, 2008). Der Widerstand gegen das inhumane Corona-Regime oder die Bauernaufstände, die nach den Niederlanden und Frankreich nun auch Deutschland erreicht haben, geben dahingehend einen Vorgeschmack.

Nein, die EU ist wirklich kein Erfolgsmodell. Das gilt gleichermaßen für die Vereinten Nationen (UN), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder den Internationalen Währungsfonds (IWF). Denn das Wohl des einfachen Bürgers steht bei keiner dieser supranationalen Organisationen im Mittelpunkt des Interesses. Wo auch immer diese Institutionen sich involvieren, verschlimmern sie die Situation. Das Eliten-Projekt »oktroyierte Globalisierung« ist gescheitert. Denn mit Demokratie, Menschenrechten, Prosperität oder Umweltschutz hat die Konsolidierung von Macht und Geld in immer weniger Händen ebenso wenig zu tun wie der Ethikrat mit Ethik. Auch wenn die Zentralismus-Advokaten der Parasitärkaste

in Brüssel, London, New York oder Berlin das Gegenteil behaupten »*Der politische Totalitarismus ist tot. Es lebe der wirtschaftliche Totalitarismus!*«, notierte der Schweizer Publizist Ernst Reinhardt vor einigen Jahren – und beschrieb damit vortrefflich das herrschende System der Public Private Partnerships, das einstmals souveräne Nationalstaaten von innen heraus auffrisst wie ein bösartiger Tumor. Bis nichts mehr von ihnen übrig bleibt.

Aus diesem Grund sollten die vorgängig genannten Organisationen aufgelöst, oder zumindest verlassen werden. Es sind intransparente, finanziell korrumpierte Herrschaftskonstrukte eines postmodernen Neofeudalismus. Wir brauchen weder die EU noch die UN oder BRICS. Geschweige denn ein Angriffsbündnis wie die NATO. Ersetzt werden sollten diese demokratisch nicht legitimierten Regierungssurrogate durch grenzübergreifende Kollaboration auf Augenhöhe. Durch einen echten Völkerbund. Einen Zusammenschluss »von unten«. Denn wenn etwas eine funktionierende Demokratie charakterisiert, ist es das Subsidiaritätsprinzip – Willensbildung ausgehend von der kleinsten Einheit einer Gemeinschaft: »*Der souveränen Autonomie des Individuums*« (F. Nietzsche, 1892). Ein Prinzip, das in der Schweiz als einsamer Insel direkter Demokratie im Gegensatz zum Rest der Welt noch in gewissem Maße greift. Wo das Wohl des Kollektivs über die Rechte des Einzelnen gestellt werden, ist Tyrannei nicht mehr fern.

Mit entsprechender Skepsis sollte man nicht nur hierzulande der »*regelbasierten internationalen Ordnung*« begegnen, von der zeitgeistig flexible Spitzenpolitiker so gerne sprechen. Denn in dieser neuen Normalität einer vierten industriellen Revolution zählt ein Menschenleben nicht mehr viel. Nicht umsonst steht derzeit primär der Agrarsektor unter Druck. »*Die Kriegsgefahr ist am größten, wenn eine Ideologie von gestern über eine Technik von morgen verfügt*«, mahnte der bereits zuvor zitierte Ernst

Reinhardt. Und kaum eine Ideologie dürfte mehr Gefahren für den Fortbestand unserer Spezies bergen als die autoaggressive Nachhaltigkeitsökonomie grünbrauner Endzeit-Apologeten. Denn im Kern basiert die transhumanistische Biosicherheitsdoktrin des Coronozän auf Konzepten der Eugenik. Auf der progressiven Hybris, Evolution steuern zu können. Zum Wohle des Kollektivs. Verantwortung für einen freiheitlich-eigenverantwortlichen Lebensentwurf übernehmen zu müssen, scheint eine veritable Anzahl von Menschen zu ängstigen. Niederschlag findet diese Furcht vornehmlich in blindem Etatismus. In Verehrung eines infantilisierend-paternalistischen Staatsapparates. Und in der irrigen Annahme, Zentralismus, Technokratie und Transhumanismus stünden für Fortschritt, anstatt Selbstaufgabe.

In Anbetracht der rundum dystopischen Dynamik der neuen Normalität sind Errungenschaften wie die föderale Struktur, das Milizsystem und die seit 1815 praktizierte Neutralität der Schweiz geradezu ein Segen. Ein Bollwerk gegen zentralistische Zerwürfnisse der Zeit. Gut 175 Jahre Frieden, eine reüssierende Wirtschaft und eine stabile Währung sprechen für sich. Das Land tat während der zurückliegenden einhundert Jahre offenbar gut daran, seinen eigenen Weg zu gehen.

Dennoch trat auch die Eidgenossenschaft im Jahr 2002 den Vereinten Nationen bei und unterwirft sich seither zusehends dem Diktat supranationaler, antidemokratischer Organisationen. Selbst die für die direkte Demokratie charakteristische Föderalstruktur erodiert. Man folgt, trotz dem in Art. 3 der Bundesverfassung verbrieften »*System der Nichtzentralisierung*«, dem vermeintlich effizienzsteigernden Trend zur Zentralisierung. So gab es 1980 im Tessin zum Beispiel noch 247 Gemeinden. Inzwischen ist die Zahl auf 106 gesunken. Und wenn die für 2024 geplanten Fusionen abgeschlossen sind, werden es nur noch 100 sein. Ein Minus von

147 Gemeinden in 45 Jahren. In den anderen Kantonen sieht es ähnlich aus. Von 2.899 Gemeinden im Jahr 2000 sind am 1. Januar 2024 noch 2.131 übrig. Das entspricht einer Reduktion von 768 Gemeinden in 24 Jahren. In Summe durchaus besorgniserregende Entwicklungen bezüglich des Fortbestands der Eidgenossenschaft in ihrer bisherigen Form. Dabei sind Dezentralität und eine politisch-isolationistische Haltung keineswegs falsch. Auch wenn diese Attribute in der leitmedialen Darstellung des In- und Auslands praktisch durchweg negativ konnotiert werden. Nicht von ungefähr sind oft gerade jene Länder, die sich eine gewisse Autonomie bewahrt haben, am erfolgreichsten.



Ein Blick in die Geschichte der Vereinigten Staaten genügt, um zu erkennen, dass Bündnisdenken und Verteidigungsallianzen den Bewohnern eines Landes selten zum Vorteil gereichten. Bis zum Eintritt in den Ersten Weltkrieg am 6. April 1917 war das Land international unauffällig. Frönte einem ausgeprägten Isolationismus. Mit dem Ende des Krieges am 11. November 1918 änderte sich das. Das blutigste Jahrhundert der Zivilisationsgeschichte begann. Die »Pax Americana« steht seither für weltpolitische Dominanz um jeden Preis. Für eine »*Neue Weltordnung*«, wie schon Woodrow Wilson es nannte, die sich durch einen absolutistischen Anspruch auf Deutungshoheit auszeichnet. Geltend gemacht wird dieser Anspruch mit martialischen Methoden. Und mittels intransparent operierender supranationaler Institutionen, deren Einfluss seit Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich wächst.

> **»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.« (Jean-Claude Juncker, SPIEGEL, 27. 12. 1999)**

Wo auch immer die US-dominierte Demokratiesimulation des Wertewestens auftrat, hinterließ sie verbrannte Erde. Südamerika, Asien, Afrika, die arabische Welt – überall zwang man Menschen eine als Werteverteidigung vermarktete Gewaltherrschaft auf. Und war der Gegner durch rücksichtsloses Abwerfen von Demokratie nicht in die Knie zu zwingen, assimilierte ihn die »Global Governance« mittels finanzpolitischer Rochaden und Knebelverträgen. Welch mafiöse Methoden dabei zur Anwendung kommen, erklärt das autobiographische Buch »Confessions of an Economic Hit Man« von John Perkins aus dem Jahr 2004. Ländern müssen nicht mehr erobert oder besetzt werden, um sie zu beherrschen. Kreditwucher, Plattform-Monopolismus, Technokratie und Netto-Null-Ökonomie sind ebenso zerstörerisch wie Flächenbombardements. Allerdings halten die erzielten Effekte länger vor.

So setzt sich der Eroberungsfeldzug des angloamerikanischen Establishments bis heute ungehindert fort. Mit der Bildung von Macht- und Währungsblöcken. Und wer sich ein wenig mit der Vergangenheit beschäftigt, erkennt rasch, dass das Empire nie aufhörte zu existieren. Siehe »Commonwealth«. Es lässt nur seine Drecksarbeit seit 1918 von jemand anderem erledigen. Befreiungskriege, humanitäre Einsätze, Interventionen zur Friedenssicherung: in der Regel nichts weiter als euphemistische Verklärungen für Neoimperialismus.

Neutralität ist das exakte Gegenteil davon. Auch wenn selbst hiesige Propaganda-Postillen das tradierte Konzept als Anachronismus darstellen. Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen und schwelender Konflikte ist es ratsam, sich nicht mit Mächten gemein zu machen, die im Rahmen ihres letzten, blutrünstigen Aufbäumens gewillt sind, den Rest der Welt mit in den Abgrund zu reißen. Sich neutral zu verhalten, bedeutet für einen Staat, höhere Maßstäbe ans eigene Handeln anzulegen als jene Regierungen,

die aufgrund niederer Beweggründe Gewalt als probates Mittel zur Durchsetzung der eigenen Agenda erachten. Anstatt nur die eigenen Grenzen, die eigene Bevölkerung und den eigenen Besitz zu verteidigen, setzt sich ein neutrales Land auf dem internationalen Parkett für übergeordnete Werte ein. Für Frieden, Freiheit und allgemeine Menschenrechte. Der US-Stellvertreterkrieg gegen Russland und der zionistische Genozid im Freiluftgefängnis von Gaza bieten ausreichend Chancen für die Schweiz, diese Rolle einzunehmen.

Neutralität charakterisiert ein Land nicht als rückständig oder illoyal gegenüber Partnerstaaten, sondern als transparent, selbstbewusst und zuverlässig. Eine isolationistische, oder eigenbrötlerische, unparteiische Entität ist auch nicht per se Globalisierungsgegner, wie das Medienecho allenthalben glauben machen möchte. Au contraire – als viersprachiger, international vernetzter Finanzplatz, als weltoffenes Einwanderungsland mit einem Ausländeranteil von über zwanzig Prozent ist die Schweiz ein Schmelztiegel der Kulturen. Daher sollte sie als neutraler Mediator selbstbewusst auftreten, Krisensituationen holistisch und ergebnisoffen analysieren, sich mit allen Beteiligten verständigen und so helfen, einen für alle Seiten tragbaren, friedlichen Kompromiss zu finden. Denn über den eigenen Interessen, oder der Agenda der Konfliktparteien, stehen unverrückbare Werte und ein humanistisch geprägtes Menschenbild – und genau das gilt es in Zeiten überstaatlicher Übergriffigkeit zu verteidigen.

**»Das wirklich beängstigende am Totalitarismus ist nicht, dass er Massaker begeht, sondern, dass er das Konzept der objektiven Wahrheit angreift«, stellte George Orwell einst heraus.**

Derartige Angriffe erleben wir mittlerweile täglich. Das Postfaktum des Medienzeitalters devalviert auch die wichtigsten Errungenschaften unserer Spezies, wenn die Durchsetzung offiziell goutierter Narrative es erforderlich macht. Dabei ist die objektive Wahrheit nicht von der Hand zu weisen: Fast zweihundert Jahre Neutralität – und damit Frieden, Freiheit und Wohlstand – waren für die Schweiz der richtige Weg. Ein Weg, der das Land ungleich besser durch die Turbulenzen und Disruptionen der Zeit geführt hat als die meisten anderen.

Demzufolge sollte dieser Kurs beibehalten werden. Dieser Leuchtturm der Autonomie, die Ufer dieser letzten basisdemokratischen Insel, müssen vor der Flut manipulativer Nudging-Elaborate, vor Zentralismus und neoimperialistischen Umtrieben geschützt und gegen Einflussnahme jeder Form verteidigt werden. Denn die Vergangenheit zeigt, dass eine neutrale Position gerade jetzt das beste Rüstzeug für eine potenziell dystopische Zukunft ist.

**Montagnola, am 14. Januar 2024**

# Die sechste Dimension



**»Die Gedanken sind frei« – im Mediazän ist diese hehre Vorstellung leider ein Axiom. Propaganda und Narrative bestimmen unser Denken. Dabei sind solch externe Einflüsse längst nicht mehr die primäre Bedrohung für unseren Geist. Denn die vierte industrielle Revolution führt nun mit Neuro- und Nanotechnologie invasivere Werkzeuge ins Feld, um sich mittels kognitiver Kriegsführung unseres Denkens zu bemächtigen. Es ist die finale Schlacht um das Gehirn. Um die Spezies Mensch.**

Den ersten Schuss des Tages feuern die meisten Vertreter unserer Spezies kurz nach dem Aufstehen ab. On. Mit dem gedankenlosen Druck auf einen Button ihres Smartphones. Sobald die Netzverbindung steht, befinden sie sich im Krieg. Ohne sich dessen gewahr zu sein. Kurioserweise ist der unbedarfte Dopamin-Junkie in diesem Moment sowohl Täter als auch Opfer. Denn besagter Schuss ist nicht gegen einen Eindringling oder Kombattanten auf dem Schlachtfeld gerichtet, sondern gegen das eigene Gehirn. Denn der omnipräsente Taschenspion ist mitnichten nur ein praktisches Werkzeug, sondern in erster Linie eine vom militärisch-industriellen Komplex entwickelte Waffe. Die »*News*«, die über sein Display auf uns einprügeln, sind ein soziales Konstrukt. Soziale Medien Beschäftigungstherapie. Ein Werkzeug der Verhaltensökonomie. Einer Isolationswirtschaft. Dominiert von transgenerationalen Konzern-, Finanz- und Agentur-Kartellen. Die belanglosen Nachrichten, Social Media-Feeds und Buzzword-Blasen der durchs Dorf getriebenen Schweine haben praktisch

keine Relevanz für unser persönliches Leben – aber ungeheuren Einfluss auf unseren Alltag. Unser Zeitmanagement. Unser Denken. Auf unser gesamtes Verständnis von Realität.

Selbiges beruht auf der Verinnerlichung von Narrativen. Auf Geschichten. Aus diesem Grunde war das obere Ende der gesellschaftlichen Hackordnung seit jeher bemüht, missliebige Information zu ächten. Schon König Karl II. (1630–1685) war als Tyrann auf Englands Thron darauf bedacht »*False News*« zu unterbinden. Per royaler Deklaration verbot er den Kolonien jenseits des großen Teiches 1672, Kritik an seiner Majestät, dem Staat, der Regierung oder ihren Vertretern zu äußern. Zunächst galt das Dekret nur für den öffentlichen Raum. Dann auch im Privaten. Zuwiderhandlungen waren mit empfindlichen Strafen belegt. Zuerst wurden diese nur kritischen Rednern und Publizisten auferlegt. Dann auch den Zuhörern und Lesern – außer, diese meldeten derart obrigkeitskritische »*Hassrede*« binnen 24 Stunden.

Parallelen zu »Cancel Culture« und Debattenraumbeschneidung der Postmoderne sind kein Zufall. Denn Geschichte wiederholt sich. Und Tyrannei funktioniert schon immer nur durch Täuschung, Manipulation und Lüge. Zeitigen Mittel wie »Nudging« oder »Softpower« nicht mehr die gewünschten Effekte, kommt die Gewalt. Wird diese zu exzessiv eingesetzt, lässt sich das herrschende System jedoch nur noch schwerlich als Pluralismus oder Demokratie vermarkten. Diese rote Linie wird das aktuelle System daher nur überschreiten, wenn es seine Existenz einer profunden Bedrohung ausgesetzt sieht.

So verwundert es kaum, dass es im Mediazän nicht mehr nur der lange Arm des kapriziösen Gesetzes ist, der die Bevölkerung im Schwitzkasten hält, sondern primär die Aufmerksamkeitsagitation der Herrschaftskaste. Multimedial serviert. Ohne

Sendeschluss. Im Austausch gegen unser Geld, unsere Daten – unser Leben. Infolgedessen verschwenden wir weite Teile von dem, was wir abseits von Broterwerb und Schlaf als Freizeit definieren, unsere Energie, Gedanken und Kreativität, auf Denk- und Handlungsschablonen von der Stange. Wie Klone. Mit leicht divergierenden Interessen und Outfits. Und auch das ist kein Zufall, wie schon der Begründer der modernen Propaganda vor knapp 100 Jahren auf Seite eins seines Standardwerkes festhielt:

> **»Die bewusste und intelligente Manipulation der organisierten Gewohnheiten und Meinungen der Massen ist ein wichtiges Element der demokratischen Gesellschaft. Diejenigen, die diesen unsichtbaren Mechanismus der Gesellschaft manipulieren, bilden eine unsichtbare Regierung, die die wahre herrschende Macht unseres Landes ist. Wir werden regiert, unser Geist manipuliert, unser Geschmack geformt, unsere Ideen vorgeschlagen, größtenteils von Männern, von denen wir noch nie gehört haben. Dies ist eine logische Folge der Art und Weise, wie unsere demokratische Gesellschaft organisiert ist.« (Bernays, Propaganda, 1928)**

Ob Joseph Goebbels, Fluoridierung von Trinkwasser, Werbung für die Tabakindustrie oder der US-geführte Coup d'État in Guatemala – Bernays inspirierte Despoten aller Art. Seine auf Lügen basierenden Kommunikationsprozesse zur »*Kristallisierung öffentlicher Meinung*« erfüllten und erfüllen ihren Zweck für jedwede Form der Lüge. Bis heute. Und stets getreu dem Motto ihres Erfinders: »*Du lügst nicht wirklich, wenn die Lügen, die du erzählst, gegen andere Lügen ins Feld geführt werden*«.

Nachrichten werden geschaffen, damit wir uns nach ihnen richten. Sie sind, begleitet von Werbung und Nonsens-Multiplikatoren wie

Social Media, das primäre Herrschaftsinstrument gewaltloser Kontrolle. Sie sichern Deutungsdominanz. Meinungshegemonie. Gute PR macht Tyrannen zu Demokraten, Gift zu Nahrungsmitteln und ein mittelschweres Infektionsgeschehen zur Jahrhundertpandemie. Sie manipuliert Massen, bereitet Völker auf Kriege vor, präsentiert militärische Interventionen, Geheimdienstkampagnen und Völkermord als Verteidigung westlicher Werte und Neoimperialismus als Entwicklungshilfe.

Nachdem der Begriff Propaganda durch all die damit assoziierten Gräueltaten negativ konnotiert war, bot Bernays seine Dienste später unter dem neuen Label »*Public Relations*« feil. Öffentlichkeitsarbeit. Und genau davon werden wir regiert. Von Marketing, Nudging, Social Engineering, Zensur, Influencern, Algorithmen, Filterblasen und manipulativer Kommunikation – so kontrolliert das herrschende System das Denken einer proportional zur Nachrichtenmenge irritierten Verfügungsmasse von Humankapital. Es ist ein Krieg gegen das freie Denken. Gegen den freien Willen. Das von Detonationskratern übersäte Schlachtfeld ist das Gehirn.

Nicht umsonst hat die NATO das Zerebrum des Homo demens unlängst offiziell zur sechsten Dimension der Kriegsführung erklärt. Ging es Konfliktparteien in konventionellen Kriegen bislang um Siege zu Wasser, zu Land, in der Luft oder im All, war es seit Anbruch des 21. Jahrhunderts vor allem der Cyberspace, die fünfte Dimension der Kriegsführung, die für den militärisch-industriellen Komplex im Fokus stand. Ein Dokument des US-Verteidigungsministeriums vom Juli 2011 beschreibt die diesbezüglichen Strategien auf nationaler wie internationaler Ebene. Ein 70 Seiten umfassendes Papier der »Joint Chiefs of Staff« von US-Marine, -Luftwaffe, -Armee, -Küstenwache und -Marine Corps vom 5. Februar 2013 geht tiefer und bietet einen Überblick

zu Verantwortlichkeiten, Planungsprozessen, Interoperabilität und multinationalen Operationsansätzen zum Krieg im Netz.



Nach Sichtung der vorgängig verlinkten Unterlagen wird klar: Das erklärte Ziel des angloamerikanischen Imperiums ist und bleibt auch im Cyberspace »*Full Spectrum Dominance*« – die vollständige, globale Kontrolle über alle Einsatzebenen hinweg. Ergo, die vollständige Kontrolle der öffentlichen Wahrnehmung. Der medial kuratierten Retorten-Realität. Selbst der Deutschlandfunk berichtete bereits am 7. Juli 2016 unter dem Titel »*Der Kopf als Ziel*« von den vermeintlich neuen Methoden hybrider Kriegsführung der NATO.

> **»Die neuen hybriden, also vermischten Konflikte werden nicht mehr nur von Waffenstärke, sondern auch von Propaganda und anderen sozialen Techniken zur Spaltung von Gesellschaften bestimmt.«**

Neu sind allerdings nicht die Methoden oder sozialen Techniken der Kriegsführung – siehe König Karl II., Bernays oder die Entstehung des ersten Weltkrieges – sondern die zum Einsatz kommenden Waffen. Denn wir sind und bleiben Primaten. Aber wir haben neue Spielzeuge. Radios und TV-Geräte waren schneller und effektiver als Zeitungen, Laptops und Smartphones eine Revolution gegenüber stationären Computern. Wearables legt man derweil gar nicht mehr ab. Und über Implantate wie RFID-Chips für digitale Zahlungen oder den Einsatz im Gesundheitswesen schrieb The Atlantic schon am 21. September 2018, dass uns »*bald die guten Gründe ausgehen würden, um nein zu sagen*«.

Bisher beschränkte sich kognitive Kriegsführung auf externe Einflussnahme. Auf glaubhaftes Vermitteln von Narrativen, Bedürfnissen und Feindbildern. Auf Faktenchecks und Zensurmaßnahmen

zur Bekämpfung von vermeintlichen Falschinformationen. Ein dezentrales Wahrheitsministerium entstand. Eine Industrie. Präsent in 105 Ländern. Der zensorisch-digitale Komplex. Eine orwellsche Mélange aus Regierungen, Medien, NGOs und Tech-Konzernen. Existierten in den USA 2014 zum Beispiel noch 44 Organisationen, die sich der Verifikation von Online-Inhalten widmeten, waren es 2019 bereits 195. Mittlerweile dürften es doppelt so viele sein. Siehe Projekt »Course Correct«, das 2022 von der US-Regierung, genauer gesagt dem »*National Science Foundation Convergence Accelerator*« – Stichwort biodigitale Konvergenz – mit fünf Millionen US-Dollar subventioniert wurde, um einen digitalen »*Werkzeugkasten*« für Nachrichtenagenturen und Redaktionen zu entwickeln. Damit soll diesen die Identifikation und Eliminierung missliebiger Information erleichtert werden.

In Zeiten künstlicher Intelligenz braucht es nicht viel Fantasie, um sich vorstellen zu können, was das für den durch überbordende Political Correctness nahezu verkümmerten Meinungspluralismus bedeutet. Die Methodik für die Anwendung des Werkzeugkastens, pseudo-cool »R.E.A.C.T.« betitelt, liest sich jedenfalls wie die tradierten, Despotismus verheißenden Propaganda-Direktiven aller totalitären Staaten.

> **»Wiederholen der Fakten, damit diese im Gedächtnis bleiben. Alternative Erklärungen bieten. Falsche Wahrnehmungen im Gedächtnis der Zielperson ersetzen. Kredibile Experten zitieren« und »schnell reagieren, um die Ausbreitung von Fake News zu unterbinden«.**

Das System ist sichtlich bemüht, vor die Welle der Erkenntnis zu kommen. Welche Formen die Public-Relations-Attacke auf den menschlichen Intellekt mittlerweile angenommen hat, und wie diese Raum greift, beschrieb der Propaganda-Forscher Jonas

Tögel in seinem 2023 erschienenen Buch »*Kognitive Kriegsführung – Neueste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO*«. Auf 251 Seiten seziert Tögel die Geschichte, Methodik und Einsatzmöglichkeiten moderner Propaganda. In verschiedenen Interviews, zum Beispiel mit dem Overton Magazin oder den Deutschen Wirtschaftsnachrichten (DWN), beschreibt der Autor, wie sich das transatlantische Kriegsbündnis mit immer perfideren Praktiken psychologischer Kriegsführung anschickt, die Schlacht um das Gehirn für sich zu entscheiden.

Ein Großteil der in Tögels Buch behandelten Historie dürfte für informierte Zeitgenossen nicht wirklich neu sein. Nichtsdestotrotz lohnt es sich, einen Blick auf die Details, Vorgänge und vor allem Originaldokumente des wertwestlichen Militärkomplexes zu werfen. Denn wer davon ausgeht, die NATO bestünde, um die europäische Bevölkerung vor externen Bedrohungen zu schützen, irrt. Die NATO *ist* die Bedrohung. Siehe Tögels Antwort auf die Frage der DWN nach der Zielgruppe kognitiver Kriegsführung:

»*In vielen Ländern ist es dem Militär und der Regierung verboten, die eigene Bevölkerung mit Propaganda direkt zu beeinflussen. Ein Militärbündnis wie die NATO bewegt sich hier also auf dünnem Eis, wenn es ein offizielles Programm entwickelt, das (auch) die gezielte Manipulation der eigenen Bürgerinnen und Bürger zum Ziel hat, und die NATO weiß das auch. Daher gibt es bezüglich der Frage der Zielgruppe nur wenige konkrete Aussagen in den Dokumenten zur kognitiven Kriegsführung. Es wird zwar offen kommuniziert, dass das Ziel der kognitiven Kriegsführung sei, Gesellschaften zu schaden und nicht nur dem Militär, doch damit ist noch nicht gesagt, ob auch die eigene Bevölkerung dazugehört. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass auch die eigene Bevölkerung im Ziel der Kampfhandlungen steht. So betont ein Dokument, dass*

*die menschliche Sphäre als Kriegsschauplatz sich auf das ganze menschliche Umfeld bezieht, ob Freund oder Feind. An anderer Stelle heißt es, dass sich die Brandstifter auf diesem Kriegsschauplatz innerhalb und außerhalb der eigenen Grenzen befinden könnten.*«

Definitive Abgrenzung klingt anders. Nicht ohne Grund. Die Herrschaftskaste steht unter Zeitdruck. Immer mehr Menschen erkennen, das sie von einer kriminellen Organisation regiert werden. Egal, in welchem Land sie leben. So setzt das System derzeit alle Hebel in Bewegung, um möglichst rasch den digitalen Gulag der elektronischen Ausweise, $CO_2$-Budgets, Digitalwährungen und Geofencing-Gängelung zu errichten und diese Umtriebe als progressiv anzupreisen. Obwohl der Soll-Zustand nichts anderes ist als ein Gefängnis ohne Gitterstäbe, das Widerstand in naher Zukunft erschweren bis verunmöglichen soll.

Während die Welt im Herbst 2020 im künstlichen Corona-Koma gehalten oder zu Hause eingesperrt wurde, publizierte das NATO Innovation Hub sein erstes, 45 Seiten starkes Strategiepapier zum Thema »*Kognitive Kriegsführung – eine Attacke auf Wahrheit und Denken*«. Das Cover des Pamphlets ziert bezeichnenderweise ein Smartphone, auf dessen Display die Logos der Social-Media-Giganten leuchten. Das Inhaltsverzeichnis zeigt unmissverständlich, wohin die Reise geht. Da geht es um alle erdenklichen Arten psychologischer Kriegsführung, um »*Destabilisierung durch Konfusion*«, »*Spaltung*« und ein »*neues Zeitalter der Wahrheit*«. Und das war nur der Anfang.

Vom 1. bis 3. Juni 2021 veranstaltete das NATO Innovation Hub einen Workshop mit dem Titel »*Innovative Lösungen zur Verbesserung der Kognition*«. Akkreditiert waren unter anderem Teilnehmer von US-Armee und US-Navy, der Johns Hopkins Universität und Booz Allen Hamilton, dem Geheimdienst-Sidekick

und ehemaligen Arbeitgeber von Edward Snowden. Anstelle von simpler Manipulation der Massen ging es nun primär um Neurowissenschaft, biodigitale Konvergenz – also die Verschmelzung von Mensch und Maschine – künstliche Intelligenz und das »*Schlachtfeld Gehirn*«. Um invasive Methoden zur Kontrolle von Gedanken und Emotionen. Um Neuronalwaffen.

Nur drei Wochen nach diesem Vorbereitungstreffen, am 21. Juni 2021, fand in Bordeaux (Frankreich) das erste offizielle, von mehreren Organisationen begleitete »*wissenschaftliche NATO Meeting zu kognitiver Kriegsführung*« statt. Die im März 2022 veröffentlichte Zusammenfassung dieses Symposiums trägt den vielsagenden Titel: »*Kognitive Kriegsführung – Die Zukunft kognitiver Dominanz*«. In Kapitel drei des Dokuments wird das menschliche Gehirn als sechste Domäne militärischer Operationen ausgelobt. Denn »*Narrative überwältigen die Welt*«. Ethische Bedenken diesbezüglich werden lapidar hinweglaviert und den zu priorisierenden Sicherheitsinteressen geopfert. Bei Lektüre von Kapitel vier und fünf muss jedem mit Empathie gesegneten Artgenossen übel werden. Die Art und Weise, wie führende NATO-Vertreter das Lebewesen Mensch zu einem bloßen Objekt, zu einem seelen- und wertlosen Ding, einem Schlachtfeld für militärisch-industrielle Partikularinteressen degradieren, ist widerwärtig. Gerechtfertigt wird die inhumane Agenda mit der altbewährten Mär von der Notwendigkeit des Wettrüstens. Da China dem NATO-Block auf diesem Gebiet deutlich überlegen sei, müsse der Wertewesten dringend aufschließen, so der Tenor.

Abgerundet wurde das Jahr 2021 am 9. November mit einem virtuellen Panel zum Thema Einsatzszenarien. Die Einleitung des betreffenden Protokolls lässt erahnen, warum der uns umgebende Wahnsinn Methode hat.

»*Theoretisch ist kognitive Kriegsführung ein Prozess, bei dem eine Einzelperson oder eine Organisation die Fähigkeit besitzt, ihre Gegner ohne physische Zerstörung zu besiegen. Ihr Ziel besteht jedoch darin, den kognitiven Zustand dieser Personen und Gruppen zu manipulieren und zu beeinträchtigen. In der Folge kann es zu einer Veränderung in der Art und Weise kommen, wie Menschen denken und ihr tägliches Leben gestalten* (…)*. Menschen, die kognitive Kriegsführung einsetzen, verfügen im Wesentlichen über die Kompetenz, die Meinung der Gesellschaft zu beeinflussen und zu formen, ohne Gewalt anwenden zu müssen.*«

Definiere »*Gewalt*«. Die NATO-Strategen, die selbstredend auch in den Folgejahren Workshops zum Thema veranstalteten, scheinen psychische Gewalt wohl nicht als solche zu verstehen. Vertreter des Militärs haben dahingehend naturgemäß noch weniger Skrupel als der pharmazeutisch-mediale Komplex. Immerhin ist Töten ihr Geschäft. Wobei auch die Exekutive keinen Hehl mehr aus ihren totalitären Absichten macht. Dazu genügt ein Blick auf die Geschichte und »Global Policing Goals« von Interpol (ICPO), wo Unterstützung für die Durchsetzung der fraglos totalitären UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) viel Raum einnimmt. Die 1923 in Wien gegründete, in Lyon ansässige internationale kriminalpolizeiliche Organisation ICPO verbindet 196 Mitgliedsstaaten und versteht sich als überstaatliches Netzwerk, dessen Hauptaufgabe das Sammeln, Auswerten und Verteilen von Daten ist. Ein supranationaler Geheimdienst sozusagen.

Interpol ist die größte Polizeiorganisation der Welt, gilt juristisch aber als Verein nach französischem Privatrecht. Damit liegt ihr weder ein völkerrechtlicher Vertrag zugrunde – noch hat je ein Parlament ihre Tätigkeit ratifiziert. Ungeachtet dessen ist Interpol für die Gewährleistung eines globalen polizeilichen Kommunikationssystems sowie den Aufbau überstaatlicher Datenbanken

verantwortlich. Finanziert wurde die ICPO bis 2011 von Beiträgen der Mitgliedsstaaten. Ab 2011 erhielt Interpol jedoch verstärkt Zahlungen aus der Konzernwirtschaft. Namentlich zum Beispiel von der FIFA, Phillip Morris oder 29 Pharmaunternehmen. Mit dem Organisationskomitee der WM 2022 in Katar schloss man ein Abkommen im Wert von zwanzig Millionen Dollar. ZEIT ONLINE berichtete damals unter der Headline »*Wenn die Weltpolizei mit der FIFA dealt*« über den Vorgang. Interessenskonflikte scheinen bei Interpol allem Anschein nach kein Problem darzustellen.

Wenig verwunderlich. Standen diverse Präsidenten der »*Weltpolizei*« doch wegen Folter, Korruption oder ihrer düsteren Vergangenheit im Rampenlicht. So zum Beispiel Paul Dickopf, NSDAP- und SS-Mitglied, Spion in der Schweiz, CIA-Agent und ab 1965 Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA). 1968 übernahm Dickopf die Leitung von Interpol. Obwohl die sogenannte Weltpolizei demokratisch nicht legitimiert ist, ihre Umtriebe mehr als fragwürdig sind und ihr Personal – gelinde gesagt – zwielichtiger Natur zu sein scheint, wird die ICPO als Mitglied der »Counter-Terrorism Implementation Taskforce« (CTITF) der Vereinten Nationen geführt.

Seit 2020 arbeitet Interpol am Aufbau einer Datenverarbeitungsplattform namens INSIGHT. Das Projekt dient der Bereitstellung prädiktiver Analysen für Polizeikräfte. Die Daten bezieht Interpol von den Geheimdiensten seiner Mitgliedsstaaten sowie aus »*externen*« Quellen. Sprich, von kommerziellen Anbietern. Das beinhaltet Stamm- und Bewegungsdaten, Video- und Audiodateien, Gesichtserkennungsprofile und andere biometrische Informationen. In der dritten Phase des Projekts, die zwischen 2024 und 2026 abgeschlossen sein soll, wird INSIGHT praktisch jede Information, die zu einer Person existiert, aufgesaugt haben. Gemäß einem 2020 veröffentlichten, aber nicht gelisteten Interpol-Video

betrifft das zur Überraschung von niemandem auch alle verfügbaren Daten von Social Media Anbietern.

Projekte wie INSIGHT, ShadowDragon, COMPAS oder der kontroverse und bei Polizeibehörden beliebte Bilder-Crawler Clearview AI, der verschwommene Fotos korrigieren, Masken herausrechnen und Gesichter auch auf Fotos eines Fußballspiels oder Rockkonzerts herausfiltern kann, bilden die Grundlage für »Predictive Policing« – für präventive Inhaftierung und Sanktionierung aufgrund von verdächtigem Verhalten. Dieses dystopische Verfahren findet nicht nur in den USA bereits seit knapp zehn Jahren Anwendung im Alltag. Wie man dem »*Bulletin 2018 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*« entnehmen kann, sind solch algorithmenbasierte Prognoseverfahren auch in unseren Breiten Usus. Die Kantonspolizei in Basel, Zug oder Zürich setzt dabei auf ein Software-Paket namens »PRE-COBS« *(*Pre Crime Observation System) und will damit unter anderem Einbruchsdelikte verhindern.

Unsere privaten Daten sollen also künftig nicht mehr nur dazu verwendet werden, um uns zu manipulieren, sondern auch, um uns auf Basis maschineller Prognosen und intransparenter Stochastik präventiv zu sanktionieren. Im Lichte der legislativen Entwicklungen dieser Tage bedeutet das in letzter Konsequenz: Wer künftig kontroverse Bücher bestellt, die falschen Internetseiten frequentiert, den Staat kritisiert, »*Fake News*« oder »*Hassrede*« postet, wird – gegebenenfalls auch bei Vergehen »*unterhalb der Strafbarkeitsschwelle*« – weggesperrt. Demokratie total. Zum Schutz des Kollektivs.

Dahingehend dürfte es dem System zupasskommen, dass nach Apple nun auch Google im April 2024 ein weltweites Bluetooth Mesh-Netzwerk aktiviert hat. Der Tech-Unternehmer und Cybersecurity-Experte Rob Braxman bezeichnet diese Entwicklung

als Grundlage für ein Maschine-Maschine-Netzwerk à la Skynet, das den meisten wohl als Schaltzentrale der Maschinen aus den Terminator-Filmen in düsterer Erinnerung geblieben sein dürfte. Braxman könnte Recht haben. Denn während sich iPhones schon während der Corona-Krise gegenseitig identifizieren und untereinander verständigen konnten, siehe »*Track & Trace*«, ganz ohne eine Mobilfunk- oder Internetverbindung aufbauen zu müssen, können dies nun auch alle Android-Geräte. Zudem verstehen sich die Systeme jetzt auch gegenseitig.

Ergebnis: Das Smart-Grid. Smartwatches, Smartmeter, Headsets, Fitnesstracker, Air Pods, Laptops, Tablets, Elektroautos und alle anderen Geräte, die Signale per BLE (Bluetooth Low Energy) senden und empfangen, sind künftig in der Lage, sich ohne Wissens des Besitzers zusammenzuschalten, um ein Mesh-Netzwerk zu bilden. Das passiert spontan und dynamisch. Je nachdem, wie viele Geräte sich in der Nähe befinden. BLE-Signale können bis zu einem Kilometer Reichweite abdecken. Abschalten lässt sich die BLE-Übertragung nicht. Apple- und Android-Smartphones übertragen BLE-Signale selbst dann, wenn sie ausgeschaltet sind. Eine zentrale KI kann solche Mesh-Netzwerke ansteuern und Datenpakete an sie übermitteln. Damit können die empfangenden Geräte observiert, manipuliert und ferngesteuert werden. Befinden sich Nanopartikel, Nanobots oder Smartdust-Partikel im Umfeld der BLE-Rezeptoren, können auch diese zu programmierten oder non-linearen Reaktionen angeregt werden.

Obwohl herkömmliche WiFi-Router schon seit knapp zehn Jahren dazu verwendet werden können, heimlich 3D-Modelle von Häusern und ihren Bewohnern anzufertigen, möchte man meinen, die Nano-Nummer klinge doch sehr nach Science Fiction. Ist es leider nicht. Denn was Jonas Tögel in Kapitel fünf seines

Buches relativ knapp als »*Militarisierung der Neurowissenschaften*« abhandelt ist der heilige Gral der kognitiven Kriegsführung. Die Verschmelzung von Mensch und Maschine. Direkte Kontrolle der Zielperson. Fernsteuerung, anstelle von Manipulation. Transhumanismus. Entgegen landläufiger Annahmen wird dieser nicht Einzug halten, weil militärische Neurotechnologie für die zivile Nutzung freigegeben wird, sich jeder einen RFID-Chip für digitale Zahlungen, ein Neuralink-Gehirnimplantat oder ein Exoskelett für die Hausarbeit angedeihen lässt. Er wird Einzug halten, ohne dass wir es merken, weil die kostengünstig skalierbaren Nanopartikel, -strukturen und -bots Bestandteil von pharmakologischen Produkten, Nahrungsmitteln und Geoengineering-Projekten sind und sein werden. Siehe Lipid-Nanopartikel für mRNA-Injektionen. Oder 14 Jahre alte WEF-Ideen zu »*Solar Radiation Management*«. Neurotechnologie muss angelegt, muss implantiert und justiert werden. Bedarf also der Zustimmung des Patienten. Nanotechnologie wie Smartdust aber kann auf die gesamte Bevölkerung angewendet werden – ohne, dass sie es weiß.

Die Kartographie der 86 Milliarden Nervenzellen des menschlichen Gehirns scheint in weiten Teilen abgeschlossen zu sein. Weit genug jedenfalls, um intervenieren zu können. Zu diesem Zweck finanzierte die EU von 2013 bis 2023 das Human Brain Project, China das China Brain Project, Japan seine Brain/MINDS Initiative und Amerikas Nachbarstaat das Forschungsprojekt Brain Canada. Überstaatlich kollaboriert und expandiert man im Rahmen der International Brain Initiative.

Bis etwa 2018 fand sich in den Mainstream-Medien noch hin und wieder ein aufschlussreicher Beitrag zum Thema Smartdust, oder zu den Fortschritten auf dem Gebiet der Nanotechnologie. Dass dies nun seit einigen Jahren kaum mehr der Fall ist, sollte nicht als Beleg dafür gewertet werden, dass der korrumpierte

Wissenschaftsbetrieb auf diesem Feld nicht mehr aktiv ist. Au contraire. Denn Nanotechnologie ist *die* Schlüsseldisziplin der deutungshoheitlichen Neurowissenschaften. Der Türöffner zur biodigitalen Konvergenz, zur Transformation unseres Organismus in Richtung Cyborg. Allein die amerikanische DARPA hat in den vergangenen zwei Dekaden mindestens 40 Programme auf diesem Gebiet ins Leben gerufen. Doch während man bei BBC und Co. durchaus Meldungen zu Fortschritten bei Hirnimplantaten findet, die paralysierte Menschen Kraft ihrer Gedanken wieder gehen lassen, oder Business Insider erläutert, wie China die Gehirnströme von Mitarbeitern in Echtzeit analysiert, um deren emotionalen Zustand zu bewerten, ist es rund um das Thema »*intelligenter Staub*« verdächtig ruhig geworden.

Dabei hat sich auf diesem Sektor längst ein ganzer Industriezweig etabliert, der Smart-Mesh-Netzwerke für kommerzielle Anwendungen entwickelt. Schon 1997 gründete Kristofer Pister mit Startkapital der DARPA das Unternehmen Dust Networks (heute Analog Devices). Das Premiumprodukt des Unternehmens, SmartMesh-XR, »*senkt die Verbreitungsschwelle für die Installation von Sensor- und Kontrolllösungen*« signifikant, entnimmt man der Produktbeschreibung. Bewegt sich Ware, ein Fahrzeug oder Mensch durch ein Netzwerk aus intelligentem Nano-Staub, zum Beispiel in einer Fertigungshalle, verdrängt er diesen, beziehungsweise die Strahlung zwischen den einzelnen Partikeln (Nodes), welche in der Luft schweben oder an Wand und Boden haften. Wie ein Schiff das Wasser. Damit sind Position, Eigenschaften und Intention des verdrängenden Objekts, oder Subjekts, messbar. RFID-Chips, Hardware-Sensoren, Lichtschranken, Scanner und Kameras werden überflüssig. Ein zwölf Jahre altes Werbevideo von Dust Networks legt dar, wie und warum Smartdust *das* zentrale Element in puncto Gebäudeautomation, Smart Cities und damit auch Überwachungsstaatlichkeit ist.

Ein Jahr nach Veröffentlichung dieses Videos beschrieb die MIT Technology Review, wie Smartdust künftig »*das Gehirn ausspionieren*« könne. Per herkömmlicher Spritze injizierbare Mesh-Netzwerke waren gemäß einer 2015 bei Nature publizierten Arbeit nämlich schon damals in der Lage, Neuralfunktionen aufzeichnen. »*Einen Schalter im Kopf umlegen*«, titelte die Rockefeller University im April 2017 zum Thema Radiogenetics, Magnetogenetics und Optogenetics und beschrieb, wie »*Wissenschaftler mit nur einem Knopfdruck die Gehirnzellen von Mäusen drahtlos steuern können. Das erste, was sie taten, war, die Mäuse hungrig zu machen*«. Dieses Hungergefühl kann theoretisch so lange induziert werden, bis die Versuchstiere sich zu Tode gefressen haben. Befinden sich Nanobots im anvisierten Organismus, können diese ebenfalls durch Magnetfelder, Strahlung oder Licht zu Reaktionen angeregt werden. Das kann nicht nur Auswirkungen auf Körperfunktionen und -gefühl haben, sondern auch auf die Gehirnaktivität. Wie der per Kanüle oder Inhalation ausgelieferte Nanosensor NeuroSWARM3 parallel dazu die Gedanken des betreffenden Lebewesens aufzeichnen kann, lässt sich einem Artikel von BBC Science Focus vom 24. Juli 2021 entnehmen.

»*Die Information, die du benötigst, ist überall um Dich herum*«, so das Credo von Dust Networks, das besagte Information nicht nur auslesen, sondern auch in den Organismus importieren will. Im Jahr 2011 berichtete das Harvard Magazine von den Entwicklungen des Chemikers Charles Lieber und erklärte, dass dessen Nanotransistoren mittlerweile so klein seien, dass sie in menschliche Zellen eindringen können, ohne diese zu schädigen. Das war vor 13 Jahren. Sechs Jahre nach dem ersten iPhone. Auch das 1981 gegründete Unternehmen Linear Technology entwickelte seit Ende der 1990er Jahre sogenannte Wireless Sensor Networks. Die Smartdust Produkte des Unternehmens – SmartMesh IP und SmartMesh WirelessHART – wurden als besonders kosteneffizient, energiesparend

und widerstandfähig angepriesen. Beide wurden gemäß Linear Technology »*an fast alle Fortune 500 Unternehmen geliefert*«, die Netzwerklösungen für Industrieanwendungen herstellen.

Der Rollout von Nano-Mesh-Netzwerken zu humangenetischen Zwecken kann per Injektion, Adhäsion oder Inhalation erfolgen, via Cloud-Seeding oder mittels genetisch manipulierter Moskitos, einem »*Flying Vaccinator*«, *wie das* Center for Desease Control (CDC) oder ein Papier der National Library of Medicine erklärt. Diese Injektionen kennen wir seit dem Corona-Regime. Auch genetisch modifizierte Moskitos werden seit 2021 freigesetzt. Und das Business expandiert. Fabriken in den USA oder Kolumbien stellen pro Woche bis zu 30 Millionen der zur Waffe umfunktionierten Stechmücken her. Und auch die ersten inhalierbaren Covid-19-Vakzine wurden jüngst zugelassen. In Indien und China. Dass es heutzutage ein Leichtes ist, diese mit potenter Nanotechnologie anzureichern, belegt unter anderem US-Patent 9539210B2 vom 15. März 2013. Intelligenter Staub ließe sich zudem problemlos als Bestandteil von Luftfahrttreibstoffen über der Erde verteilen. Mit 500 bis 750 Flugzeugen wäre rechnerisch die gesamte Landfläche des Planeten versorgt, wie ich in meinem Artikel »Wetter als Waffe« anhand der gut dokumentierten Geoengineering-Infrastruktur Chinas aufgezeigt habe.

Sind Nanopartikel erst einmal weitflächig ausgebracht und Bestandteil unseres Organismus, muss die unsichtbare Hand lediglich »*einen Schalter im Kopf umlegen*«, um mittels Datenpaketen, Strahlung oder Magnetfeldern Einfluss auf dieses Mesh-Netzwerk, also unser Denken, unsere Emotionen oder unsere Vitalfunktionen zu nehmen. Die vom Militär gepushte 5G-Mobilfunk-Technologie könnte dabei eine Rolle spielen, wie Recherchen der Journalisten Ryan Christian oder Derrick Broze implizieren. Denn für Smartphone-Nutzer bietet 5G-Technologie keinen zusätzlichen Nutzen.

Für einen Aggressor à la NATO, der das erweiterte elektromagnetische Frequenzspektrum und die engmaschiger positionierten Funkmasten zur Etablierung von Smart Cities, Mesh-Netzwerken oder Strahlenfeldern nutzen möchte, dagegen schon. Der Erfinder Nikola Tesla erklärte dahingehend bereits vor über 80 Jahren:

> **»Möchtest Du die Geheimnisse unseres Universums verstehen, denke in den Begriffen Energie, Frequenz und Schwingung.«**

Es hat wohl Gründe, dass Tesla, der aufgrund seiner Arbeit an freien Energiequellen von vielen als brillant und »*das größte Genie aller Zeiten*« bezeichnet wird, 1943 unter mysteriösen Umständen verstarb, viele seiner Forschungsunterlagen spurlos verschwanden und andere bis heute unter Verschluss gehalten werden.

Noch liegt in Bezug auf mRNA, 5G, Nanotechnologie, Smartdust, Radio- oder Optogenetik vieles im Dunkeln. Obwohl die Technologie bereits seit fast zwei Dekaden im Einsatz ist. Die Frage ist daher nicht, ob, sondern wie und in welchem Ausmaß sie im Rahmen kognitiver Kriegsführung bereits gegen unsere Spezies verwendet wird. Und mit welchen Folgen.

Wer sich noch mit der naiven Annahme beruhigt, der militärisch-industrielle Komplex hätte Skrupel, Nanotechnologie wie Smartdust großflächig gegen das eigene Volk einzusetzen, sollte sich dringend die über ein Jahrhundert umspannende, selbst in Mainstream-Postillen wie FOCUS oder 20 Minuten angeschnittene Liste unethischer Experimente des US-Militärs an der einheimischen Bevölkerung zu Gemüte führen. Denn solche Skrupel gibt es nicht.

> **»Du wirst von Menschen verursachte Schrecken sehen, die über dein Verständnis hinausgehen.« (Nikola Tesla)**

**Montagnola, am 19. Mai 2024**

# Sie wollen Krieg



Mein Editorial für die Erstausgabe der Vierteljahreschrift GEGENDRUCK, die am 15. Juli 2024 erschien und sich auf der Bestsellerliste des SPIEGEL platzieren konnte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Premiere. Sie halten die erste GEGENDRUCK in Händen. Die neue Vierteljahreschrift des Manova-Magazins, in der Autoren schreiben, was anderswo verschwiegen wird. Abseits von Empörungsmanagement, leitmedialem Tunnelblick und Links-Rechts-Dialektik widmen wir uns der Kernaufgabe des Journalismus: der Suche nach Wahrheit. Wer jedoch für sich in Anspruch nimmt, diese gefunden zu haben, lügt.

**Denn »die Wahrheit, die überlebt, ist lediglich die Lüge, die am angenehmsten zu glauben ist.« (Henry Louis Mencken)**

Als Print-Publikation mit exklusiven Beiträgen zu jeweils einem Schwerpunktthema setzen wir einen engagierten Kontrapunkt zum verengten Meinungskorridor der Konzernmedien und betreiben Recherche anstatt Propaganda. Als zensurresistentes Format und Bollwerk gegen die digitale Ödnis von morgen. Offen, unbequem und unabhängig.

An keinem Punkt der Zivilisationsgeschichte war Information jenseits des Mainstream nötiger als jetzt. Denn die von

wahnwitzigen Visionen getriebene Herrschaftskaste will Krieg – und führt Krieg. An allen Fronten, in jeder erdenklichen Form. Militärisch, ökonomisch, psychologisch. Unter dem Vorwand, die Welt retten und Demokratie schützen zu wollen, vermarkten die von irrlichternden Ideologien verblendeten Apologeten der »*Zeitenwende*« Konflikte als Friedensbewegung. Dementsprechend lautet der Titel der ersten GEGENDRUCK: »Sie wollen Krieg!«.

Schönfärberisch verklärte Zensurmaßnahmen à la »*Digital Services Act*« und »*Democracy Shield*« sollen die Diskursdominanz der Deutungseliten zementieren. Staatsfunk und Massenmedien sind zum Online-Pranger verkommen. Gegenrede wird sanktioniert. Und die Gesinnungsjustiz ist willfähriger Steigbügelhalter der »*regelbasierten internationalen Ordnung*«. Mit Programmen wie »*Our Common Agenda*« oder den »*Nachhaltigkeitszielen*« errichten die Vereinten Nationen ein supranationales Verordnungskonstrukt, das unter »*Green Economy*« und »*Global Governance*« nichts anderes versteht als Technokratie und Totalitarismus. Ein gesichtsloses Imperium der Bürokraten.

Ja. Der Dritte Weltkrieg ist längst in vollem Gange. Offen ist nur, wie weit er militärisch eskalieren wird. Die Zeichen stehen auf Sturm. Denn »*Überzeugungen*« waren schon »*immer gefährlichere Feinde der Wahrheit als Lügen*« (F. Nietzsche). Das System oktroyiert der Menschheit einen Endkampf. Dabei dient der von der NATO als »*sechste Dimension der Kriegsführung*« bezeichnete Klassenkampf von oben nur einem Zweck: Kontrolle – über unsere Kommunikation, Finanzen, Lebensmittelversorgung, Mobilität und vor allem Gedanken.

Diesen besorgniserregenden Entwicklungen kann man mit Angst und Resignation begegnen. Oder man hält es mit Sun Tzu und

weiß: »*Wenn du dich und den Gegner kennst, brauchst du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten.*«



Entlang dieser Linie intellektueller Selbstverteidigung, die Manova seit April 2023 konsequent verfolgt, verwandeln wir die Energie der gegen uns gerichteten Attacken – dem Judoka gleich – in etwas Positives. In einen publizistischen Gegenschlag.

In GEGENDRUCK.

Im Namen des gesamten Teams,

Tom-Oliver Regenauer

Montagnola, am 24. Mai 2024

# 64 Observationsökonomie

**»Die Gefahr, dass der Computer so wird wie der Mensch, ist nicht so groß wie die Gefahr, dass der Mensch so wird wie der Computer.« (Konrad Zuse)**

Die meisten Menschen hegen einen vagen Verdacht. Viele haben das ein oder andere Indiz wahrgenommen, das belegt, das dieser durchaus begründet sein könnte. Trotzdem schaffen es die wenigsten, ihr Verhalten objektiv zu analysieren und einmal verinnerlichte Verhaltensweisen zu ändern. Gewohnheiten und Routinen sind schwer loszuwerden. Vor allem, wenn diese sich zu Sucht oder Zwang entwickeln. Das passiert nicht nur bei Alkohol und Drogen, sondern in geradezu epidemischer Weise bei etwas, dass ich bevorzugt »Taschenspion« nenne – dem Smartphone.

Während die exzessive Nutzung des Geräts in praktisch allen Lebenslagen fraglos zur sozialschädlichen Unart – um nicht zu sagen Plage, oder Seuche – avanciert ist, markiert der Suchtfaktor des kontinuierlich potenter werdenden Begleiters nicht einmal das größte Problem. Denn Abhängigkeiten lassen sich überwinden. Wenn auch müh- und langsam. Dass die Geräte zur lückenlosen Observation, Manipulation und Transformation der Gesellschaft genutzt werden, aber nicht. Denn sie haben sich längst zu tief in die sozioökonomischen Strukturen unserer Zeit gefressen. Einem Großteil der Bevölkerung erscheint der Alltag ohne Smartphone kaum mehr organisierbar. Ob Kommunikation, Nachrichten, Wettervorhersage, Routenplaner, Zahlungen,

Zwei-Faktor-Authentifizierung, Fotosammlung, Videostreaming oder Musikarchiv – der mobile Begleiter hilft.



Doch das irreführend positiv und progressiv geprägte Lifestyle-Image des nützlichen Allroundtalents täuscht über dessen sprichwörtlich böse Absichten hinweg. Diese offenbaren sich bei einem Blick auf seine Entwicklung, die dahinter stehenden Konzernstrukturen, ein paar erschreckende Zahlen zu seinen Effekten auf Mensch und Gesellschaft und vor allem das, was Smartphones mit Android (Google) oder iOS Betriebssystem (Apple) ganz ohne Zutun oder Wissen des Nutzers treiben.

Zur Kontextualisierung: Über 60 Prozent des gesamten Internetverkehrs sowie 55 Prozent der weltweiten Webseitenzugriffe finden mittlerweile über Mobiltelefone statt (Stand: April 2024). 98 Prozent der Geräte laufen entweder auf Android oder iOS. 92,3 Prozent aller Internetnutzer greifen von ihrem Taschencomputer aus auf das Internet zu. 6,92 Milliarden Menschen nennen ein solches Gerät derzeit ihr eigen. Das sind Ende 2023 gut 86 Prozent der Weltbevölkerung, die damit, je nach Region, zwischen zwei und knapp sechs Stunden pro Tag verbringen. Der alarmierende globale Durchschnitt für Menschen im Alter von 16 bis 64 Jahren liegt aktuell bei sechs Stunden und 58 Minuten Bildschirmzeit pro Tag. Weit über hundert Mal greift man in diesem Zeitraum nach dem Gerät. Tendenz steigend. 35,2 Prozent der Nutzungsdauer verbringen iPhone- und Android-Kunden auf Social Media (Stand: 2021). Zum Telefonieren wurden Smartphones schon seit 2012 kaum noch genutzt. »*Smartphone-Penetration*«, wie man Marktdurchdringung im Vertriebsjargon der Telekommunikationsbranche bezeichnet, scheint in Anbetracht dieser Zahlen eine zunehmend zutreffende Beschreibung für die allgemeinen Entwicklungen darzustellen. Denn das Gerät vergewaltigt das Gehirn.

Trotzdem hat das Handy die Welt im Sturm erobert. Zuerst war es die Begeisterung für das Neue, die Freude am mobilen Telefonieren. Am Spielzeug selbst. Es hatte was von Amateurfunk. Oder Gameboy. Dann kam die SMS. Dicht gefolgt von mobiler E-Mail und der Möglichkeit, nun auch unterwegs ins Internet gehen zu können. Dann folgte das erste iPhone. Was dieser technische Fortschritt seit 2007 mit einem im Kern sozialen Wesen angestellt hat, sehen wir heute an Bushaltestellen, Restaurant-Tischen, auf Schulhöfen oder bei gemeinsam einsamen Gruppen von Display-Junkies. Die Auswirkungen sind verheerend. Der spielerisch-leichte Flair des Handfunk-Feelings ging rasch verloren. Was das Gerät heute primär auslöst sind Stress, Druck, Verwirrung, Zwänge und Ängste.

Selbst eine oberflächliche Suche fördert sofort sechs bis neun »medizinische Errungenschaften«, sprich Zivilisationskrankheiten zutage, die auf unsachgemäße Nutzung des Smartphones zurückzuführen sind. Von der Smartphone-Akne und Video-Schulter bis hin zum Handy-Nacken, PVS (Phantom Vibration Syndrome), FOMO (Fear of missing out), PtSS (Post-textliches Stress-Syndrom) oder MAIDS – dem »*Mobile and Internet Dependency Syndrome*«. Das unreflektierte Nutzungsverhalten, das Distraktionsdiktat der Plattformökonomie, verändert unser Denken, die Physis, Gehirnkapazität, Augen und unsere emotionalen wie sozialen Fähigkeiten.

Von der »*mentalen Gesundheitskrise*«, die längst mehr nicht nur bei Teenagern durch intensive Social-Media-Nutzung ausgelöst wird, gar nicht erst zu sprechen. Es dürfte im Lichte nackter Zahlen und sich abzeichnender Langzeiteffekte also unstrittig sein, dass der vermeintlich praktische Alltagshelfer die Spezies Mensch evolutionär nicht wirklich vorangebracht hat.

Im Rausch permanenter Erreichbarkeit geht leider unter, dass Smartphones uns nicht nur massiven physischen und sozialen

Schaden zufügen. Nicht umsonst bezeichne ich sie meist als Waffe. Oder Wanze. Denn Wissen ist Macht – und niemand weiß so viel über den Menschen der Postmoderne wie Google oder Apple. Die Konzerne kennen nicht nur alle unsere Kontakte, Bewegungsdaten, Songs, Fotos, Videos, Bankverbindungen, Kontostände und E-Mail-Anhänge, sondern auch unsere Suchanfragen, politischen Ansichten, Sorgen, sexuellen Präferenzen, vertraulichen Nachrichten und intimen Gespräche. Diese Informationen zeichnen nicht nur ein detailliertes Bild vom sozialen Netzwerk jedes Nutzers, sondern auch ein psychologisches Profil, das exakter kaum sein könnte. Über 72 Millionen Datenpunkte sammeln Anbieter für Digitalwerbung in den USA pro Kind bis zu dessen 13. Lebensjahr. Facebook hortet mindestens 52.000 Einträge je Nutzer. Das harmloseste Ergebnis dieser Datensammlung ist zielgerichtete Werbung, die uns auf Basis von Daten und Nutzungsverhalten auf Plattformen und Webseiten angezeigt wird.

Deutlich gravierender sind die Auswirkungen durch Datenmissbrauch – siehe Cambridge Analytica Skandal – mentale Manipulation, elektronische Ausweise, digitale Währungen, algorithmisierte Zensur, Sozialkreditsysteme, $CO_2$-Budgetierung und Geofencing. Alles Projekte, die ohne Smartphone überhaupt nicht möglich wären. Wer permanent seinen Standort an eine Zentrale übermittelt, ist leicht zu kontrollieren. So werden bereits heute viele Inhalte, die in der Schweiz oder anderen Nicht-EU-Ländern angezeigt werden, in EU-Staaten unterdrückt. Auch manch ein Musiktitel lässt sich nicht mehr abspielen, wenn man auf Reisen ist. »*In ihrer Region nicht verfügbar*«, heißt es da. Geofencing-Exklusion light.

Smartphones überwachen und dokumentieren die Position ihres Besitzers natürlich auch, wenn alle GPS-Funktionen deaktiviert sind oder das Gerät komplett ausgeschaltet ist, wie ein Artikel

zu NSA-Überwachungstechniken von 2013 oder ein Bericht der Princeton University von 2017 zeigen. Das optionale Abschalten von Standort- und Ortungsdiensten oder der Hintergrundaktualisierung in den Smartphone-Menüs bezieht sich nur auf Dienst- und Drittanbieter-Apps. Wobei viele davon unbeeindruckt trotzdem Daten übertragen. Verkauft werden solche Lokationsdaten bevorzugt an Regierungen und Geheimdienste. Und die Ortungsdienste von Google und Apple lassen sich weder abschalten noch ist klar, was mit den Daten geschieht. So war beispielsweise meine gesamte Reiseroute kreuz und quer durch Kuba auf den Meter genau bei Google Maps dokumentiert, obwohl ich alle Tracking-Funktionen deaktiviert hatte und sich auf der Insel mit dem Smartphone keine Datenverbindung herstellen lässt, wenn man sich nicht gerade in der Nähe eines Hotel-Hot-Spots befindet und lokal erhältliche Guthaben-Karten für Daten freischaltet. Dieser Programmatik folgend ist es ein Leichtes, digitales Geld oder moderne PKW demnächst so zu programmieren, dass sie nur in einem vordefinierten Radius funktionieren. So wird das Smart-Grid zum unsichtbaren Käfig.

Welche Ziele der digital-finanzielle Komplex des Korporatismus verfolgt, zeigt sich exemplarisch an den jüngsten Entwicklungen für Android-Smartphones. Beispiel Google Play Protect, eine Betriebssystemsoftware, die vor »*schädlichen*«, oder »*unbekannten*« Drittanbieter-Apps warnen, sie scannen und deren Installation verhindern soll. Vorgeblich zur Sicherheit des Nutzers. Es braucht jedoch nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass auch unliebsame Applikationen wie Odysee, Rumble, RT, Al Jazeera oder anonyme Krypto-Wallets rasch auf der Liste schädlicher Software landen und so nicht mehr verwendbar sind.

Apple machte 2021 Schlagzeilen mit der Bekanntgabe, »*Client Side Scanning*« auf iPhones und iPads installieren zu wollen. Diese Erweiterung sollte es dem Tech-Konzern ermöglichen, sämtliche

Fotos zu scannen, die auf iCloud hochgeladen werden. Damit sollte die Verbreitung von Kinderpornographie – CSAM (Child Sexual Abuse Material) – erschwert werden. Das Internet Architecture Board (IAB) warnte damals eindringlich vor diesem skandalösen Paradigmenwechsel in puncto Privatsphäre und Datenverschlüsselung. Nach einigem Tumult nahm Apple offiziell Abstand von diesem Vorhaben. Installiert wurde die Software allerdings trotzdem. Das Programm befindet sich also heute auf jedem Apple-Gerät mit aktuellem Betriebssystem. Es sei jedoch nicht aktiv, teilen Apple, die Faktencheck-Industrie und diverse Tech-Blogger mit.

Das ist allerdings nicht korrekt, wie man anhand der Ausführungen des Cybersicherheitsexperten Rob Braxman erkennen kann. Die Funktion ist nur gut getarnt. Bei genauerer Betrachtung wird klar: jedes Foto, das man mit einem iPhone, iPad oder Mac aufnimmt, wird lokal gescannt. Wie sonst sollte das Gerät Gesichter identifizieren und für spezielle Alben vorschlagen können. Dabei wird jedes Bild mit sogenannten Neural Hashes versehen, mit eindeutigen Identifikatoren, die beim Upload in die Cloud übertragen und katalogisiert werden. Privatsphäre für Fotos gibt es nicht mehr. Denn auch wenn die Cloud-Dienste deaktiviert sind, übertragen Apple-Geräte die Transkripte der Neural-Hash-Datenbank nachts heimlich an die Zentrale. Und löschen lassen sich Bilder in der Cloud auch nicht so einfach. Klickt man im Kontextmenü eines Fotos auf »Delete«, wird das Foto nicht wirklich gelöscht, sondern nur in der User-Ansicht ausgeblendet. Wie lange Apple und Google die Daten auf ihren Servern belassen, ist nicht bekannt. Vermutlich lange. Denn wie ein Versuch von »CopyTrans« zeigt, lassen sich aus der iCloud auch Fotos herunterladen, die vermeintlich bereits vor Jahren gelöscht wurden.

Google geht noch einen Schritt weiter. Wie das »*Medium für digitale Freiheitsrechte*« Netzpolitik.org am 16. Mai 2024 ausführt,

plant das Unternehmen, künftig alle Anrufe seiner Nutzer zu scannen – und zu speichern – um seine Kunden so vor Telefonbetrügern warnen zu können. Vorratsdatenspeicherung war gestern. Mittlerweile arbeiten neben den Tech-Konzernen selbstverständlich auch die transatlantisch bewegten Überwachungszirkel in EU, Großbritannien und den USA an Gesetzen, die Client Side Scanning und anlasslose Totalüberwachung legalisieren. Auch wenn derartige Unterfangen das Recht auf den Schutz persönlicher Daten oder die Unschuldsvermutung ad absurdum führen und Projekte wie die sogenannte Chatkontrolle nach allgemeinem Rechtsverständnis illegal sind.

Doch schlimmer geht immer. Smartphones, die sich mit Gesichtserkennungssoftware wie »Face ID« entsperren lassen – als wäre der an polizeidienstliche Erfassung erinnernde Fingerabdruck nicht schon genug gewesen – fertigen alle fünf Sekunden ein Infrarotbild von ihrer Umgebung an. Selbst dann, wenn der Bildschirm gesperrt oder verdeckt ist. Nach Angaben von Apple ist das nötig, um das Gerät zügig per Blick auf den Bildschirm entsperren zu können. Die von Face ID angefertigten Fotos werden in mathematische Strukturen umgewandelt und auf dem Telefon abgelegt. Einem Gerät, dass jede Nacht gegen drei Uhr unaufgefordert nicht einsehbare Datenpakete »*nach Hause*« schickt. Die Kameras moderner Smartphones können aber noch ganz andere Dinge. Sie folgen zum Beispiel dem Blick des Besitzers, um dessen Handlungen antizipieren oder Befehle empfangen zu können. Analysieren seine Mimik. »*Aufmerksamkeitssensible Funktionen*«, nennt das die Firma mit dem Apfel-Logo. Wem bei der immer öfter biometrisch gehandhabten Einreisekontrolle an Flughäfen mulmig zumute ist, sollte demnach wohl kein Smartphone nutzen.

Der Taschenspion hört natürlich auch zu. Und zwar permanent. Wie sonst sollte »Siri« wissen, wann man etwas von ihr will.

Doch auch hier wiegeln »*Experten*« und leitmedialer Komplex vehement ab und behaupten, es sei reiner Zufall, dass Werbeanzeigen und Social-Media-Inhalte exakt das widerspiegeln, was im Umfeld des Gerätes in den letzten Stunden besprochen wurde. USA Today räumt in diesem Kontext zwar ein, dass das Telefon zuhöre, diese Daten aber nur lokal verarbeitet würden und keine Sprachaufzeichnungen an Apple, Google oder Amazon übertragen würden. Und das ist sogar korrekt. Denn die Datenmenge wäre zu groß. Stattdessen übertragen die Smartphones Textdateien mit Transkripten, die heute jeder sehen kann, wenn er mit iMessage eine Voice-Mail aufnimmt und diese umgehend als Text erscheint. Diesen Aspekt sparen die Faktenchecks beflissentlich aus.

Zudem werden die KI-basierten Anwendungen »*zur Vermeidung häuslicher Gewalt*« oder präventiver »*Gefahrenabwehr*«, von denen eine im März 2023 veröffentlichte Studie 136 Stück untersuchte, nur dann wie in Aussicht gestellt funktionieren, nämlich autonom, wenn das Smartphone seine Kameras, Mikrofone und Bewegungssensoren permanent nutzt, um seine Umgebung zu überwachen.

Dabei stellt das einzelne Gerät künftig nicht mehr das größte Problem für freiheitsaffine Zeitgenossen dar. Denn die Taschenspione überwachen seit geraumer Zeit nicht mehr nur ihren jeweiligen Besitzer, sondern auch dessen gesamtes Umfeld. Dazu kommunizieren die Geräte untereinander, tauschen Informationen wie IMEI-Nummern, IP-Adressen und Kontaktdaten aus. iPhones bieten diese Funktion seit September 2020 (iOS 13.7) flächendeckend über das Betriebssystem an. Die über Bluetooth Low Energy (BLE) gesammelten Informationen bildeten die Grundlage für die Contact-Tracing-Apps während der Corona-Krise. Auch die deutsche Corona-Warn-App nutzte den intransparenten Datenpool. Dafür konnte das Programm über eine Schnittstelle alle Begegnungen der vergangenen 14 Tage auslesen. Ende 2020

entwickelten bereits über 20 Länder Tracking-Applikationen, um die von Big Tech gesammelten Bewegungs- und Begegnungsdaten auslesen und in ihren Covid-Apps darstellen zu können.

Meint: iPhones zeichnen seit knapp vier Jahren jeden Kontakt mit einem anderen iPhone auf und bilden daraus Netzwerkkarten zu Bewegungen und Begegnungen ihrer Besitzer. Im Menü des Smartphones lässt sich diese Funktion zwar deaktivieren – anzunehmen, das Gerät sammle deshalb nicht trotzdem die entsprechenden Daten, ist allerdings naiv. Nach Angaben von Apple sollten diese Informationen übrigens nur lokal gespeichert und nach 14 Tagen automatisch gelöscht werden. Was von solchen Statements zu halten ist, zeigt das vorgängig angeführte Beispiel mit den vermeintlich gelöschten, aber auch nach Jahren wiederherstellbaren iCloud-Fotos.

Google zog natürlich nach und implementierte eine ähnliche Datenkrake. So zeichnen auch Android-Geräte seit Ende 2020 jede Begegnung mit anderen Android-Geräten auf. Damit entstanden zwei riesige Mesh-Netzwerke, in denen Maschinen ohne Zutun ihres Besitzers untereinander kommunizieren. In Deutschland verwenden 66,1 Prozent der Smartphone-Nutzer Android – 33,2 Prozent iOS von Apple (Stand: März 2024). Damit sind 99,3 Prozent der Bevölkerung kartographiert. Denn seit gut einem Monat verstehen sich die beiden bisher getrennt voneinander spionierenden Betriebssysteme nun auch gegenseitig.

Das läutet nicht nur klammheimlich einen Paradigmenwechsel in Sachen Totalüberwachung ein, ein solches Mesh-Netzwerk schafft darüber hinaus die Grundlage für die Militarisierung der Smartphone-Infrastruktur, weil dieses Netzwerk nicht nur Daten sammeln und senden, sondern auch Befehle empfangen kann. So könnte auf Knopfdruck für 99,3 Prozent der Bevölkerung

Malware installiert, ein Blackout simuliert oder eine bestimmte Funkfrequenz generiert werden. Diese könnte – wie in meinem Text »Die sechste Dimension« beschrieben – Nanopartikel und Smartdust zu bestimmten Reaktionen anregen.



In diesem Kontext ist bemerkenswert, dass das iPhone mitnichten auf einen genialen Erfinder zurückzuführen ist – auch wenn sich Steve Jobs gerne als solcher gerierte – sondern auf Militärtechnologie. Jobs hat sie nur clever verwendet und vermarktet. Mariana Mazzucato widmete dieser Geschichte ein ganzes Kapitel ihres 2013 publizierten Buches »The Entrepreneurial State«. Auf 261 Seiten zeigt die Autorin, dass viele der gemeinhin als privatwirtschaftliche Meisterleistung gefeierten Innovationen unserer Zeit eigentlich auf einen interventionistischen Staat zurückzuführen sind. Batterien, Sensoren, Chips, Siri, Touchscreen – allesamt finanziert und entwickelt von US-Regierung und US-Militär. Eine 2014 von Business Insider veröffentlichte Grafik verdeutlicht das Ausmaß. Noch 2012 warnte die DARPA selbst davor, dass Mobiltelefone bei flächendeckender Verbreitung eine ideale Waffe für verdeckte Angriffe auf die Bevölkerung darstellen.

Google existiert gleichsam nur dank Forschungsbudgets, die von CIA und NSA zur Entwicklung von Massenüberwachungswerkzeugen zur Verfügung gestellt wurden. Ein firmeninternes Video aus dem Jahr 2016 verdeutlicht die Vision von Google, mit »*totaler Datensammlung die Gesellschaft verändern*« zu können. Wie von Yasha Levine in seinem 2018 publizierten Buch »Surveillance Valley« dargelegt, gilt das aber nicht nur für Google, sondern für alle Big-Tech-Konzerne. Selbst bei CBS News konnte man 2011 nachlesen, wie intensiv In-Q-Tel, das Investmentvehikel der CIA, bei der Gründung von Google, Facebook, Twitter und Co. mitmischte und wie der Geheimdienst die Unternehmen seither für seine Zwecke missbraucht. Überschrift des CBS-Artikels:

»*Social Media is a tool of the CIA. Seriously.*« Übersetzt: Soziale Medien sind ein Werkzeug der CIA. Ernsthaft.



Dass man dieser permanenten Smartphone-Überwachung durch Google und Apple auch durch die Verwendung verschlüsselter Messenger-Dienste nicht mehr entkommt, veranschaulicht das unlängst von Microsoft vorgestellte KI-Dienstprogramm »Recall«. Es soll demnächst für Windows ausgerollt werden und dem Benutzer bei der Suche nach Dateien helfen. Dafür macht »Recall« alle paar Sekunden Screenshots und zeichnet damit alles auf, was auf dem Computer geschieht. Die umgehend Sturm laufenden Datenschützer versuchte Microsoft-CEO Satya Nadella damit zu beruhigen, dass die Daten nur lokal gespeichert würden, verschlüsselt seien und nach drei Monaten gelöscht werden sollen. Wenig beruhigend. Denn verschafft sich ein Hacker Zugriff auf einen Computer, muss er nur »Recall« aufrufen, um Zugang zu Passwörtern oder anderen sensiblen Daten zu erhalten. Ob die Daten nur lokal gespeichert und nach drei Monaten gelöscht werden ist ebenfalls fraglich. Vor allem aber zeigt ein Programm wie »Recall«, dass auch technisch sichere Messenger ganz simpel überwacht werden können. Dazu muss man deren Nachrichten nicht auf dem Server abfangen und entschlüsseln, sondern einfach nur durchgängig auf dem Smartphone fotografieren und zur Übertragung in Text-Dateien umwandeln.

Zusammenfassend muss man konstatieren: wer seine Privatsphäre schützen möchte, sollte sein Smartphone abschalten. Oder abschaffen. Denn die von Apple und Google konfigurierten Geräte sind Wanzen, Überwachungskameras, Datenkraken und Waffen zur psychologischen Kriegsführung – keine nützlichen Werkzeuge.

In diese Kategorie fallen eher die sogenannten Dumb-Phones, mit denen man eigentlich nur telefonieren und SMS versenden

kann. Die an die frühen 2000er erinnernden Geräte belästigen den Besitzer weder mit unzähligen unnötigen Applikationen noch mit nie enden wollenden Benachrichtigungen. Keine Dopamin-Shots. Keine Updates. Zudem führen die Geräte kein heimliches Eigenleben. Wenn sie aus sind, sind sie aus. Meist lässt sich sogar der Akku herausnehmen. Darüber hinaus melden solch rustikale Handys nicht permanent den eigenen Standort an eine Zentrale. Diese Argumente scheinen mehr und mehr Menschen zu überzeugen. Das 2017 neu aufgelegte Nokia 3310 verkaufte sich 2023 bereits doppelt so oft wie im Vorjahr. Ich selbst nutze seit längerem wieder ein Nokia 8210. Kosten: Circa 70 Euro. Mein Smartphone checke ich je nach Bedarf zwei oder drei Mal am Tag. Die restliche Zeit bleibt es auf Flugmodus oder stummgeschaltet an einem fixen Ort. Kommunikation und Aufgaben, die ich zuvor über das Smartphone abgewickelt habe, verlagere ich wieder zurück auf den PC. Die unmittelbaren Auswirkungen dieses Vorgehens auf Tagesablauf und Lebensqualität sind beachtlich. Befreiend.

Wer nicht auf ein Smartphone verzichten will, oder kann, sollte sich nach Alternativen zu Google und Apple umschauen. Das iPhone fällt dabei aus, da sich das iOS-Betriebssystem nicht verändern oder ersetzen lässt. Android kann allerdings angepasst und ohne Google-Dienste genutzt werden. Zudem lassen sich Smartphone-Alternativen auch mit anderen Betriebssystemen wie GrapheneOS betreiben, die die Privatsphäre des Nutzers respektieren – so lange man auch seine Apps nicht mehr aus dem Google Play Store, sondern zum Beispiel von F-Droid, Aurora oder APKPure herunterlädt.

Als Endgerät bietet sich in unseren Breiten beispielsweise ein Murena Fairphone oder Volla Phone an. In den USA ein Above Phone. Das Volla Phone wird ab Werk optional mit zwei Betriebssystemen ausgeliefert, einer Eigenentwicklung sowie GrapheneOS.

Damit hat man Kontrolle über die eigenen Daten. Und nach einer kurzen Einarbeitungsphase stellt auch der Verzicht auf Google-Dienste kein Problem mehr dar – denn für praktisch jede Google-App gibt es eine überwachungsfreie Open-Source-Alternative. Tipps, Tools, Tutorials und weiterführende Informationen zum Schutz der Privatsphäre auf PC oder Telefon finden sich unter anderem bei Rob Braxman oder im Shop der »Privacy Academy«.

Will man im Mediazän nicht Sklave seiner Geräte sein, muss man sich aktiv mit diesen Themen auseinandersetzen, seine Routinen ändern. Was auch immer man dahingehend gedenkt zu tun, man sollte es jetzt tun. Man muss sich diesem Netzwerk der Totalüberwachung entziehen, die Matrix verlassen, so lange es noch geht. Denn die verführerische Bequemlichkeit der Observationsökonomie hat einen hohen Preis – die Freiheit. Und Smartphones sammeln längst mehr Daten über ihre Besitzer als ein Geheimdienst es mit konventionellen Mitteln je könnte.

Montagnola, am 31. Mai 2024

# Arenen der Arroganz



**»Ich habe ein einfaches Rezept, um fit zu bleiben.
Ich laufe jeden Tag Amok.« (Hildegard Knef)**

Es wird wohl kein Sommermärchen werden. Schon gar kein euphorisierendes. Hatte der verblichene »*Kaiser*« Franz im Vorfeld der Fußball-WM 2006 nichts unversucht gelassen, um die Nation in Turnierlaune zu versetzen – wen kümmern in diesem Kontext schon ein paar Millionen Bestechungsgeld – gibt sich das korporatistische System im Jahr 2024 alle Mühe, den Fans die Heim-EM bereits vor dem ersten Spiel madig zu machen. Die von Deutschem Fußballbund (DFB) und Nationalmannschaftsausrüster Adidas vorgestellten Auswärtstrikots der Nationalmannschaft lösten ob ihres, zurückhaltend ausgedrückt, visuell herausfordernden Designs einen veritablen Shitstorm aus. Die Berliner Polizeibehörde verbietet Beamten, Deutschlandflaggen auf oder an ihren Autos zu führen – das könne »*eskalierend wirken*«. DFB und UEFA gelten als von Klüngel und Korruption durchsetzte Organisationen ohnehin nicht gerade als Sympathieträger. Und die Mannschaft macht unter Bundestrainer Nagelsmann eher durch Regenbogenagitation und dürftige Leistungen von sich reden als durch Traumtore und Siege.

Normalerweise nutzt der Staatsapparat derartige Großanlässe nur allzu gerne, um unbeachtet von der im Fußballfieber feiernden Masse unliebsame Gesetze auf den Weg zu bringen. Brot und Spiele – »*Panem et circenses*«, wie die alten Römer es

nannten – sind gerade in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit, um nicht zu sagen intensiven Widerstands, ein tradiertes Mittel zur Besänftigung schwelenden Volkszorns. Sedativum Spitzensport. »*Opium fürs Volk*«, wie Karl Marx die Religion und der Fußballprofi Percy Clummings seinen Sport bezeichnete. Der postmodernen Pluralismussimulation sollte demzufolge an einem Hype um das Turnier im eigenen Land gelegen sein. Lenkt der Bannstrahl emotionalisierender Wettkämpfe den Pöbel doch auf willkommene Weise von den negativen Entwicklungen ab, denen er sich im Alltag des Ampel-Abrissprogramms ausgesetzt sehen muss.

Doch die Vorfreude war bereits im Vorfeld eher verhalten ausgefallen. »*Deutschland muss die Euphorie erst wieder entfachen*«, titelte die Berliner Zeitung am 9. Juli 2021, um anschließend auszuführen, dass circa 300 Millionen Euro in die Renovierung verschiedener Stadien investiert werden müsse, bevor die Europameisterschaft dort überhaupt stattfinden kann. Dass daraus schnell 500 Millionen, eine Milliarde oder gar mehr werden, war den Lesern des Beitrages vermutlich bewusst. Immerhin steht gerade Berlin mit dem Flughafen BER für ein Kostendebakel der Extraklasse. Aus den zu Beginn budgetierten 800 Millionen wurden Stand Oktober 2020 ganze 7,1 Milliarden. 7.100 Millionen Euro. Auch der Süden des Landes gibt sich mit »Stuttgart 21« alle Mühe, Negativrekorde in punkto Kostenexplosion aufzustellen. Anstatt der 1995 in den Raum gestellten 2,5 Milliarden Euro, lag der Finanzierungsrahmen Ende 2023 schon bei 9,79 Milliarden Euro. Weitere Kostensteigerungen stehen in Aussicht. Natürlich wurde auch die EM-Vorbereitung allerorten teurer als geplant. Allein in Stuttgart kostet der Stadionumbau 130 Millionen. Veranschlagt war ursprünglich die Hälfte. Das kann dem Steuerzahler, der solch luxuriöse Millionengräber mit seinen Abgaben finanzieren muss, schon mal die Laune vermiesen. Speziell dann, wenn die

UEFA für die EM 2024 mit Einnahmen von zwei Milliarden und einem Gewinn von 800 Millionen Euro rechnet.



Vielleicht war es aber auch die Ankündigung des DFB, Deutschland für die Dauer der Endrunde »*klimaneutral*« präsentieren zu wollen, die den ohnehin von Kostendruck geplagten Fans aufs Gemüt schlug. Denn mittlerweile ist wohl einem Großteil der Menschen klar, dass die beliebig einsetzbare Floskel vor allem für steigende Abgaben und mehr Überwachungsstaatlichkeit steht. Nicht für Umweltschutz. Unter Umständen sind es ja die offiziellen Partner des willfährig gendernden Fußballbundes, die das Stammpublikum davon abhalten, frenetische La-Ola-Wellen loszutreten – siehe Deutsche Bahn (DB). Die kann man als Partner wirklich nur dann gut finden, wenn man noch nie versucht hat, mit einem ICE pünktlich sein Reiseziel zu erreichen. Das Adjektiv »entspannt« vermeidet man in diesem Zusammenhang am besten gänzlich. Ob Arbeitnehmer ihre Urlaubstage 2024 also tatsächlich auf Basis des EM-Spielplans terminieren, wie es die Frankfurter Rundschau noch am 9. April empfiehlt, bleibt fraglich.

Dass die notorisch korrupten Verbände aufgrund ihrer seit jeher fragwürdigen bis kriminellen Umtriebe endlich einen Denkzettel von den Fans erhalten, ist dennoch unwahrscheinlich. Spielten Fairness, Transparenz und gute Governance-Strukturen eine Rolle für den Erfolg dergestalt Turniere, fänden diese längst nicht mehr statt. Denn Vetternwirtschaft ist Teil des Geschäfts. »*Sepp, Du hast ein Monster geschaffen*«, überschrieb die ZEIT am 21. Dezember 2022 einen Artikel über den ehemaligen FIFA-Chef Sepp Blatter, der aus einem Sport, der 1975 noch als »*unschuldig*« galt, ein »*durchkommerzialisiertes und weithin korruptes*« Geschäft machte. 18 Jahre lang. Bestechung, Veruntreuung, Schmiergeldzahlungen. So die Charakteristika von Blatters nonchalantem Führungsstil.

Sein Nachfolger, WEF-Günstling Gianni Infantino, von 2009 bis 2016 Generalsekretär der Europäischen Fußball-Union (UEFA) und seit 2016 amtierender Präsident des Weltfußballverbandes FIFA, scheint dem in nichts nachzustehen. »*Er ist nur der nächste Despot, der sich den Fußball untertan macht*«, kommentierte der SPIEGEL das autokratische Handeln Infantinos am 2. November 2018. Er war angetreten, um die FIFA aus ihrer größten Krise zu retten und die grassierende Korruption zu bekämpfen – nur um bereits zwei Jahre später selbst wegen Begünstigung und anderen Delikten in Zentrum von Ermittlungen zu stehen. Diese wurden zwar im Oktober 2023 ohne strafrechtliche Konsequenzen eingestellt, so naiv zu glauben, dass deshalb bei den Verbänden alles mit rechten Dingen zugeht, ist aber wohl niemand mehr. Man hat schlichtweg akzeptiert, dass Korruption im Spitzenfußball gang und gäbe ist. Rechte und Pflichten sind egal. Was zählt, ist der Profit.

Folglich ist es nur konsequent, dass die ARD Sportschau ihre Dokuserie zur Weltmeisterschaft 2022 »*Katar – WM der Schande*« nannte. Bis heute ist unklar, wie viele Menschen den miserablen Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen im Emirat zum Opfer fielen. »*Die Qual der Zahl*«, formuliert Amnesty International diesbezüglich und führt Werte von 3, 40, 6.500 und 15.021 Toten an – je nachdem, welcher Quelle man folge. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bestätigen lässt sich in diesem Kontext nur, dass die Angaben der FIFA, die natürlich mit der niedrigsten Zahl aufwartet, kaum korrekt sein können. Die Vorbereitung der WM 2022 hat tausende Gastarbeiter das Leben gekostet. Der Hochglanzberichterstattung tat das allerdings kaum einen Abbruch.

Spitzenfußball erinnert unweigerlich an die Gladiatorenkämpfe im alten Rom. Das »*Spiel mit dem Tod*«, das seinen Ursprung in

morbiden Todeskulten des alten Italien hat, war damals zentraler Bestandteil des öffentlichen Lebens. Wer ein öffentliches Amt bekleiden wollte, kam nicht umhin, solche Events auszurichten. Poster säumten die Straßen der Städte, um auf anstehende Ereignisse hinzuweisen, Arena-Motive zierten Fußböden, Haushaltsgegenstände und Souvenirs, Fans führten Statistiken über die Siege ihrer Lieblingsgladiatoren, Graffitis an Häuserwänden erinnerten über deren Tod hinaus an sie. Seit dem 3. Jahrhundert v. Chr. ließen die Römer dutzende oder gar hunderte Kämpfer mit verschiedenen Ausrüstungen in Arenen gegeneinander antreten. Auch wilde Tiere standen als Gegner hoch im Kurs.

**»Was die Fliegen für die Wanton Boys, sind wir für die Götter. Sie töten uns, weil es ihr Sport ist. Bald werden wir unsterblich sein. Nur Unfälle, Verbrechen und Kriege werden uns noch töten. Unglücklicherweise vervielfältigen sich Verbrechen und Kriege. Ich liebe Fußball!«**
**(Eric Cantona, 2019, Shakespeares König Lear zitierend)**

Bereits im Jahr 80 n. Chr. verfügte Rom mit dem »Amphitheatrum Flavium« – besser bekannt als Kolosseum – über eine Arena mit 40.000 bis 50.000 Sitzplätzen. Die von Furor und Adrenalin berauschte Masse: schon damals ein nicht zu vernachlässigender Faktor für politischen Erfolg.

Auch heutzutage sonnen sich Minister, Kanzler, Präsidenten und sonstige Granden des Neofeudalismus gerne im Glanze sportlichen Erfolges. Das Instagram-Selfie mit einer siegreichen Fußballnationalmannschaft steht dabei besonders hoch im Kurs. Die Skandale, krummen Geschäfte, Probleme und Kontroversen, die Spieler und Tross vor oder nach den Turnieren medial begleiten, werden ausgeblendet, sobald der von einer dunklen Geschichte gezeichnete »*König Fußball*« das rationale Denken

für ein paar Tage oder Wochen auf Stand-by geschaltet hat. Auch dieser Umstand erinnert an das alte Rom, wo der Begriff »Gladiator« als Schimpfwort galt und den Profikillern die Bürgerrechte entzogen wurden – während sie zugleich eine ausgezeichnete Versorgung genossen, medizinisch exzellent betreut und von sensationslustigen Massen verehrt wurden.

Fußballstadien repräsentieren die postmoderne Adaption solch archaischer Bräuche. Ob vor über 2.000 Jahren oder im Juni 2024 – das tumbe Humankapital muss nicht nur regiert, sondern vor allem unterhalten werden. Sonst käme es dem kriminellen Herrschaftssystem im Hintergrund noch irgendwann auf die Schliche. Schließlich ist »*Politik die Unterhaltungsabteilung der Konzernwirtschaft*« (Frank Zappa) während »*der große Sport da anfängt, wo er längst aufgehört hat, gesund zu sein*« (Bertolt Brecht). Und das gilt längst nicht mehr nur für die gestriezten Athleten, die seit dem mRNA-Rollout nun auch noch plötzlich und unerwartet sterben, sondern gleichermaßen für ihr Publikum.

Denn moderne Gladiatorenkämpfe, seichte Unterhaltung und politische Scharmützel lenken ab vom wahren Kern des Seins. Dem Innenleben. Dem Sein um seines Selbstzweck willens. Dass es kaum mehr braucht, um die Frage nach dem Sinn des Lebens zu beantworten, erkannte schon Dante Alighieri vor fast 800 Jahren. Geholfen hat diese betagte Erkenntnis dem Homo demens bisher augenscheinlich kaum. Noch immer folgt die von Emotionsamplituden aufgeschaukelte Verfügungsmasse der wertewestlichen Gesellschaft nicht der inneren Stimme in eine selbstbestimmte Zukunft, sondern wird von externen Faktoren durch eine zunehmend sinnentleerte Existenz gehetzt. Eine Existenz, deren verzweifelte Aufrechterhaltung nicht selten die persönlichen Energiereserven kostet.

Dabei wäre gerade Sport, gerade die physische Herausforderung und das Erkunden der eigenen Leistungsgrenzen geeignet, um sich auch mental in Form zu bringen. Wie Musizieren, Schreiben, Malen, Kunsthandwerk oder Gartenarbeit ist körperliche Ertüchtigung desiderable Qualitätszeit mit dem Ich. Die investierte Bewegungsenergie amortisiert sich in geistiger Regeneration. Äußere Einflüsse verlieren an Bedeutung und die Konzentration auf das eigene Wirken steht im Vordergrund. Gedanken schweifen ab, befreien sich vom kontinuierlich straffer geschnürten Korsett eines drögen und von Displays dirigierten Alltags. Fokussieren das Wesentliche. Und auch die fleischliche Hülle dankt es einem, vor allem mit zunehmenden Alter, wenn man sie diszipliniert und in gesundem Maße fordert.

Umso betrüblicher erscheint der obskure Umstand, dass man sich, wenn man über Spitzensport schreibt, kaum noch mit diesen Aspekten beschäftigt, weil die Gladiatorenkämpfe der Gegenwart vom Negativen dominiert sind. Von »*Neongöttern*« und einer plastilinen Aura des Surrealen. Von Gier, Manipulation, Korruption und Propaganda, die mehr Raum einnehmen als der Sport selbst. So vergällt die auf Verbandsebene überreizt instrumentalisierte Kommerzialisierung des Ballspiels dem reflektierten Beobachter eine im Kern erquickliche Aventüre. Die EM 2024 verbringt man demnach besser mit Freunden auf dem Bolzplatz als vor der Glotze.

**Montagnola, am 16. Juni 2024**

84

# Monopole, Macht und Mord (Teil 1)

**Regierungen schützen uns nicht vor Gewalt. Sie üben sie aus. Regierungen schützen uns auch nicht vor Kriegen. Sie führen sie. Aber initiieren sie diese auch? Profitieren sie davon? Nein. Denn Regierungen sind so tonangebend wie vergänglich. Persistent dagegen ist der transgenerational wirkende, letale Machthunger einer Kaste skrupelloser Schreibtischtäter – der Kaste der Bankster.**

Sie alle wollen ihn. Sie alle führen ihn. Unabhängig davon, welcher zeitgeistig opportune -ismus ihn rechtfertigt. Ob linkes politisches Spektrum, oder das rechte. Jedes autoritäre Machtkonstrukt sieht ihn als probates Mittel zur Durchsetzung seiner individuellen und doch schablonesken Weltrettungsfantasien: Den Krieg. Den betrüblicherweise regelmäßig wiedergängigen Kulminationspunkt staatlicher Gewaltherrschaft. Er wird nach innen und außen geführt. Gegen Konkurrenten, Klassenfeinde, Häretiker und Oppositionelle. Legitimiert durch die widersprüchliche Annahme, eine Regierung habe Rechte, die der Einzelne nicht hat – ohne sich dabei an Pflichten halten zu müssen, die der Einzelne aufgrund seiner Natur als selbstverständlich betrachtet – zwingt eine Minorität von Tyrannen ihren Willen der Mehrheit auf. Seit Jahrtausenden. Nur, weil besagte Mehrheit glaubt, jemand hätte das Recht, sie zu beherrschen. Doch dieses Recht gab und gibt es nicht.

Das System macht uns lediglich glauben, dass es existiere. Von Kindesbeinen an. Es lehrt, dass es moralisch richtig sei, wenn eine kleine Gruppe »Auserwählter« über das Leben der Masse bestimmt. Doch wenn ich selbst auf Basis simpler Naturrechte, Logik und Moral nicht das Recht habe, einen anderen Menschen aus einem Akt der Aggression heraus zu erschießen, kann ich dieses Recht auch niemandem durch Wahl verleihen. Fühlt sich ein politischer Repräsentant kraft seines Amtes dazu bemächtigt, Gewalt auszuüben, oder ausüben zu lassen – sei es im Namen des Volkes, der Demokratie, des Friedens oder der Liebe – handelt er nicht nur amoralisch, sondern kriminell. Bedauerlicherweise wohnt dem Gewaltmonopol des Staates eine düstere Logik inne. Denn nähme sich eine Regierung keine Sonderrechte heraus, erhöbe sie sich nicht über Recht und Moral, hätte sie keine Autorität, ihre Herrschaft keine Legitimation. Niemand sähe sie als übergeordnete Instanz. In einem solchen Szenario wäre jeder Normalbürger genauso viel Regierung wie die Regierung selbst. Folglich *muss* eine Regierung amoralisch handeln und Gewalt ausüben, um als solche anerkannt zu werden.

Auf Basis dieser von Etatisten konsequent ignorierten Tatsache ist die bewaffnete Auseinandersetzung verlässlicher Begleiter jedweder Herrschafts- oder Staatsform. Denn Regierungen schützen uns nicht vor Gewalt. Sie üben sie aus. Regierungen schützen uns auch nicht vor Kriegen. Sie führen sie. Und »*der Krieg ist*« speziell in den Dämmerstunden der Postmoderne »*nicht dazu bestimmt, gewonnen zu werden, er ist dazu bestimmt, andauernd zu sein*«, wie George Orwell korrekt konstatierte. Obwohl »*Friede der Naturzustand des unbedrängten menschlichen Geschlechtes ist*« (Johann Gottfried von Herder).

Fragt sich demnach, wer in der vermeintlich aufgeklärten Welt des Mediazän vom permanenten Krieg profitiert? Oder von

einem Weltkrieg. Sind es machtversessene Politiker, Ideologen und Despoten? Ist es die Rüstungsindustrie? Sind es mit dem militärisch-industriellen Komplex verwobene Konzerne wie Bechtel, mit einem Jahresumsatz von 31,4 Milliarden US-Dollar eines der größten Privatunternehmen der Vereinigten Staaten, die Milliarden an Zerstörung und Wiederaufbau verdienen? Ist es das leitmediale Konsenskonglomerat, das bei seinen querfinanzierenden Herrschern um Pfründe, Prestige und Positionen buhlt?

Nein. Zwar profitieren alle vorgängig genannten Parteien von ihrer Nähe zur Macht, dennoch sind auch sie nur Schachfiguren im geopolitischen Stratego der Kriegsführung. Die wahren Profiteure von Krisen und Kriegen sind Banken. Genauer gesagt: Zentralbanken. Oder noch präziser: Die privaten Financiers der Zentralbanken.

Wie ich in meinem zweiteiligen Text »Trio Infernale« anhand einer Vielzahl von Belegen aufgezeigt habe, zeichnen angelsächsische und angloamerikanische Finanzeliten nicht nur verantwortlich für die Ursprünge der Eugenik, der Apartheid oder die Erfindung des Konzentrationslagers – sondern auch für beide Weltkriege. Ohne diese blutgetränkten Zäsuren gäbe es heute weder die UN noch das seit Bretton Woods herrschende Weltfinanzsystem. Ein System, von dem niemand außer besagter Finanzeliten profitiert.

Doch nicht nur die großen Kriege des 20. Jahrhunderts gehen auf das Konto der transgenerational operierenden Bankster. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass diesen Zirkeln praktisch *alle* Kriege der jüngeren Geschichte anzulasten sind. Man könnte bei der britischen East India Company beginnen, die am 31. Dezember 1600 gegründet wurde, um anschließend in Südostasien und Indien ihr monopolistisches Unwesen zu treiben. Oder bei den von düsteren Entwicklungen begleiteten Opium-Kriegen

zwischen Großbritannien und China, die von 1839 bis 1860 einer Unmenge von Menschen das Leben kosteten. Wohin man schaut, stets waren es einflussreiche Finanzkartelle, die sich Staat, Industrie und Gesellschaft gefügig machten, um ihre verwerflichen Ziele zu verfolgen.



Cambridge University Press publizierte am 26. November 2013 ein Dokument mit dem Titel: »*Die Bank von England, Montagu Norman und die Internationalisierung der Anglo-Irischen Finanzbeziehungen 1922 bis 1943*«. Es beschreibt den Transformationsprozess des »Empire« hin zum »Commonwealth«, das bis heute 56 Länder und zweieinhalb Milliarden Menschen an die britische Krone bindet – sprich, den Strategiewechsel von der Unterwerfung durch militärische Eroberung hin zur Unterjochung durch Verordnungskonstrukte und finanzielle Abhängigkeiten. Montagu Norman war von 1920 bis 1944 Gouverneur der Bank of England. Seine im Archiv der Zentralbank abrufbaren Terminkalender geben einen Einblick in das Wirken des Mannes. Nach einer kontrovers diskutierten Rede vor Bankierskollegen im Jahr 1924 blieb der einflussreiche Finanzmagnat der Nachwelt unter anderem mit einem Zitat in Erinnerung, das allerdings bereits am 15. November 1894 auf Seite 16 des Southern Mercury aus Houston (Texas) auftauchte und demnach nicht Norman zuzuschreiben ist.

**»Das Kapital muss sich auf jede erdenkliche Weise schützen, sowohl durch Zusammenschlüsse als auch durch Gesetze. Schulden müssen so schnell wie möglich eingetrieben und Hypotheken zwangsversteigert werden. (…) Wenn die einfachen Leute auf Basis rechtlicher Prozesse ihre Häuser verlieren, werden sie gefügiger und durch den starken Arm der Regierung, der von einer zentralen Macht des Wohlstands unter führenden Financiers geleitet wird, leichter regierbar.«**

Wie das internationale Zentralbankenkartell sich und sein Kapital schützt, veranschaulicht ein Absatz aus den im hauseigenen Archiv schlummernden Gründungsstatuten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). In Artikel zehn soll demzufolge festgehalten sein:

»*Die Bank, ihr Eigentum und ihre Vermögenswerte sowie alle ihr anvertrauten Einlagen und sonstigen Gelder sind in Friedens- und Kriegszeiten immun gegen jegliche Maßnahmen wie Enteignung, Beschlagnahme, Konfiszierung, Verbot oder Einschränkung der Ausfuhr oder Einfuhr von Gold oder Devisen sowie gegen jegliche andere Maßnahme*.«

Sprich: man steht über dem Gesetz. Und tatsächlich verfügt das mächtigste Finanzinstitut der Welt über allerlei Sonderrechte. Es hat einen eigenen Sicherheitsdienst, steht auf exterritorialem Gebiet mitten in Basel (Schweiz) und kann seinen Mitarbeitern Immunität vor Strafverfolgung bieten. Zeitungsarchive dokumentieren die zentrale Rolle, die die BIS seit ihrer Gründung im Jahr 1930 für das Weltfinanzsystem einnimmt. Die jährliche Generalversammlung der BIS, an der Repräsentanten aller 63 angeschlossenen Zentralbanken teilnehmen, dürfte das wichtigste Meeting eines jeden Jahres sein. Auch wenn kaum jemals darüber berichtet wird. Der YouTube-Kanal der Bank zeigt überdies, wohin die Reise in puncto digitalem Zentralbankgeld geht. Denn die BIS arbeitet fieberhaft an entsprechenden Transaktionsprozessen, Softwarelösungen und einem zentralen »Ledger« (Hauptbuch, fin.), das die Schaltstelle zentralbankregulierter Währungskonversion werden dürfte. Außerdem: Wo Yuval Noah Harari als hofierter Gastredner empfangen wird, passiert selten etwas Gutes.

Vielsagend in Bezug auf das Selbstverständnis der Bankeneliten ist auch ein Zitat von EZB-Chefin Christine Largarde vom April 2012:

**»Das ist eine sehr faszinierende Institution, weil sie völlig antizyklisch ist. Wenn es um den Internationalen Währungsfonds (IWF) herum bergab geht, florieren wir. Wir werden extrem aktiv, weil wir Geld verleihen, Zinsen und Gebühren verdienen und all das, und der Institution geht es gut. Wenn es der Welt gut geht und wir Jahre des Wachstums hinter uns haben, wie das 2006 und 2007 der Fall war, geht es dem IWF finanziell und anderweitig nicht so gut.«**

Wem Krisenkapitalismus, Kolonialismus, Eugenik, zwei Weltkriege und der Knotenpunkt des CBDC-Systems von morgen noch nicht genügen, um Motivation, Ziele und Skrupellosigkeit der Bankenkartelle erfassen zu können, dem sei ein vertiefter Blick auf die amerikanische Geschichte empfohlen. Ein knapp 70 Seiten umfassendes Essay des US-Friedensaktivisten Michael Rivero aus dem Jahr 2014 veranschaulicht das Ausmaß des Einflusses, den Spitzenbankiers auf den Lauf der Welt nahmen und nehmen. Titel des Papiers: »*All Wars are Bankers Wars*«.

Leider sind eine Vielzahl der im Dokument angeführten Zitate nicht belegbar. Riveros Interpretation der historischen Abläufe jedoch ist nachvollziehbar und weitestgehend korrekt. Er beginnt seine Abhandlung mit einer Beschreibung der Umstände, die zur amerikanischen Revolution führten, die 1765 begann und 1783 in der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten mündete. Der Aufstand gegen die britische Kolonialmacht begann in den dreizehn Kolonien, die das britische Imperium ab 1607 an der nordamerikanischen Atlantikküste etablierte. Dreh- und Angelpunkt der schwelenden Konflikte zwischen Kolonien und Krone war die von London diktierte Fiskalpolitik. Denn während die Kolonien bemüht waren, finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen und eigene Währungen herauszugeben, bestand König Georg III.

darauf, die Kontrolle über das koloniale Währungssystem zu behalten. Dazu erließ er verschiedene Gesetze, die sowohl die Gründung lokaler Banken als auch die Herausgabe eigener Banknoten einschränkte. Siehe »Currency Act« von 1751 und 1764.

Ziel des britischen Parlamentes war stets, seinen amerikanischen Kolonien ein Währungssystem auf Grundlage des Pfund Sterling zu oktroyieren. Da man in London die Ansicht vertrat, die Kontrolle kolonialer Währungen sei zu komplex, erklärte man diese schlicht für wertlos – was in Konsequenz bedeutete, dass die Kolonien ihre Schulden gegenüber Großbritannien nicht mit eigenem, zinsfreien Geld abtragen konnten, sondern gezwungen waren, Kredite bei der Bank of England aufzunehmen. Im Lichte eines signifikanten Handelsdefizits gegenüber Großbritannien regte sich infolgedessen zusehends Unmut in den Kolonien.

Am 4. Juli 1776 erklärten die Vereinigten Staaten offiziell ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. Das hielt die angelsächsische Bankierskaste allerdings nicht davon ab, im Jahr 1791 die erste Zentralbank der USA zu gründen – die »First Bank of the United States«. Offiziell wird die Gründung dieses Finanzinstituts einer Initiative des US-Gründervaters Alexander Hamilton zugeschrieben, dessen Antlitz bis heute die 10-Dollar-Note ziert. Tatsächlich gehörten jedoch mindestens 70 Prozent der Zentralbank britischen Investoren. Namentlich zum Beispiel dem Haus Rothschild, das zu dieser Zeit nicht nur die Finanzwelt Großbritanniens dominierte. Für geordnete Verhältnisse auf dem Finanzmarkt sorgte die Gründung der First Bank of the United States jedenfalls nicht. Im Gegenteil.

Bereits im Gründungsjahr der Bank lancierte Alexander Hamilton als amtierender Finanzminister den ersten »Bailout« der US-Geschichte. Dies, weil der Kurs der Zentralbankaktien (BUS)

von 25 Dollar am 4. Juli sprunghaft auf 312 Dollar am 11. August angestiegen war. Die so entstandene Finanzblase platzte zuerst in New York. Panik breitete sich aus. Die BUS-Papiere verloren binnen 48 Stunden die Hälfte ihres Wertes. Ein Zusammenbruch des Finanzmarktes zeichnete sich ab. Um einen Kollaps abzuwenden, stützte Hamiltons Finanzministerium das System. Über Frontorganisationen in New York und Philadelphia ließ er 560.000 US-Dollar in den Markt pumpen. Nach heutigen Maßstäben bis zu 80 Milliarden. Das Credo damals wie heute: Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren.

Nur gut sechs Monate später, im Frühjahr 1792, drohte der Finanzmarkt erneut zusammenzubrechen – und wieder stützte Hamiltons Behörde den Finanzmarkt mit staatlichen Mitteln. Als die Lizenz der in Missgunst geratenen First Bank of the USA anno 1811 zur Erneuerung anstand, stimmte der US-Kongress dagegen. Das angelsächsische Bankenkartell schäumte vor Wut, während einflussreiche US-Politiker wie Thomas Jefferson und Andrew Jackson nach dem initialen Zentralbankdesaster dafür plädierten, das amerikanische Volk selbst über seine Zahlungsmittel entscheiden zu lassen – nicht Partikularinteressen aus London. Die aufgrund territorialer Anspruchshaltung ohnehin angespannte Lage zwischen den Vereinigten Staaten und ihrer einstigen Kolonialmacht verschärfte das nur. Nicht wenige Amerikaner halten die Absage an eine von britischem Kapital dominierte Zentralbank gar für den ausschlaggebenden Grund des Zweiten Unabhängigkeitskrieges, der zwischen 1812 und 1815 weitere 17.000 Soldaten das Leben kostete und den Imperialisten von der Insel vor Augen führte, dass die USA militärisch nicht mehr zu bezwingen waren.

Nathan Mayer Rothschild, seinerzeit einflussreichster Bankier des Empire, soll den Vereinigten Staaten für den Fall, dass die

Lizenzverlängerung für die Zentralbank nicht genehmigt werde, offen gedroht und einen vernichtenden Krieg in Aussicht gestellt haben. Entsprechende Zitate, die dem in Deutschland geborenen Finanzmagnaten zugeschrieben werden und sich im Internet ohne Quellenangabe munter replizieren, sind derweil aber nicht verifizierbar. Obwohl man sich gut vorstellen kann, dass die Entwicklungen in der ehemaligen Kolonie einen Rädelsführer der Bankenmafia nicht wirklich verzückten. Interessant ist in diesem Kontext, was sich zu Nathans Wirken im offiziellen Familienarchiv der Rothschilds findet:

»*Durch seinen Erfolg ermutigt, ließ sich Nathan wahrscheinlich 1804 in London als Kaufmann registrieren und zog nach London, um sich als Bankier niederzulassen. 1809 gründete er N M Rothschild in New Court, St Swithin's Lane in der City of London. Das Geschäft in Manchester wurde von einem von Nathans Angestellten, Joseph Barber, übernommen, und das Unternehmen stellte 1811 endgültig den Handel unter dem Namen Rothschild ein. Der vorübergehende Zugang zu Geldern, die das Haus Rothschild in Frankfurt für Wilhelm IX. von Hessen-Kassel anlegte, erweiterte den Umfang von Nathans Londoner Geschäften erheblich. Diese basierten auf profitablen Spekulationen mit britischen und ausländischen Wertpapieren und erfolgreichem Handel mit Devisen und Goldbarren.*

*1814 war es Nathan, der den prestigeträchtigen Auftrag der britischen Regierung zum Kauf und Transport von Goldmünzen zur Finanzierung von Wellingtons Armee auf dem Kontinent erhielt. Nach dem Sieg Wellingtons bei Waterloo erhielt das Londoner Haus einen weiteren Auftrag zur Abwicklung englischer Subsidienzahlungen an die europäischen Verbündeten. Die Position von Nathan Rothschild als führendem Handelsbankier der City wurde 1826 gefestigt, als die Firma mit einer sofortigen Goldspritze eingriff, um die Bank of England zu retten. Nathans London House gab zwischen*

*1818 und 1835 26 britische und ausländische Staatsanleihen aus und brachte 1824 die Alliance Assurance Company (heute RSA Insurance Group) an die Börse.*«



Der kurze Auszug aus der Vita des Bankiers verdeutlicht, welche Rolle die Finanzeliten im System Staat seit jeher einnehmen. Sie missbrauchen ihn für die Verfolgung ihrer übergeordneten Interessen. Die 1450 beginnende Timeline der Familienchronik festigt diesen Eindruck nur. Gleiches gilt für das Wirken von »*Räuber-Baronen*« *wie* John Pierpont Morgan, der schon in jungen Jahren über mehr Geld verfügte als die US-Regierung und zwei Mal im Alleingang das amerikanische Finanzsystem vor dem Kollaps bewahrte. Oder für die Rockefeller Familie, die den ersten Milliardär der Welt aufzubieten hat und auch 2024 noch Platz 42 auf der Forbes-Liste einnimmt – und die mit David Rockefeller wohl einen der umtriebigsten »*Philanthropen*« aller Zeiten hervorbrachte. Wobei Philanthropie an dieser Stelle als organisierte Kriminalität verstanden werden muss.

Obwohl die Lizenz der ersten US-Zentralbank 1811 nicht verlängert wurde und die Vereinigten Staaten 1815 den Krieg gegen Großbritannien gewannen, ging das Kalkül des britischen Kapitals schlussendlich auf. Londons Banker hatten nämlich unverhohlen darauf spekuliert, dass ein weiterer Krieg entweder darauf hinauslaufe, die Abtrünnigen zu rekolonialisieren, oder sie endgültig in die Schuldknechtschaft zu treiben. Sodass der US-Kongress gezwungen wäre, eine neue Zentralbanklizenz auszustellen, um Liquidität über teure Kredite herzustellen – und genau so kam es. Schon 1816 genehmigte die US-Regierung aufgrund der prekären finanziellen Lage des Landes einen neue Zentralbanklizenz. Die »Second Bank of the United States« entstand. Zum zweiten Mal hatte das mafiös operierende Kapital der City of London Kontrolle über die fiskalischen Belange der USA erlangt.

4.000 Privatinvestoren hielten circa 80 Prozent des Kapitals der neuen Zentralbank. Davon 3.000 Europäer. Der größte Teil des Kapitals befand sich in Händen einer Handvoll superreicher Financiers. Doch auch dieses Mal sollte das räuberische Modell nicht lange funktionieren. 13 Jahre lang schaffte es die neue Zentralbank die Fassade einer nützlichen Institution aufrecht zu erhalten. Dann wurde Andrew Jackson als siebter Präsident der USA vereidigt. Er sah in der von britischem Geld dominierten Zentralbank eine korrupte Institution und Gefahr für die freiheitliche Gesellschaftsordnung Amerikas.

**»Sofern das korrupte Monster nicht in seiner unrechtmäßig erworbenen Macht beschnitten werden sollte, werde ich ihm mit meinem Veto offen und furchtlos begegnen.« (Andrew Jackson, 19. Februar 1832)**

Davon rückte er trotz massiver Beschwichtigungsversuche seitens Bankenlobby und Empire-Sympathisanten nicht ab. Eine Verlängerung der auf 20 Jahre geltenden Zentralbanklizenz stand für Jackson nicht zur Debatte. Der infolgedessen entstandene Konflikt zwischen Zentralbankgegnern und -befürwortern ging als »Bank War« in die Annalen ein und dominierte den Präsidentschaftswahlkampf 1832. Jackson gewann. Wie angekündigt entmachtete er die Zentralbank, indem er 1833 alle Bundeseinlagen abzog und diese per Exekutivorder auf eine Handvoll Privatbanken verteilte – was der regulativen Rolle der zweiten Zentralbank Amerikas ein abruptes Ende setzte. Drei Jahre vor Auslaufen der 1816 erteilten Lizenz.

**»Ich glaube nicht, dass der Verstand des Menschen ein System entwickeln könnte, mit dem unserem Land noch mehr Unglück, Unmoral, Ungerechtigkeit und Betrug zugefügt werden könnte, und das die Täter so wirksam**

**vor Entdeckung und Bestrafung schützt wie unser Papiergeld-Kreditsystem.« (Rep. John Harmanson, Louisiana, April 1, 1846)**



Jacksons Triumph über die angelsächsische Bankenmafia folgte die »Free banking« Ära. Im Zeitraum von 1837 bis 1862 existierten ausschließlich Geschäftsbanken, keine Zentralbank. Texas, Arkansas, Iowa und Kalifornien verboten Bankdienstleistungen sogar generell. Banking war dort de facto illegal. In den meisten Bundesstaaten bedurfte es weiterhin einer Lizenz, um eine Bank zu gründen. Da diese Restriktion die Monopolbildung begünstigte, erließ der Bundesstaat Michigan kurz nach seiner Gründung im Jahr 1837 den »Free Banking Act«. Ein Jahr später folgte New York diesem Beispiel.

Der Finanzmarkt der USA veränderte sich drastisch. Deregulierung machte es in vielen Bundesstaaten einfacher, eine Bank zu gründen. Sie schossen wie Pilze aus dem Boden. Dafür sank ihre Halbwertszeit auf durchschnittlich fünf Jahre. Viele gingen schlicht an ihren maladen Geschäftspraktiken zugrunde. In anderen Regionen war Banking verboten. Man zahlte mit Gold und Silber. Texas versuchte es mit einer eigenen, bundesstaatlichen Währung. Da es jedoch keine Infrastruktur gab, um die neuen Banknoten unters Volk zu bringen, blieben diese wertlos.

In den »Free Banking«-Staaten kam eine Vielzahl neuer Währungen in Umlauf. Denn nun konnte praktisch jedes Unternehmen seine eigene anbieten. Das sorgte zeitweilen für Chaos – dafür verschuldete sich die Nation nicht heillos bei einem von Finanzmafiosi kontrollierten Zentralbanksystem, das sich systematisch am Besitz der Bevölkerung bereichert. Selbst Alan Greenspan, von 1987 bis 2006 Chef der heutigen US-Zentralbank, räumte bei einer Rede am 2. Mai 1998 ein:

*»Obwohl das freie Bankwesen nicht so frei war wie allgemein angenommen, war es auch nicht annähernd so instabil. Die Wahrnehmung der Ära des freien Bankwesens als eine Ära des wilden Bankwesens, das von finanzieller Instabilität und insbesondere von weitverbreiteten, erheblichen Verlusten für Anleihegläubiger geprägt war, erweist sich ebenfalls als übertrieben. Neuere Forschungen haben gezeigt, dass Pleiten freier Banken nicht so häufig vorkamen und die daraus resultierenden Verluste für Anleihegläubiger nicht so schwerwiegend waren, wie frühere Historiker behauptet hatten.«*

Dann kam der Sezessionskrieg. Der »Civil War«. Die US-Regierung in Form der »Union« war mit Kriegsbeginn 1861 auf ein einheitliches Zahlungsmittel angewiesen, um landesweit Munition bezahlen zu können. Wieder bot sich das Bankenkartell dem amtierenden Präsidenten an – dieses Mal Abraham Lincoln – um den Krieg gegen die abgespalteten »Konföderierten«, die Verteidiger der Sklavenhaltung zu finanzieren. Zu einem völlig überzogenen Zinssatz.

Doch auch Lincoln war kein Freund des Zentralbankensystems. Er lehnte ab und beschloss, von seiner Regierung eine landesweit gültige Währung auflegen zu lassen. Den Greenback. In den Jahren 1863 und 1864 verabschiedete der US-Kongress zusätzlich zwei neue Gesetze – die National Banking Acts – mit denen die neue Landeswährung der Vereinigten Staaten als solche zementiert, einheitliche Regeln für den Finanzmarkt geschaffen und die schuldentreibende Kreditaufnahme bei einer Zentralbank künftig vermieden werden sollten. Das erklärte Ziel: Finanzielle Autonomie.

Im Frühjahr 1863 verzeichnete der Greenback einen Kurs von 152 zu 100 Gramm Gold. Der Tiefpunkt seines Wertes war im Juli 1864 erreicht. Für 100 Gramm Gold musste man 258 Greenbacks auf den Tisch legen. 1865 stoppte die US-Regierung das Drucken

von Greenbacks und beschränkte die Umlaufmenge des Geldes. Danach stieg der Kurs des Greenback bis er im Dezember 1878 Parität mit Gold erreichte und eins zu eins umgetauscht werden konnte. 1878 waren seine Tage trotz allem gezählt. Und 1879 wurden die letzten Scheine aus dem Verkehr gezogen.

Frankreich und Großbritannien unterstützten derweil eifrig die Konföderation, erwogen während des Sezessionskrieges gar einen gemeinsamen Angriff auf die USA, um Lincolns bankenfeindliche Union in die Schranken zu weisen. Dies wurde lediglich durch die Präsenz der mit Lincoln kooperierenden russischen Marine verhindert. Russland hatte kurz zuvor ebenfalls das Zentralbankensystem abgeschafft und seine Währungsangelegenheiten selbst in die Hand genommen. Die Union gewann den »Civil War«. Doch Widerstand hat seinen Preis. Kurz nach Ende des Krieges, am 14. April 1865, wurde Abraham Lincoln erschossen. Es war das erste Attentat auf einen US-Präsidenten. Und auf der Suche nach den Schuldigen denken bis heute nicht wenige Amerikaner zuvorderst an die gewissenlose Bankenmafia. Wenig verwunderlich. War der Zeitraum zwischen 1781 und 1878 doch geprägt von einem erbitterten Ringen der jungen Nation um finanzielle Selbstbestimmung.

Auch auf Lincoln folgende US-Präsidenten wie Andrew Johnson (1865–1869), James Garfield (März 1881 – September 1881) oder William McKinley (1897–1899) sprachen sich gegen ein Zentralbanksystem aus. Doch auch Garfield und McKinley fielen einem Attentat zum Opfer. Und das Wirtschaftswachstum der sich aufschwingenden Supermacht implizierte bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert, dass der US-Finanzmarkt in absehbarer Zeit stärker reguliert werden müsse. Das Bankenkartell kam unter Zugzwang. Es musste verhindern, dass besagte Regulierung sie und ihr räuberisches Zentralbankmodell negierte. Denn kämen

die Vereinigten Staaten ohne Zentralbank aus, könnte das Signalwirkung für den Rest der Welt haben.

Einer solchen Entwicklung planten die Banker mit dem Aldrich Plan zuvorzukommen. Den Anfang vom Ende finanzieller Autonomie markierte ein geheimes Treffen auf Jekyll Island, einer 23 Quadratkilometer großen Insel vor der Küste des US-Bundesstaates Georgia. Das Eiland ist Sitz des unter anderem von J.P. Morgan, William K. Vanderbilt und Joseph Pulitzer frequentierten Jekyll Island Club. Dort trafen sich am 22. November 1910 US-Senator Nelson Aldrich – Schwiegervater des Erben der Rockefeller-Dynastie, John D. Rockefeller Jr. und eine zentrale Figur im Finanzausschuss des Senats, wo er die Geldpolitik der USA verantwortete – sowie eine illustre Delegation einflussreicher Bankiers: A. Piatt Andrew, stellvertretender Finanzminister, Frank Vanderlip, Präsident der National City Bank of New York, Henry P. Davison, Seniorpartner bei J.P. Morgan, Benjamin Strong Jr., Partner von J.P. Morgan und Präsident des Bankers Trust sowie Paul Warburg, Erbe der Bankiersfamilie Warburg und Schwiegersohn von Solomon Loeb, der sich mit seiner New Yorker Investmentfirma Kuhn, Loeb & Company über die Landesgrenzen hinaus einen Namen gemacht hatte. Ziel des Bankenkartells war es, mit dem servilen Aldrich eine Gesetzesvorlage zu erarbeiten, die zur Installation einer Zentralbank führen und die unabhängige Kontrolle dieser Institution verunmöglichen würde.

»*Herr Vorsitzender, wir haben in diesem Land eine der korruptesten Institutionen, die die Welt je gesehen hat. Ich meine das Federal Reserve Board und die Federal Reserve Bank. Das Federal Reserve Board, ein Regierungsgremium, hat die Regierung der Vereinigten Staaten um genug Geld betrogen, um die Staatsschulden zu bezahlen. Die Plünderungen und Ungerechtigkeiten des Federal*

*Reserve Board und der Federal Reserve Bank haben dieses Land zusammen genug Geld gekostet, um die Staatsschulden mehrfach zu bezahlen.*

*Diese böse Institution hat das Volk der Vereinigten Staaten verarmt und ruiniert; sie hat sich selbst bankrott gemacht und hat unsere Regierung praktisch bankrott gemacht. Sie hat dies durch Mängel des Gesetzes erreicht, unter dem sie operiert, durch die Misswirtschaft dieses Gesetzes durch das Federal Reserve Board und durch die korrupten Praktiken der geldgierigen Geier, die sie kontrollieren.*« (Louis T. McFadden, Rede US-Kongress, 1934)



Als man den binnen neun Verhandlungstagen entwickelten Aldrich Plan 1912 der Öffentlichkeit präsentierte, stieß dieser auf massiven Widerstand. Karikaturen, Zeichnungen und Anzeigen, die nach der Publikation der Gesetzesvorlage kursierten, stellten die von der angloamerikanischen Hochfinanz geplante Zentralbank als furchteinflößende Krake dar, die sich Regierung und Wirtschaft bemächtigt. Als »*privates Syndikat*«. In Anbetracht des Gegenwinds aus der Bevölkerung sah sich auch das US-Repräsentantenhaus dazu gezwungen, die Vorlage abzulehnen.

Die Diskussion um eine Finanzmarkt- und Bankenreform bestimmte daraufhin die Präsidentschaftswahlen von 1912, bei denen sich die Demokraten unter Führung von Woodrow Wilson durchsetzen konnten – weil sie den Aldrich Plan ablehnten und sich gegen die Schaffung einer Zentralbank aussprachen. Ungeachtet dieser feurigen Wahlversprechen unterschrieb der neu gewählte US-Präsident Wilson noch am Tag seines Amtsantritts und nur gut ein Jahr nach dem Meeting auf Jekyll Island die »*Banking Bill*« – besser bekannt als Federal Reserve Act – ein Gesetz, das nahezu alle Elemente des Aldrich Plans enthält. Durch den Kongress brachte man das Gesetz übrigens nur, weil es am

Weihnachtsfeiertag 1913 vorgelegt wurde, an dem viele Zentralbankkritiker zu Hause geblieben oder verreist waren.

Das transatlantische Bankenkartell war am Ziel. Die USA unterstanden endlich wieder seiner absoluten Kontrolle. Und daran hat sich bis heute nichts geändert. Denn die Gründung der Federal Reserve markiert den Anfang vom Ende der freiheitlich organisierten Weltordnung, den Beginn eines »*Jahrhunderts der Versklavung*« (J. Corbett).

**Montagnola, am 30. Juni 2024**

# Monopole, Macht und Mord (Teil 2)

Die Verabschiedung des Federal Reserve Acts markierte 1913 einen Paradigmenwechsel auf dem Feld des »*International Banking*«. Anstatt nur den Finanzmarkt einer Nation zu kontrollieren und sich die jeweilige Regierung durch Schuldknechtschaft gefügig zu machen, trachtete das vom Erfolg in den USA beflügelte Bankenkartell nun nach globaler Marktkonsolidierung. Ziel: die weltumspannende Zentralisierung, Koordination und Kontrolle von Finanzmacht. Und damit von Regierungen, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein omnipotentes Imperium auf Basis von Verträgen, Verordnungen, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten. Empire, Commonwealth, Global Governance – so die Evolutionsstufen der Machtergreifung. Die neue Doktrin der Prädatorenkaste: Kontrolle der Gedanken, anstatt Versklavung der Körper.

Wie die Bankenkartelle aufkeimende Kritik an ihrer Machtfülle geschickt zum eigenen Vorteil nutzen, zeigt die kurze Passage eines Textes von HISTORY über J.P. Morgan:

»*Morgan wurde zunächst weithin dafür gelobt, dass er Wall Street aus der Finanzkrise von 1907 geführt hatte. In den darauffolgenden Jahren wurde der beleibte Bankier mit dem Schnauzbart und dem schroffen Auftreten jedoch zunehmend von Enthüllungsjournalisten, progressiven Politikern und anderen kritisiert. Er habe zu viel Macht und könne das Finanzsystem zu seinem eigenen Vorteil*

*manipulieren. 1912 wurde Morgan vor einen Kongressausschuss unter Vorsitz des US-Abgeordneten Arsene Pujo aus Louisiana geladen, um die Existenz eines Geldtrusts zu untersuchen, einer kleinen Kabale von Wall-Street-Elitefinanziers, zu denen auch J.P. Morgan gehörte, die angeblich gemeinsame Sache machten, um das amerikanische Bankwesen und die amerikanische Industrie zu kontrollieren. Die Anhörungen des Pujo-Ausschusses trugen zur Gründung des Federal Reserve Systems im Dezember 1913 bei und förderten die Verabschiedung des Clayton Antitrust Act von 1914.*«

Viele Länder Europas befanden sich während des über Generationen andauernden Gerangels um die Etablierung einer Zentralbank in den USA längst im Würgegriff der Bankenmafia. Bereits 1668 wurde mit der schwedischen Riksbank das erste als Zentralbank betitelte Kreditinstitut aus der Taufe gehoben. 1694 wurde die Bank of England gegründet, das einflussreichste Geldinstitut seiner Ära. Und am 16. Januar 1800 legte Napoleon den Grundstein für die Banque de France. Sie sollte sich der Stabilisierung der Währung und Schaffung von Liquidität widmen, weil sich das französische Bargeld seit der Revolution grassierender Hyperinflation ausgesetzt sah. Diese frühen Zentralbanken brachten private Noten in Umlauf, die als offizielle Landeswährung fungierten. Auf deren Her- und Bereitstellung hatten sie quasi ein Monopol.

Die primäre Aufgabe bestand also darin, ein stabiles Inlandszahlungsmittel herauszugeben und die Umlaufmenge des Geldes zu kontrollieren. Darüber hinaus versorgten die Zentralbanken den jeweiligen Staat mit Liquidität. Dazu verkaufen Zentralbanken Staatsanleihen, also festverzinsliche Wertpapiere des Staates, was nichts anderes als ein Handel mit Schuldscheinen ist, die den Besitzer berechtigen, Geld vom Staat zu fordern. So gesehen ist die Emission von Staatsanleihen eine Form des »Crowdfunding«. Will sich ein Staat ein paar Milliarden leihen, wird dieser Betrag

durch Staatsanleihen auf eine große Anzahl von Anleger verteilt. Im Gegenzug verpflichtet sich der Staat, den Gläubigern nach Ablauf der Laufzeit den Nennwert der Anleihe auszuzahlen und regelmäßig Zinsen auszuschütten.

Versucht man, diesen Prozess ohne die Seriosität heischenden Finanzmarktbegriffe zu beschreiben, könnte man auch sagen: Wenn der notorisch klamme Staat wieder Geld von der Zentralbank leihen will, gibt diese Schuldscheine heraus und verkauft sie der Bevölkerung, die in trügerischer Sicherheit gewogen wird und sich von der Anlage einen kleinen Gewinn erhoffen darf – wenn der Staat über die Laufzeit der Anlage zahlungsfähig bleibt. Staatsanleihen gelten als besonders sichere Anlageform. Das bezieht sich vor allem auf vermeintlich finanzstarke Länder, wo sicherheitsorientierte Anleger dafür nur mit einer geringen Verzinsung rechnen dürfen. Wer höhere Renditen erzielen möchte, kann in Schwellenländer wie Brasilien, Südafrika oder die Türkei investieren, muss dafür aber auch mit höheren Ausfallrisiken rechnen.

In der Realität sinken die Renditen auf Staatsanleihen, abgesehen von ein paar kurzen Verschnaufpausen, seit den 90er Jahren konstant. Erzielte man mit deutschen Bundesanleihen vor 30 Jahren noch um acht Prozent, sind es im Mai 2024 im Schnitt noch 2,53 Prozent. Je nach Papier. Zu Beginn der Corona-Krise rutschten nicht wenige unter die Nulllinie – darunter auch Anleihen so finanzstarker Staaten wie Deutschland, Österreich, Niederlande oder Schweiz, wo die Rendite von eidgenössischen Bundesobligationen nur noch bei 0,649 Prozentpunkten liegt. Kein Wunder. Denn die vom Finanzmarktkartell gemolkenen Staaten sind pleite. Allesamt. Die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beläuft sich in den USA auf 122, in Großbritannien auf 101 und in Deutschland auf 63 Prozent (Stand: 12/2023). Die deutsche Schuldenuhr visualisiert das

Desaster – 3.581 EUR schlagen pro Sekunde zu Buche. Der Bund der Steuerzahler (BdSt) führt diesbezüglich aus:

»*Zur Veranschaulichung dieser Zahl dient folgendes Gedankenspiel: Ab sofort werden keine Schulden mehr aufgenommen und die öffentliche Hand gesetzlich verpflichtet, neben allen anderen Ausgaben jeden Monat eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen. Mit dieser Verpflichtung würde es bis ins Jahr 2232 dauern, um den Schuldenberg der Bundesrepublik Deutschland vollständig abzutragen.*«

Die USA würden im Rahmen dieses Szenarios also weit über das Jahr 2400 hinaus tilgen, um ihre Staatsschulden loszuwerden. Zinsänderungen vorbehalten. Dazu erklärt der BdSt:

»*Außerdem entsteht eine immer größere Anfälligkeit des Staates für Zinsänderungen an den Geld- und Kreditmärkten. So musste der Bund am Ende der Niedrigzinsphase 2021 weniger als drei Milliarden Euro für seine Schulden in Form von Zinsverpflichtungen zahlen – Ende 2023 waren es dann mehr als vierzig Milliarden Euro! Erhöhen sich die Zinsen mittelfristig um nur einen Prozentpunkt, steigen die Zinskosten allein des Bundes um bis zu siebzehn Milliarden Euro pro Jahr*.«

Es wird deutlich: Die Staaten dieser Welt sind nicht nur pleite, sie haben auch keinerlei realistische Chance, ihre Schulden jemals abzutragen. Sie sind der Bankenmafia und deren nachgeordneten Globalistenzirkeln ausgeliefert. Ihre einzige »Einnahmequelle« sind die Bürger, die über Investmentblasen, steigende Abgaben, Subventionswahn und Öko-Ablasshandel sukzessiv enteignet werden. Und genau das war das Ziel des Zentralbankensystems.

Wie der Zufall es will, entstand die Federal Reserve Bank (FED) nur ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkrieges; jener blutigen, von angloamerikanischen Eliten provozierten Zäsur, die eine vollständige

Internationalisierung des Zentralbankensystems erst ermöglichte. Die FED finanzierte den Krieg mit sogenannten »*Liberty Loans*«. Zwölf Jahre nach Kriegsende gründete die Finanzmarktmafia die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Vorgeblich, um die Reparationszahlungen Deutschlands abzuwickeln. Damit ist die BIZ die älteste internationale Finanzorganisation der Welt.

Mitglied der im Oktober 1929 konferierenden Expertenkommission zur BIZ-Gründung war auch NSDAP-Mitglied Hjalmar Schacht, »*Hitlers Banker*«, von 1923 bis 1939 fast durchgehend Reichsbankpräsident und von 1934 bis 1937 zusätzlich Reichswirtschaftsminister des NS-Regimes. Ebenfalls durch den Ersten Weltkrieg ermöglicht wurde die Gründung des Völkerbundes, der Vorläuferorganisation der Vereinten Nationen (UN).

Der Frieden von Versailles, von dem der durch Round-Table-Intimus Alfred Milner eingesetzte Oberbefehlshaber der Alliierten, Ferdinand Foch, sagte, es sei »*kein Friedensvertrag, sondern ein Waffenstillstand für zwanzig Jahre*«, war analog seiner Prophezeiung bald zu Ende. Stufe zwei der geostrategischen Rekalibrierung des Finanzmarktes wurde gezündet. Nachdem die US-Finanzeliten in den 1930er Jahren zunächst einen faschistischen Diktator im eigenen Land installieren wollten, damit jedoch scheiterten, finanzierten sie Adolf Hitler. »*Märkte lieben totalitäre Regierungen*«, wie Larry Fink (CEO BlackRock) zu sagen pflegt. So kollaborierte die New Yorker Investmentbank Union Banking Corp. (UBC) mit Fritz Thyssen. Eines der sieben Gründungsmitglieder der UBC war Prescott Bush, Großvater des ehemaligen US-Präsidenten. Ford und General Motors lieferten Fahr- und Flugzeuge an Nazi-Deutschland. Equipment, ohne das ein Angriff auf Polen oder Russland nie hätte stattfinden können, wie die Washington Post in einem Artikel vom 30. November 1998 festhält.

Auch Schweizer Banken unterstützten Hitlers Diktatur. Sie horteten Gelder von NSDAP-Granden, verschoben Raubkunst und konfiszierte Vermögen der von den Nazis verfolgten Juden. Die im Frühjahr 2023 unter fragwürdigsten Umständen und dank 260 Milliarden Schweizer Franken staatlicher Garantien in der UBS aufgegangene Credit Suisse hielt noch bis ins Jahr 2002 das Konto eines bei den Nürnberger Prozessen verurteilten NS-Kommandeurs. Und bis 2020 das Konto eines mit dem Nazi-Regime in Verbindung gebrachten Offiziellen, der sich nach Argentinien abgesetzt hatte.

Kriminelle Vereinigungen waren Großbanken schon immer. Doch was nach dem Ersten Weltkrieg mit der Gründung diverser Zentralbanken und der BIZ im Jahr 1930 begann, entwickelte erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges volles Momentum. Am 1. Juli 1944, zwei Monate *vor* der offiziellen Einstellung der Kampfhandlungen, legte das supranationale Bankenkartell mit der Bretton Woods Konferenz den Grundstein für das bis dato herrschende Finanzsystem. Die angloamerikanischen Machtzirkel hatten es eilig. Mit ihrer Führungsrolle in puncto Nachkriegsordnung wollten sie sicherstellen, dass der von der Federal Reserve kontrollierte US-Dollar zur globalen Leitwährung erhoben wird.

Dann ging es Schlag auf Schlag. Als direkte Kriegsfolge entstanden 1945 die Weltbank, der IWF (Internationaler Währungsfonds) – wobei der IWF eher eine Bank und die Weltbank eher ein Fonds ist – und die Vereinten Nationen. 1948 wurde die People's Bank of China gegründet, die chinesische Zentralbank. 1973 wurde SWIFT ausgerollt, das sanktionsfreudige SWIFTNet Datenverarbeitungs- und Kommunikationssystem, das den internationalen Zahlungsverkehr sowie die Interbankenkommunikation zentralisieren, sichern und vereinfachen sollte. Ein System, das nach eigenen Angaben vertrauliche Daten seiner Kunden mit europäischen und

amerikanischen Sicherheitsbehörden teilt. Ultimative Sicherheit scheint aber auch SWIFT nicht zu bieten. 2016 erbeuteten Hacker 81 Millionen Dollar, weil sie in das SWIFT-System der Zentralbank von Bangladesch eindringen konnten.



Parallel zur voranschreitenden Internationalisierung des Zentralbanknetzwerkes arbeiteten die Rockefellers, Bushs und Kissingers dieser Welt in den 70ern fieberhaft daran, China gen Westen zu »*öffnen*«. Der transatlantische Korporatismus nutzte das Land als Pilotprojekt für die technokratisch gesteuerte Gesellschaft der Zukunft. Am 15. August 1971 dann der sogenannte Nixon-Schock – die Aufhebung des Goldstandards. Die Ära des gegenwertlosen Fiat-Geldes begann. Eine Idee, auf die Nixon sicher nicht alleine kam. Die SZ schrieb dazu am 15. August 2021 unter dem Titel »*Als Nixon das Währungssystem in die Luft sprengte*«:

» (…) *Davon war jedenfalls ein weitgehend unbekannter Ökonom im amerikanischen Finanzministerium überzeugt. Er hieß Paul Volcker und sollte später berühmt werden als Chef der Notenbank Federal Reserve (1979 bis 1987) und Berater von Präsident Barack Obama in der Finanzkrise (2009). Anfang 1969 jedoch war er gerade von einer Bank ins Ministerium gewechselt, als Staatsekretär für Währungskrisen. Eigentlich stand Volcker den Demokraten nahe, trotzdem trat er nach dem Amtsantritt des Republikaners Nixon in die Regierung ein, weil er eine Chance sah, die Geldentwertung in den USA zu bekämpfen.* (…) *Das Konzept flexibler Wechselkurze stammte ursprünglich von dem Ökonomen Milton Friedman, der an der Universität Chicago lehrte. Friedman und die ihm nahestehenden Monetaristen wollten, dass sich der Staat heraushielt, nicht nur aus den Devisenmärkten, sondern auch aus der Konjunktursteuerung überhaupt. Stattdessen sollten die Notenbanken nur dafür sorgen, dass die Geldmenge kontrolliert wuchs, sodass die Preise stabil blieben. Friedman wurde 1976 mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet.*

*Als erste Notenbank übernahm die Bundesbank 1973 Friedmans Ideen und gab sich ein monetaristisches Geldmengenkonzept. Da sie den Dollar nicht mehr stützen musste, konnte sie sich ganz dem Kampf gegen die Inflation widmen. Damit wuchsen Macht und Ansehen der Frankfurter Notenbanker. Der Nixon-Schock hatte in Europa noch eine weitere Spätfolge: Die Europäer schlossen sich zusammen, um untereinander die Wechselkurse zu fixieren. Das begann 1972 mit der sogenannten Währungsschlange, an der die Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), dazu Großbritannien, die Schweiz und einige andere teilnahmen. Der Schlange folgte 1979 das Europäische Wirtschaftssystem, das auf dem Kontinent einen einheitlichen Wirtschaftsraum schaffen sollte. Die Krönung dieser Entwicklung war 1998 der Euro.*«

Mit der Aufhebung des Goldstandards für die Weltleitwährung war der finanzpolitische Grundstein für die »*Neue Weltordnung*« gelegt, von der George Bush oder David Rockefeller schon Anfang der 90er gerne sprachen.

> **»Wir stehen am Rande einer globalen Transformation. Alles was wir brauchen ist die richtige große Krise und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren.« (David Rockefeller bei einem UN-Dinner, 1994)**

Geldschöpfung aus dem Nichts ist das Fundament für den Kasino-Kapitalismus und Devisen-Kolonialismus der »*Global Governance*«. Zementiert wurde es durch die Ausweitung des Einflusses der Zentralbanken auf die Wirtschaft der jeweiligen Staaten. Unter dem Vorwand, Währung, Inflation, Finanzmarkt und Wechselkurse international stabil halten zu müssen, bauten die Banken ihren Tätigkeitsbereich nach dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich aus. Jetzt befinden sie sich auf der Zielgeraden – denn mit

der Einführung von international konvertierbaren Digitalwährungen haben sie künftig absolute Kontrolle über jede einzelne Transaktion am Markt.



> **»Wir wissen heute nicht, wer einen 100-Dollar-Schein verwendet, und wir wissen heute nicht, wer einen 1.000-Peso-Schein verwendet. Der Hauptunterschied zur CBDC besteht darin, dass die Zentralbank die absolute Kontrolle über die Regeln und Vorschriften hat, die die Verwendung dieses Ausdrucks der Zentralbankhaftung bestimmen, und wir werden auch über die Technologie verfügen, um dies durchzusetzen.« (Augustín Carstens, General Manager BIZ)**

Mangelnde Kontrolle über Zahlungssysteme scheint Carstens generell nervös zu machen, wie Auszüge einer Rede bei der BIZ aus dem Jahr 2018 zeigen:

> **»Neue Technologie ist nicht gleichzusetzen mit besserer Technologie oder wirtschaftlichem Fortschritt. (…) Dies gilt eindeutig für Bitcoin: Was vielleicht ursprünglich als alternatives Zahlungssystem ohne staatliche Beteiligung gedacht war, ist inzwischen zu einer Mischung aus Finanzblase, Ponzi-System und Umweltkatastrophe geworden.«**

Deswegen haben sich die Bankenkartelle über Gesetzgebungsverfahren nun auch beim Bitcoin eingemischt und die einstmals gute Idee eines Peer-2-Peer-Zahlungssystems durch das Einziehen von Skalierungsebenen usurpiert. Institutionalisiert. Jetzt verwenden Wall Street, City of London oder UN-/IWF-Entwicklungshilfeprogramme digitales Geld zur »*Krypto-Kolonialisierung*« von Entwicklungsländern. Anonyme Wallets, Transaktionen oder Handelsplattformen dürfen bald der Vergangenheit angehören. Zwangsschließungen und Gerichtsprozesse gegen entsprechende

Unternehmen gehören in den USA mittlerweile zur Tagesordnung. »*Finanziellen Paternalismus*« nennt es der Europaabgeordnete Patrick Breyer.

Wer nicht kooperiert, wird vom Markt gedrängt – oder vernichtet. Ein altbewährtes Vorgehen. Den Begriff Prädatorenkaste verwende ich in solchen Zusammenhängen nicht von ungefähr. Regierungen, die kein Interesse an oktroyierter Finanzmarktpolitik zeigten, machten schon in der Vergangenheit rasch Bekanntschaft mit den handfesteren Argumenten der Finanzmarktmafia. Siehe Regime-Change-Aktivitäten des angloamerikanischen Imperiums, »United Fruit« versus Guatemala im Jahr 1952, oder die Vorgänge in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Dominikanische Republik, Nicaragua und Panama – um nur einige wenige zu nennen. Denn die Liste ist lang.

Mit dem Ausbau der »*regelbasierten internationalen Ordnung*« änderte sich das Vorgehen der Bankenkartelle. Gewaltanwendung war kostenintensiv, risikobehaftet und erzeugte negative Schlagzeilen. Dank des technologischen Fortschritts und integrativer Entwicklungen in puncto Weltfinanzsystem war es nicht mehr das erste Mittel der Wahl, Präsidenten zu ermorden, Invasionen loszutreten oder Regierungen mittels Finanzierung oppositioneller Kräfte auszutauschen, um Staaten in monetäre Abhängigkeit zu treiben. Die Ära der »Economic Hit Men« – der Wirtschaftskiller – begann und zeichnete sich durch Diskretion aus. Durch geräuschloses Töten. Das gleichnamige Buch des Insiders John Perkins beschreibt eindrücklich, wie das wertewestliche Imperium Schwellenländer mit Entwicklungshilfekrediten ruinierte, um so langfristige Kontrolle über deren Finanzmarkt und Ressourcen zu erlangen.

»*Wirtschaftskiller sind hochbezahlte Profis, die Länder rund um den Globus um Billionen von Dollar betrügen. Sie schleusen Geld*

*von der Weltbank, der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) und anderen ausländischen Hilfsorganisationen in die Kassen riesiger Konzerne und in die Taschen einiger weniger reicher Familien, die die natürlichen Ressourcen des Planeten kontrollieren. Zu ihren Werkzeugen zählen betrügerische Finanzberichte, Wahlfälschungen, Bestechungsgelder, Erpressung, Sex und Mord. Sie spielen ein Spiel, das so alt ist wie das Imperium, jedoch in Zeiten der Globalisierung neue und erschreckende Dimensionen angenommen hat.*«

Das wohl wichtigste Werkzeug zur Konsolidierung von Finanzmacht im Rahmen der postmodernen Pluralismussimulation ist die Bildung von Währungsblöcken. Dementsprechend markiert die Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) im Jahr 1998 einen wahren Meilenstein auf dem Weg zur finanziellen Weltherrschaft. 20 Länder nutzen den Euro bereits als Landeswährung. In Dänemark und Bulgarien ist die Währung einseitig an den Euro gebunden. Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien und Ungarn sind zwar EU-Mitglieder, haben aber bisher weder eine Wechselkursbindung noch den Euro eingeführt. Das »*Europäische System der Zentralbanken*« (ESZB), dessen Regularien dennoch für die Zentralbanken aller 27 EU-Staaten gilt, fungiert als Blaupause für andere im Aufbau befindliche Währungsunionen.

Vielversprechendster Kandidat derzeit: Die BRICS-Staaten. Diese gründeten bereits 2014 eine eigene »*Weltbank*«, die New Development Bank (ehem. BRICS Development Bank), und diskutieren seither weitere Schritte in Richtung Währungsunion. Auch für Afrika und Ostasien reifen Pläne für Währungsunionen. Gelingt es den Zentralbankkartellen, die Welt in eine Handvoll CBDC-Währungsblöcke aufzuteilen, garantiert ihnen das über die BIZ absolute Kontrolle – und damit mehr Macht als die herrschende Klasse je hatte. Weltmacht.

Welche ethischen Standards die Kaste der Bankster dabei anlegt, veranschaulichen exemplarisch die unzähligen Skandale rund um die sogenannte Vatikan-Bank (IOR). Korrekte Bezeichnung der »*geheimnisvollsten Bank der Welt*«: »*Institute for the Works of Religion*«. Kapital: 600 Millionen – angeblich. In Anbetracht der blutgetränkten Geschichte der katholischen Kirche würde ich eher von 600 Milliarden ausgehen. Mit der Compliance nimmt man es bei der Vatikan-Bank ohnehin nicht so genau. Schon in den 80ern waren »*Gottes Banker*« in den Skandal um die Mailänder Banco Ambrosiano verwickelt. Es ging um Waffenhandel, Geldwäsche sowie Geschäfte mit der Mafia und der Loge Propaganda Due (P2).

Roberto Calvi, seinerzeit Chef der Banco Ambrosiano, die wiederum mehrheitlich dem IOR gehörte, wurde am 18. Juni 1982 tot aufgefunden. Der 120-Kilo-Mann hing unter einer Brücke in der City of London. Die Zeiger seiner Patek-Philippe-Uhr waren auf 1:52 Uhr stehengeblieben. Calvi hing bis zur Hüfte im Wasser der Themse. In den Taschen seines Jacketts fand man Ziegelsteine und Zementbrocken. Trotzdem ordneten die Behörden die Tat als Selbstmord ein – obwohl selbst der WDR am 5. Februar 2002 konstatiert, dass alle Indizien für einen Mafia-Mord sprechen. Vielleicht wurden Calvi die Verluste der Ambrosiano-Briefkastenfirmen auf den Bahamas oder der Verlust von 250 Millionen Dollar an IOR-Einlagen zum Verhängnis. Sein Tod war jedenfalls kein Einzelfall im Umfeld des Ambrosiano-Skandals. Auch der schillernde wie korrupte Bankster Michele Sindona, eng verbunden mit dem IOR und von der London Times einst als »*Howard Hughes Italiens*« bezeichnet, starb keines freiwilligen Todes. Nachdem er wegen eines von ihm erteilten Mordauftrages verurteilt und inhaftiert worden war, erlag er am 22. März 1986 einer Zyanidvergiftung.

Im Jahr 2012 schloss sogar die wenig zimperliche JP Morgan Chase ein Konto des IOR, weil der Heilige Stuhl »*nicht in der*

*Lage*« war, Fragen hinsichtlich fragwürdiger Geldtransfers zu beantworten. 2010 beschlagnahmten die italienischen Behörden 23 Millionen Euro der Vatikan-Bank, weil diese gegen das Geldwäschegesetz verstieß. Der Chef des Instituts, »*Finanzethiker*« Ettore Gotti Tedeschi, wurde festgenommen. Das IOR bestritt die Vorwürfe, gelobte Besserung – und bekam das Geld zurück. Strafrechtliche Konsequenzen gab es keine. Nachdem Tedeschi im Mai 2012 den Chefsessel des IOR geräumt hatte, durchsuchte die Polizei nur einen Monat später sein Haus. Der Vorwurf dieses Mal: Verwicklung in einen Bestechungsskandal rund um indische Regierungsbeamte und den Rüstungskonzern Finmeccanica (heute: Leonardo S.p.A.). Man scheint sich im Vatikan einiges von den Kollegen bei der Mafia abgeschaut zu haben.

Natürlich ist die Bankenmafia nicht nur in die Finanzierung konventioneller Kriege involviert. Sie geht auch gegen nationale Oppositionsbewegungen und regimekritische Kräfte vor, um das Protektorat Staat vor Unbill zu bewahren. So fror die Toronto-Dominion Bank zwei privat geführte Spendenkonten des kanadischen »Freedom Convoys« ein, der sich Anfang 2022 aus Protest gegen die Covid-Maßnahmen der Trudeau-Regierung formiert hatte. Andere Banken zogen nach. Insgesamt wurden aufgrund des von der Regierung verhängten Notstands 210 Bankkonten mit einem Gesamtvolumen von knapp sechs Millionen US-Dollar gesperrt. Viele davon über Monate hinweg. Nicht wenige der mit totalitären Methoden gepeinigten Protestteilnehmer brachte das in existentielle Nöte. GoFundMe, eine bekannte Crowd-Funding-Plattform, nahm den entsprechenden Spendenaufruf der Trucker offline. Und auch die nach dem Verschwinden der GoFundMe-Seite als Alternative vorgesehenen Kryptowährungen waren kein sicherer Hafen. 34 Wallets wurden vom »Financial Transactions and Reports Analysis Centre of Canada« (FINTRAC) sanktioniert. Egal ob Bitcoin-, Ethereum-, Litecoin-, Monero- oder Cardano-Adressen.

PayPal, Mastercard, Stripe, Etsy, Patreon – alle machten sie mit. Wer gegen Covid-Maßnahmen protestierte, lief Gefahr, seinen Account zu verlieren. PayPal verhängte gar selbstständig Strafzahlungen und ermächtigte sich, das Konto von Kunden, die »*Desinformation verbreiteten*«, mit 2.500 USD zu belasten. GoFundMe behielt neun Millionen kanadische Dollar ein, die für den Trucker-Konvoy gespendet wurden, um sie eiskalt »*kredibilen, von GoFundMe verifizierten Charity-Organisationen*« zu überweisen. Das ist nichts anderes als staatlich goutierter Diebstahl.

Auch in Deutschland geht die Bankenmafia zusehends schärfer gegen Opposition und freie Medien vor. Daneben sind die Bankenkartelle selbstredend auch integraler Bestandteil des »*War on Drugs*«, des Krieges gegen Drogen, den speziell US-Präsidenten immer wieder gerne ausrufen. Ob Reagan, Nixon, George H.W. Bush, Clinton oder Obama – alle beteuerten sie, sich dem ausufernden Drogenproblem der USA anzunehmen. Mit dem jeweils gleichen Ergebnis: Dem Ausbau des Polizeistaates. Die Menge der in Umlauf befindlichen Drogen wuchs natürlich weiterhin an. Neue Wege der Geldwäsche taten sich auf. Und der Markt floriert wie nie. Denn gerade in den USA, wo vor allem die CIA mehr als einmal des Drogenhandels im großen Stil überführt wurde – siehe »Covert Action Info Bulletin« vom Sommer 1987 – haben weder Staat noch Finanzmarkt ein Interesse daran, diesen einzudämmen. Im Gegenteil.

Die Finanzströme aus dem internationalen Drogenhandel sind ein vitaler Bestandteil des Weltwirtschaftssystems. Neben Chemie- und Pharmaprodukten, Lebensmitteln und fossilen Energieträgern sind Drogen der viertgrößte Handelsposten, wie ein 64 Seiten umfassender UN-Report 1998 detailliert darstellte. Damals belief sich das Jahresvolumen des Drogenhandels noch auf circa 400 Milliarden US-Dollar. Zumindest offiziell. 2011 erklärte ein 140 Seiten

starker Report des »United Nations Office on Drugs and Crime« (UNODC), dass Drogenhändler im Jahr 2009 gut 1,6 Billionen (Eng. Trillions) Dollar am internationalen Finanzmarkt gewaschen haben könnten. Der »*Kampf gegen Drogen*« ist demnach wohl eher als fruchtbare Kollaboration zwischen Staat, Banken und Drogenkartellen zu betrachten.



Und das hat Gründe. Wie der GUARDIAN am 13. Dezember 2009 auf Basis eines Interviews mit dem damaligen Leiter des UNODC ausführt, wäre das Finanzsystem im Rahmen der Krise 2007/2008 vermutlich kollabiert – hätte es nicht zig Milliarden Dollar aus dem Drogenhandel »*absorbiert*«. Gelder aus solch illegalen Geschäften seien zu diesem Zeitpunkt »*das einzige liquide Investmentkapital gewesen*«. Gesetze, Moral und Compliance sind also wieder einmal reine Makulatur.

Das unterstreicht auch das ungeheuerliche Treiben der gemäß eines beim US-Justizministerium katalogisierten Buches »*anrüchigsten Bank der Welt*«, der »Bank of Credit and Commerce International« (BCCI). Die 1972 gegründete und in Luxemburg registrierte Bank hatte auf dem Höhepunkt ihrer Geschichte mehr als 400 Niederlassungen in 78 Ländern und verwaltete Einlagen von gut 25 Milliarden US-Dollar. Damit war sie zeitweise die siebentgrößte Privatbank der Welt. Kerngeschäft der BCCI: Geldwäsche, Bestechung, Waffenhandel, Steuerhinterziehung, Terrorismusfinanzierung, Schmuggel, Prostitution, Menschenhandel und der Verkauf von Nukleartechnologie.

»*Die BCCI beteiligte sich an einer massiven Vertuschung und verbarg ihre illegalen Bankdienstleistungen, indem sie fiktive Kredite auf ihren Konten einführte. Darüber hinaus nutzten die Führungskräfte der BCCI ehemalige Staatsoberhäupter, um ihre betrügerischen Bemühungen voranzutreiben. Sie bestachen auch lokale Beamte,*

*um den Einfluss der Bank in den Vereinigten Staaten auszuweiten und einer Entdeckung durch staatliche Ermittler zu entgehen. Als die Bank zusammenbrach, fehlten 20 Milliarden Dollar* (…). *Das Buch beschreibt die Verbindungen der BCCI zur Central Intelligence Agency, Abu Nidal, dem Mossad, Andrew Young, Jimmy Carter, Manuel Noriega, Clark Clifford und Robert Altman. Es beschreibt auch die Rolle des Federal Reserve Board und der Bankprüfer, Price Waterhouse.*« (Mark Potts, Dirty Money: BCCI – The Inside Story of the World's Sleaziest Bank, 1992)

Die BCCI wusch Milliarden für mexikanische und kolumbianische Drogenkartelle. Beratungsunternehmen wie Price Waterhouse oder Ernst & Young spielten mit. Sie ignorierten, oder vertuschten, dass BCCI eigentlich schon ab 1977 insolvent war und ihrem Gründer, Agha Hasan Abedi, zu ganz anderen Zwecken diente. Denn die Bank war ein CIA-gesteuertes Netzwerk zur Terrorfinanzierung. Peter Dale Scott schrieb dazu in seinem 2015 erschienen Buch »The American Deep State«: »*Es ist klar, dass der amerikanische Deep State in Washington während der 80er mit der BBCI zusammenarbeitete und sie schützte*«. Auf Seite 29 seines erhellenden Werkes zitiert Scott den ehemaligen CIA-Direktor Richard Kerr, der vor einem Komitee des US-Senats aussagte, dass »*die CIA die BCCI für bestimmte geheimdienstliche Tätigkeiten nutzte*«.

Die BCCI half Saddam Hussein, indem sie Millionen von Dollar an eine Filiale der staatlichen Banca Nazionale del Lavoro (BNL), Bagdads US-Bank in Italien, überwies, sodass diese dem Irak ab 1985 geheime Kredite in Höhe von vier Milliarden Dollar für den Ankauf von Waffen einräumen konnte. Die BNL war geschätzter Kunde der Deep-State-Consultants von Kissinger Associates. Henry Kissinger wiederum saß zusammen mit Brent Scowcroft, dem späteren Sicherheitsberater von George H.W. Bush, im internationalen Beirat der BNL.

Die »*diktatorgeführte*« BCCI finanzierte Osama bin Laden, verschob Devisen im Rahmen von Iran-Contra und führte diverse Geheimoperationen der CIA durch. Über die BCCI erhielt Osama bin Laden Informationen zur Handhabung des Offshore-Finanzwesens. Wissen, das ihm bei der Organisation des Dschihad gegen die Vereinigten Staaten zugute kommen sollte. Ein Religionskrieg, für den er Gelder über Niederlassungen der Al-Taqwa Bank in Nassau und der Schweiz transferierte. Anteilseigner der Al-Taqwa Bank: zwei Geschwister von Osama. Der Text »*The BCCI Game: Banking on America, Banking on Jihad*« aus einem Buch des CFR-Mitglieds Lucy Komisar kann dahingehend mit einigen interessanten Details aufwarten.

»*1988, wurde George H.W. Bush zum Präsidenten gewählt. Harken profitierte von einigen neuen Investoren, darunter Salem bin Laden, Osama bin Ladens Halbbruder, und Khalid bin Mahfouz. Osama bin Laden selbst war zu dieser Zeit mit anderen Dingen beschäftigt – er organisierte al-Qaida. Das Geld, das BCCI vor seiner Schließung im Jahr 1991 stahl – irgendwo zwischen 9,5 und 15 Milliarden Dollar – machte seinen 20 Jahre dauernden Raub zum größten Bankenbetrug der Geschichte. Der Großteil davon wurde nie wiedergefunden. Die Komplizenschaft internationaler Banken mit dem Offshore-Geheimhaltungssystem verwischte die Geldspur effektiv. Doch in den Jahren nach dem Zusammenbruch von BCCI schwamm Khalid bin Mahfouz immer noch in Bargeld. 1992 gründete er die Muwafaq-Stiftung auf den Kanalinseln. Das US-Finanzministerium nannte sie eine al-Qaida-Tarnorganisation, die von reichen saudischen Geschäftsleuten finanziert wird. Als der BCCI-Skandal Ende der 1980er Jahre ans Licht kam, tat die Regierung Bush alles, um ihn zu vertuschen. Das Justizministerium ging erst gegen die Schuldigen vor – und war praktisch dazu gezwungen –, nachdem der New Yorker Bezirksstaatsanwalt Robert Morgenthau dies tat. Doch in zahlreichen US-amerikanischen und internationalen Ermittlungen liegen Beweise für die umfassenderen Verbindungen*

*des BCCI vor. Jetzt könnte ein guter Zeitpunkt sein, die Verbindung BCCI-Osama-Saddam-Saudi-Bush noch einmal zu untersuchen.*«

Und auch ein im Dezember 1992 publizierter, 583 Seiten umfassender Bericht zur »*BCCI-Affäre*« für den US-Senat dokumentiert das Ausmaß organisierter Kriminalität bei dem als Bank getarnten CIA-Satelliten. Vermutlich sind diese Umtriebe aber trotz allem Erstaunen über ihre Frevellosigkeit immer noch eher die Spitze des Eisbergs. Denn wie in der Welt des organisierten Verbrechens üblich, wird nur der geringste Teil der Taten aufgeklärt.

Nichtsdestotrotz zeigen schon die im vorliegenden Text versammelten Fakten, dass Regierungen nur Partizipation simulierendes Dekor sind. Die echten Entscheidungsträger stehen nicht auf Parteitagen, Wahlzetteln oder den »*Brettern, die die Welt bedeuten*«. Sie sitzen in den Vorstandsetagen von Banken, Zentralbanken, Vermögensverwaltern, Hedgefonds und Stiftungen. Um diese These zu untermauern, genügt ein Blick gen Griechenland. Das Land trat der 1998 gegründeten Euro-Zone im Jahr 2001 unter denkbar schlechten Vorzeichen bei. Schon ein Jahr vor dem Beitritt lag die Staatsverschuldung bei 104,4 Prozent des BIP. Während der Finanzkrise ab 2007 stieg die Staatsschuldenquote bis auf 129,7 Prozent im Jahr 2009.

Als Folge der globalen Finanzkrise wurde im April 2009 das Financial Stability Board (FSB) eingerichtet, das seinen Sitz bei der BIZ in Basel hat und das Weltfinanzsystem überwacht. Ein Jahr später formierte sich der Euro-Rettungsschirm. Er setzt sich zusammen aus Europäischem Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Stabilitätsmechanismus (ESM). Getreu dem Motto »*Verluste sozialisieren*« machte man die Staaten der Eurozone für die Schulden der anderen mitverantwortlich. Am 11. April 2010 beschlossen die Finanzjongleure

der Eurozone, Griechenland auf drei Jahre angelegte Kredite in Höhe von 80 Milliarden Euro zu gewähren. Weitere 30 Milliarden spendete der IWF. Die griechische Regierung zwang man im Gegenzug dazu, einschneidende Reformen durchzuführen. Steuern wurden erhöht, Sozialleistungen gekürzt.

Trotz des Austeritätsprogramms, des Schuldenschnitts 2012 und den »*Hilfsmaßnahmen*« der in Frankfurt ansässigen EZB stieg die griechische Staatsverschuldung bis 2014 auf 177,1 Prozent des schrumpfenden BIP. Dann kam der Regierungswechsel. Mit SYRIZA übernahm ab 2015 eine radikal-linke Regierung die zähen Verhandlungen mit der EU. Griechenlands Verhandlungsführer, der Wirtschaftswissenschaftler und Finanzminister Yanis Varoufakis, ließ sich allerdings nicht so leicht erpressen wie sein Vorgänger. Nach fünf Monaten brach er die Verhandlungen mit der EU ab. Schon am nächsten Tag beschloss das griechische Parlament, ein Referendum zum weiteren Vorgehen durchzuführen. Als Akt der Vergeltung stellte der damalige EZB-Chef Mario Draghi den Kapitalverkehr zu griechischen Banken ein. Trotz daraus resultierender Einschränkungen im Zahlungsverkehr und reduzierter Verfügbarkeit von Bargeld stimmte die griechische Bevölkerung mit 61,1 Prozent klar gegen Erpressung und Kredit-Kolonialismus aus Frankfurt und Brüssel.

Doch noch am gleichen Abend überkam den griechischen Regierungschef Alexis Tspiras ein überraschender Sinneswandel. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen gab er dem Druck der Troika – bestehend aus EU, EZB und IWF – plötzlich nach und ignorierte das Ergebnis des Referendums. Varoufakis, der den übergriffigen Zentralbänkern wie kein anderer Politiker der jüngeren Geschichte Paroli geboten hatte, war vor den Kopf gestoßen und trat zurück. Tsipras verhandelte weiter. Und knickte ein. EFSM und ESM schickten weitere 93,16 Milliarden nach Athen.

Griechenland trat daraufhin eine massive Privatisierungswelle los. Einen Ausverkauf. Das Land verscherbelt sein komplettes Staatsvermögen. Inklusive Zentralbankanteile. Bis heute. Und 2028 sind die nächsten Raten an die Troika fällig. Die Heuschrecken haben die Wiege der Demokratie fest im Griff. Im Würgegriff.

Nicht anders ergeht es der Ukraine. Denn auch von diesem Krieg profitiert ausschließlich das supranationale Finanzmarktkartell. Schon Ende 2022 stimmte BlackRock zu, fortan sämtliche Investitionen in der Ukraine zu koordinieren. Im Sommer 2023 meldete die Financial Times, dass BlackRock und JP Morgan dabei helfen werden, eine Rekonstruktionsbank in der Ukraine aufzusetzen. Für die Rückzahlung der Darlehen zum Wiederaufbau räumte man Selenskyj ein Schuldenmoratorium ein – um nun Mitte 2024 auf die Rückzahlung der Kredite zu pochen. Die Folge: Das Land wird vom wertewestlichen Finanzmarktkartell gezwungen, sein gesamtes Staatsvermögen zu privatisieren. US-Senator Lindsey Graham gab unlängst gar offen zu, worum es dem Imperium in der Ukraine wirklich geht: »*Zehn bis zwölf Billionen US-Dollar an wichtigen Mineralien*«.

Wäre aus der von System-Opportunisten wie Nancy Pelosi, Michael Bloomberg und Jeffrey Sachs gekaperten Occupy Wall Street-Bewegung so etwas wie »Abolish Wall Street« geworden – Wall Street abschaffen – also ein wahrhaftiger, wuchtiger, internationaler Massenprotest von unten, wäre die Welt heute vielleicht eine andere. Eine ohne Zentralbanken, Rettungsschirme und Krypto-Control-Grid. Doch Polizeistaat und Aufmerksamkeitsökonomie taten ihre Wirkung. Nach ein paar Monaten wurden die Protestcamps kleinlaut abgebaut oder gewaltsam geräumt. Die Politdarsteller rangen sich zu ein paar unverbindlichen Lippenbekenntnissen durch – und der Protest ebbte ab. Schade, denn die kurz auflodernde Flamme des Widerstandes hatte dieses eine Mal endlich das tatsächliche Problem im Sucher.

Die Crux erfasste auch Nayib Bukele, seit 2019 Präsident von El Salvador, als er bei einer Rede (ab 18:30 Min.) auf der »Conservative Political Action Conference« (CPAC) im Februar 2022 die Frage stellte, warum die Bevölkerung überhaupt Steuern zahlen müsse, wenn das polit-finanzielle Zentralbankenkartell doch nach Belieben Papiergeld aus dem Nichts drucken kann. Seine Antwort:

> **»Das eigentliche Problem ist, dass sie nur hohe Steuern zahlen, um die Illusion aufrecht zu erhalten, die Regierung zu finanzieren – was sie nicht tun«.**

So bleibt ausgangs resümierend festzuhalten – Erstens: Jeder, der nicht von einem Befreiungsschlag gegenüber dem Zentralbankenkartell spricht, von einer autonomen, zinsfreien, an Gegenwerte gekoppelten Währung, von finanzieller Freiheit, vertritt nicht die Interessen der Bevölkerung. Denn er hat das System entweder nicht verstanden – oder profitiert davon.

Zweitens: Kriege werden nicht durch Wahlen verhindert, sondern durch breiten gesellschaftlichen Protest. Durch eine echte Friedensbewegung, die sich nicht durch Herrschaftsdialektik spalten lässt und den wahren Gegner im Blick behält: Die Finanziers der »*Economic Hit Men*«.

Drittens: Sie, werter Leser, haben die Zukunft in der Hand. In diesem Fall sogar sprichwörtlich. Boykottieren sie all jene, die gegen ihre Interessen handeln. Mental und monetär. Zahlen sie bar – und investieren sie in Sachwerte, Erlebnisse oder bleibende Erinnerungen. Die kann ihnen auch beim Kollaps dieses Systems keiner mehr nehmen.

> **»Ein freier Mann ist, wer keine Schulden hat«. (Unbekannt)**

**Montagnola, am 08. Juli 2024**

# Regressive Revolution

**Geld regiert die Welt. Sprichwörtlich. Vielen gilt Bitcoin als Königsweg aus diesem System zinsbelegter Unterdrückung. Mittlerweile liebäugeln jedoch auch Wall Street und Zentralbanken mit der einst kontrovers diskutierten Kryptowährung. Grund genug, einen nüchternen Blick auf Entwicklung, Status quo, Risiken und Chancen der Blockchain-Technologie zu werfen.**

Geld regiert die Welt. Daran gibt es keinen Zweifel. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hängen am Tropf eines transgenerational operierenden Finanzmarktkartells, das jeden Marktteilnehmer mittels Zinsknechtschaft in Abhängigkeiten bringt und folglich vor sich herzutreiben vermag. Gerade als ich beginne, den vorliegenden Text zu verfassen, meldet die WELT, dass Deutschlands Staatsschulden mit dem Gesamthaushalt 2023 ein »*gigantisches Rekordhoch*« verzeichnen. Stolze 2445,1 Milliarden Euro sind es mittlerweile. Das entspricht einer Pro-Kopf Verschuldung von 28.943 Euro – fast 800 Euro mehr als im Vorjahr. Tilgung praktisch unmöglich. Analog zum Rest der Welt. Die Finanzmarktmafia reibt sich die Hände. Einmal in den Fängen des Kreditkartells, ist es diesem nämlich ein Leichtes, Einfluss auf Personen, Organisationen und Regierungen zu nehmen. Und damit auf den Lauf der Welt. Das ist der Kern des über Jahrhunderte professionalisierten Geschäftsmodells.

Fragt sich, was die Normalbevölkerung in Anbetracht dieser Situation zu tun vermag, um ihren ohnehin bescheidenen Wohlstand

vor der Vernichtung zu bewahren und sich aus dem Würgegriff der Bankster zu befreien. Denn weder Staat noch Wirtschaft werden die Situation ändern (können). Zudem steht mit anziehender Inflation und digitalem Zentralbankgeld (CBDC), an dessen Einführung nach Angaben des Atlantic Council derzeit 132 Staaten arbeiten, das Schlimmste wohl erst noch bevor.

Zur Absicherung von Vermögenswerten haben sich in der Vergangenheit vor allem Edelmetalle, Immobilien und sonstige Sachanlagen bewährt. Dabei ist der Schutz des Vermögens vor wirtschaftlich turbulenten Zeiten und grassierender Geldentwertung aber nur die halbe Miete. Denn ohne alternatives, zinsfreies, anonymes Zahlungsmittel, das die mafiös organisierten Bankenkartelle, den Überwachungsstaat und die Observationsökonomie im Rahmen der Transaktionsprozesse außen vor lässt, bleibt man Sklave des bestehenden Finanzsystems. Auch – oder gerade – wenn dieses sich nach einem finanziellen Kollaps wieder »*erholt*«. Denn wann wäre ein besserer Zeitpunkt, um ein universelles Grundeinkommen, oder Bürgergeld, auf Basis eines digitalen Euros einzuführen, als nach einem folgenschweren Börsen- oder Servercrash? Die sozial anmutende, aber abhängig machende Offerte des Staates wäre für viele Menschen die einzige Option, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

An dieser Stelle kommen Peer-2-Peer Zahlungssysteme ins Spiel. Sprich, Systeme, bei denen Käufer und Verkäufer ihre Transaktion direkt abwickeln. Ohne Mittelsmann. Ohne Banken, VISA, Apple Pay oder PayPal. Dabei werden keine durch zinsbelegte Geldschöpfung erzeugten Währungen ausgetauscht, sondern zinsfreie Alternativwährungen. Solche Systeme können analog funktionieren, siehe »*Schwundgeld von Wörgel*« *(1932–1933),* oder die seit August 2019 in den USA kursierende, auf Edelmetallbeimischung basierende Alternativwährung »Goldback«.

Obwohl der Goldback eine simple wie geniale Idee ist, um der Bevölkerung ein inflationsresistentes Zahlungsmittel und Unabhängigkeit vom Bankensystem zu bieten, erscheint es vielen unrealistisch, mit solch analogen Projekten ein neues, dezentrales Wirtschafts- und Finanzsystem aufzubauen. Ungeachtet der Tatsache, dass ein solches System aufgrund der Verwendung von Gold physische Wertsicherung garantiert und in vielerlei Hinsicht einfacher auszurollen ist als die Infrastruktur für eine digitale Variante, setzen oppositionelle Kräfte des Mediazän primär auf Kryptowährungen. Die bekannteste: Der Bitcoin (BTC).

Der 2009 lancierte Bitcoin ist die erste und weltweit stärkste Kryptowährung. Der Kurs liegt derzeit bei etwa 65.000 US-Dollar pro Einheit (Stand: 02.08.2024). Begleitet von der Euphorie des Neuen sowie der Hoffnung auf ein »*innovatives Zahlungsnetzwerk und eine neue Ära von Geld*« (siehe bitcoin.org) zog das Projekt zunächst eine bunt gemischte Community von Tech-Enthusiasten, Finanzmarktkritikern, Antikapitalisten und Cyber-Nomaden an. Das Experiment geriet zum Hype. Bald machten erste Krypto-Millionäre von sich reden. Eine Industrie entstand: Tauschbörsen, Handelsplattformen, Berater, Bücher, Blogs und Workshops. Die Chance auf exorbitante Margen und finanzielle Autonomie begeisterte immer mehr Menschen – und dann die Finanzindustrie. Denn mit wachsender Markkapitalisierung und steigendem Kurs wurde die Kryptowährung für Banken nicht nur interessant, sondern auch zur Gefahr. Das mag nicht unbedingt ein Zufall sein – dazu später mehr – zieht in Zeiten eines totalitären Überwachungskapitalismus aber selbstredend staatliche Regulierung nach sich.

So hielt die EU mit der Richtlinie 2018/843/EU schon am 30. Mai 2018 und entgegen eines früheren Entwurfs der EU-Kommission fest, dass es sich bei Bitcoin nicht um ein Zahlungsmittel handelt, sondern um eine »*digitale Darstellung eines Werts, die*

*von keiner Zentralbank oder öffentlichen Stelle emittiert wurde oder garantiert wird und nicht zwangsläufig an eine gesetzlich festgelegte Währung angebunden ist und die nicht den gesetzlichen Status einer Währung oder von Geld besitzt, aber von natürlichen oder juristischen Personen als Tauschmittel akzeptiert wird* (…).« Die Legaldefinition unterstreicht damit, dass eine Zahlung die Erfüllung einer Geldschuld darstellt die mit einem Zahlungsmittel beglichen werden kann. Die Einordnung des Bitcoin als Tauschmittel lässt sich demnach eher negativ begreifen. Und auch der am 13. Februar 2024 von der EU vorgelegte Entwurf eines Anti-Geldwäsche-Gesetzes verheißt für autonomieaffine Bitcoin-Fans nichts Gutes – auch wenn Krypto-Blogs wie BTC-ECHO versuchen, den Entwurf in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Zwar werden anonyme, selbstverwahrende Wallets nicht verboten – wie manch ein Social-Media-Beitrag postulierte – allerdings werden Krypto-Börsen gezwungen, ihre Kunden per »KYC« (Know Your Customer) zu identifizieren. In der Regel biometrisch. Der Transfer zwischen zwei privaten Wallets oder der Kauf von Waren bleibt davon bisher unberührt. Bisher.

Denn Anfang 2023 hatten EU-Abgeordnete noch einen Zusatzartikel vorgesehen, der eine Obergrenze von 1.000 Euro für Transaktionen zwischen Krypto-Wallets ohne KYC-Identifikation vorsah. Nach heftigen Protesten aus der DeFi-Community (Decentralized Finance) blieb man in Brüssel bei der ursprünglichen Fassung des Textes – und einer Obergrenze von 7.000 Euro. Darüber hinaus unterliegen Gewinne aus dem Verkauf von Bitcoin in Deutschland und Österreich der Einkommenssteuer. Auch sind in Bitcoin abgewickelte Geschäfte nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums nicht umsatzsteuerbefreit. In den USA erzwang die Steuerbehörde im November 2017 gerichtlich die Herausgabe der Identitäts- und Kontodaten aller Bitcoin-Kunden der Handelsplattform Coinbase, weil in den Vorjahren weniger als 1.000 Personen ihre Guthaben und

Kursgewinne versteuerten, während bei Coinbase zu dieser Zeit 14.000 Personen Bitcoin-Geschäfte für mehr als 20.000 Dollar tätigten. In Japan gelten Bitcoin-Gewinne als Einkünfte, die mit bis zu 55 Prozent besteuert werden (Eva Terstappen, Nikolaus M. Thoens: Internationales Steuerrecht (IStR) Nr. 13/19 vom 4. Juli 2019, S. 47). Nicht gerade das ideale Umfeld für ein autonomes Zahlungsmittel.

Dabei war eine »*neue Ära von Geld*« genau das, worauf der bis heute nicht zweifelsfrei identifizierte Bitcoin-Erfinder Satoshi Nakamoto in seinem am 31. Oktober 2008 veröffentlichten Whitepaper abzielte. In der Realität des Jahres 2024 ist Bitcoin allerdings weder das eine noch das andere. Laut BAFIN stellen Kryptowährungen keine Währung im rechtlichen Sinne dar, sondern ein »*Finanzinstrument*«. Und Anleger nutzen die Währung nicht als Tausch- oder Zahlungsmittel, sondern halten und mehren ihre Investments in der Hoffnung auf Kursexplosionen und damit einhergehende Gewinne – welche sie im Übrigen weiterhin in Euro oder Dollar quantifizieren. In diesem Denkmuster mag die fehlende Verbreitung alternativer, nichtstaatlicher Zahlungskonzepte im Handel bereits ihren Anfang nehmen. Die Mehrheit glaubt an Geld. Auch wenn diesem aufgrund des fraktionalen Reservebankings kein realer Gegenwert gegenübersteht.

Das gilt auch für Bitcoin. Eine von mittlerweile 10.000+ Kryptowährungen. Nachfrage bestimmt den Preis. Einen realen Wert hat sie nicht. Die Kryptowährung ist ein Anlage- und Spekulationsobjekt. Das aber zurecht. Denn aus diesem Blickwinkel betrachtet ist aufgrund des anhaltenden Hypes um Bitcoin durchaus mit Kurssteigerungen zu rechnen. Die Prognosen reichen von 100.000 USD je Coin bis 500.000 oder einer Million. Alles ist möglich. Bei einem Einstiegspreis von derzeit über 60.000 USD pro Bitcoin werden die Zuwächse aber kaum noch so viele Millionäre generieren wie zu Beginn. Wer dagegen zwischen 2010 und 2013 – also bei

Kursen von 0,1 bis 100 USD – einen Monatslohn investiert und die Coins bis heute gehalten hat, kann sich Privatier schimpfen und zur Ruhe setzen. So hoffen auch die meisten Investoren und Bitcoin-Advokaten dieser Tage auf den schnellen Reichtum, nicht auf ein dezentrales Transaktionssystem für freies Wirtschaften.

Ja, Bitcoin war eine revolutionäre Idee. Ja, Bitcoin hätte dem Bankenkartell das Genick brechen können. Ja, die Kryptowährung kann noch immer als Anlageform dienen, um Vermögenswerte vor anziehender Inflation zu schützen. Ja, auch als vom Bankenkartell unabhängiges, regulierungsresistentes Zahlungsmittel hätte die Kryptowährung fungieren können. Leider lässt der Status quo vermuten, dass der Zug für Letzteres längst abgefahren ist.

Warum ist das so? Hat Bitcoin noch das Potential, Fiat-Geld zu ersetzen? Sollte ein DeFi-System nicht ohne Wall Street, BlackRock, Zentralbanken und Regulierung betrieben werden? Wird die Kryptowährung in naher Zukunft Gold als tradierte Währungsreserve bei den Zentralbanken ablösen? Inwieweit komplementieren sich BTC und CBDC-Rollout (Central Bank Digital Currency)? Und warum scheinen Krypto-Enthusiasten hierzulande nicht wahrzunehmen, was manch ein US-Bitcoin-Pionier längst ausführlich in Buchform verkündet – dass Bitcoin gekapert wurde?

Um diese Fragen beantworten und gleichzeitig sicherstellen zu können, dass auch von dem Thema bislang nicht tangierte Leser nachvollziehen können, worum es geht, folgend ein paar grundlegende, dem vorliegenden Format entsprechend simplifizierte Informationen zu Bitcoin. Eingeweihte mögen einen Absatz überspringen.

Bitcoin ist nicht Blockchain. Und die Blockchain ist nicht Bitcoin. Denn eine Blockchain ist nichts anderes als eine verteilte, sprich

dezentrale Datenbank, an der parallel eine Vielzahl von Rechner arbeiten. Neu hinzukommende Datensätze werden chronologisch sortiert gespeichert und sind nicht veränderbar. Diese Datensätze sind die sogenannten Blocks. Ein solcher Block entsteht, wenn ein Output-Signal und ein Input-Signal – also zum Beispiel der Versand und der Empfang eines Bitcoin – durchgeführt und im dritten Schritt von den anderen Rechnern im Netzwerk validiert wurden. Jeder Rechner speichert im Zuge der Validierung eine vollständige Kopie der Datenhistorie. Eine sogenannte Prüfsumme verhindert, dass die Reihenfolge der Blöcke nachträglich geändert werden kann. Dieser Prozess beugt Manipulation vor und macht das System extrem sicher. Die Block-Datenbank ist jederzeit öffentlich einsehbar. Blockchain-Technologie ist dabei nicht auf Finanztransaktionen limitiert. Sie kann auch für Texte, Musik oder Videos verwendet werden. Siehe Odysee, das aufgrund seines Blockchain-Fundaments zensurresistent ist. So ist Bitcoin als Kryptowährung nur ein Produkt, ein Protokoll, das auf einer von vielen Blockchains läuft. Sein Wert speist sich neben dem Vertrauen der Community in das Projekt vor allem aus der Limitierung an generierbaren Coins – denn es können auf Basis des Protokolls, und im Gegensatz zu anderen Kryptowährungen, maximal 21 Millionen Bitcoins hergestellt werden. Diesen Herstellprozess bezeichnet man als »*Mining*«, also schürfen. 19.733.434 BTC befinden sich laut Blockchair oder Statista am 30. Juli 2024 bereits in Umlauf. Dem algorithmischen Geldmengenwachstum zufolge dürfte der letzte Bitcoin im Jahr 2140 entstehen. Diese Limitierung ließ Bitcoin das Image von digitalem Gold angedeihen – zu Lasten des im Whitepaper ursprünglich artikulierten Ziels, eine neue Ära von Geld einzuleiten.

Folgt man den Ausführungen des erfahrenen Krypto-Unternehmers und Freiheitsaktivisten, CBDC-Gegners und Autors Aaron Day, der seit Jahren komplett Fiat-frei lebt, begann diese Entwicklung

im Jahr 2017. Zu diesem Zeitpunkt erfuhr das Bitcoin-Protokoll signifikante Veränderungen, das es als Zahlungsmittel praktisch nutzlos machten. Dazu geführt hatten erhitzte Debatten innerhalb der Bitcoin-Community, die seinerzeit nach Lösungen suchte, um das Netzwerk dem steigenden Transaktionsvolumen anzupassen. Schlüsselfiguren in dieser Auseinandersetzung um die Zukunft von Bitcoin waren Softwareentwickler, die von Joi Ito, dem damaligen Direktor des MIT Media Lab finanziert wurden – ein Mann, der 2019 aufgrund seiner engen Verbindungen zu und Spenden von Jeffrey Epstein zurücktrat.

Technische Anpassungen waren 2017 nötig geworden, weil die Transaktionsgebühren und Reaktionszeiten des Bitcoin-Netzwerkes massive Probleme verursachten. Lagen die Gebühren für eine Bitcoin-Transaktion zuvor bei unter einem US-Dollar, erreichten sie im Dezember 2018 die Rekordmarke von bis zu 55 US-Dollar. Transaktionen, die eigentlich binnen zehn Minuten hätten validiert werden sollen, benötigten dafür nun Stunden oder Tage. Dieser Umstand veranlasste zahlreiche Händler, die Bitcoin zuvor als Zahlungsmittel akzeptiert hatten, davon Abstand zu nehmen. Der Gaming-Vertrieb Steam verkündete seinen Rückzug im Dezember 2017, ebenso das Freelancer-Portal Fiverr, der Zahlungsdienstleister Stripe im April 2018, dicht gefolgt von Microsoft, Expedia oder Reddit.

Parallel dazu nahm der Epstein-Vertraute Joi Ito über das MIT Media Lab und dessen Digital Currency Initiative (DCI) Einfluss auf die Bitcoin-Community und ihre Entwickler. Dazu Aaron Day:

> **»Das DCI war an einer Vielzahl von Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Zusammenhang mit Kryptowährungen beteiligt. Durch Joi Itos Verbindung mit Digital Garage, welche das DCI finanzierte, hatte er indirekt**

**Einfluss auf die Entwicklung von Bitcoin. Das DCI unterstützte prominente Bitcoin-Kernentwickler wie Wladimir van der Laan und Cory Fields, die eine entscheidende Rolle bei der Aktualisierung und Verfeinerung der Bitcoin-Codebasis spielten, einschließlich der Implementierung von Segregated Witness (SegWit). Ich werde (…) nicht näher auf SegWit eingehen, sondern nur kurz sagen, dass SegWit eine technische Änderung war, die entscheidend dazu beitrug, Bitcoin von einem Tauschmittel (digitales Bargeld) zu einem Wertspeicher (digitales Gold) zu machen.«**

Das Narrativ des digitalen Goldes festigte sich im Oktober 2017 durch das einzige Interview, das der pädophile Milliardär und Menschenhändler Jeffrey Epstein jemals zum Thema Bitcoin gab. Day schreibt diesbezüglich:

»*Jeffrey Epsteins Darstellung von Bitcoin als Wertaufbewahrungsmittel und nicht als Währung spiegelt die sich wandelnde Darstellung der Identität von Bitcoin in dieser Zeit wider – eine Veränderung, die parallel zur Implementierung von SegWit und den Debatten um die Skalierung erfolgte. Diese Veränderung passierte genau in der Zeit, in der das indirekt von Epstein finanzierte MIT Media Lab an der Entwicklung von Bitcoin beteiligt war, was zu Spekulationen über Epsteins möglichen Einfluss auf die Entwicklung von Bitcoin führte.*«

In Rahmen eines Interviews vom 22. Mai 2024 beschreibt Aaron Day seine eigenen Erfahrungen bei der Anwendung von Bitcoin als Zahlungsmittel im Alltag. Und die sind nicht wirklich positiv. Denn volatile Akzeptanz in Wirtschaft und Gesellschaft sowie zunehmende Regulierung seitens der Finanzbehörden machten es ihm über die Jahre immer schwerer, sein Leben mit Bitcoin zu finanzieren. Folglich ist er heute auf eine Vielzahl von Kryptowährungen, Logins, »*Swaps*« (Umwechslung), Wallets,

Gift-Cards und allerlei zeitaufwändige Umwege angewiesen, um Waren und Dienstleistungen mit digitalem Guthaben zu bezahlen. Überdies moniert Day, dass die Bitcoin-Community ihren obrigkeitskritischen Spirit eingebüßt habe. Dass Politiker wie Donald Trump auf Bitcoin-Konferenzen sprechen, den »*Bitcoin-Dollar*« preisen und Fürsprecher der Kryptowährung immer häufiger für die Zusammenarbeit mit Finanzbehörden oder Wall Street plädieren, um die Akzeptanz von BTC und digitalen Währungen im Allgemeinen zu fördern, sei noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Es frustriere den harten, anarchistisch geprägten Kern der Gemeinschaft, so Day.

Mit dieser Meinung steht Aaron Day nicht alleine. Auch der frühe Bitcoin-Unterstützer Roger Ver vertritt diese Position. Ver begann bereits 2011 in Bitcoin zu investieren, als der Preis noch unter einem Dollar pro Einheit lag. Ab 2012 organisierte er Bitcoin-Treffen in Kalifornien. Kurz darauf war Ver einer der fünf Gründer der Bitcoin-Foundation. Daneben investierte er als einer der ersten über eine Million Dollar in Bitcoin- und Krypto-Unternehmen – siehe Bitinstant, Ripple, Blockchain.com, Purse.io, Bitcoinstore.com, BitPay oder Kraken. Im Jahr 2014 legte er seine US-Staatsbürgerschaft ab und nahm Wohnsitz auf der Karibikinsel St. Kitts and Nevis. Zu diesem Zeitpunkt soll er im Besitz von 131.000 Bitcoin gewesen sein. Bei einem Preis von circa 60.000 Dollar pro Coin entspräche das heute einem Wert von weit über sieben Milliarden Dollar. Bis 2019 war Roger Ver zudem CEO von Bitcoin.com. Der Mann trägt den Spitznamen »*Bitcoin Jesus*« also nicht von ungefähr.

Seit dem Frühjahr diesen Jahres sitzt Roger Ver allerdings im Gefängnis. Spanische Behörden hatten ihn auf Basis eines internationalen Haftbefehls der USA festgenommen. Eine Presseerklärung des US-Justizministeriums vom 30. April 2024 wirft ihm vor, fast 50 Millionen Dollar an Steuern hinterzogen zu haben. Ver habe

Teile seines Bitcoin-Vermögens aus dem Jahr 2014 nicht deklariert und die Besitzverhältnisse über ein Firmengeflecht verschleiert, so der Vorwurf. Erstaunlich, dass die Steuer- und Justizbehörden bei solch einem Betrag zehn Jahre benötigten, um aktiv zu werden.

Vielleicht waren die vermeintlichen Steuerschulden aber nicht die primäre Motivation der US-Behörden. Denn wie der Zufall es will, veröffentlichte Roger Ver am 5. April 2024 ein 304 Seiten umfassendes Buch namens »*Hijacking Bitcoin: The Hidden History of Bitcoin*«. Beim allseits bekannten Online-Monopolisten kommentiert einer von vielen begeisterten Lesern das Werk mit den Worten: »*Vers letztes Gefecht im Kampf gegen Zensur und für die originäre Vision von Satoshi*«. Ein treffliche Zusammenfassung. Denn Ver machte sich als Insider schon 2017 massive »*Sorgen um die Zukunft von Bitcoin*«, setzte sich lautstark für die im Whitepaper artikulierte Vision einer digitalen Währung ein. Für eine Alternative zu Papiergeld und Unabhängigkeit vom Fiat-Finanzsystem. Für ökonomische Autonomie.

Doch die vom MIT Media Lab finanzierten Entwickler setzten sich im von 2015 bis 2017 rumorenden »*Blockgrößen-Krieg*« durch. Anstatt der von Roger Ver vorgeschlagenen Vergrößerung der Blöcke auf der Blockchain selbst, unterzog man die Blockchain einer »Fork«. Einem Split. Dieser resultierte in der Kreation von Bitcoin Cash, das acht Megabyte größere Blöcke erlaubte und sich an Satoshis ursprünglicher Idee orientierte – und der Implementierung von SegWit für Bitcoin, was die als Zahlungsmittel konzipierte Kryptowährung zu einem reinen Anlagewert machte. Diese Zäsur kommentiert Roger Ver mit den Worten:

> **»Wir werden vielleicht nie die wahre Motivation hinter der Entscheidung von Bitcoin Core erfahren, Satoshis Design zu überarbeiten. Vielleicht geschah es in gutem**

**Glauben. Vielleicht geschah es, weil Core infiltriert wurde. Unabhängig davon ist das Ergebnis dasselbe: eine Small-Block-Version von Bitcoin, die den Status quo deutlich weniger stört. Wenn interessierte Parteien Bitcoin nicht direkt korrumpiert haben, haben sie ganz sicher von seiner Korruption profitiert.«**

Wurde Roger Ver, gegen den schon seit Jahren eine leitmediale Hetzkampagne lief, kurz nach der Veröffentlichung seines Buches festgenommen, weil man die unbequemen Wahrheiten von Seiten eines Insiders diskreditieren wollte? In einer Rezension von Molly Jane Zuckermann für Blockworks vom 5. April 2024 – Titel: »*Roger Vers hatte bezüglich Bitcoin Recht*« – liest man dazu:

»*Denn wenn sie im Bereich Kryptowährungen arbeiten, an Kryptowährungen glauben, sich für Web3, DeFi und dergleichen begeistern, tun sie sich selbst keinen Gefallen, wenn sie nicht verstehen, wie es im Kryptobereich zu der Masse an Coins (und Gier) kam, die er heute repräsentiert. Nur ein Beispiel: Das Kapitel von Hijacking Bitcoin über die intensive Zensur aller Formen der Debatte zum Thema Blockgröße in den wichtigsten Online-Foren der Bitcoin-Community ist das genaue Gegenteil dessen, wofür so viel von Web3 heute steht. Wenn sie ein Krypto-Native sein wollen, wenn sie Web3 ausbauen wollen, wenn sie ein neues Finanzsystem aufbauen wollen, dann sollten sie verstehen, woher Kryptowährungen kommen und welche Teile ihrer Geschichte sich nicht wiederholen sollten.* (…) *Ver und Patterson erinnern uns daran, dass Kryptowährungen nicht erfunden wurden, um MEV, Staking und Tokenisierung zu unterstützen.*«

Roger Ver beendet sein lesenswertes Buch mit dem Satz:

**»Ob Bitcoin am Ende ein Peer-to-Peer-Bargeldsystem oder ein Kontrollsystem innerhalb eines dystopischen**

**Albtraums sein wird, hängt von den Entscheidungen ab, die wir in Zukunft treffen«.**

Während dieser Gedanke Raum für positive Entwicklungen lässt, implizieren Institutionalisierung, Regularien und Bitcoin-Besitzverhältnisse Anfang 2024, dass diese Entscheidungen bereits getroffen wurden. Von anderen. Und gegen wirtschaftliche Autonomie. Analog zum Fiat-Finanzsystem befindet sich das Mehr der Coins nämlich in Händen von Großinvestoren, Vermögensverwaltern, Handelsplattformen und Regierungen. Auf Basis von Adressdaten großer Wallets und Studien von Datenforensikern muss man davon ausgehen, dass diese 88,84 Prozent aller bislang emittierten Bitcoins halten. Die restlichen 11,16 Prozent halten private Anleger. Allerdings beinhalten diese 11,16 Prozent auch jene acht Prozent der Anleger, die zwischen 10.000 und 100.000 Bitcoins ihr Eigen nennen.

Der Normalverdiener scheint folglich nur Zugriff auf 3,16 Prozent der Bitcoins zu haben. Wobei zu berücksichtigen ist, dass nach Angaben des Wall Street Journal circa 20 Prozent aller bis 2018 kreierten Bitcoins »*verloren*« sind. Häufigster Grund: Vergessene Passwörter und kaputte Speichermedien. Yahoo Finance sprach von 17 bis 23 Prozent, zum damaligen Zeitpunkt also circa vier Millionen Coins. Dieser Wert wächst mit steigender Anzahl an kursierenden Coins natürlich an. Die nackten Zahlen zeigen also: Die Vermögensverteilung steht derjenigen im Fiat-Finanzsystem, wo das reichste Prozent der Menschheit nahezu doppelt so viel wie die restlichen 99 Prozent zusammen besitzt, in kaum etwas nach.

Da gibt es die unzähligen Satoshi-Wallets, auf denen, je nach Quelle, zwischen 600.000 und 1.100.000 Bitcoin schlummern. BlackRocks rapide wachsender iShares Bitcoin Trust besitzt 341.520 Münzen. Microstrategy Inc. verfügt über 226.331 Coins.

Die US-Regierung über mindestens 207.189 Einheiten mit einem Gegenwert von mehr als fünfeinhalb Milliarden US-Dollar – mehr als jeder andere Staat. China hält ebenfalls bereits 190.000 Bitcoin. Die deutsche Regierung veräußerte dagegen zwischen Juni und Juli 2024 ihren gesamten Bitcoin-Bestand, der einen Wert von über drei Milliarden Euro hatte, und übte damit massiven Druck auf den Kurs aus. Am 30. Juli 2024 meldet Coincierge, dass gegebenenfalls auch die US-Regierung plane, Bitcoin im Wert von 13 Milliarden Dollar zu verkaufen. Die Bewegungen auf entsprechenden Wallets könnten darauf hindeuten. Ein Verkauf dieser Größenordnung würde einen weiteren Kurssturz auslösen. Die US-Regierung dementierte die Meldung jedoch und gab an, sie habe die Coins nur auf verschiedene Wallets verteilt, um diese zu sichern. Analysten vermuten jedoch, dass die US-Demokraten versuchen, den Bitcoin-Bestand zu verkaufen, nachdem sowohl Donald Trump als auch Robert F. Kennedy Jr. unlängst erklärten, diesen behalten, aufstocken und der nationalen Reserve hinzufügen zu wollen. Dazu bemerkt Coincierge-Autor Manuel Lippitz:

»*Ob die Coins wirklich nur verschoben wurden, um sie sicher zu verwahren, oder ob es sich dabei um einen Versuch handelt, Anleger zu beruhigen, wird sich erst zeigen. Immerhin könnte man meinen, dass Coins im Wert von 13 Milliarden Dollar auch bisher schon sicher verwahrt wurden.*«

Die Zahlen verdeutlichen in jedem Falle Zweierlei. Erstens, dass die fiat-ähnliche Vermögensverteilung Kursmanipulationen durch Großinvestoren ermöglicht – im Krypto-Jargon »Pump and Dump« genannt. Zweitens, dass die Fälschungssicherheit der Blockchain einen hohen Preis hat – die Anonymität. Nicht nur müssen sich Anleger zum Kauf von Bitcoin bei jeder Handelsplattform identifizieren, zumeist biometrisch, auch ihre Wallet-Adressen sind leicht herauszufinden und zu überwachen. Somit ist es auch Behörden ein

Leichtes, diese zu konfiszieren. Siehe Trucker-Proteste in Kanada, wo die FINTRAC (Financial Transactions and Reports Analysis Centre of Canada) 34 Krypto-Wallets lahmlegte und deren Anbieter anwies, sämtliche Transaktionen mit Bitcoin, Ethereum, Litecoin, Cardano oder Monero zu unterbinden. Auch Bitcoin-Spenden im Wert von 20 Millionen kanadischen Dollar wurden eingefroren.

Im Lichte dieser Tatsachen lässt sich kaum noch ein Unterschied zwischen einem Krypto-Wallet und einem regulären Bankkonto ausmachen. Außer, dass man mit dem ebenso wertlosen Fiat-Geld noch überall bezahlen kann – und mit Bitcoin eben nicht.

Was also ist der Grund für den anhaltenden Hype und das Narrativ von finanzieller Autonomie, das den Bitcoin umweht? Im Alltag des technokratisierten Überwachungskapitalismus wird diese nicht realisierbar sein. War der Bitcoin als Wegbereiter der Blockchain-Ära vielleicht nur die psychosoziale Vorbereitung auf die Tokenisierung der Welt? Auf CBDC und digitales Gulag? Selbst wenn der nebulöse Satoshi Nakamoto mit seinem Whitepaper das Gegenteil im Sinn hatte, muss diese Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Immerhin schreibt selbst CoinDesk am 30. November 2022: »*Zentralbanken und Bitcoin: näher beieinander als sie denken*«.

Die Investigativjournalistin Whitney Webb greift die aktuellen Entwicklungen in einem Artikel vom 8. Februar 2024 auf und warnt:

> **»In Folge der jüngsten Genehmigungen für Bitcoin-ETFs gab Larry Fink von BlackRock bekannt, dass bald alles in ETFs umgewandelt und tokenisiert werde. Damit droht uns nicht nur die Auflösung bestehender Vermögenswerte, sondern auch die Kapitalisierung der natürlichen Welt, die alles Lebende zur einem Finanzprodukt der Wall Street degradieren würde (…).«**

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Bitcoin einen Paradigmenwechsel eingeläutet hat. Durch die Kryptowährung wurde das Konzept Blockchain bekannt. Durch den Hype wuchs die Akzeptanz in der Bevölkerung, die heute – wie beim Fiat-Geld – daran glaubt, dass eine Zahlenfolge einen Wert hat. Dabei ist dieser – wie beim Fiat-Geld – durch nichts gesichert. Die Blockchain-Ära wäre ohne ein erfolgreiches Pionier-Projekt wie Bitcoin nicht möglich gewesen. Umso betrüblicher ist es, dass die technischen Entscheidungen des Jahres 2017 dafür Sorge trugen, dass Bitcoin nicht mehr als Alternativwährung betrachtet wird. Denn als digitales Gold nutzt Bitcoin nun auch dem Zentral- und Geschäftsbankenkartell.

Nicht umsonst häufen sich die Skandale auf dem Kryptomarkt seit einigen Jahren. Siehe FTX-Pleite im Spätjahr 2022. Die vom 1992 geborenen Sam Bankman-Fried im Jahr 2019 gegründete Handelsplattform für Kryptowährungen verzeichnete ein tägliches Handelsvolumen von zehn Milliarden US-Dollar und hatte über eine Million Nutzer. Das Produktangebot umfasste Derivate, Optionen, tokenisierte Aktien, fremdfinanzierte Token, außerbörslichen Handel sowie den Prognosemarkt. Circa 130 Tochterunternehmen operierten zum Zeitpunkt des Kollaps unter dem Dach von Bankman-Frieds Krypto-Konzern. Frieds Vision war es, aus FTX eine »*Alles-Börse*« zu machen – das Zentrum des globalen Krypto-Marktes. Und es lief gut. Fried schwamm im Geld – und spendete über eine Million Dollar an die US-Demokraten.

Untersucht man jedoch die Verbindungen von Alameda Research, einem von Fried gegründeten und für FTX tätigen Handelsunternehmen, wird schnell deutlich, dass es bei FTX offenbar nicht nur um Gewinne ging. Die dubiosen Geschäftsverbindungen von Frieds Unternehmen zur noch dubioseren Farmington State Bank (später Moonstone Bank), der Deltec Bank, Tether und Fluent Finance legen nahe, dass das primäre Ziel dieses Dunstkreises

darin bestand, die Krypto-Akzeptanz durch Emittieren eines US+ Stablecoin zu beschleunigen. Die Partnerschaft zwischen der Moonstone Bank und Fluent Finance wurde nicht umsonst als die die Verbindung des traditionellen Finanzsystems zur Web3-Economy beschrieben.

»*Fluent Finance hat drei Gründer: Bradley Allgood, Oliver Gale und Jaime Plata. Obwohl Allgood oft als Aushängeschild des Unternehmens dargestellt wird, verdienen Gale und Plata die meiste Aufmerksamkeit. Oliver Gale bezeichnet sich selbst als Erfinder der Central Bank Digital Currency (CBDC), da er das Mastermind hinter dem Eastern Caribbean Digital Dollar war. Berichten zufolge verließ Gale das Programm aufgrund seiner »ideologischen Veränderung«* (…) *Heute ist Gale jedoch trotz seiner Pro-Datenschutz-Haltung »nicht völlig gegen CBDCs, sofern sie auf einer Infrastruktur laufen, die ihre Benutzer nicht gefährdet«. In Artikeln wurde Gales Einfluss auf wichtige CBDC-Grundsatzpapiere erwähnt, die von den mächtigsten Finanzinstituten und Zentralbankern der Welt unterstützt werden – wie etwa jene, die von der CBDC-Denkfabrik DCTT veröffentlicht werden. Jaime Plata hat als strategischer Berater für die Eastern Caribbean Central Bank gearbeitet, wo er an Gales Digital-Dollar-Projekt mitwirkte, indem er der Bank half, ihre Kernbankenanwendung zu ersetzen, CBDCs und ein Echtzeit-Bruttoabwicklungssystem zu integrieren. Der US+ Stablecoin von Fluent Finance sollte »als technologische Brücke fungieren, die bestehende Banksysteme und digitale Finanzen verbindet«. Er wird offen als mit CBDCs kompatibel und mit »eingebauten digitalen Identitätsstandards« beworben.*« (Whitney Webb, FTX and the Curious History of Farmington State Bank, 8. Dezember 2022).

Der Journalist Mark Goodwin schrieb dazu am 29. September 2021 beim Bitcoin Magazine unter dem Titel »*Die Geburt des Bitcoin-Dollar*«:

*»Wie können wir die Nachfrage nach Dollar aufrechterhalten und gleichzeitig die Geldmenge erhöhen, um unsere wachsenden Schulden zu begleichen? Weil wir einen infrastrukturellen Zugang zu Satoshis Protokoll geschaffen haben, der in Dollar denominiert ist, haben wir praktisch dieselbe, allgegenwärtige Nachfrage nach einer steigenden Dollarmenge wiederhergestellt, die im Petrodollar-System vorhanden ist. Indem der US-Markt die Marktkapitalisierung von Tether während der ersten etwa zwölf Jahre von Bitcoins Existenz auf 115 Milliarden Dollar erhöhte – als 94 Prozent der Gesamtmenge (an Bitcoins) ausgegeben wurden – stellte man sicher, dass der Wert, der in das jetzt disinflationäre Protokoll eingespeist wurde, für immer symbiotisch mit dem Dollarsystem verbunden sein würde. Tether bindet den Dollar nicht einfach an Bitcoin, sondern verknüpft den neuen globalen, genehmigungsfreien Energiemarkt dauerhaft mit der Geldpolitik der Vereinigten Staaten. Wir haben die Petrodollar-Mechanismen wiederhergestellt, die eine Beibehaltung der Nettokaufkraft für die US-Wirtschaft trotz der Ausweitung der Geldbasis ermöglichen. Bitcoin ist das einzige Produkt, das dem Druck steigender Nachfrage auf das steigende Angebot entgegenwirkt. Wenn sich der Goldpreis verdoppelt, können die Minenbetreiber doppelt so viele Minenarbeiter in den Schacht schicken und das Angebot aufblähen, was Nachfrage und Preis senkt. Aber egal, wie viele Leute Bitcoin schürfen, egal, wie hoch die Hash-Rate in diesem Monat steigt, die Angebotsausgabe bleibt bei (aktuell) 3,125 Bitcoin pro Block. Tether und das größere Stablecoin-System sind ein Geldmarkt für den digitalen Finanzmarktplatz im Allgemeinen. Durch die Schaffung eines robusten, stark margenorientierten Ökosystems, das insbesondere durch Zuflüsse aus in Dollar denominierten Token aufrechterhalten und überwiegend unterstützt wird, haben Tether und ähnliche Unternehmen den kurz- und mittelfristigen Erfolg des Bitcoin-Marktes an den Dollar gekoppelt.«*

Die schleichende Anbindung des Bitcoin an den US-Dollar ist nur eine von vielen parallelen Entwicklungen, die suggerieren, dass die Bankenkartelle die Blockchain-Technologie bereits in Bahnen gelenkt haben, die anstelle von Freiheit lückenlose Kontrolle verheißen. So hat die in Gibraltar registrierte XAPO-Bank – »*die Bitcoin-Bank*« *– im Juni 2023 als erstes* Finanzinstitut weltweit US-Dollar-Konten auf Basis von Tether, anstelle von SWIFT eingeführt. XAPO hält knapp 39.000 BTC und firmiert unter dem Slogan »*größte Krypto-Bank der Welt*« – siehe XAPO-Logo auf dem Bühnenhintergrund der Bitcoin-Konferenz 2024. Gemäß Unternehmensangaben verzeichnet XAPO speziell in Lateinamerika massiven Zulauf. Aufgrund reibungsloser, effizienter Blockchain-Abwicklung spielen Stablecoins eine entscheidende Rolle bei der Dollarisierung des globalen Südens, so XAPO in einem Blog-Beitrag vom 23. November 2023.

Diesbezüglich wünsche sich XAPO, seine Zahlungsoptionen und Währungsoptionen zu erweitern, um den Kunden trotz des volatilen Krypto-Marktes die Sicherheit einer vollständig regulierten Bank bieten zu können. Im Fokus steht dabei die Integration mit dem Lightning Netzwerk des Bitcoin in Zusammenarbeit mit Lightspark, einem von David Marcus gegründeten Unternehmen für digitale Finanzdienstleistungen. Marcus ist ein ehemaliges Führungsmitglied von PayPal. Er investierte frühzeitig in XAPO, verkaufte sein eigenes Unternehmen an PayPal und leitete darüber hinaus auf Vorstandsebene das Stablecoin-Projekt Diem (früher Libra) von Facebook. Auf der LeWeb-Konferenz in Paris sprach Marcus im Dezember 2013 wie folgt über Bitcoin:

> **»Die Leute sind verwirrt. Sie denken, weil es Kryptowährung heißt, sei es eine Währung. Ich glaube nicht, dass es eine Währung ist. Es ist ein Wertaufbewahrungsmittel**

**(...). Es ist ein großartiger Ort, um Vermögenswerte anzulegen, insbesondere in Ländern wie Argentinien mit vierzig Prozent Inflation, (...) wo die Währung einer Regierung nicht wertstabil ist. Es ist auch ein gutes Anlageinstrument, wenn sie risikofreudig sind. Aber es wird keine Währung sein, bis die Volatilität nachlässt. Sobald der regulatorische Rahmen klarer ist und die Volatilität nachlässt, werden wir es in Betracht ziehen.«**

Die XAPO-Lightspark-Kollaboration impliziert, dass dies nunmehr der Fall ist. Ein Interview des Wall Street Journal mit dem US-Politiker Paul Ryan vom 13. Juni 2024 zeigt, dass die US-Regierung mittlerweile auch keinen Hehl mehr daraus macht, dass sie den Krypto-Markt nutzen will, um die untilgbare Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Dazu verkaufen die USA Staatsanleihen für Stablecoins. Schon heute nehmen Stablecoin-Emittenten Platz 18 auf der Liste der größten Staatsanleihen-Halter ein. »*Wenn das Netzwerk der Stablecoin-Unternehmen ein Land wäre, würde dieses Land die Top 10 der Länder mit den meisten Staatsanleihen nur knapp verfehlen. Kleiner als Hong Kong, aber grösser als Saudi-Arabien*«, erklärte Ryan.

Tether ist ein solches Unternehmen. Es existiert seit 2014 und will auf Basis der Blockchain die digitale Nutzung von Fiat-Währungen erleichtern. Dafür bietet die Firma Möglichkeiten, um mit traditionellen Währungen via Blockchain zu handeln. So sollen Volatilität und Komplexität des bisherigen Krypto-Marktes umschifft werden. Tether bot als erstes Unternehmen grenzübergreifende Transaktionen über die Blockchain an und ist Emittent des Stablecoins USDT, einer Kryptowährung, die 1:1 an den US-Dollar gekoppelt ist. Um diesen Wert zu garantieren, stockt Tether seine Reserven mit jeder ausgeschütteten Einheit USDT um den gleichen Dollar-Betrag in Fiat-Währung auf. Per

1. Mai 2024 wies Tether Gesamtreserven von 6,3 Milliarden Dollar und einen Gewinn von 4,52 Milliarden für das erste Quartal des Jahres aus. Es lohnt sich also offenbar, mit USDT die am meisten gehandelte Kryptowährung der Welt anzubieten.

Immer mehr Geschäftsbanken bieten Endkunden einfachen Zugang zu Bitcoin, Ether oder Stablecoins. Die Anlageklasse normalisiert sich in der Breite. Im Schweizer Kanton Zug kann man bereits seine Steuern in Bitcoin oder Ether bezahlen. Jugendliche ködert man mit monatlichen Bonuszahlungen – siehe Yuh – wo die Kunden Swisscoins (SWQ) gutgeschrieben bekommen, wenn sie ein kostenloses Konto eröffnen, mit der Yuh-Mastercard zahlen oder die Neobanking-App weiterempfehlen. Und die Zentralbankmafia ist ebenfalls nicht untätig. Am 30. November 2022 führt Noelle Acheson für CoinDesk aus:

»*Es hat eine tragische Ironie, dass Länder auf der ganzen Welt nach einer Phase des stärksten Anstiegs der US-Geldmenge in der Geschichte unter einem akuten Dollarmangel leiden.* (…) *Ein großer Teil davon ist politisch. Die US-Notenbank verfügt über ein System von Swap-Linien, die im Bedarfsfall Dollar an ausländische Zentralbanken ausschütten. Aber nicht an alle Zentralbanken – nur Kanada, England, Japan, die Europäische Union und die Schweiz haben Zugang zu ständigen Swap-Linien.* (…) *Das Interesse an der Idee, dass Zentralbanken Bitcoin halten, wächst. Im Mai organisierte die Alliance for Financial Inclusion eine Konferenz in El Salvador, bei der Zentralbanker und Finanzregulierungsbehörden aus 44 Ländern zusammenkamen, um über die Finanzierung kleiner Unternehmen, finanzielle Inklusion und Bitcoin zu diskutieren.* (…) *Letzte Woche veröffentlichte Matthew Ferranti von der Wirtschaftsabteilung der Harvard University ein Papier über, Sie haben es erraten, Zentralbanken und Bitcoin. Technisch gesehen handelt das Papier vom Risiko von Sanktionen auf die Reserven der Zentralbanken und ist*

*eines der ersten, das sich auf die Auswirkungen von Sanktionen konzentriert, bevor diese eintreten,* (…)*. Ferranti kommt zu dem Schluss, dass die sich verändernde globale Landschaft dafür spricht, Kryptowährungen in diesen Mix einzubeziehen.* (…) *Ich war überzeugt, dass die Zentralbanken Bitcoin bald als Reserve einführen, da es in einigen Bereichen der Weltwirtschaft dringenden Bedarf gibt.* (…) *Aber mir wird immer klarer, dass es passieren wird, weil es passieren muss.* (…) *Wir werden wahrscheinlich auch einen Dominoeffekt erleben: Wo einer hingeht, tun es auch andere.*«

Auch Journalisten wie Jeffrey A. Tucker oder Derrick Broze fragen sich: »*Was ist mit Bitcoin passiert*?« Auch sie vertreten die These, dass Bitcoin und die Krypto-Branche vom supranationalen Finanzmarktkartell unterwandert und missbraucht werden. In einem Artikel vom 1. August 2024 geht Broze auf Trumps Auftritt bei der amerikanischen Bitcoin-Konferenz 2024 und korrumpierende Akteure ein. Die jährliche Konferenz wird zum Beispiel von BTC Media Inc. ausgerichtet. Präsident von BTC Media Inc. ist Mike Germano, der seinen vorherigen Job bei VICE Media wegen sexueller Belästigung räumen musste. Germano stellt sich aktiv hinter Trump. Auch der CEO des Bitcoin Magazine, David Bailey, gab an, dass er 15 Millionen US-Dollar für die Trump-Kampagne spenden wolle. Natürlich war auch Donald Trump Jr. auf der Bitcoin-Konferenz 2024 und erklärte BTC zu einem »*sicheren Hafen gegen Inflation und tyrannische Regierungen*« – während besagte Regierungen die Verwendung der Kryptowährung zu ihren Gunsten einhegen.

Es zeigt sich also, dass die Prädatorenkaste die Blockchain-Revolution effizienter zu ihrem Vorteil zu nutzen vermag, als die freiheitsliebenden Bitcoin-Puristen es vermochten. Wo der Staat ein Finanzinstrument kontrolliert, ist kein Platz für wirtschaftliche Freiheit. So begnügt sich die in Teilen geradezu fanatisch

auftretende Bitcoin-Bewegung der Gegenwart mit dem »HODL-Ansatz«. Sprich, man kauft Bitcoin, oder andere Krypto-Assets, und hofft auf hohe Kursgewinne. Nicht anders als beim biederen Aktiendepot – nur, dass die Chance auf eine profitable Rendite deutlich höher ist. Aber das sind eben auch die Risiken. Zudem stützt jede Verwendung staatlich regulierter Krypto-Lösungen das herrschende System. Ein System, das Satoshis Whitepaper aus der Gleichung heraushalten wollte.

Angesichts dieser Entwicklungen ist demnach auch die Frage berechtigt, ob der Bitcoin als Wegbereiter des Krypto-Booms nicht gar von der Prädatorenkaste lanciert wurde, um nach der Eingewöhnungsphase den Link zu Fiat-Währungen herzustellen, das digitale Gold als Reservewährung zu verwenden und die Masse psychologisch darauf einzunorden, dass nach dem aus dem Nichts geschöpften Papiergeld nun auch das digitale Gold einen – oder keinen – Wert hat. Eine PsyOp. Nachdem die Bevölkerung ein ungedecktes Fiat-Zahlungsmittel als Normalität akzeptierte, musste man ihr nun eine ebenfalls wertlose Digitalvariante schmackhaft machen. Was wäre geeigneter dazu als ein erfolgreicher Pilot mit massiver Wertsteigerung, als ein Projekt, das als Sahnehäubchen ein Hauch von Freiheit umweht?

Wer also war Satoshi Nakamoto? Gab es ihn überhaupt? Dieser Frage gingen nicht nur die FAZ oder Wikipedia erfolglos nach. Ganze Krypto-Foren, -Blogs und Analyse-Plattformen beschäftigen sich mit dem Mysterium und den unzähligen Wallets, die Nakamoto zugeschrieben werden. Auf einigen gehen bis heute regelmäßig Spenden aus der Community für den vermeintlichen Genius ein. Dabei könnte das Whitepaper genauso gut aus dem Hause DARPA stammen. In Anbetracht der Tatsache, dass Internet, Computerchips, Smartphones, Touchscreens, Siri, TOR-Netzwerk, diverse Biotech-Revolutionen, die meisten modernen

Waffensysteme und die künstliche Intelligenz in den Laboren dieser US-Militäreinrichtung entwickelt wurden, eine durchaus plausible These. Nicht umsonst nannte The Economist die DARPA im Juni 2021 »*die Agentur, die die moderne Welt formte*«.

So war es auch eine durch die DARPA in Auftrag gegebene Studie, die im Juni 2022 feststellte, dass »*die Blockchain nicht so dezentral ist wie viele denken*«. 21 Prozent der Nodes (Rechner) im Netzwerk liefen demnach auf veralteten Bitcoin Core Versionen. Zudem sei der Datenverkehr selbst unverschlüsselt, 60 Prozent davon gehe über nur drei Knotenpunkte. Internetprovider und Regierungen könnten somit problemlos jedes Datenpaket abfangen oder verändern. Und selbst in einem riesigen Blockchain-Netzwerk gibt es gemäß des Papiers einzelne Instanzen, die Transaktionen rückwirkend verändern könnten. Faktenchecker sehen das natürlich anders und reden die Ergebnisse der Pentagon-Studie klein.

Interessant ist in diesem Kontext, dass der Chefentwickler der Bitcoin-Referenzimplementierung – Gavin Andresen – dem CIA-Inkubator In-Q-Tel genau in dem Zeitraum einen Besuch abstattete, in dem Nakamoto für immer verschwand. Nakamoto soll das Bitcoin-Projekt im April 2011 an Andresen und die Community übergeben und sich zurückgezogen haben, so der Tenor. Im Jahr 2016 fiel der bis dahin als Nakamoto-Nachfolger geschätzte Andresen allerdings in Ungnade. Denn er unterstützte den Australier Craig Wright bei seiner Behauptung, Satoshi Nakamoto zu sein – nur um wenige Tage später eingestehen zu müssen, dass Wrights Story eine Hoax war. Im Mai 2016 wurde ihm der Zugang zu Bitcoin Core entzogen. Seitdem hat er sich nicht mehr an der Bitcoin-Entwicklung beteiligt. Stattdessen artikulierte auch Andresen seither Bedenken, dass Bitcoin sich in die falsche Richtung entwickle. Seit 2017 unterstützt er – wie Roger Ver – Bitcoin Cash und erklärt, »*Bitcoin Cash verkörpere, woran er 2010 zu arbeiten begann*«.

Die Personalie Nakamoto wird wohl nie abschließend zu klären sein. Einige Kernmitglieder des frühen Teams haben bereits das Zeitliche gesegnet. Klar ist jedenfalls, dass die Idee für eine Kryptowährung wie Bitcoin bereits lange vor dem Bitcoin-Whitepaper entstand. Autoren der NSA (National Security Agency) veröffentlichten bereits am 18. Juni 1996 ein Konzeptpapier mit dem Titel: »*Die Kryptographie von anonymem elektronischen Geld*«. Auch ein Konferenzpapier der Crypto '95 in Santa Barbara (USA) kann als Grundlagenarbeit für den Bitcoin verstanden werden. Denn es enthält alle grundlegenden Informationen von Satoshi Nakamotos Whitepaper, das erst 13 Jahre später publiziert wurde. Der Autor: Tatsuaki Okamoto, ein renommierter Kryptograf, der seit den späten 80er Jahren auf diesen Gebiet forscht und eine Vielzahl von Arbeiten dazu veröffentlicht hat. Nicht wenigen gilt Okamoto als eigentlicher Erfinder des Bitcoin, weil sie im technischen Design des Projektes seine Handschrift zu erkennen glauben. Die extrem erfolgreiche Karriere der Krypto-Koryphäe, sein Sammelsurium an Auszeichnungen sowie seine exzellenten Verbindungen in allerlei hochrangige IT-Zirkel und Bildungseinrichtungen unterfüttern die Vermutung. Ein Beitrag von Before it's News vom 19. Dezember 2013 hält mit entsprechenden Schlussfolgerungen nicht hinterm Berg:

»*Es gibt keine Möglichkeit, zu verhindern, was mit Bitcoin passieren wird. Es ist eine Frage der Soziologie. Es ist eine Frage menschlicher Gier. Die eigentliche Frage ist, wer Bitcoin geschaffen hat – und warum. Wer ist derzeit der größte einzelne Inhaber von BTC? Satoshi. Wer ist er? Ich sage es noch einmal. NSA/DARPA haben Bitcoin unter der Leitung des IWF geschaffen. Der IWF fordert seit zwei Jahrzehnten offen eine digitale, deflationäre Weltwährung. Sie wurde offen auf den G8- und G20-Gipfeln diskutiert und gefördert. Von Anfang der 90er bis 1996 untersuchte die NSA offen kryptografische Geldnetzwerke. Einer ihrer Forscher ist ein Mann*

*namens Tatsuaki Okamoto. Als sie aktiv mit dem Schreiben des Codes begannen, wählten sie das Pseudonym Satoshi Nakamoto, um Okamotos Idee bei jedem bekannt zu machen, der den Ursprung von Bitcoin verstehen wollte. Aber Tatsuaki Okamoto ist nur ein Rädchen im Getriebe. Er ist kein abtrünniger Retter, der darauf aus ist, Zentralbanken zu stürzen. Ganz und gar nicht. Er ist ein Kryptowissenschaftler, der von der Regierung und Geheimdiensten für seine Forschung bezahlt wurde. Bitcoin ist ein NSA/DARPA-Projekt in freier Wildbahn. Diese Projekte werden durch Zuschüsse von Regierung und Geheimdiensten finanziert und gefördert. Die Regulierung und Kontrolle von Bitcoin wurde parallel zur Entwicklung des Netzwerks entwickelt. Tatsächlich sind die Kontrollen, Richtlinien und Vorschriften viel ausgereifter als das Bitcoin-Protokoll selbst.* (...). *Niemand hat jemanden gezwungen, das Satoshi-Märchen zu glauben. Der libertäre Satoshi-Mythos wurde verbreitet, um die Akzeptanz und Entwicklung zu fördern.*

*Es ist nicht anders als beim Internet. Deshalb sagen viele frühe Internet-Anwender, dass sich Bitcoin genauso anfühlt wie die verschiedenen Phasen des Internet. Ich bin einer dieser Menschen. In den Jahren 94–96 drehte sich im öffentlichen Internet alles um Informationsfreiheit. Freie Kommunikation. Es drehte sich alles um Freiheit und Unabhängigkeit.* (...) *Das Versprechen kostenloser Telefongespräche. Kostenlose Medien. All diese Freiheit und Unabhängigkeit brachte Menschen dazu, ihr Herzblut in die Entwicklung zu stecken. Und jetzt sehen Sie es sich an. Facebook, Google – es ist ein riesiger Überwachungsapparat. Und wenn Sie nach DARPA/NSA-Dokumenten aus den 80ern und frühen 90er Jahren suchen und diese lesen, dann wissen Sie, dass es genau das schon immer sein sollte. Ich will damit nicht all die sozial großartigen Dinge abtun, die online passieren. Aber aus der Sicht von DARPA/NSA und Kontrollfreaks wurde es ausdrücklich zum Zweck der Kontrolle geschaffen. Zu einem militärischen Zweck. Einem strategischen Zweck.*«

Ob man sich dieser Argumentation anschließt oder nicht, spielt eigentlich keine Rolle. Was zählt, sind nicht Worte, sondern Taten. Fakten und Zahlen. Und die sprechen derzeit zweifelsohne dafür, dass Bitcoin und das durch ihn vorbereitete Blockchain-Ökosystem *gegen* freiheitsliebende Geister in Stellung gebracht werden – auch wenn sich mit LBRY/Odysee, Qortal, et al. durchaus positive Entwicklungen abzeichnen. Trotz der Web3-Euphorie und Chancen auf mögliche Alternativen zum Fiat-Finanzsystem ist anzumahnen, dass diese nach aktuellem Stand der Dinge nicht den Weg aus der Kreditsklaverei weisen werden. Denn sie unterstehen zunehmend rigoroser Regulierung und werden in zu geringem Umfang genutzt. In puncto Zahlungsmittel hätte der eingangs erwähnte Goldback vermutlich bessere Chancen, sich gegenüber Zensur, Kontrollwahn, Zinswucher, Inflation und Totalitarismus zu bewähren. Wer weiß – vielleicht sind es Regionalwährungen, Tauschhandel, Monero, Bitcoin, Schuldscheine, Zeitkonten, Edelmetalle, oder etwas ganz anderes – oder eine Kombination von alledem.

Das Problem dabei: Man muss es tun. Das verursacht Aufwand und erfordert Disziplin. Leider schaffen viele »Revolutionäre« es aber nicht einmal, ihr G-Mail Konto zugunsten einer datenschutzfreundlichen Alternative stillzulegen. An dieser in Bequemlichkeit und Routinen schwelgenden Konsumentenapathie des Mediazän scheitern nicht nur Kryptowährungen, die fraglos das Potenzial (gehabt) hätten, eine Revolution loszutreten, sondern auch jede andere Idee für eine bessere Welt.

> Wir brauchen keine neuen Anlageklassen, sondern ein von Staat und Bankensystem unabhängiges Zahlungsmittel – denn in einer Welt ohne Freiheit hat auch Reichtum keinen Wert.

**Montagnola, am 03. August 2024**

# Migration als Waffe

**So lautete eine Überschrift in der Süddeutschen Zeitung vom 3. März 2016. Damals war das noch kein Sakrileg, die Folgen massiver Zuwanderung noch nicht ganz so offensichtlich. Jetzt aber ist Huntingtons »Kampf der Kulturen« traurige Realität. Und anstatt die Ursachen dieser Situation zielführend zu untersuchen, dominieren Wirtshausparolen den Diskurs. Ein zivilisatorisches Trauerspiel – denn von Chaos profitiert weder die einheimische noch die migrierende Bevölkerung.**

Es ist ganz einfach. Trotzdem, und obwohl ich es an anderer Stelle schon mehrfach kundgetan habe, muss ich es wiederholen: Es gibt für mich nur zwei Sorten von Menschen – gute und schlechte. That's it! Das war's.

Wer andere Kategorien aufmacht, wer Menschen in irgendwelche Schubladen steckt, sie nach Ethnie – nach Religion, Herkunft, Hautfarbe, Besitzstand, Ernährungsgewohnheiten, visuellen Charakteristika oder sexueller Orientierung bewertet, sollte dringend die eigene Weltsicht hinterfragen. Denn sie ist mittelalterlich.

**»Jeder hat das Recht, zu glauben, was er will. Und alle anderen haben das Recht, zu glauben, dass diese Überzeugungen verdammt lächerlich sind.« (Ricky Gervais, 9. August 2024)**

Genauso ist es. Alle Menschen sind gleich. Alle haben die gleichen Rechte und Freiheiten. Und Freiheit bedeutet in diesem Kontext

nicht, dass man tun und lassen kann, was man will, sondern, das man nicht tun muss, was man nicht will. Das ist Basis einer voluntaristischen Weltsicht. Mir ist egal, was andere Menschen glauben, sagen oder tun – solange sie nicht versuchen, mir ihren Willen aufzuzwingen.

So weit aber scheinen viele Zeitgenossen nicht zu denken. Vor allem das sogenannte konservative Lager. Dabei erschien bereits 1996 das Buch »*Kampf der Kulturen*« *des US-Politikwissenschaftlers* Samuel P. Huntington – eine Fortsetzung seines gleichnamigen, bereits im Sommer 1993 veröffentlichten Beitrags in Foreign Affairs, der Hauspostille des Council on Foreign Relations (CFR). Untertitel: »*Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*«. Huntington vertrat damals die These, dass es in absehbarer Zeit zu Konflikten zwischen den verschiedenen Kulturräumen kommen würde, da sich vor allem der chinesische und islamische Kulturraum nicht mit den Werten des Westens identifiziere. Diese Konflikte würden sich aufgrund des mit brachialer Gewalt durchgesetzten Hegemonialanspruchs der NATO-Mächte intensivieren und schlussendlich zu einer Neuordnung der Welt führen. Auf Seite 68 schreibt er damals:

»*Der Westen eroberte die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen oder Werte oder seiner Religion (zu der sich nur wenige Angehörige anderer Kulturen bekehren ließen), sondern vielmehr durch seine Überlegenheit bei der Anwendung von organisierter Gewalt. Oftmals vergessen Westler diese Tatsache; Nichtwestler vergessen sie niemals.*«

Huntingtons Buch erfuhr seinerzeit heftige Kritik. Seine Prognose, die Macht des Westens werde verblassen, sei wissenschaftlich nicht ausreichend belegt und ventiliere eine grob vereinfachende Weltformel. Knapp zwanzig Jahre später zeigt

sich allerdings: Huntington hatte Recht. Vermutlich halfen ihm seine exzellenten Kontakte zu US-Eliteuniversitäten, Politik und Geheimdiensten, eine belastbare Prognose zu Papier zu bringen. Schließlich begann er seine Karriere in den 60ern als Berater des wenig zimperlichen Apartheid-Geheimdienstes (CCB) von Pieter Willem Botha in Südafrika und galt laut Frankfurter Rundschau »*als einflussreichster Politikprofessor der USA nach Henry Kissinger*«. Huntingtons Ableben im Dezember 2008 muss also nicht unbedingt als Verlust gewertet werden.

Er stand mit seinen Prognosen nicht allein. Auch die Vereinten Nationen (UN) rechnen seit geraumer Zeit mit einem »*Kampf der Kulturen*«. Nicht umsonst veranstaltet das supranationale Herrschaftskonglomerat seit 1954 die Weltbevölkerungskonferenzen, wo genau dieses Thema zentral diskutiert und koordiniert wird. Welche Szenarien diesbezüglich eruiert und forciert werden, veranschaulicht eine am 21. März 2000 veröffentlichte Studie der UN. Titel: »*Replacement Migration: Is it A Solution to Declining and Ageing Populations?*« Zu Deutsch – Ersatzmigration: Ist sie eine Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen? Das Dokument belegt, dass die massiven Migrationsbewegungen der Gegenwart kein Zufall, sondern Resultat einer wohlkalkulierten Strategie sind. Siehe Seiten 31 bis 33:

»*Abbildung 1 zeigt einen standardisierten Vergleich der Zuwanderungsströme pro Million Einwohner (Stand: 2000). Aus diesem Vergleich geht hervor, dass im Verhältnis zur Landesgröße die Zahl der Einwanderer, die im Zeitraum 2000–2050 pro Jahr benötigt wird, um den Bestand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erhalten (Szenario IV), mit 6.500 Einwanderern auf eine Million Einwohner in Italien am höchsten ist, gefolgt von Deutschland mit 6.000 Einwanderern pro Jahr auf eine Million Einwohner. Von den in diesem Bericht untersuchten Ländern und Regionen benötigten die*

*Vereinigten Staaten mit etwa 1.300 Einwanderern auf eine Million Einwohner die geringste Zahl von Einwanderern, um einen Rückgang ihrer Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu verhindern.* (...) *In Szenario IV, das darauf abzielt, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) konstant zu halten, ist die Zahl der Einwanderer sogar noch höher als in Szenario III. So läge beispielsweise in Deutschland die Gesamtzahl der Einwanderer nach Szenario IV bei 24 Millionen (bzw. 487.000 pro Jahr) gegenüber 17 Millionen (bzw. 344.000 pro Jahr) nach Szenario III.* (...) *Die Zahl der Einwanderer, die notwendig ist, um ein Schrumpfen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auszugleichen, übersteigt diejenige, die einen Rückgang der Gesamtbevölkerung ausgleichen würde, um ein Erhebliches. Ob solche höheren Einwanderungszahlen zu den Optionen gehören, die den Regierungen zur Verfügung stehen, hängt zum großen Teil von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des jeweiligen Landes beziehungsweise der jeweiligen Region ab.*«

Dass es dabei nicht nur um die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in dem Land geht, das die Zuwanderer aufnehmen soll, dürfte jedem klar sein, der sich ein wenig mit Geopolitik beschäftigt hat. Dementsprechend haben Destabilisierungskriege und Neokolonialismus des Wertewestens nicht nur den Zweck, missliebige Regierungen zu stürzen, um der Finanzindustrie und Rohstoffe eines Landes habhaft zu werden – wenn Demokratie abgeworfen wird, geht es dabei stets auch um die strategischen Ziele globaler Bevölkerungspolitik. Um Eugenik – heutzutage angepriesen unter pseudo-progressiven Labels wie Bioethik, biosoziale Forschung, biodigitale Konvergenz, Familienplanung oder Entwicklungshilfe im Bereich der Empfängnisverhütung.

»*Deutschland muss von außen eingehegt, und innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi „verdünnt" werden*«, schrieb Mariam Lau am 7. Februar 2005 für DIE WELT, als sie Joschka Fischers Buch

»*Risiko Deutschland*« kommentierte. Seither wird das Zitat oft Fischer selbst in den Mund gelegt, obwohl es in seinem Buch so nicht vorkommt. Vom »*Verdünnen*« der deutschen Bevölkerung zu Gunsten einer transatlantisch bewegten Risikominimierung spricht Fischer aber durchaus. Siehe die von Lau gesetzten Anführungszeichen.



Nicht nur der kriegsaffine Fischer, der sich im Dezember 2023 dafür aussprach, dass »*die EU eine eigene atomare Abschreckung brauche*«, machte sich Gedanken, wie Zuwanderung sich auf die hiesige Bevölkerung auswirkt. Das Thema ist seit jeher ein politisches Werkzeug, das im Rahmen geopolitischer Verschiebungen in die Waagschale geworfen wird. Siehe das 1984 publizierte Buch »The Transfer Agreement«, das von den geheimen Absprachen des Dritten Reiches mit Zionisten in punkto Kolonialisierung Palästinas berichtet. Oder die 2010 erschienene, 360 Seiten starke Abhandlung von Kelly M. Greenhill mit dem Titel »*Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy*« – Massenvernichtungswaffe Migration: Vertreibung, Zwang und Außenpolitik.

Auch in den Leitmedien war das Thema bis vor wenigen Jahren kein Tabu. Siehe SPIEGEL vom 16. 2. 2016, SZ vom 3. 3. 2016 oder Daily Mail vom 5. 3. 2016. Überall schrieben sie von »*Migration als Waffe*«. Von »*Flüchtlingen als Waffe*«. Vom aufziehenden Kampf der Kulturen und der marodierenden Wirkung nichtintegrativer Zuwanderung.

Gebracht hat es nichts. Denn die vom Nachhaltigkeitskorporatismus der UN usurpierte Bundespolitik hatte einen anderen Auftrag. Die Grenzen blieben offen, der Kostenrahmen elastisch und die Anreize für Neuankömmlinge hoch. Das insinuierte Paradies der bunten Gesellschaft von morgen entstand aber offenkundig nicht. Aus der Merkel'schen »*Willkommenskultur*« wurde bald »*der*

*Islam gehört nicht zu Deutschland*«. Aus »*Wir schaffen das!*« wurde »*Wir brauchen Remigration*«. Als wäre Religion das Kernproblem.

Scheinbar hat man im Wertwesten verdrängt, dass alle monotheistischen Religionen sich konzeptionell gegenüber der Konkurrenz abgrenzen. Anhänger des jüdischen Glaubens bezeichnen Nicht-Juden gerne pejorativ als Gojim. Das Christentum nennt die Abweichler Ketzer – und ermordete im Blutrausch der Kreuzzüge bis zu 22 Millionen von ihnen. Und auch der vom Mythos absoluter Friedfertigkeit umwehte Buddhismus kennt Gewalt. Es ist also mehr als naiv, nun den Islam – der schon als Sündenbock für den auf Lügen fußenden »*War on Terror*« herhalten musste – mit plumpen Generalismen zu verteufeln. Die Schriften aller Weltreligion lassen sich absolutistisch interpretieren, um damit Gewalt gegen Andersdenkende zu rechtfertigen. Folglich muss auch jedweder Extremismus verurteilt werden – aber ohne dabei die Religionsfreiheit von Artgenossen einzuschränken.

Unterkomplexe Erklärungen und Wirtshausparolen wie »*der Islam gehört nicht zu Deutschland*« helfen also kaum dabei, die fraglos brisante Situation zu entschärfen. Nötig wären interreligiöser Dialog, integrative Gesellschaftsstrukturen und eine offene, informierte Debatte über die tatsächlichen Auslöser von Flüchtlingsströmen, Gewalt und Parallelgesellschaften. Denn versänken die Heimatländer der Geflüchteten nicht in Chaos, Krieg und Armut, würden vermutlich auch weniger Menschen die lange Reise nach Europa antreten.

So bleibt nur zu fordern: Stoppt die Gewalt! Denn wenn uns die Geschichte der letzten tausend Jahre etwas gelehrt haben sollte, ist es, dass von einem »*Kampf der Kulturen*« immer nur jene profitieren, denen Kultur, Moral und Menschenleben komplett gleichgültig sind.

**Montagnola, am 11. August 2024**

# Gestatten, Peter Thiel



**Nicht wenige halten ihn für den mächtigsten Unternehmer im Silicon Valley. Andere gar für einen der einflussreichsten Menschen der Welt. Er gründete PayPal, finanzierte Facebook und Clearview AI, ist Mitglied im Führungsstab der Bilderberg Konferenzen und schuf mit Palantir den Spionagekonzern, der die unheilige Allianz von Big Tech und Big Brother auf ein neues Level hob. Er ist ein skrupelloser Kartell-Kapitalist, der totalitaristischen Machtanspruch hinter libertären Phrasen verbirgt. Hat Peter Thiels Biograph demzufolge Recht, wenn er sagt, dass wir uns vor der Macht von Peter Thiel fürchten sollten?**

Da sitzt der Mann am 16. August 2024 über drei Stunden lang im reichweitenstärksten Podcast der Welt, bei einem vermeintlich kritischen Geist – Joe Rogan – und muss keine einzige Frage zu Palantir beantworten. Oder zu seiner Rolle im Steuerungskreis der Bilderberg Konferenzen. Ganz zu schweigen von Thiels unsäglichen Versuchen, den Skandal um Jeffrey Epstein im Verlauf des Gesprächs zu marginalisieren. Unter anderem, indem er dessen unzählige Opfer als »*minderjährige Mädchen*« bezeichnet – obwohl viele davon Kinder waren. Manche gerade einmal acht Jahre alt. Oder indem er, danach gefragt, wann man denn endlich die wahren Ausmaße von Epsteins dunklem Treiben nachvollziehen könne, lapidar entgegnet, dass man bis dato ja auch nicht wisse, was in puncto John F. Kennedy wirklich passierte und die entsprechende Aufklärung wohl noch etwas auf sich warten lassen dürfte. Wer also bis anhin den Standpunkt vertrat, Joe Rogan sei an Wahrheitsfindung interessiert, oder betreibe

Journalismus, wurde spätestens am 16. August diesen Jahres eines Besseren belehrt.

Rogans Konversation mit Thiel war ein peinlicher PR-Auftritt. Und das nicht nur aufgrund von Thiels gefärbten Haaren. Siehe Kommentare unter dem entsprechenden Video. Der Podcast ist als Image-Design-Event für jemanden zu werten, dessen Protegé – JD Vance – unlängst von Donald Trump zum Kandidaten für die US-Vize-Präsidentschaft nominiert wurde. Dabei hätte es nur fünf Minuten und einer beliebigen Suchmaschine bedurft, um sich adäquat auf diese Unterredung vorzubereiten und Thiel wenigstens die oberflächlich brennenden Fragen stellen zu können. Vielleicht wollte, oder konnte Rogan das aber auch gar nicht. In Anbetracht von Thiels Machtfülle wäre das kaum verwunderlich. Aber fangen wir vorne an.

Geboren wurde der heute 56-jährige Thiel in Frankfurt am Main. Ein Jahr nach seiner Geburt wanderte seine Familie in die USA aus. Bevor sie sich 1977 in Kalifornien niederließen, lebten die Thiels zeitweise in Südafrika und Namibia. Der junge Peter wechselte demzufolge häufig die Schule. In seiner Freizeit beschäftigte er sich mit Computerspielen und Science-Fiction-Literatur. Sein Lieblingsautor ist J. R. R. Tolkien, dessen Klassiker »Herr der Ringe« er nach eigenen Angaben mehr als zehn Mal gelesen hat. Obwohl er während seiner Schulzeit als Mathe-Ass von sich reden machte, studierte er an der Stanford University zunächst Philosophie. Anschließend schrieb er sich an der Stanford Law School ein, wo er 1992 den Juris Doctor erlangte. Mit diesem Abschluss in der Tasche arbeitete er zunächst für einen US-Bundesrichter, danach für eine Anwaltskanzlei in New York. Doch schon nach wenigen Monaten im juristischen Betrieb heuerte Thiel bei der Großbank Credit Suisse an, wurde Derivate-Händler. Im Jahr 1996 kehrte er nach Kalifornien zurück, wo er seinen ersten Anlagefonds

Thiel Capital Management gründete – das Unternehmen, bei dem Eric Weinstein, der Bruder des Evolutionsbiologen und Mainstream-Resistance-Podcasters Bret Weinstein – als Managing Director beschäftigt ist.

Ab der Gründung seines ersten Fonds ging es steil aufwärts für den Exil-Deutschen. 1998 gründete er zusammen mit Max Levchin und Luke Nosek den Zahlungsdienstleister PayPal, den Thiel als CEO leitete, bis das Unternehmen 2002 für eineinhalb Milliarden US-Dollar an eBay verkauft wurde. Der Tech-Unternehmer galt seinerzeit als »*der Pate*« der »*PayPal-Mafia*«, einer illustren Gruppe von Silicon-Valley-Entrepreneuren, deren – auf Basis ihrer Umtriebigkeit – selbstgewählter Spitzname durch einen Artikel des Forbes-Magazine aus dem Jahr 2007 weltweit bekannt wurde. Ein Artikel, für den sich die 13 Herren in Gangsterklamotten ablichten ließen. Mitglieder der Gruppe gründeten zum Beispiel YouTube, Yelp, Yammer, LinkedIn und Tesla.

Thiels PayPal-Kompagnon Levchin betätigt sich mittlerweile gerne als Regierungsmitarbeiter oder willfähriger Fürsprecher für die NSA (National Security Agency). Nosek war unter anderem der erste institutionelle Investor von Elon Musks Space X, sitzt im Vorstand von ResearchGate und blieb mit Thiel über die gemeinsame Gründung des Founders Fund verbunden, der 2005 seine Arbeit aufnahm und Stand 2023 zwölf Milliarden US-Dollar an Kapital verwaltet. Geld, das unter anderem Airbnb, Spotify, Facebook, Stripe, Lyft oder Neuralink grundfinanzierte. Rückblickend könnte man das mit der »*Mafia*« also durchaus auf andere Aspekte als die Umtriebigkeit beziehen. Immerhin war Airbnb schon 2017 »*größer*« als die fünf größten Hotelmarken kombiniert – ohne ein einziges Hotel zu besitzen. Und Spotify als weltgrößte Streaming-Plattform dominierte mit 83 Prozent Marktanteil schon 2020 die US-Musikindustrie, während es

Künstler mit Cent-Beträgen abspeist und deren ursprüngliche Vertriebswege ruiniert.

Thiel selbst nutzte den enormen Gewinn aus dem PayPal-Verkauf für die Gründung von Clarium Capital, einem mäßig wirkungsvollen Hedge- und Investmentfonds, der drei Jahre vor dem Founders Fund ins Leben gerufen und 2013 aufgelöst wurde. Ein Jahr nach dem Startschuss für Clarium Capital, 2003, gründete Thiel das Unternehmen, das ihn zu einem, wenn nicht gar *dem* einflussreichsten Tech-Unternehmer der Welt machen sollte – Palantir Technologies. Heute wohl der mächtigste Überwachungs-, Spionage-, Big-Data- und Pre-Crime-Management-Konzern aller Zeiten. Mit den Worten von CNBC: »*Das CIA-unterstützte Start-up, das Palo Alto übernahm*«. Schon 2017 attestierte der britische Guardian dem Unternehmen »*genau so viel Macht in der realen Welt zu haben wie Google, Microsoft, Facebook, Amazon und Apple*« in der digitalen. Palantir operiert im Gegensatz zu den vorgängig genannten allerdings mit absoluter Geheimhaltung und gilt als der verschwiegenste unter den Tech-Konzernen. Die Liste von Thiels wichtigsten Kunden liest sich dementsprechend: CIA, FBI, NSA, DHS, Center for Desease Control (CDC), Marine Corps, Air Force, Special Operations Command, IRS (US-Steuerbehörde), Morgan Stanley, Merck, Airbus, Fiat Chrysler Automobiles, Ferrari, Vereinte Nationen – um nur einige zu nennen. »*Palantir weiß alles über sie*«, titelte Bloomberg am 19. April 2018. Und das ist vielleicht noch untertrieben.

Denn die CIA, die mittels ihres Venture-Capital-Ablegers In-Q-Tel zwei Millionen Dollar an Startkapital für Palantir beisteuerte, war von Beginn an involviert. So überwacht Palantir heute im Auftrag der US-Geheimdienste alles und jeden, um Prognosen darüber zu erstellen, wer, wann, wo was macht. Oder denkt. Oder schreibt. Es ist die Realität gewordene Version von Steven

Spielbergs Minority Report. Ob Betrüger, Terrorist, Menschenhändler, Waffenschieber, Aktivist, Finanzjongleur, Journalist, Dissident, oder »*subversives Element*« – Palantir hat zu jeder relevanten Person, und das dürfte heute praktisch jeder sein, alle verfügbaren Daten konsolidiert. Alle.

Gesichert sind diese Daten per Blockchain, der auch mit fortgeschrittensten Hacker-Methoden kein Beikommen ist. Die digitalen Zugangscodes zu den Daten sind auf dutzende unabhängige Parteien verteilt, deren Identität wiederum per Blockchain geschützt wird. Palantir bietet abgesicherte Betriebssysteme, Software-Pakete und Daten-Plattformen zur Massenüberwachung, Finanzmarkt-Tools, die flächendeckend an der Wall Street genutzt werden, KI für Drohnen und Waffensysteme, fortgeschrittene Biometrie, Strahlungsblocker für Radio-, Telefon- und Internetsignale oder auch DNA-Datenbanken, über die US-Marines in Einsatzgebieten DNA-Proben hochladen und in Echtzeit mit Referenzdaten abgleichen können.

Prädiktive Sicherheitsanwendungen von Palantir, die das US-Militär dereinst erfolgreich im Irak und in Afghanistan verwendete, kommen seit 2013 im Stadtgebiet von Los Angeles zum Einsatz, wo die Polizei an Hotspots auftaucht, bevor dort überhaupt Tumult entsteht. Die Palantir-Algorithmen militarisieren Polizeiarbeit. Mit rassistischen Tendenzen. Siehe Operation LASER. Und nachdem Palantir 2013 im Mittelpunkt der Enthüllungen des NSA-Whistleblowers Edward Snowden stand, wissen wir, dass die dahinter stehenden Datensammlungen, Analyse-Tools und Prognosemodelle längst auch international angewendet werden.

Im Februar 2017 sorgten Palantirs fragwürdige Methoden auch in Deutschland für Schlagzeilen. Nachdem der Polizei in Hamburg gestattet wurde, Analysesoftware von Palantir zu Fahndungs- und

Überwachungszwecken einzusetzen, fürchteten Anwälte und Journalisten, die aus beruflichen Gründen mit Dissidenten oder Straftätern in Kontakt stehen, selbst permanenter Observation ausgesetzt zu sein. Zu Recht. Denn die Gotham-Software des Unternehmens – Slogan: »*Die Software ist das Waffensystem*« – erlaubt das Erstellen von detaillierten Netzwerkkarten mittels Telefon-, Social-Media- oder E-Mail-Kontakten einer überwachten Person.

2022 tauchte Thiels umstrittener Spionage-Konzern wieder in den hiesigen Medien auf, weil das von Palantir entwickelte Analysesystem »*Vera*« ab 2023 bei der bayrischen Polizei zum Einsatz kommen sollte – die Regierung des Freistaats aber Bedenken hatte, beim Einsatz der Software selbst zum Opfer von Palantirs Datenkrake zu werden. Trotz solcher Vorbehalte plädierten Hessen, NRW und Bayern im Rahmen der Innenministerkonferenz vom Juni 2023 in Berlin für eine bundesweite Einführung von Palantir-Software. Der Einsatz der Programme sei »*zwingend erforderlich*«, um die Analysefähigkeit der Polizeien des Bundes und der Länder »*zeitnah spürbar zu verbessern*«, zitiert die Tagesschau am 30. Juni 2023 die Beschlussvorlage. Wenige Tage nach der Konferenz ließ das Bundesinnenministerium verlauten, »*keine seitens des Bundes betriebene Plattform einzurichten*«. Das Ziel von Faesers Behörde sei eine »*herstellerunabhängige Anwendungsbereitstellung*«. Was auch immer das bedeuten soll. Bayern, NRW und Hessen hielten jedenfalls am Rahmenvertrag mit Palantir fest und nutzen die auf fragwürdigen Methoden basierenden Dienste des Unternehmens – auf die dank der Ausgestaltung des besagten Rahmenvertrages theoretisch auch alle anderen Bundesländer zugreifen könnten, wie das Bayrische Innenministerium betont.

Die Methodik von Palantirs Big-Data-Software beschrieb The Intercept am 22. Februar 2017 unter dem Titel »*Wie Peter Thiels Palantir der NSA half, die ganze Welt auszuspionieren*« wie folgt:

»*Während Palantir Metropolis auf quantitative Analysen für Wall-Street-Banken und Hedgefonds ausgerichtet ist, ist Gotham (ehemals Palantir Government) auf die Bedürfnisse von Geheimdiensten, Strafverfolgungsbehörden und innerer Sicherheit ausgerichtet. Gotham funktioniert, indem große Mengen strukturierter Daten (wie Tabellenkalkulationen) und unstrukturierter Daten (wie Bilder) in eine zentrale Datenbank importiert werden, in der alle Informationen in einem Arbeitsbereich visualisiert und analysiert werden können. Eine Demonstration aus dem Jahr 2010 zeigte beispielsweise, wie Palantir Government verwendet werden kann, um den Waffenfluss im Nahen Osten aufzuzeichnen, indem unterschiedliche Datenquellen wie Gerätechargennummern, Herstellerdaten und die Standorte der Hisbollah-Trainingslager importiert werden. Der Hauptvorteil von Palantirs Software besteht darin, dass sie nicht für eine bestimmte Aufgabe konzipiert, sondern flexibel und leistungsstark genug ist, um den Anforderungen jeder Organisation gerecht zu werden, die große Mengen sowohl persönlicher als auch abstrakter Daten verarbeiten muss.*«

Das Vice Magazine hatte vor einigen Jahren Zugriff auf eines der Benutzerhandbücher von Palantirs Software. WIRED schrieb dazu am 12. Juli 2019:

»*Durch eine Anfrage nach dem Freedom of Information Act erhielt Vice Zugriff auf eines der geheimen Benutzerhandbücher von Palantir für Strafverfolgungsbehörden. Das Handbuch zeigt, dass die Strafverfolgungsbehörden nur den Namen einer Person benötigen, um die familiären Beziehungen dieser Zielperson abzubilden und ihre Sozialversicherungsnummer, Adresse, Telefonnummer, Größe, Gewicht und Augenfarbe zu ermitteln. Fügt man noch ein Nummernschild hinzu, ermöglicht das System von Palantir den Strafverfolgungsbehörden, nachzuverfolgen, wo sich die Person während eines beliebigen Zeitraums aufgehalten hat* (…) *sodass*

*die Strafverfolgungsbehörden nahezu omnipotentes Wissen über jeden Verdächtigen haben, den sie überwachen möchten.*«

Doch damit nicht genug. Am 28. Januar 2022 berichtete die New York Times über Bemühungen des FBI, von einem israelischen Start-up, der NSO Group, die Spionagesoftware »*Pegasus*« zu erwerben, um Android- und Apple-Smartphones der US-Bevölkerung ausspähen zu können. Die Software gilt als Nonplusultra in diesem Bereich. Die mexikanische Regierung nutzt sie, um Journalisten und Dissidenten zu überwachen. Auch der Drogenboss Joaquín Guzmán Loera, alias El Chapo, konnte nur mit Hilfe des Programmes dingfest gemacht werden. In Saudi Arabien kam Pegasus gegen Frauenrechtsaktivisten zum Einsatz. Polen, Ungarn, Indien und viele andere Länder nutzen Pegasus im Bereich innere Sicherheit.

»*In den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde Pegasus verwendet, um das Telefon eines Regierungskritikers, Ahmed Mansoor, zu hacken. Das E-Mail-Konto von Mansoor wurde gehackt, sein Standort wurde überwacht, von seinem Bankkonto wurden 140.000 Dollar gestohlen, er wurde entlassen und Fremde schlugen ihn auf der Straße zusammen. Man beginnt zu glauben, dass jeder Schritt beobachtet wird, sagte Mansoor. 2018 wurde er wegen seiner Posts auf Facebook und Twitter zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt*«, so die New York Times.

Da die Pegasus-Software der NSO Group in den Vereinigten Staaten auf der schwarzen Liste steht, die Strafverfolgungsbehörden sie also nicht offiziell verwenden dürfen, sprang ein amerikanisches Cyber-Warfare-Start-up ein, um seinem einzigen Kunden – der US-Regierung – aus dieser misslichen Lage zu helfen. Der Name des Unternehmens: Boldend. Und tatsächlich gelang es dieser Firma, WhatsApp und andere verschlüsselte Dienste zu hacken.

Das Forbes Magazine berichtete am 3. Februar 2022. Pikant: Finanziert wurde Boldend maßgeblich von Peter Thiels Founders Fund. Der erste Investor von Facebook finanzierte also ein Unternehmen, dass ein Facebook-Produkt hackt.

Dass Thiel dahingehend keine Skrupel hegt, zeigte sich bereits zuvor. Denn sein Founders Fund finanzierte auch die umstrittene Datenkrake ClearView AI, die für den Betrieb ihrer Biometrie-Produkte und Gesichtserkennungssoftware sämtliche von Benutzern auf Facebook und anderen Social Media Portalen hochgeladenen Fotos stahl, um diese zu analysieren und mittels Datenbanken diversen Strafverfolgungsbehörden und Kriegsparteien zur Verfügung zu stellen. Palantir und ClearView AI – laut New York Times »*das Unternehmen, das der Privatsphäre, wie wir sie kennen, ein Ende bereiten könnte*« – profitieren selbstredend auch vom inflationären Einsatz von Gesichtserkennungssoftware in öffentlichen Räumen. »*Die Software ist das Waffensystem*«.

Das zeigen auch die Aktivitäten von Palantir in Kriegsgebieten. Das TIME Magazine schrieb dazu am 10. Juli 2023 unter der Überschrift »*Wie Palantir die Zukunft der Kriegsführung verändert*«:

»*Während die Ukraine mehrere, möglicherweise Dutzende von Vorstößen entlang der gesamten Frontlinie startet, muss Russland versteckte Reservekräfte mobilisieren. Diese kann die Ukraine mithilfe von Satelliten- und Drohnenbildern sowie visuellen Erkennungsalgorithmen in Echtzeit verfolgen und mit beispielloser Geschwindigkeit und Präzision anvisieren.* (…) *Bei meinem jüngsten Besuch im Londoner Büro, Palantirs größtem und wichtigstem Forschungszentrum außerhalb der USA, wurde mir als Erstes die Erdumlaufbahn gezeigt. Der Bildschirm an der Wand erweckt die Bilder von Tausenden von Satelliten in erdnaher Umlaufbahn zum Leben. Palantirs MetaConstellation-Plattform ermöglicht es dem*

*Benutzer, diese Satelliten mit der Beantwortung einer bestimmten Frage zu beauftragen. Stellen sie sich vor, sie möchten wissen, was an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit in der Arktis passiert. Klicken sie auf eine Schaltfläche, und MetaConstellation plant die richtige Kombination von Satelliten, um das angegebene Gebiet zu untersuchen. Bemerkenswerterweise kann die Software die Algorithmen so einsetzen, dass nur die Bilder heruntergeladen werden, bei denen die Algorithmen wertvolle Informationen finden.*«

Natürlich steht Palantir auch »*an der Seite Israels*«, während die rechtsextreme, zionistische Regierung Netanjahus einen vom internationalen Gerichtshof bescheinigten Völkermord an der palästinensischen Zivilbevölkerung begeht. Den »*Gaza-Holocaust*«, wie der Journalist James Corbett es nennt. Ungeachtet dessen hatte die Chefetage von Palantir kein Problem damit, ihr erstes Vorstandsmeeting des Jahres 2024 in Tel Aviv abzuhalten. Aus Solidarität. Immerhin ist man im gleichen Geschäft – industrialisiertes Töten.

So nutzt das israelische Militär Künstliche Intelligenz (KI) von Palantir, die auf Basis von Metadaten automatisiert Ziele im Gaza-Streifen auswählt und damit Entscheidungen über Leben und Tod trifft. Dazu analysiert die Software von Thiels Unternehmen sämtliche E-Mails, Telefongespräche, Chatnachrichten, Geolokationsdaten und Social-Media-Inhalte der palästinensischen Bevölkerung. Auch Radio-Wellen, Funkverkehr, Satellitenbilder und Drohnenflüge werden ausgewertet. Das postulierte Ziel: chirurgische Präzision in der Kriegsführung. Die nackten Zahlen erzählen allerdings eine andere Geschichte. Nach Angaben von Reuters vom 15. August 2024 starben mittlerweile über 40.000 Menschen im Gaza-Streifen, 92.401 sind verwundet. Mindestens 83 Prozent der palästinensischen Bevölkerung sind auf der Flucht. Das sind 2,3 Millionen Menschen. 34.580 davon sind schwangere Frauen. 25.000 Kinder wurden getötet oder schwer

verwundet. All diese Menschen werden nie mehr in ihr Zuhause zurückkehren können. Denn sie werden es nie mehr erreichen. Oder es ist nichts mehr davon übrig. Demnach ist das Postulat von der chirurgischen Kriegsführung eine Mär – oder Palantirs Software absoluter Schrott. Und von Zweiterem ist in Anbetracht der Firmengeschichte kaum auszugehen.

Der vermeintlich libertäre Thiel steht über solch profanen Zahlen. Denn er verfolgt hehre Ziele. Das zeigt ein Projekt namens Próspera. Dabei handelt es sich um eine Start-up-City. Eine »*Sonderentwicklungszone*« (ZEDE). Diese befindet sich auf der Insel Roatán im mittelamerikanischen Staat Honduras. Betrieben wird das Projekt von einem privaten Unternehmen aus den USA. Führende Financiers des Unterfangens: Peter Thiel, Sam Altman (OpenAI) und Marc Andreesen. In Próspera sollen nicht die Gesetze von Honduras gelten, sondern das Regelwerk der Betreibergesellschaft. Die Bewohner müssen einen Vertrag mit dem Betreiber abschließen, in dem sie zustimmen, die Volkssouveränität an die Próspera-ZEDE abzugeben. Durch die Privatisierung von Sicherheitsdienstleistungen, Justiz, Bildung und Gesundheitswesen sowie eine Einheitssteuer von zehn Prozent soll der Stadtstaat Unternehmen und Freigeister anziehen – vor allem solche, die es sich leisten können. Knapp 2.000 Personen und etwa 220 Unternehmen haben sich bereits angemeldet oder residieren auf der Insel.

Aufgrund nicht vorhandener Regulierung sind in Próspera derzeit vor allem experimentelle medizinische Eingriffe und pharmakologische Testreihen gefragt. Die New York Times erklärt dazu am 28. August 2024:

»*Próspera ist besonders bekannt für die experimentellen medizinischen Einrichtungen der Zone, in denen klinische Studien*

*durchgeführt werden, die nicht an FDA-Standards gebunden sind. In der Woche meines Besuchs wurde Patri Friedman, Enkel des Ökonomen Milton Friedman und Gründer eines Fonds für Start-up-Städte, der in Próspera investierte, ein Chip mit seinem Tesla-Schlüssel in die Hand implantiert. Bei einer früheren Reise ließ er seine Zähne mit gentechnisch veränderten Bakterien reinigen, die angeblich Karies vorbeugen sollen. Ein anderes Mal wurde ihm ein Protein-Booster injiziert, der ihn stärker und schneller machen sollte, wie er es an diesem Wochenende auf einer Konferenz in Roatán beschrieb.*«

Stammzellenforschung, souveräne Cyborgs, Semaglutid-Injektionen und Biotechnologie, die »*den Tod zur Option machen*« will. Ein Umfeld, das bei Nachbargemeinden und der Regierung von Honduras auf wenig Begeisterung stößt. Hatten die Investoren doch zu Beginn davon gesprochen, ein normales Resort gründen zu wollen – keinen rechtsfreien Raum für Silicon-Valley-Granden, Biotech-Hasardeure und Anarchokapitalisten. Die Latin America Working Group (LAWG), eine Nichtregierungsorganisation, die sich für soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika engagiert, nennt Thiels ZEDE unumwunden eine »*Zuflucht für Ausbeutung, Korruption und organisiertes Verbrechen*«. Die vom Projekt betroffenen Inselbewohner sehen das ähnlich. Sie formierten eine Bürgerrechtsbewegung, die Proteste an den Zufahrtswegen von Próspera organisiert. »*Die Krypto-Kolonialisten sollen verschwinden*«, skandieren die von dem Projekt benachteiligten Einheimischen.

Auch der Regierung von Honduras erschien das Projekt zunehmend suspekt. Denn es bedrohe die nationale Souveränität. Im Rahmen einer TV-Ansprache warnte die Präsidentin von Honduras, Xiomara Castro, unlängst davor, dass »*die gleichen, dunklen, externen Kräfte wie 2009 mit Unterstützung der internationalen Medien einen Coup d'Etat im Lande planen*«. Zum damaligen Zeitpunkt hatte ein vom angloamerikanischen Hegemon orchestrierter

Regimewechsel für politisches Chaos im Land gesorgt – und jene illegitime Regierung an die Macht gebracht, die den Próspera-Deal mit Thiel unterzeichnete.

Im Lichte dieser Befürchtungen begann die Regierung von Honduras im Jahr 2022 damit, Próspera einige seiner Sonderrechte zu entziehen. Zum Beispiel die Steuerbefreiung. Darauf reagierte das Konsortium von Thiel, Altman und Andreesen mit einer Klage vor dem »*International Center for Settlement of Investment Disputes*« (ICSID), dem »*Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten*«, einer fragwürdigen Schiedsinstitution – man könnte es auch Tribunal nennen – unter Ägide der Weltbankgruppe. Streitwert der von Thiel und Co. angestrengten Klage: 10,775 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Das Bruttosozialprodukt des Gastlandes liegt bei knapp 34 Milliarden US-Dollar. Sollten Thiel und seine ZEDE-Investoren vor dem ICSID Recht bekommen – und das scheint nach Lage der Dinge sogar wahrscheinlich, weil das ICSID Tendenzen zeigt, im Sinne der klagenden Unternehmen zu entscheiden – wäre Honduras bankrott.

Kein Einzelfall im Umgang mit Thiel. Mit erklagten Schadensersatzzahlungen in Höhe von 140 Millionen US-Dollar trieb er im Rahmen einer persönlichen Fehde bereits 2016 den Yellow-Press-Blog Gawker in die Insolvenz, weil dieser ihn als homosexuell geoutet hatte. Nur ein Jahr später heiratete Thiel dann aber seinen Lebensgefährten Matt Danzeisen. Das Gawker-Outing scheint ihm demnach nicht allzu viel Schaden zugefügt zu haben.

Ganz anders erging es einem Liebhaber des Milliardärs. Thomas, so der Name des 35-jährigen Mannes, wurde am 8. März 2023 tot vor einem luxuriösen Apartmentkomplex in Miami aufgefunden. Obwohl Freunde, Kollegen und Follower von Thomas diesem eine durchweg positive Lebenseinstellung attestierten

und Thomas noch am Todestag um 11:43 Uhr, wenige Stunden vor seinem überraschenden Ableben, Bilder eines entspannten Spa-Aufenthaltes auf Social Media postete, soll sich das männliche Model kurz nach dieser Relax-Einheit in den Tod gestürzt haben. Ohne erkennbares Motiv. Ohne Abschiedsbrief. Die Polizei stuft den Fall dennoch als Selbstmord ein. Eine Fremdeinwirkung sei nicht erkennbar.

Das ließen die Ermittlungsbehörden auch in Bezug auf den Tod des pädophilen Menschenhändlers Jeffrey Epstein verlauten – obwohl anhand dessen Todesumständen auch für Laien unschwer festzustellen ist, dass er sich kaum selbst das Leben nahm. Epstein wusste zu viel, führte über jeden seiner Kunden ein Dossier. Viele davon hatte er mittels Kompromat in der Hand. Aus diesem Grund waren Epsteins Villen, Häuser und Apartments mit Kameras und Mikrofonen gespickt. Leider verschwanden seine Aufzeichnungen, Dossiers und Dokumente noch bevor die Behörden seine Besitztümer durchsuchten. Lediglich eines seiner Adressbücher und ein paar Flugpläne blieben der Öffentlichkeit erhalten, weil der Butler seines Anwesens in Palm Beach eine Kopie anfertigen und dem FBI übergeben konnte. Auf der Webseite www.epsteinsblackbook.com können diese Originale abgerufen werden. Peter Thiels Name taucht im Gegensatz zu Bill Clinton, Bill Gates oder Robert F. Kennedy Jr. weder in Epsteins Adressbuch noch in den Flugplänen seines »*Lolita Express*« auf – dafür aber in diversen E-Mails von Epsteins Assistentin.

Nach Informationen der New York Times vom 18. Mai 2023 dürften sich Epstein und Thiel im Lauf des Jahres 2014 mehrfach zu Lunch und Dinner getroffen haben. Was dabei besprochen wurde, ist nicht bekannt. Ein Artikel von Whitney Webb für die Mint Press News vom 6. September 2019 legt allerdings anhand

einer Vielzahl von Quellen nahe, dass Peter Thiel zentraler Teil von Epsteins erweitertem Netzwerk war. Ein Netzwerk, dass eng mit Mossad und CIA kollaborierte, um den supranationalen Observationskorporatismus der »*neuen Normalität*« aufzugleisen. In Anbetracht von Palantirs heutigem Operationsrahmen eine durchaus plausible These.

Und auch sonst hatten Thiel und Epstein einiges gemeinsam. Beide waren besonders kreativ, wenn es darum geht, ihre Milliarden dem Zugriff der Steuerbehörden zu entziehen. Zu diesem Zweck missbrauchte Thiel unter anderem Roth IRA, eine dröge Rentenkasse, die Amerikaner zum Sparen für den Lebensabend motivieren soll, und verwandelte sie in ein steuerfreies Sparschwein.

Das zeigen vertrauliche Daten der US-Steuerbehörde IRS. Über Aktiengeschäfte, die dem Normalbürger gar nicht zur Verfügung stehen, verwandelte Thiel ein Rentenkonto, das im Jahr 2009 noch einen Wert von weniger als 2.000 US-Dollar auswies, in ein steuerfreies Anlagekonto, das Mitte 2021 bereits fünf Milliarden Dollar wert war. Zum Vergleich: Zahlten alle 2,3 Millionen Einwohner von Houston, Texas, heute gleichzeitig 2.000 US-Dollar auf ihr Roth IRA-Konto ein, wären diese Einlagen zusammengenommen noch immer nicht so viel Wert wie Thiels persönliches Rentenkonto. Dass der gebürtige Frankfurter auch ohne sein IRA-Sparschwein bereits 12,2 Milliarden Dollar sein Eigen nennt und damit Rang 192 des Bloomberg Milliardärsindex einnimmt, sei nur am Rande erwähnt.

Wer, wie Thiel, ein Händchen für die wundersame Vermehrung von Geld hat, mischt natürlich auch auf dem boomenden Kryptomarkt mit. Ein aktueller Artikel von Mark Goodwin für Unlimited Hangout widmet sich dem Thema und erklärt einleitend:

»*Hier liegt das Geheimnis des erfolgreichsten Unternehmerkartells unserer Zeit, der PayPal-Mafia, auf ihrem fast 30-jährigen Weg zur totalen Vorherrschaft bei Online-Zahlungen im US-amerikanischen Regulierungssystem des Netzwerkzeitalters: Finde einen noch wenig erforschten Bereich und beherrsche ihn. Peter Thiel, der Gründer und erste CEO von PayPal, führte diese Idee noch einen Schritt weiter, indem er freien Wettbewerb als geschäftsschädigend bezeichnet – ein wesentliches Detail, um zwischen Marktliberalen und Kartellkapitalisten wie Thiel und seinen PayPal-Mafia-Buddys unterscheiden zu können. Diese Geschäftspraktiken veranlassten das deutsche Bundeskartellamt, wegen unlauterer Geschäftspraktiken gegen PayPal zu ermitteln* (…). »*Die meisten Wirtschaftsbücher sagen ihnen, wie sie effektiver konkurrieren können, meines nimmt eine andere Position ein und sagt ihnen, dass sie als Gründer oder Unternehmer nicht konkurrieren sollten. Ihr Ziel sollte immer sein, ein kreatives Monopol in einem neuen, noch unerforschten und unterentwickelten Bereich zu schaffen. Ich denke, das ist der Schlüssel zu großen Unternehmen*«, *schreibt Thiel.*«

Weiter führt Goodwin aus:

»*FTX nahm ebenfalls die Dienste der US-Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell in Anspruch, die zuvor Thiel und Keith Rabois von der PayPal-Mafia beschäftigt hatte – ganz zu schweigen von der Anstellung des ehemaligen CIA-Direktors Allen Dulles. Die Verbindungen zu FTX* (…) *führten zu einer Klage, in der der Kanzlei vorgeworfen wurde, mit FTX konspiriert zu haben, um Investoren zu täuschen. Das Unternehmen verdiente mehr als 180 Millionen Dollar an Gebühren für seine Arbeit im FTX-Konkurs, was laut der Klage etwa 10 Prozent des Umsatzes im Jahr 2022 entspricht. Thiel selbst war Aktionär von FTX. Und PayPal investierte zusammen mit Alameda Research in die von Max Levchin beratene Anchorage Digital, die einzige von der OCC zugelassene Kryptobank. Anchorage*

*Digital gab kürzlich bekannt, dass es Prämien für PayPals PYUSD ausgeben wird. Der Emittent von PYUSD, Paxos, wurde ebenfalls von Alameda Research finanziert.*«



Im Zuge der Lektüre von Goodwins Text wird rasch klar, das Thiel darum bemüht ist, das Finanzsystem neu auszurichten. Weg vom staatlichen Geldmonopol – hin zu privatwirtschaftlichen Strukturen. Wobei man diese Bemühungen nicht als libertär betrachten sollte. Denn Thiel geht es um Monopolbildung. Um einen digitalisierten Dollar. Um eine digitale Weltleitwährung, die er mit seinem Investmentnetzwerk dominiert. Dazu engagiert er sich massiv im Bereich Kryptowährungen, beziehungsweise Stablecoins.

»*Bitcoin hat möglicherweise die Diskussion darüber angestoßen, die Kapitalschöpfung wieder in die Hände der Menschen zu legen. Die Unfähigkeit von Bitcoin, einen Konsens über Änderungen zu erzielen, die erforderlich sind, um die Anforderungen eines wirklich globalen Zahlungssystems zu erfüllen, hat jedoch eine enorme Nachfrage nach dollargestützten Stablecoins geschaffen. Dieses neue Territorium wird vom herrschenden Finanzmarktkartell übernommen werden*«, so Goodwin.

**»Irgendwann werde ich vielleicht mehr über einen bestimmten Sparringspartner zu sagen haben. Aber sie wissen ja, Glashäuser und so. Also sage ich jetzt erst einmal nur: Gut gespielt, du hast gewonnen.« (Sam Bankman-Fried, FTX, 10.11.2022)**

Zu dem Zeitpunkt, als FTX zusammenbrach, wurde deutlich, dass vergleichbare strukturelle Probleme im Regionalbankensystem der USA bestanden. Es folgten die Insolvenzen von Silvergate, Signature und der Silicon Valley Bank. Bei genauerer Analyse dieser Vorgänge und Probleme zeigten sich rasch Verbindungen

zu Peter Thiel, den Stablecoin-Herausgebern und Granden der Blockchain-Branche. Parallel wurde vom US-Senat ein Stablecoin-Gesetz diskutiert, das unter Einfluss von Lobbyisten des CoinCenter entstand. Viele Passagen bezogen sich auf die Folgen der FTX-Pleite und Möglichkeiten, wie aus Sicht des herrschenden Finanzmarktkartells darauf reagiert werden muss. Wer von derartiger Legislatur profitieren würde, liegt nahe.

Ja, Thiel akkumuliert mit seinem Kapital eine ungeheure Macht. Und das nicht nur am Finanzmarkt. Eine letale Macht. Getreu seinem Motto: »*Wettbewerb ist was für Verlierer*«. Thiel will Monopole. Das ist seit über einem Jahrhundert auch die Maxime des Rockefeller-Clans. Das Ergebnis kennen wir. So erlauben Thiel seine diversen Investmentvehikel, massiven Einfluss auf die Tech-Industrie, auf Politik und Gesellschaft sowie die Entwicklung neuer Technologien zu nehmen und diese erfolgreich am Markt zu positionieren. Siehe Rumble. Sein Netzwerk *ist* der Markt.

Mit Palantir übernimmt er die Drecksarbeit für Militärs und Geheimdienste und setzt Projekte um, die für Staatsorgane verfassungsrechtlich problematisch sind. So dürfte er heute den mächtigsten Spionagekonzern der Welt besitzen. Mit JD Vance hat er künftig vermutlich einen direkten Draht zum Weißen Haus. Seit 2007 hat Thiel zudem an jedem Bilderberg Meeting teilgenommen. Themenschwerpunkt des diesjährigen Treffens in Madrid im Juni 2024: Krieg, KI – und mehr Krieg. Seit ein paar Jahren sitzt er zudem im Steuerkreis der verschwiegenen wie einflussreichen Geostrategen-Konferenz. Genau wie der ehemalige Google-CEO Eric Schmidt. Darüber hinaus ist Palantir seit 2017 regelmäßiger Gast der Münchner Sicherheitskonferenz. Und auch beim Weltwirtschaftsforum (WEF) darf Thiel natürlich nicht fehlen. Mit seinem Founders Fund ist er auf der WEF-Homepage als »*Partner*« gelistet.

Über all diese Themen hätte Joe Rogan mit Thiel sprechen können. Getan hat er es nicht. Warum, wissen wohl nur er – und Peter Thiel.

Thiels Biograph – Max Chafkin – hat aber offensichtlich triftige Gründe dafür, dass er im September 2021 im Rahmen eines Interviews beim TIME Magazine anmahnt, dass »*wir alle Angst vor der Macht von Peter Thiel haben sollten*«.



Montagnola, am 20. September 2024

# Der letzte Raubzug

**Die Finanzkrise 2008, ausgelöst von einer Immobilienblase, offenbarte, dass das Bretton-Woods-System am Ende ist. Ein Zombie. Doch der Kollaps blieb aus. Die »Protected Class«, die »systemrelevanten« Institutionen waren noch nicht bereit dafür. Jetzt sind wir mit der um ein Vielfaches größeren »Everything Bubble« konfrontiert, einer allumfassenden Marktblase – und die Vorbereitungen für eine profitable Abwicklung des Weltfinanzsystems sind nahezu abgeschlossen. Der nächste Crash könnte daher nicht nur deutlich fataler, sondern auch der letzte sein. Das frei verfügbare Buch »Die große Enteignung« von David Rogers Webb erklärt, warum.**

Erinnern sie sich noch an die Weltfinanzkrise 2008? Ausgelöst durch eine von Bankenkartellen kreierte Preisblase am US-Immobilienmarkt, die Schaffung von Schattenbanken, geschönte Kreditbewertungen, korrupte Ratingagenturen und Zahlungsausfälle bei Subprime-Krediten geriet das Weltfinanzsystem ins Wanken. Kern der Krise war der Umstand, dass Banken und Hypothekenmakler jahrelang Kredite in Milliardenhöhe an Verbraucher ohne jegliche Sicherheiten vergaben. In einem selbst für Finanzprofis intransparenten Verfahren wurden diese Kredite anschließend in sichere Wertpapiere umgewandelt – in »Collateralized Debt Obligations« (CDO), forderungsbesicherte Wertpapiere – und von US-Investmentbanken an Institutionen, Unternehmen und Privatanleger in aller Welt verkauft. So schlummerten die CDOs,

von Börsianern gerne als »*Giftmüll*« bezeichnet, in den Portfolios der Kunden – bis die nicht solventen Schuldner ihre Raten nicht mehr bedienen konnten. Der Rest ist Geschichte.

Der Wert der ungedeckten Derivate und Finanzinstrumente umfasste 2008 circa das zwanzigfache des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Selbiges belief sich damals auf 64,21 Billionen US-Dollar. Gut 64.000 Milliarden. Sprich, es handelte sich um eine Blase von 1.280.000 Milliarden. Zur Verdeutlichung: Billionen, das sind diese langen Zahlenreihen mit zwölf Nullen.

Nach Berechnungen von Deborah J. Lucas, Direktorin des »MIT Golub Center for Finance and Policy«, beliefen sich die von der US-Regierung finanzierten Bail-outs für »*systemrelevante Banken*« in den Jahren 2008 bis 2009 auf eine Summe von 498 Milliarden US-Dollar. Auch die deutsche Regierung beschloss am 13. Oktober 2008 »*das teuerste Gesetz der deutschen Geschichte*« und spannte einen monetären Rettungsschirm im Wert von fast 500 Milliarden Euro. Beraten wurde Berlin dabei von der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, die primär für Großbanken tätig ist und dem Bundesfinanzministerium weitere 160.000 Euro in Rechnung stellte. Auch Frankreich, die Niederlande, Spanien und Österreich beschlossen damals milliardenschwere Rettungspakete für den Finanzsektor. Entsprechend rasant wuchs die Staatsverschuldung. Vor allem in den USA. Ihre wohlverdienten Boni erhielten die Top-Manager jener Finanzinstitute, »*die sich gerade erst selbst in die Luft gejagt hatten*«, wie die New York Times es ausdrückte, aber natürlich trotzdem. Dem Steuerzahler sei Dank.

Das Zentralbankenkartell sah die Krise der Geschäftsbanken selbstredend als Chance. Als Chance auf mehr Macht. Auf mehr überstaatliche Kontrolle. Demzufolge gründete es im Rahmen des G20-Gipfels 2009 das »Financial Stability Board« (FSB), das

seinen Sitz bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel hat und wohl eines der mächtigsten Finanzgremien der Welt darstellt. Siehe die Liste der FSB-Mitglieder.

Als sich Anfang 2010 abzeichnete, dass Griechenland die Zahlungsunfähigkeit droht, nutzten die führenden Akteure des überstaatlichen Großkapitals auch diese Chance, um ihren Einfluss auf nationale Finanzmärkte und -institutionen massiv auszuweiten. Sie riefen den Euro-Rettungsschirm ins Leben, der aus ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), EFSM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus) und EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) besteht. Auch die Diskussion um eine Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone flammte seinerzeit wieder auf. Eingeführt wurde sie damals nicht. Obwohl der SPIEGEL noch 2014 vehement dafür plädierte. Ersatzweise kamen dafür 2020 die Corona-Bonds, also EU-Staatsanleihen, für die EU-Staaten gesamtschuldnerisch Kredite am Kapitalmarkt aufnehmen. So wurde denn auch die letzte große Krise »kreativ genutzt«.

Ein in Konkurswellen wiederkehrendes Szenario. Schon die erste US-Zentralbank, deren private Eigner zu 80 Prozent aus Großbritannien stammten, musste 1792 durch einen Bail-out gerettet werden. Und kaum ist das marode Fundament des von Gier zerfressenen Elfenbeinturms der Finanzmacht wieder halbwegs gekittet, machen die Verursacher der Krise da weiter, wo sie aufgehört haben – und legen noch eine Schippe drauf. Der Wall-Street-Crash von 1929, die Große Depression von 1929 bis 1942, die Rezession der frühen 80er, die Dot-com Bubble, oder die Immobilien-Blase 2007/2008 – immer sind es die Profiteure des zügellosen Kasino-Kapitalismus, die den Finanzmarkt zuerst an den Rand des Kollaps spekulieren, um diesen dann vom Staat, beziehungsweise vom Steuerzahler abwenden zu lassen und sich

im Zuge der Rettungsaktionen noch schamlos zu bereichern. Allein zwischen 1970 und 2007 wurden 124 Bankenkrisen, 326 Währungskrisen und 64 Staatsverschuldungskrisen auf nationaler Ebene gezählt. Und keine davon brachte die mafiös operierenden Bankenkartelle, oder ihre Handlanger im Staatsapparat zur Räson. Au contraire.

So haben wir es nach Ansicht diverser Analysten mittlerweile mit der »*größten Blase aller Zeiten*« zu tun. Die Finanzmarktzeitschrift Capital warnte schon am 30. März 2019 davor, dass die kumulierten weltweiten Schulden des Vorjahres mit 184 Billionen US-Dollar zu Buche schlugen – während das globale BIP für diesen Zeitraum bei nur 86,25 Billionen US-Dollar lag. Dann kam Corona. Die Staatsverschuldung explodierte abermals. 80 Prozent aller heute zirkulierenden US-Dollars wurden zwischen Januar 2020 und Oktober 2021 geschöpft. In einem Monat wurde mehr Geld »*gedruckt*« als zuvor in zwei Jahrhunderten. Deutschland ist Ende 2023 mit knapp 2.500 Milliarden Euro verschuldet. Nähme der deutsche Staat keine neuen Kredite auf und tilgte jeden Monat eine Milliarde, wäre dieser Schuldenberg erst 2232 abgetragen. Die USA müssten im gleichen Modus Operandi bis ins Jahr 2450 zahlen, um ihre Staatsverschuldung abzubauen. Eine Illusion. Diese Schulden existieren nicht, um getilgt zu werden, sondern um Länder in Schuldknechtschaft zu halten.

Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Denn die »*Everything Bubble*«, die »*Alles-Blase*«, hat weitaus bedrohlichere Ausmaße als die kumulierten Schulden von Staaten, Wirtschaft und Privathaushalten angenommen. Es handelt sich um eine Finanzblase, die den Immobilien-, Aktien-, Versicherungs-, Renten- und Derivate-Markt umfasst. Allein der Derivate-Komplex der Blase beläuft sich aktuell auf das zehnfache des globalen BIP – das 2023 bei 104,79 Billionen US-Dollar lag – also auf knapp 1.048 Billionen Dollar. Über eine

Billiarde an undurchsichtigem, toxischem »*Giftmüll*«. Hinzu kommen ein exorbitant überhitzter Aktienmarkt, Kreditkarten- und Leasing-Blasen sowie ein aufgeblähter Krypto-Markt, dem kein Realwert gegenübersteht. Eine »*allumfassende Marktblase*«, nennt es der Ex-Hedgefonds-Manager und Finanzmarktspezialist David Rogers Webb in seinem 2023 veröffentlichten Buch »*Die große Enteignung*« – dem vielleicht wichtigsten Buch dieser Tage.

Wichtig deshalb, weil wir im Lichte der von Webb angeführten Informationen bei der nächsten Stimmungsschwankung König Mammons wohl nicht mehr so glimpflich davon kommen wie 2008. Finanzhistoriker wie Harry Dent warnen in puncto »*Everything Bubble*« gar vor dem »*größten Crash unseres Lebens*«. Nutzte die Banken-Oligarchie bisherige Krisen, um Staats-, also Volksvermögen zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren – siehe Griechenland – oder, um sich über Bail-outs erst Milliarden an Steuergeldern und mit diesen ihre Konkurrenten einzuverleiben, drohen beim nächsten Kollaps weitaus verheerendere Konsequenzen. Webb beschreibt und belegt anhand von offiziellen Dokumenten eine ins Haus stehende Zäsur ungeahnten Ausmaßes, die weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit eingeleitet wurde. Einen Paradigmenwechsel, der die vollständige Enteignung jeglicher Form von Privatbesitz ermöglicht. Für den letzten großen Raubzug der Prädatorenkaste.

Dass Gefahr im Verzug ist, scheinen auch Investment-Granden wie Warren Buffet zu bemerken. Der stieß mit Ende Juni 2024 bereits das siebte Quartal in Folge Aktien in großen Mengen ab – ein Volumen von 131,6 Milliarden US-Dollar seit Oktober 2022.

**»Obwohl er Investoren dazu auffordert, nicht gegen Amerika zu wetten, und den Wert langfristiger Investitionen betont, stehen Buffetts kurzfristige Maßnahmen**

**nicht im Einklang mit seiner Langfriststrategie. Aber er ist nicht allein.« (Yahoo Finance, 21.09.2024)**



Was also prognostiziert Webb? Was erwarten Milliardäre wie Buffet, die mit ihrer Handelsstrategie implizieren, dass Vorsicht geboten ist?

»*Die große Enteignung*« beschreibt, wie Strukturreformen im Bereich länderübergreifenden Risikomanagements sowie nachgelagerte legislative Winkelzüge ein System geschaffen haben, dessen singulärer Zweck es ist, zu kollabieren. Diese Implosion des Finanzmarktes soll genutzt werden, um das gesamte Anlagevermögen zu enteignen – ob von Privathaushalten, Betrieben, Rentenkassen oder Geschäftsbanken. Alles.

Überleben werden dieses Szenario nur die »*systemrelevanten*« Banken und Konzerne, Häuser vom Schlage JP Morgan Chase, die in US-Gerichtsurteilen (siehe S. 34) mittlerweile als »*The Protected Class*«, die geschützte Klasse bezeichnet werden. Jene Klasse, die über dem Gesetz steht. Jene Klasse, die das System geschaffen hat, das sie nun zum eigenen Vorteil zerstört. Das Ziel: Die Einführung von digitalem Geld *(*CBDC). Von totaler Kontrolle über jede Finanztransaktion. Und auf dem Weg dorthin nimmt man natürlich noch mit, was geht.

Orchestriert wird diese finale Enteignungsrunde über ein Netz nebulöser Institutionen. Die Clearinggesellschaften. Das sind Unternehmen, die auf Basis von Verträgen mit ihren Mitgliedern Saldierung betreiben indem sie den Ausgleich gegenseitiger Forderungen und Verbindlichkeiten durch Clearing vornehmen. Schon der in London lebende Karl Marx kannte Clearinghäuser und schrieb in seinem Buch Das Kapital auf Seite 363: »*Das bloße Ökonomisieren des Zirkulationsmittels erscheint am höchsten*

*entwickelt im Clearing House, dem bloßen Austausch von fälligen Wechseln, und der vorwiegenden Funktion des Geldes als Zahlungsmittel zum Ausgleich bloßer Überschüsse*«. Derartige Unternehmen sind also nicht neu. Allerdings veränderte sich ihre Rolle für das Weltfinanzsystem in den zurückliegenden Dekaden dramatisch.

Bei einschlägigen Online-Enzyklopädien liest man diesbezüglich:

»*Aufgrund der Finanzkrise ab 2007 wurden vermehrt Bestrebungen erkennbar, Clearinghäuser für diverse Arten von Finanzprodukten zu errichten. Insbesondere die Gründung von Clearingstellen für Credit Default Swaps (CDS) rückte in den Fokus der politischen und regulatorischen Diskussion mit dem Ziel, zukünftig die Risiken dieser Produkte abzusichern.*«

»*Absichern*« bezieht sich in diesem Fall natürlich nur auf die »*Protected Class*«. Denn die neue Rolle der Clearinggesellschaften, oder Central Clearing Counterparties (CCP), besteht darin, das Gesamtvermögen der Zivilgesellschaft einzusammeln, damit es die »*geschützte Klasse*« beim nächsten Kollaps vereinnahmen kann. Denn Bail-outs waren gestern. Mittlerweile sind die Finanzmarktgesetze in praktisch allen Ländern so modifiziert worden, dass nicht mehr der Staat eingreifen muss, wenn eine Bank in Schieflage gerät. Der Steuerzahler wird also verschont. Glück gehabt! Könnte man meinen. Denn künftig werden die Banken sich selbst retten. Dies allerdings über Bail-ins – die sogenannte Gläubigerbeteiligung – sprich, mit den Einlagen und Anlagen der Kunden, die bei einer existenziellen Krise schlichtweg konfisziert werden.

Um diesen Prozess zu internationalisieren und nationalstaatliche Regularien zu umgehen, wurde ein Netz von Clearinggesellschaften

und CCPs installiert: Options Clearing Corporation (OCC), CME Clearing, Euroclear, Eurex Clearing, Cboe Clear Europe, et cetera. Diesen Unternehmen übertragen Banken und Vermögensverwalter das Management ihrer Sicherheiten und Risiken. Die Clearinggesellschaften saldieren diese untereinander.

Im Falle ihrer Hausfinanzierung, werter Leser, bedeutet das beispielsweise, dass die Sicherheit – die Immobilie – und das Risiko – der für den Hauskauf gewährte Kredit – bei der Clearingstelle hinterlegt sind, um damit andere Sicherheiten und Risiken ihrer Bank gegenüber Clearingmitgliedern, mit denen diese in Geschäftsbeziehungen steht, auszugleichen. Und zwar anonymisiert. Ihre Immobilie, ihr Aktienportfolio, oder ihr Kredit werden bei der Clearinggesellschaft also nicht auf ihren Namen geführt, sondern in einem Paket anonymisierter Sicherheiten und Risiken verwaltet, das ihre Bank im Vorfeld geschnürt hat. So »*besichern, optimieren und mobilisieren*« Banken ihr Vermögen grenzüberschreitend, wie Euroclear es nennt. Dass Besitz, Vermögen, Anlagen und Verbindlichkeiten von Privatpersonen dabei zu anonymisierten Derivaten auf dem Interbankensektor verkommen, tangiert das Finanzmarktkartell peripher.

Allein Euroclear verwaltet über 35 Billionen Euro (Stand 2020) und »*mobilisiert*« pro Tag Sicherheiten im Wert von 1,8 Billionen Euro – ist damit aber noch eines der kleineren Clearinghäuser. Unbemerkt von der Öffentlichkeit avancierte dieses supranationale Clearing-Netzwerk, das aus ein paar Dutzend privater Unternehmen besteht, zum zentralen Element des Weltfinanzsystems. Einem sehr fragilen Element.

Am 25. April 2024 vermeldete Reuters unter der Überschrift »*Regulierungsbehörden müssen auf gescheiterte Clearinghäuser vorbereitet sein*«:

»*Vor kurzem haben die USA Vorschriften erlassen, die den 26 Billionen Dollar schweren Staatsanleihenmarkt zwingen, über Clearingstellen zu handeln. Infolge dieser Änderungen sind einige Clearingstellen für die Finanzsysteme in mehr als einer Jurisdiktion unverzichtbar geworden. Das bedeutet, dass ihr Zusammenbruch die Finanzstabilität gefährden könnte, sofern sie nicht auf geordnete Weise stabilisiert oder abgewickelt, das heißt geschlossen werden können. Das Financial Stability Board (FSB) teilte mit, sein neuer Standard* (..) *erfordert, dass ausreichende Liquidität, Verlustabsorptions- sowie Rekapitalisierungsressourcen und -instrumente zur Verfügung stehen, um die Kontinuität der kritischen Funktionen eines Clearinghauses aufrechtzuerhalten und negative Auswirkungen auf die Finanzstabilität abzumildern, sollte eine Schließung notwendig werden.* (...) *Das FSB legt sieben Ressourcen und Instrumente fest, aus denen Regulierungsbehörden auswählen müssen. Zum Beispiel von Clearinghäusern ausgegebene Bail-in-Anleihen, die abgeschrieben werden können, um Verluste auszugleichen, Abwicklungsfonds, Barabrufe während der Abwicklung und Eigenkapital in einer First-Loss-Position bei der Abwicklung.*«

Über Eigenkapital verfügen die Clearinggesellschaften aber kaum. Die Depository Trust & Clearing Corporation (DTCC), Eigentümer von The Depository Trust Company, National Securities Clearing Corporation, Fixed Income Clearing Corporation, DTCC ITP LLC, DTCC Deriv/SERV LLC, DTCC Solutions LLC, DTCC Solutions UK und Limited Solutions UK, wies am 31. März 2023 ein Eigenkapital von gerade einmal 3,5 Milliarden US-Dollar aus – während DTCC schon ohne seine Sub-Unternehmen ein Volumen von knapp 47 Milliarden Dollar »*besichert und mobilisiert*«.

Das supranationale Clearing-Netzwerk ist bewusst so strukturiert, dass die von der »*geschützten Klasse*« kontrollierten Central Clearing Counterparties (CCP) die Sicherheiten der zum Scheitern

verurteilten Clearinggesellschaften übernehmen, wenn diese grenzüberschreitend abgewickelt werden – womit das über eine Hypothek finanzierte Eigenheim, oder auch das private Aktienportfolio in den Besitz einer CCP übergeht. Die Risiken, sprich Kredite, werden die Zentralbanken übernehmen, um beim Kreditnehmer die Restforderung einzutreiben. Zu neuen, krisenbedingten Konditionen. Neben der Sollbruch-Clearinggesellschaft, die für dessen Hausbank Risiken und Sicherheiten verwaltete, hat zwischenzeitlich aber eben auch diese Hausbank Konkurs angemeldet. Guthaben, Sparbuch und Aktien des Kreditnehmers sind also weg. Bail-in und so.

Auch der Krypto-Markt bleibt nicht verschont. Das zeigt die Krypto-Verordnung der Europäischen Union. Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Mai 2023 liegt die Obergrenze für Transaktionen zwischen anonymen Wallets bei 7.000 Euro – wobei der ursprüngliche Gesetzentwurf gar bei 1.000 Euro deckelte. Für Krypto-Plattformen wie Coinbase besteht schon jetzt eine Meldepflicht zu Zahlungen, wenn plattformunabhängige Wallets dabei Beträge über 1.000 Euro transferieren. Von der vermeintlichen Anonymität einer euphorisierten Frühphase ist in einem derart durchregulierten Umfeld nicht mehr viel übrig. Wer seine Krypto-Assets bei einer Online-Plattform hortet, verliert auch diese.

Ähnlich verhält es sich mit Edelmetallen. Wobei diese weniger im Fokus stehen. Dennoch: Man sollte sich »*den großen Goldraub*« von 1933 ins Gedächtnis rufen. Die Executive Order 6102. Damals verbot die US-Regierung kurzerhand den Privatbesitz von Gold. Wer Barren, Münzen oder Goldzertifikate hielt, wurde gezwungen, diese zu einem festgelegten Kurs abzugeben. Zuwiderhandlungen konnten mit Geldstrafen von bis zu 10.000 Dollar oder zehn Jahren Haft geahndet werden. Der Staat begründete das rigorose

Vorgehen mit der desaströsen Wirtschaftslage. Das Einsammeln von Gold sei nötig, um die Stabilität der US-Währung zu gewährleisten. Ein glatte Lüge. Trotzdem galt das Verbot von privatem Goldbesitz noch ganze 40 Jahre. Erst am 31. Dezember 1974 wurde es von Präsident Gerald Ford aufgehoben.

Dass solch ein Szenario nicht in ferner Zukunft, sondern schon recht bald wieder eintreten könnte, beschreibt David Rogers Webb ab Seite 62 seines geradezu schockierenden Buches:

»*In Europa wurde 2012 die Bankenunion ins Leben gerufen.* (…) *Damit wurde in 21 Ländern die Verantwortung für Bankenpolitik von der nationalen Ebene auf die EU-Ebene übertragen.* (…) *Der Zweck der Bankenunion ist es meines Erachtens, im Krisenfall die Stabilisierung der Banken durch Verstaatlichung zu verhindern, und zwar unter dem allzu simplen Vorwand, dass die Abwicklung der Banken vollständig privat durchgeführt werden sollte damit keine Steuermittel eingesetzt werden müssen. Die Zuständigkeit für die Abwicklung aller betroffenen Bankensysteme, zu denen rund 3.000 Banken und sonstige Finanzinstitute gehören, wurde einer speziellen Behörde, dem Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board, SRB), übertragen. Die Abwicklung wird nach einem einheitlichen Mechanismus erfolgen, und unter Verwendung eines einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Mechanism, SRM).* (…) *Der Ausschuss für die einheitliche Abwicklung hat die größten Banken angewiesen, sich auf eine solvente Abwicklung vorzubereiten. Das klingt erst einmal gut, aber angesichts der Dimensionen der Blase kann damit unmöglich die Solvenz des gesamten Bankensystems gemeint sein. Ich bin überzeugt, damit ist lediglich gemeint, dass bestimmte Teile der größten Banken solvent bleiben sollen.*«

Ganz wie im Amerika des Jahres 1933.

»*Wie es aussieht, kann die Vorstellung bald beginnen!* (…) *Dass es denen da oben sehr ernst ist, entnimmt man einer Pressemitteilung des SRB aus dem Jahr 2022. Titel: Leiter der Finanzbehörden der USA, der Europäischen Bankenunion und der britischen Finanzbehörden treffen sich zu einer regelmäßigen Koordinationsübung zur grenzüberschreitenden Abwicklungsplanung*«, so Webb.

Auch ein SRB-Memo vom November 2022 macht hellhörig:

> **»Das Jahr 2023 wird das letzte in einer Übergangsperiode sein, während derer die wichtigsten Elemente des Rahmenvertrags für die Abwicklung innerhalb der Bankenunion festgelegt werden.«**

»*Die Machthaber haben ein ausgeklügeltes rechtliches Konstrukt geschaffen, um zu verhindern, dass einzelne Staaten ihre Zentralbanken anweisen, zum Schutz der Einleger mehr Geld zu schaffen. Wenn viele Billionen geschöpft werden können, um private Banken zu retten, ginge das sicherlich auch, um die Einlagen zu retten.* (…) *Dass genau dies verhindert werden soll, zeigt uns die wahre Absicht – Verarmung und Unterwerfung*«, so Webb weiter.

Folgt man seiner argumentativ schlüssigen, gut belegten These, ist die von Ida Auken im Jahr 2016 ventilierte Phrase – »*You'll own nothing and be happy*« – keine irritierende Prophezeiung, sondern längst Realität. Wenn der erste Dominostein fällt, geht's los.

**Montagnola, am 27. September 2024**

# Propositum 2040

**Die Herrschaftskaste beeindruckt nicht selten eher durch Stumpfsinn, Inkompetenz und Arroganz als durch überbordenden Intellekt. Dennoch gelingt es ihr, Ziele zu erreichen. Denn sie kollaboriert. Mittels Parteien, Stiftungen, NGOs und überstaatlichen Organisationen setzt sie gegen alle Widerstände eine transgenerationale Agenda um. Höchste Zeit, dass auch wir festhalten, was unsere Ziele sind. Dass auch wir eine Agenda definieren.**

Wer Kinder hat, muss sich dieser Tage nicht nur fragen, wie er ihnen all die Lügengebilde erklärt, die uns als Realität aufgenötigt werden, wie er sie vor der Indoktrination staatlicher Dressuranstalten schützt, oder wir er sie auf zerrüttete Sozialstrukturen vorbereitet, für die die Umschreibung »Ellenbogengesellschaft« allenthalben eine Aufwertung darstellt. Die Jugend von heute muss nicht nur vor negativen Einflüssen geschützt werden. Es genügt nicht, dem Sprössling zu erklären, was schief läuft, falsch ist und abgeschafft werden muss. Nachfolgende Generationen bedürfen eines lebensbejahenden Programmes, dem sie zuversichtlich in die Zukunft folgen können. Sie müssen inspiriert, von etwas Positivem angetrieben, getragen und geleitet werden. Sie benötigen einen Wertekatalog, ein Koordinatensystem, das sie für Kommendes wappnet. Die Kinder von heute müssen wissen, wofür es sich zu leben, zu kämpfen und zu leiden lohnt. Sie müssen erkennen, was es zu erreichen gilt. Sie brauchen Ziele. Und es ist an uns, ihnen ein entsprechendes Manifest mit auf den Weg zu geben.

Die supranational operierende Kriminalität der Prädatorenkaste behält nicht die Oberhand, weil sie von exorbitanter Intelligenz gesegnet ist. Sie dominiert die Entwicklungsprozesse, weil sie finanzielle, militärische und sozialarchitektonische Macht auf sich vereinigt. Weil sie kollaboriert. Finanzkartelle, Monopole, Parteien, Gremien, Ausschüsse, Stiftungen, NGOs, Clubs, überstaatliche Organisationen – gemeinsamen verfolgen sie beharrlich ein und dieselbe Agenda. Über Generationen hinweg. Zwei Schritte vor, einen zurück. Bis die UN-Nachhaltigkeitsziele umgesetzt, digitale Ausweise verpflichtend, biometrische Überwachungssysteme flächendeckend ausgerollt und 15-Minuten-Städte Realität sind.

Wollen freiheitsaffine Kräfte dieser stoischen Konstanz illegitimer Herrschaftsansprüche etwas entgegensetzen, genügt es nicht, deren Umtriebe ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Denn die Wahrheit ist längst in aller Munde. Auch wenn viele die Augen davor verschließen.

Überfällig ist dagegen die Formulierung einer kohärenten Vision, eines Ideals, die Schaffung eines imaginären Prototyps, der ein lebenswertes Morgen sicht- und greifbar werden lässt. Es ist höchste Zeit, Ideen zu Papier zu bringen, auf die die Mutigen von morgen zurückgreifen können. Der gegen supranationalen Klassenkampf von oben ins Feld ziehende Widerstand muss Ziele artikulieren, denen es nachzueifern gilt. Es ist an uns, und zwar hier und jetzt, das Utopia einer wünschenswerten Nachwelt an den Horizont zu projizieren, einen Fixstern, damit aus diesem noch schwer fassbaren Wegweiser eine selbsterfüllende Prophezeiung werden kann. Ringen wir heute um Konsens in Bezug auf die Ziele, werden daraus vielleicht morgen jene Institutionen, in denen wir zusammen an deren Umsetzung arbeiten.

In Teilbereichen findet das durchaus schon statt, siehe Aufarbeitung der Corona-Krise oder Bildungswesen, nicht aber auf der überstaatlichen Ebene einer Agenda 2030. Dabei wäre es ein Leichtes, den Leidensgenossen anderer Länder die Hand zu reichen, um einen echten Völkerbund ins Leben zu rufen. Einen, der nicht von Finanzoligarchen dominiert und zum Zwecke der Machtergreifung instrumentalisiert wird. Wenn wir aber selbst nicht wissen, und artikulieren, wo wir in 15, 30 oder 50 Jahren stehen, in was für einer Welt wir leben wollen, wird der Aufruf, uns auf dem zweifellos sehr steinigen Pfad dorthin zu begleiten, schwerlich Begeisterungsstürme auslösen.

**Schon Gotthold Ephraim Lessing wusste: »Der Langsamste, der sein Ziel nicht aus den Augen verliert, geht noch immer geschwinder als jener, der ohne Ziel umherirrt.«**

Daher folgend sechs Maximen, auf deren Basis sich detailliertere, quantifizierbare Ziele definieren lassen:

1. Alle Menschen sind frei, gleich und ihre Würde ist unantastbar.
2. Die souveräne Autonomie des Individuums ist unter allen Umständen zu wahren.
3. Fauna und Flora sind als dem Menschen ebenbürtige biologische Systeme zu schützen.
4. Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit gelten absolut und dauerhaft.
5. Staat und Gesellschaft organisieren sich nach dem Subsidiaritätsprinzip.
6. Gewalt und Kriegsführung sind einer aufgeklärten Gesellschaft unwürdig und zu ächten.

Orientiert man sich an diesen Leitmotiven, lassen sich daraus präzisere Fernziele ableiten, die in handhabbare Einzelschritte, oder Teilprojekte untergliedert und dadurch organisatorisch gangbar gemacht werden können.



Dementsprechend folgend mein Vorschlag für 17 Unabhängigkeitsziele:

1. Garantierte Wahrung der Menschenwürde: Kein Mensch darf aufgrund seiner Physis, Herkunft, Eigenschaften, Überzeugungen, Fähigkeiten, sexuellen Orientierung oder gesellschaftlichen Position bevorzugt oder benachteiligt werden.
2. Unveräußerliche Souveränität und Autonomie des Individuums: Keine Gruppierung, Organisation oder Institution ist befugt, die souveräne Autonomie des Individuums in Frage zu stellen oder zu schwächen. Alle Entscheidungsgewalt hinsichtlich persönlicher Belange geht ausschließlich vom Individuum aus.
3. Konstante Orientierung am voluntaristischen Prinzip: Soziale und ökonomische Interaktionen und Prozesse orientieren sich am voluntaristischen Prinzip – sie basieren ausnahmslos auf Freiwilligkeit. Dabei hat jeder Mensch das unverletzbare Recht auf Privatsphäre und den vollumfänglichen Schutz privater Daten.
4. Etablierung eines freiheitlich-transparenten Rechtsrahmens: Es gilt das Natur- und Vernunftrecht als überzeitliche Konzeption nach kantischer Tradition. Sprich: Alles, was die die souveräne Autonomie anderer nicht gefährdet, negativ berührt, oder einschränkt, ist erlaubt.
5. Umfassender Schutz der Umwelt: Fauna und Flora, Lebensgrundlage des Menschen, sind als ebenbürtige biologische Systeme zu achten und vor Zerstörung, Missbrauch, Ausbeutung, Verschmutzung und Privatisierung zu bewahren.

6. Allgemeiner Zugang zu globalen Gemeingütern: Die globalen öffentlichen Güter – Wälder, Flüsse, Seen, Ozeane, Atmosphäre und natürliche Ressourcen – stehen jedem Menschen jederzeit zur freien Verfügung. Sie gehören allen und niemandem.
7. Die Gedanken sind frei: So auch der Debattenraum. Demzufolge kann das Recht auf freie Meinungsäußerung zu keinem Zeitpunkt, von keiner Person und keiner Organisation beschnitten, kriminalisiert oder abgeschafft werden.
8. Die Kunstfreiheit ist garantiert: Die Freiheit der Kunst ist absolut. Sie kann zu keinem Zeitpunkt, von keiner Person oder Organisation beschnitten, kriminalisiert oder abgeschafft werden. Der Staat nimmt keinen Einfluss auf ihre Entstehung, Verbreitung oder Rezeption.
9. Unabhängige Medien als Kernelement des Pluralismus: Journalismus und Publizistik sind freie, unregulierte Domänen, die einen pluralistischen Debattenraum fordern, schaffen, fördern und erhalten und sich dem Einfluss von Partikularinteressen verwehren. Medien entziehen sich staatlicher Einflussnahme und unterliegen zu keinem Zeitpunkt einer Zensur.
10. Wissenschaftlicher Fortschritt im Sinne aller: Wissenschaft und Forschung dienen dem Gemeinwohl. Ihre Kernaufgabe besteht im Erarbeiten, Bestätigen und Falsifizieren von Thesen. Sie verwehren sich externer Einflussnahme, finanzieren sich über den Nutzwert ihrer Arbeiten für die Allgemeinheit und handeln grundsätzlich im Sinne des Nürnberger Codex.
11. Basisdemokratische Strukturen und schlanker Staat: Staatliche Strukturen organisieren sich dezentral und folgen dem Subsidiaritätsprinzip. Ihr Handeln orientiert sich ausnahmslos an der vom Souverän definierten Verfassung. Alle Gesetze und Gesetzesänderungen werden dem Souverän zum Referendum vorgelegt. Ein qualifiziertes Votum erfordert die Teilnahme von mindestens 75 Prozent der Stimmbürger. Die Verabschiedung eines Gesetzes bedarf einem Stimmanteil von 80 Prozent.

Parlamentarische Repräsentanten, die vom Souverän in freier, öffentlicher Abstimmung nach Vorbild der Landsgemeinde gewählt werden, dienen diesem bis zur jederzeit durchführbaren Abwahl, für die eine einfache Mehrheit genügt. Die Bildung einer Zentralregierung auf Bundesebene findet nicht statt. Den Notstand erklärt der Souverän.

12. Sicherung staatlicher Souveränität bei minimaler Bürokratie: Der Nationalstaat ist souverän, neutral und konstituiert sich direktdemokratisch. Öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnerships) sind untersagt. Das Parlament tritt nach dem Miliz-Prinzip für einen Zeitraum von maximal vier Wochen pro Jahr zusammen. Es besteht aus direkt gewählten Repräsentanten. Ein parlamentarisches Amt wird für den Zeitraum seiner Ausübung mit dem Verdienstausfall des jeweiligen Haupterwerbs sowie Spesen nach tatsächlichem Aufwand vergütet. Das Amt entbindet den Amtsträger nicht von der persönlichen Haftung. Amtsgebundene Immunität existiert nicht.
13. Staatliches Handeln nach Transparenzprinzip: Die Gründung politischer Parteien ist untersagt. Mehrheiten sind auf Basis von Sachargumenten zu generieren. Sachfremde Werbemittel für politische Zwecke sowie Propaganda dürfen nicht in Umlauf gebracht werden. Für die Tätigkeit, Kommunikation und Entscheidungsprozesse des Parlaments gilt das Transparenzprinzip. Wahlen, Debatten, Sitzungen, Protokolle, Schriftverkehr und jedwede andere Form von Prozess oder Dokument, die staatliches Handeln betrifft, sind jederzeit und von jedermann öffentlich einsehbar.
14. Wahrung der öffentlichen Sicherheit: Ein staatliches Gewaltmonopol existiert nicht. Der Staat unterhält keine bewaffnete Ordnungsmacht oder beschäftigt diesem Zwecke dienliche Mitarbeiter. Staatsbeamte gibt es nicht. Die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung obliegt dem Souverän, der diese

nach Bedarf am Markt abfragt und dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend organisiert. Geheimdienstliche Organisationen und Tätigkeiten sind verboten.

15. Sicherstellung unabhängiger Rechtsprechung: Die Judikative ist unabhängig. Rechtsprechung erfolgt auf Basis eines allgemein gültigen Gesetzbuches, das zentrale Rechtsfragen regelt und maximal 1.000 Gesetze enthält. Eine weitere Aufgliederung in Rechtsbereiche oder ergänzende Paragrafen findet nicht statt. Gerichtliche Entscheidungen bedürfen dem Beisitz per Los bestimmter Geschworener. Ein Urteil bedarf der Einstimmigkeit von Richter und Geschworenen. Todesstrafen werden nicht verhängt.
16. Internationale Zusammenarbeit im Sinne der Völkerverständigung: Supranationale Organisationen, die Autonomie, Souveränität und öffentliche Ordnung des Nationalstaates, oder die souveräne Autonomie des Individuums gefährden, sind verboten. Globalisierung versteht sich als Völkerverständigung, die sich am Willen, kulturellen Hintergrund und Wohlergehen des jeweiligen Souveräns orientiert.
17. Konfliktmanagement im Sinne friedvoller Koexistenz: Gewalt und Kriegsführung sind einer aufgeklärten Gesellschaft unwürdig und untersagt. Folglich existiert kein Militär. Die Herstellung, der Vertrieb und Besitz von Kriegsgerät und Massenvernichtungswaffen ist untersagt. Konflikte zwischen Nationalstaaten werden bilateral und nach dem Prinzip friedvoller Koexistenz gelöst. Überstaatliche Jurisdiktion ist illegitim. Jegliche Form der Aggression gegenüber Konfliktparteien – ob psychischer, physischer oder kinetischer Natur – ist abzulehnen.

So mein persönliches, vorläufiges, grob skizziertes Skelett einer von Voluntarismus geprägten, pazifistischen, direktdemokratisch organisierten Welt. Meine schemenhafte Vorstellung einer

besseren Zukunft, in der Menschen wieder Verantwortung für ihr Leben und ihr Umfeld übernehmen – einem Morgen, in dem Menschen Teil einer Gesellschaft sein können, die das Individuum nicht dem Kollektivismus opfert. Das vorliegende Dokument ist eine Annäherung an mein subjektives Ideal, mein »Propositum 2040«. Mein naiver, aber energiespendender Ausgangspunkt, wenn ich versucht bin, mir konstruktive Gedanken über die Zeiten nach der auf uns einstürmenden Dunkelheit zu machen.



Das »Propositum« des Lesers enthält vermutlich, beziehungsweise hoffentlich, andere Elemente. Setzt andere Akzente. Es spiegelt seine Ideale, Prioritäten, Lebenserfahrungen, Wünsche und Befürchtungen. Genau aus diesem Grunde sollte er es verschriftlichen, publik machen und mit anderen Menschen diskutieren. Denn um sich selbst zu verstehen, muss man mit anderen sprechen. Und je fruchtbarer ein engagierter Dialog sich gestaltet, desto größer die Chance, dass sich ein paar Ziele herauskristallisieren, die wir gemeinsam erreichen wollen.

Ein Digest dieser Art ist als Reflexionsaufgabe, Fundament und Diskussionsgrundlage anzusehen. Als Provokation. Als Rohmaterial, einem unförmigen Tonklumpen gleich, den es mittels Reibungshitze in Form zu bringen gilt. Es sind Ideen. Und im besten Falle die Basis für einen konstruktiven Dialog, einen Entwicklungsprozess, der in Anbetracht des verstörenden Status quo besser heute als morgen beginnt. Denn erst, wenn wir sehen, wohin die Kompassnadel zeigt, wenn wir unser Ziel auf der Karte markieren können, sind wir in der Lage, den mühsamen Marsch in diese Richtung antreten.

**»Der Ziellose erleidet sein Schicksal. Der Zielbewusste gestaltet es.« (Immanuel Kant)**

Notiz: Senden Sie mir Ihre persönlichen 17 Unabhängigkeitsziele! Überlegen Sie, wie Staat und Gesellschaft Ihrer Ansicht nach organisiert werden sollten. Verwenden Sie die 17 vorgegebenen Kategorien und schreiben Sie Ihre Vorstellungen in vergleichbarem Umfang nieder. Entsprechende Zuschriften, die bitte als Text-Datei per E-Mail an info@regenauer.press zu übermitteln sind, stelle ich gerne meinen Ansätzen gegenüber und veröffentliche sie zu gegebener Zeit in Form eines aktualisierten Sammelbeitrages.

Montagnola, am 06. Oktober 2024

# Schlachtfeld Gehirn



Mein Editorial für die dritte GEGENDRUCK, die am 15. Januar 2025 erschien.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir an Schlachtfelder denken, sehen wir vor unserem inneren Auge düstere Bilder von verkohlten Wracks, von Einschlagkratern, schreienden Verwundeten, Leichen und dichten Rauchschwaden, die am Horizont über verbrannter Erde wabern.

Vergleichbare Assoziationen drängen sich auf, versucht man in Bilder zu fassen, in was für einer Gesellschaft wir mittlerweile leben. Intellektuelle Wracks, mediales Flächenbombardement, stumme Schreie von Pharmaopfern und hungernden Kindern, weggescrollt von Smartphone-Zombies, deren letzter Hauch Empathie am Rande ihres dissoziativen Wahrnehmungshorizontes verblasst. Zivilisatorische Transformation als Kriegsfilm.

Früher verliefen die Frontlinien von Klassenkampf und Propagandakrieg durch die Auslagen der Zeitungskioske, durch Rundfunkredaktionen und über die nach Sendeschluss flimmernden Bildschirme der Mattscheibe. Heute durch den Kopf.

Sprichwörtlich. Denn die »Vierte Industrielle Revolution« begegnet zunehmendem Desinteresse an Erziehungsfunk und aufkeimender Renitenz mit Dopamin-Shots, Implantaten und

Nanotechnologie. Das erklärte Ziel der Herrschaftskaste ist nicht mehr die Manipulation, sondern die Fernsteuerung der Steuersklaven. Das »Hive Mind«.

Sendeschluss gibt es nicht mehr. Und der Newsfeed ist unerschöpflich, ist Manifestation dessen, was Aufmerksamkeitsökonomie für uns bedeutet: Den Verlust wertvoller Lebenszeit an neonbunte Sinnlosigkeit. Das Smartphone dient nicht der Evolution, sondern der Degeneration der Spezies Mensch. Es ist kein Werkzeug, sondern eine Waffe. Aber das Handy lässt sich – wie das TV-Gerät – abschalten. Oder abschaffen. Das birgt Risiken – denn nur Lufthoheit über dem Debattenraum garantiert dem postmodernen Feudalismus Machterhalt. Dementsprechend setzen seine Vertreter nun alles daran, invasive Technologien ins Feld zu führen, um sich unserer Gedanken bemächtigen zu können.

Der Kriegsfilm spielt sich also nicht mehr nur als dunkles Phantasma vor unserem inneren Auge ab, er handelt nicht von irgendeinem fernen Land – das zu erobernde Terrain, das primäre Schlachtfeld der biodigitalen Konvergenz liegt unmittelbar hinter dem Sehnerv. Kriegsziel: Die Verschmelzung von Mensch und Maschine. Transhumanismus. Und bei so manchem Zeitgenossen scheint bereits eine gewisse Konträrfaszination am eigenen Untergang Einzug zu halten.

Die Résistance des Mediazän verteidigt demnach nicht nur das Recht auf Meinungsfreiheit, sie kämpft um den Erhalt des freien Willens. Um Menschlichkeit. Um das Fortbestehen unserer Spezies.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die dritte GEGENDRUCK mit dem »Schlachtfeld Gehirn«. Mit dem zerebralen Status quo. Die Autoren analysieren und dokumentieren den Stand von Forschung,

Angriffswellen, Waffenarsenal und Verteidigungsmechanismen. Denn unser Leben ist das Produkt unserer Gedanken. Unserer Erinnerungen. Sie sind die Basis unserer Freiheit, unserer Geschichte und Zukunft. Wir müssen sie schützen. Mit allen Mitteln.



**Denn »ein Kopf ohne Gedächtnis ist eine Festung ohne Besatzung« (Napoleon).**

Im Namen des gesamten Teams,

Tom-Oliver Regenauer

Montagnola, am 06. Oktober 2024

# Biofeudalismus

**»30×30« – unter diesem Label vermarkten die Vereinten Nationen ihr Biodiversitätsziel. Danach sollen 30 Prozent des Planeten bis 2030 als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Bei genauerer Betrachtung der organisatorischen Hintergründe erhärtet sich allerdings rasch der Verdacht, dass es den Akteuren nicht um Naturschutz geht, sondern um die Privatisierung – beziehungsweise Enteignung – planetarer Gemeinschaftsgüter.**

Wie in meinem Artikel »Der letzte Raubzug« beschrieben, schuf die »*Protected Class*«, die »*systemrelevante*« Klasse während der zurückliegenden Dekaden die legislativen Rahmenbedingungen, um Privathaushalte, Wirtschaft und Volksvermögen im Zuge des nächsten Finanzcrashs, der Implosion der »*allumfassenden Marktblase*« zu enteignen. Ganz legal. Die Ausmaße dieser auf uns zustürmenden Disruption sind ob ihrer Umfänglichkeit kaum vorstellbar. Die schlechte Nachricht: Sollbruch-Clearinggesellschaften, Single Resolution Board und ein digitalisiertes Weltfinanzsystem markieren noch nicht das Ende der Fahnenstange. Denn die geschützte Klasse hat natürlich auch Vorkehrungen getroffen, um jener Werte habhaft zu werden, die eigentlich niemandem gehören – der »*planetaren Gemeinschaftsgüter*«. Wälder, Seen, Flüsse, Ozeane und Atmosphäre.

Diese galten bislang als Güter, die allen und niemandem gehören und demnach von jedermann genutzt werden können. Planetare Gemeinschaftsgüter sind demzufolge von sogenannten

öffentlichen Gütern abzugrenzen, die sich auf sozialstaatliche Strukturen beziehen. Zum Status quo öffentlicher Güter kommunizierte die zuständige Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2015 (S. 27–28):

»*Die im Jahr 1800 von Napoleon in den französisch besetzten Teilen Deutschlands erlassene Munizipalverfassung* (…) *schuf auf politisch-institutioneller Ebene die Voraussetzungen für die Entwicklung einer kommunalen Daseinsvorsorge. Diese war von der Vorstellung geprägt, dass die öffentliche Hand für die Bereitstellung bestimmter Güter verantwortlich ist.* (…) *Erst als man Erfahrungen mit Marktversagen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter machte,* (…) *begann man, diese neuen Märkte zu regulieren. Public-Privat-Partnerships, also Betreibermodelle, die auf langfristigen Verträgen zwischen der öffentlichen Hand und privaten Anbietern beruhen, fanden damals eine erste weite Verbreitung.* (…) *Besonders weitgehende Vorstellungen von der Regulierung hat der Munizipalsozialismus entwickelt. Inspiriert von der englischen Fabian Society, prägte er die politische Debatte in Deutschland ab den 1890er Jahren. Sein politisches Programm fokussierte sich auf die Versorgung der Bevölkerung mit einem umfassenden Angebot an Infrastrukturleistungen zu annehmbaren Preisen; sein langfristiges Ziel* (…) *war die Einführung des Sozialismus über den Weg der Gemeindepolitik.* (…) *Eine mangelhafte Fähigkeit der öffentlichen Träger, sich zeitnah auf sich verändernde Bedürfnisse der Benutzerinnen und Benutzer einzustellen, sowie die Bürokratisierung ihres Apparates ließen ihre Akzeptanz in der Bevölkerung schwinden. Die Lösung dieser Probleme schien in der Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Güter zu liegen. Dass man in der Kooperation mit privaten Unternehmen im Rahmen von Public-Private-Partnerships oder im Verkauf öffentlicher Einrichtungen an private Eigentümer zugleich einen Beitrag zur Bewältigung der strukturellen Krise der kommunalen Finanzen erblickte, erleichterte die Durchsetzung der neuen Organisationsmodelle.*«

Diese »*neuen Organisationsmodelle*« kennen wir bereits. Sie dominieren die Global Governance, nutzen politische Theoreme wie Konservatismus, Libertarismus oder Sozialismus als sozialarchitektonischen Hebel zur Einführung zentralistischer Kollektivismen. Diese wiederum tragen alle Merkmale des Feudalismus – der seinen Elfenbeinturm aber nur noch im Gewand des heilversprechenden Weltenretters verlässt, um dem Pöbel ein paar gefällige Handbewegungen und Satzfragmente zuzuwerfen. Und wie es sich für Feudalherren geziemt, geht es auch der postmodernen Variation dieses Herrschaftsmodells um nichts anderes als absolute Macht. Dementsprechend lösten die legislativen Vorbereitungen für die »*große Enteignung*« bei mir weniger Überraschung aus als einen gewissen Respekt für die Perfidität und Diskretion, mit der solch ein großer Wurf unbeachtet von der Öffentlichkeit vorbereitet werden konnte.

Nun könnte man in Anbetracht der Natur planetarer Gemeinschaftsgüter – Wälder, Seen, Flüsse, Ozeane und Atmosphäre – versucht sein anzunehmen, dass zumindest diese der Bevölkerung noch zur Verfügung stünden, sollte der nächste Crash sie ihr Hab und Gut kosten. Weit gefehlt. Denn gerade auf diesem Sektor ist die Parasitärkaste schon viel länger aktiv.

»*Aufgrund seiner einzigartigen Natur und der entscheidenden Rolle, die es bei der Besiedlung durch Menschen spielt, kann Land nicht als gewöhnliches Gut behandelt werden, das von Einzelpersonen kontrolliert wird und dem Druck und der Ineffizienz des Marktes ausgesetzt ist. Privater Landbesitz ist auch ein wichtiges Instrument der Anhäufung und Konzentration von Reichtum und trägt daher zur sozialen Ungerechtigkeit bei. Wenn er nicht kontrolliert wird, kann er zu einem großen Hindernis bei der Planung und Umsetzung von Entwicklungsplänen werden*«, erklärten die Vereinten Nationen (UN) im Rahmen ihrer Konferenz

zu Siedlungsfragen, die vom 31. Mai bis zum 11. Juni 1976 in Vancouver (Kanada) stattfand.

»*UN-Treffen fordert Einschränkung des privaten Landbesitzes*«, titelte die New York Times diesbezüglich am 12. Juni 1976 und zitierte die vorangestellte Passage.



Schon vier Jahre zuvor, vom 5. bis zum 16. Juni 1972, organisierte die UN in Stockholm (Schweden) eine Konferenz zu Fragen »*über die Umwelt des Menschen*«. Als Ergebnis dieses Meetings entstand schon am ersten Tag des Zusammentreffens das »United Nations Environment Programme« (UNEP), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, das sich fortan auf supranationaler Ebene für Arten- und Umweltschutz einsetzen sollte. Die entsprechenden Bemühungen der Mitgliedsstaaten ließen nach Ansicht der UN-Oberen jedoch zu wünschen übrig.

Daher wurde im Jahr 1983 die Brundtland Kommission ins Leben gerufen, benannt nach der vom damaligen UN-Generalsekretär eingesetzten Leiterin der neuen UN-Unterorganisation, Gro Harlem Brundtland. Brundtland studierte an der Harvard University, war zwischen 1981 und 1996 drei Mal Premierministerin von Norwegen, von 1998 bis 2003 Direktorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Vorsitzende diverser Gremien zum Thema Klimawandel und wurde bereits in deren Gründungsjahr in eine handverlesene Gruppe namens »The Elders« aufgenommen – die Ältesten – die 2007 von Nelson Mandela initiiert wurde und sich nach eigenem Ermessen aus »*unabhängigen globalen Führungspersönlichkeiten*« zusammensetzt, die »*gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte und einen nachhaltigen Planeten eintreten.*«

Was von diesen Wohlfühlbonmots zu halten ist, illustriert der Umstand, das Gro Harlem Brundtland den Bilderberg Konferenzen

beiwohnt und regelmäßig bei der Münchner Sicherheitskonferenz zu Gast ist. Darüber hinaus war und ist Brundtland sehr aktiv im Bereich Biosicherheitsdoktrin. So nahm sie bereits 2005 an der von der Johns Hopkins University ausgerichteten Krisensimulation Atlantic Storm teil, die sich mit transatlantischen Reaktionen auf einen Biowaffenangriff auseinandersetzte und diesem mit der Militarisierung des Gesundheitswesens sowie Massenimpfungen zu begegnen suchte.

2019 war Brundtland Teilnehmerin von A Spreading Plague, einem international besetzten Krisenplanspiel, das sich mit der »*Führung, Kontrolle und Koordinierung einer internationalen Reaktion auf ein ungewöhnliches und sich rasch ausbreitendes biologisches Ereignis*« befasste. Multipolar thematisierte das Event im Juli 2021 unter dem Titel »*Wie der Lockdown nach Deutschland kam*«. Und vom 14. bis 16. Februar 2020 war Brundtland zu Gast bei »*Preventing Global Catastrophical Biological Risks*«, einer ähnlich gelagerten Übung, die von der Nuclear Threat Initiative (NTI), einer NATO-nahen US-NGO, im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz durchgeführt wurde.

Doch zurück zur Brundtland Kommission – beziehungsweise zur, neben der Namensgeberin, wichtigsten Person der Gruppe: Maurice Strong. Strong verantwortete nicht nur die UN-Konferenz 1972 in Schweden, die Earth Summit 1992 in Rio de Janeiro (Brasilien) und die Lancierung des UNEP, sondern infolgedessen auch die Gründung des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) im Jahr 1988. Resultat des 92er Meetings in Rio waren fünf wegweisende Dokumente: Rio-Deklaration zu Umwelt und Entwicklung, Forest Principles, Konvention zur Biodiversität, Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen zu Klimaänderungen – und die Agenda 21. Vorläufer der Agenda 2030.

Maurice Strong globalisierte die Umweltbewegung. Er veränderte ihren Fokus – weg von realem Umweltschutz, der sich aus begründeter Kritik am Konzernkapitalismus speiste, hin zum nichts- und allessagenden »*Klimaschutz*« – und legte damit den Grundstein für den weithin umweltschädlichen Nachhaltigkeitskorporatismus der Gegenwart. Für die »*Green Economy*«. Die britische Zeitung The Telegraph bezeichnete ihn 2015 als den »*Mann, der den Klimawandel erfand*«. Bei der Verfolgung seiner Ziele verließ er sich auf bewährte Techniken der Manipulativkommunikation.

»*Dies ist nicht nur eine technische Frage. Jeder Mensch handelt aufgrund seines inneren Lebens, seiner moralischen, spirituellen und ethischen Werte. Globale Vereinbarungen werden dann wirksam sein, wenn sie im individuellen Engagement der Menschen verwurzelt sind, das aus ihrem eigenen inneren Leben erwächst*«, so Strong.

Der aus Strongs Ansatz resultierende Erfolg bei der Transformation der graswurzelhaften Umweltbewegung in Richtung supranationaler Strukturen sorgte nicht überall für Begeisterung. So musste er sich in einem Interview mit dem Guardian im Juni 2010 auch Fragen über seine Verbindungen zu den Rothschilds, Rockefellers, zu Global Governance, Eugenik und Depopulationsplänen gefallen lassen. Diese beantwortete Strong eher verhalten, verwies darauf, Edmund Rothschild nur flüchtig gekannt, für die Rockefeller Foundation gearbeitet und mit Ted Turner, einem Advokaten für Depopulation, für die Gründung der UN Foundation kollaboriert zu haben. Auch eine Weltregierung lehne er ab – stattdessen müssten die UN-Mitgliedsstaaten künftig enger zusammenarbeiten. Wenige Absätze später lobt Strong dann aber die Ein-Kind-Politik Chinas und redet den Visionen seines von Eugenik begeisterten Mentors David Rockefeller das Wort. Kein Zufall. Ganz so lose waren Strongs Verbindungen zur Rockefeller-Dynastie nämlich nicht.

Als Maurice Strong im Jahr 1947 auf den damaligen UN-Schatzmeister Noel Monod traf, verschaffte dieser ihm einen Einstiegsposten bei den Vereinten Nationen. Strong war gerade einmal 18 Jahre alt. Darüber hinaus teilten sich die beiden ein Apartment in New York. Monod war es auch, der seinen Mitbewohner mit jenem Mann in Kontakt brachte, der verantwortlich für Strongs Bilderbuchkarriere werden sollte – David Rockefeller. Ein Öl-Magnat, der mit der Finanzierung, respektive Gründung von UN, Club of Rome, WWF, 1001: A Nature Trust oder dem Good Club in den kommenden Jahrzehnten wie kaum ein anderer die öffentliche Wahrnehmung des Themenkomplexes Umwelt beeinflussten sollte. Wo auch immer Strong fortan lebte, ob in Alberta (Kanada) oder in Nairobi, stets arbeitete er im Dunstkreis von Rockefeller-Unternehmen.

Auf dem Höhepunkt seiner Karriere als Öl-Unternehmer berief man Strong zum Chef der kanadischen Power Corporation, einem Energiekonzern, dem aufgrund seiner engen Verflechtungen mit der Spitzenpolitik der Ruf eines Königsmachers vorauseilt. Und das sollte auch unter Strong so bleiben. Eine seiner ersten Rekrutierungen: James Wolfensohn, 1995 bis 2005 Präsident der Weltbank. Ein zweiter: Paul Martin, künftiger Premierminister von Kanada.

1966 hatte Strong seine politischen Kontakte weit genug ausgebaut, um seinen lukrativen Posten als Chef der Power Corporation niederzulegen. Von nun an beaufsichtigte er in staatsnaher Rolle die Gründung der CIDA (Canadian International Development Agency) sowie des IDRC (International Development Reserach Center), zweier Entwicklungshilfeorganisationen. Der Journalistin Elaine Dewar, die Maurice Strong für ihr Buch »Cloak of Green« interviewte, erklärte dieser:

»*Das IDRC hatte eine Klausel in seinen Statuten, die es ihm erlaubte, Geld direkt an Einzelpersonen sowie an Regierungen und private Organisationen zu geben. Es wurde als Unternehmen gegründet und berichtete dem Parlament über den Außenminister. Sein Verwaltungsrat sollte Privatpersonen und sogar Ausländer umfassen.* (…) *Da das IDRC nicht als Vertreter der Krone gegründet wurde (wie CIDA), konnte es sowohl Spenden von Unternehmen und Einzelpersonen als auch staatliche Mittel entgegennehmen.*«

Zu diesen spendablen Unternehmen und Privatpersonen, die dem IDRC Geld zukommen ließen, gehörten auch Rockefellers Chase Manhattan Bank und die Rockefeller Foundation. Strong räumte im Gespräch mit Dewar ein, dass das IDRC als quasi-staatliche Organisation in der Lage war, politischen Einfluss in den Entwicklungsländern geltend zu machen. Dieser massive Einfluss wiederum bewegte den schwedischen UN-Botschafter dazu, Strong als Leiter der bevorstehenden UN-Konferenz in Stockholm vorzuschlagen. Akkreditiert wurde er dort als Treuhänder der Rockefeller Foundation, die in der Folge sein Büro und sonstige Auslagen finanzierte. So mauserte sich der Gipfel von 1972 zum Meilenstein der Globalisierung von Umweltfragen – und bildete die Grundlage zur Etablierung des UNEP. Gründungsdirektor: Maurice Strong.

Die Brundtland Kommission war also alles andere als eine Gruppe besorgter Umweltaktivisten. Es war ein trojanisches Pferd der Konzerneliten. Vier Jahre nachdem die von Strong und Brundtland geleitete Kommission ihre Arbeit aufgenommen hatte, stellte sie ihre Ergebnisse vor – in Form eines 1987 veröffentlichten, 300 Seiten umfassenden Papiers namens »Our Common Future«, besser bekannt als der Brundtland Report.

Im gleichen Jahr fand in Denver, Colorado (USA) der 4th Wilderness Congress statt. Anwesend waren neben Maurice Strong

auch David Rockefeller, Edmund de Rothschild – den Strong angeblich nur flüchtig kannte – und James Baker. Kernthema das Meetings: Die künftige Finanzierung der Umweltbewegung, welcher Strong durch sein Wirken bei der UN massiven Aufwind verschafft hatte. Aufzeichnungen der Konferenz, die dank des Whistleblowers George Hunt online verfügbar sind, belegen, dass Rothschild im Rahmen dieses Meetings eine »*Weltnaturschutzbank*« forderte, die er als Finanzierungsmechanismus für einen »*zweiten Marshallplan*«, einen »*Schuldenerlass*« in der Dritten Welt und die Förderung »*nachhaltiger Entwicklung*« vorsah.

Sein Wunsch sollte in Erfüllung gehen, als Strong fünf Jahre später dem UN-Meeting in Rio vorstand. Denn 1992 wurde nicht nur die Agenda 21 verabschiedet, sondern auch der Global Environmental Facility (GEF) Leben eingehaucht – einem im Vorfeld des Gipfels initiierten Pilotprogramm der Weltbank, dass seither jährlich über eine Milliarde Dollar in den Nachhaltigkeitskorporatismus investiert und seit seiner Gründung weitere 80 Milliarden US-Dollar an Querfinanzierungen geleistet hat. Die GEF ist außerdem der Finanzierungsmechanismus für das »*Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen zu Klimaänderungen*« (UNFCCC), das wiederum den korrupten »*Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen*«, also das IPCC leitet.

Nach seinem in allen Punkten widerlegten, unwissenschaftlichen Weltuntergangspostulat The Limits to Growth (1972), artikulierte der Club of Rome in seinem 1991 publizierten Buch »The First Global Revolution« das Grundmotiv des ins Haus stehenden Informationskrieges und lieferte den konspirierenden Kreisen damit die kommunikative Basis für ihre fabrizierte Mär von der meteorologischen Apokalypse.

**»Auf der Suche nach einem neuen Feind, der uns einen könnte, schlugen wir vor, dass Umweltverschmutzung, die Bedrohung durch die globale Erwärmung, Wasserknappheit, Hungersnöte und dergleichen den Anforderungen entsprächen. In ihrer Gesamtheit und in ihren Wechselwirkungen stellen diese Phänomene eine gemeinschaftliche Bedrohung dar, die die Solidarität aller Völker erfordert. Wenn wir jedoch die Phänomene als den Feind bezeichnen, tappen wir in die Falle, vor der wir die Leser bereits gewarnt haben, nämlich Symptome mit Ursachen zu verwechseln. All diese Gefahren werden durch menschliches Eingreifen verursacht und können nur durch veränderte Einstellungen und Verhaltensweisen überwunden werden. Der wahre Feind ist dann die Menschheit selbst.« (S. 75)**

Heutzutage kümmern sich Organisationen wie der Council for Inclusive Capitalism, ein von Lynn Forester de Rothschild gegründeter Fonds mit knapp hundert Mitgliedern, der eine Billion mehr Kapital verwaltet als BlackRock, oder die 2019 von Rockefeller Philanthropy Advisors gegründete Global Commons Alliance um die Umsetzung der Agenda. Wer sich die offiziellen Partner der Global Commons Alliance ansieht, erkennt rasch, dass sich hinter der vermeintlichen Philanthropie eine global vernetzte Industrie verbirgt – C40 Cities, United Nations Global Compact, WWF, WEF, Club of Rome, climateworks Foundation, Business for Nature, Ceres, et cetera. Das Who is Who des Biofeudalismus.

Dieser ist nicht nur hochprofitabel, degradiert er doch die Natur zum Anlage- und Spekulationsobjekt, dessen Wert von Oxford Economics auf 10,3 Billionen US-Dollar taxiert wird, sondern auch ein perfekter Hebel zur Kontrolle sowohl des Systems als auch des Individuums auf Ebene seines Energieverbrauchs. Der

gleiche Ansatz also, mit dem auch die faschistische Technokratiebewegung die Bevölkerung zu kontrollieren gedachte. »*Der gläserne Bürger*« – eine Dystopie, vor der einst leitmedial gewarnt wurde – wirkt gegen die Komplettüberwachung, die ein persönliches $CO_2$-Budget der Parasitärkaste eröffnet, wie ein Buch mit sieben Siegeln.

Auffällig ist, dass sich das Branding der vor Widersprüchen und falschen Prognosen strotzenden Klimapropaganda über die Dekaden verändert hat. Wo früher von »*Umweltschutz*« oder spezifischen »*Naturkatstrophen*« gesprochen wurde, diskutiert man heute »*inklusiven Kapitalismus*«, »*nachhaltige Wirtschaft*«, »*grünes Banking*«, »*Stakeholder-Kapitalismus*« und »*Allianzen für globale Gemeinschaftsgüter*«. Als stünde nicht der Schutz des Habitats Erde im Vordergrund, sondern die Durchsetzung finanziell motivierter Partikularinteressen.

In diesem Lichte betrachtet, müssen auch die mannigfaltigen Biodiversitätsinitiativen kritisch beleuchtet werden. Denn diese zielen – wie von Maurice Strong persönlich eingeräumt – vor allem darauf ab, Bedürfnisse anzusprechen, die »*im individuellen Engagement der Menschen verwurzelt sind*«. Nur dann sind sie »*erfolgreich*«. Und wer von uns hegt nicht ein intrinsisches Interesse daran, seinen Lebensraum, die Wälder, Meere und bedrohten Tierarten zu schützen? Dass solche Schutzbemühungen aber durchaus ein zweischneidiges Schwert sein können, geht im Rausch jener Emotionen unter, die Bildmaterial von den zahlreichen Schändungen an Mutter Natur verständlicherweise auslöst.

Und nachdem sich vor allem Großindustrie, Energieerzeuger und Hochfinanz für die postmoderne Variante des Umweltschutzes engagieren – also Zirkel, die ohne Aussicht auf Profite gar nichts tun – stimmt es zumindest nachdenklich, wenn das Übereinkommen

über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) der Vereinten Nationen in seinem Report vom Februar 2020 fordert, dass »*mindestens 30 Prozent des Planeten bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden müssen*«. Welche konkreten Maßnahmen damit verknüpft sein werden, dürfte sich im Rahmen der COP16, der nächsten »United Nations Biodiversity Conference« herauskristallisieren, die vom 21. Oktober bis zum 1. November 2024 in Cali (Kolumbien) stattfindet.

Wie derartige Vorhaben sich entwickeln, lässt sich exemplarisch am Beispiel von Natura 2000 erkennen, einem zusammenhängenden Netz von Schutzgebieten innerhalb der Europäischen Union, das auf der Vogelschutzrichtlinie von 1979 basiert, seit 1992 jedoch unter neuem Namen ausgebaut wird. Die von Natura 2000 in Beschlag genommen Gebiete umfassen heute bereits 18,6 Prozent der Landfläche sowie sieben Prozent der Meeresfläche der EU.

Zweck der Initiative ist die Umsetzung der 1992 von allen EU-Mitgliedsstaaten verabschiedeten Richtlinie 92/43/EWG – »*Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie*« genannt. Diese ist das zentrale Rechtsinstrument der Europäischen Union, um die im gleichen Jahr in Rio de Janeiro eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz der biologischen Vielfalt (Biodiversitätskonvention) umzusetzen.

Das Natura-2000-Schutzgebietsnetz umfasst neben den seit 1992 aufgenommen Regionen auch alle Territorien, die gemäß der 2009 überarbeiteten Vogelschutzrichtlinie unter Schutz gestellt wurden und werden. Gebiete, deren Klassifikation nach Maßgaben der Vogelschutzrichtlinie erfolgt (Special Protection Areas, SPA), erhalten den Status eines besonderen Schutzgebiets – im Gegensatz zu Natura-2000-Gebieten – unmittelbar nach der entsprechenden Meldung an die Kommission. Ganz ohne offizielles Bewertungsverfahren.

Um die Vorgaben der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zu erfüllen, müssen die EU-Mitgliedsstaaten der Europäischen Kommission regelmäßig geeignete Gebiete innerhalb ihrer Gemarkung vorschlagen. Dazu übermitteln die Staaten Standarddatenbögen, die den Aufbau eines europäischen Datenbanksystems zur Verwaltung von Natura-2000-Gebieten sicherstellen. Stimmt die Kommission diesen Vorschlägen zu, sind die jeweiligen Länder verpflichtet, die Gebiete so schnell wie möglich, spätestens jedoch nach sechs Jahren, endgültig unter Schutz zu stellen. Die Kosten für diesen bürokratischen Akt belaufen sich nach Schätzungen aus Brüssel auf 10,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Was 1979 als verhaltene Vogelschutzinitiative seinen Anfang nahm, hat unter Ägide der gesichtslosen EU-Bürokratie mittlerweile beachtliche Teile Europas in Beschlag genommen. Die interaktiven Karten und Diagramme auf der Webseite von Natura 2000 sprechen für sich. Vergegenwärtigt man sich, dass gemäß offizieller Listen über einhundert weitere bi- und multilaterale Umweltabkommen existieren, wird rasch deutlich, dass weite Teile der planetaren Gemeinschaftsgüter der planetaren Gemeinschaft gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie unterstehen dem Schutz der »*regelbasierten internationalen Ordnung*«.

Wer diese vertritt, zeigt sich zum Beispiel anhand der Protect Our Planet Challenge – einer NGO, die sich unter anderem aus Bezos Earth Fund, Bloomberg Philanthropies, Gordon and Betty Moore Foundation und Arcadia Fund zusammensetzt und die Vereinten Nationen mit einer Milliarde Dollar unterstützen will, um das Ziel »30×30« zu erreichen.

Das Bestreben der »*Super Class*«, weite Teile des Planeten vor dem Zugriff der planetaren Gemeinschaft zu schützen, kann in Anbetracht der gängigen Geschäftspraktiken dieser Kaste

durchaus als neofeudalistischer Landraub interpretiert werden. Besonders in der Agrarwirtschaft hält man mit derartigen Vorwürfen nicht hinterm Berg – denn 30×30 gefährdet die Nutzung von Anbauflächen und damit die Nahrungsmittelgrundversorgung. Auch die amerikanischen Ureinwohner verwehren sich gegen derlei Pläne. Sie fürchten eine weitere Beschneidung ihrer beschämend kleinen Reservate. Selbst in der ein oder anderen Zeitungsredaktion und der US-Politik regte sich Widerstand gegen die 30×30-Pläne. So brachte eine Abgeordnete aus dem Bundesstaat Colorado im Frühjahr 2021 einen Gesetzesvorschlag ein, der die Umsetzung dieser UN-Vorhaben durch Washington blockieren sollte. »*Land-grab*« – Landraub – ist dabei die gängige Beschreibung dessen, was der Bevölkerung in Aussicht gestellt wird.

Zu Recht. Schon 2011 publizierte die unlängst verstorbene Rosa Koire das Buch »*Behind the Green Mask*« – hinter der grünen Maske – und machte deutlich, um was es bei der vordergründig unterstützenswert erscheinenden Agenda 21 wirklich geht: Neofeudalismus. Nicht von ungefähr warnte auch die Minority Rights Group (MRG), eine Organisation, die sich seit 1969 mit nunmehr 300 Partnern in über 60 Ländern für die Rechte indigener Völker und »*nachhaltige Entwicklung*« engagiert, in einem Artikel vom 2. September 2020 eindringlich vor der Unterschutzstellung von 30 Prozent des Planeten.

Sie verwies dabei auf einen Appell, dem sich im Herbst 2020 ganze 128 Menschenrechtsorganisationen anschlossen. Dieser prognostiziert, dass der geplante Landraub »*hunderte Millionen von Menschen zu Vertriebenen machen*« könnte – was in der Folge neue Flüchtlingsströme verursacht. Auch Euronews griff das Thema am 8. Dezember 2022 auf, um festzuhalten, dass die Pläne der UN speziell für indigene Völker »*vernichtend*« wirken dürften.

Mahner gab und gibt es genug. Seit Jahren und Jahrzehnten. Doch Fakten, Logik und Argumente dringen im publizistischen Ringen mit der globalen Propagandamaschine der Klimaapokalyptiker kaum zum unbedarften Rezipienten durch. Rockefeller, Rothschild, Strong, Brundtland, Charles III. – der »*Sustainable Prince*« (M. Veon, 1997) – und Co. haben ein Narrativ geschaffen, dessen Erregungspotential seinesgleichen sucht. Gegen Emotionen, ausgelöst durch herzergreifende Geschichten, dramatische Bilder und das Heraufbeschwören von Urängsten haben Fakten es nicht leicht.

Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Seit meiner Kindheit interessiere und engagiere ich mich intensiv für Tier- und Umweltschutz. Nur aus diesem Grund hegte ich bereits als Kind einen Groll gegenüber Unternehmen, die sich aus Profitgier an der Natur vergehen. Und gegenüber Menschen, die das Seelenleben von Haus-, Nutz- oder Wildtieren missachten. Meine tiefsitzende Liebe zur Natur war der Ausgangspunkt meiner Systemkritik. Umso mehr schmerzt es mich, dass das was ich in den 80ern als Umweltschutzbewegung kennengelernt habe, heute kaum noch etwas mit Umweltschutz zu tun hat – und sich dies nur einer relativ geringen Anzahl von Mitmenschen vermitteln lässt.

Die Großkonzerne vergewaltigen Mutter Erde wie eh und je: Rücksichtsloser Raubbau, Verseuchung der Gewässer, Artensterben, Mikroplastik in Weltmeeren und ihren Bewohnern, Chemieunfälle, überdüngte Böden, schwindende Regenwälder, moderne Sklaverei beim Abbau seltener Erden für die digitale Dystopie, genmanipulierte Nahrungsmittel – all das, was die Umweltschutzbewegung dereinst verbessern, bekämpfen, verhindern oder abschaffen wollte, ist unter den Sektierern der Klimawandelreligion nur schlimmer geworden.

So kann auch ich den Plänen der UN, bis in sechs Jahren ganze 30 Prozent des Planeten unter Schutz stellen zu wollen, wenig abgewinnen. Denn was die Vereinten Nationen als »*Schutz*« anpreisen, bedeutet für die planetare Gemeinschaft vermutlich nichts anderes als Enteignungen und Verbote. Verbote zur Nutzung planetarer Gemeinschaftsgüter. Das beschränkt nicht nur den weltweit verfügbaren Siedlungs- oder Agrarraum, sondern blockiert auch den Zugriff auf natürliche Ressourcen wie Wasser. Obendrein bedeutet das endgültige Unterschutzstellen eines Gebiets, das in der Folge von einer demokratisch nicht legitimierten, supranationalen Organisation verwaltet wird, de facto eine Enteignung von Volksvermögen. Frei nach dem Motto: Verluste sozialisieren – Gewinne privatisieren.

Des Weiteren ist absehbar, wie dieser »*Landraub*« sich über die nachfolgenden Generationen entwickeln wird. Aus 30 Prozent werden 40. Und dann 50. Und dann – kommt irgendwann der Punkt, an dem die genetisch modifizierten Bewohner der Steuerfarm von morgen gar nicht mehr verstehen, worüber ihre primitiven Vorfahren vor einem halben Jahrhundert in puncto überbordender Urbanisierung, Beschneidung der Individualmobilität oder 15-Minuten-Städte lamentierten. Denn außerhalb digital aufgehübschter Betonwüsten steht ihnen kein natürlicher Lebensraum mehr zur Verfügung. Der ist geschützt. Meint: Gesperrt.

Wer die Umwelt schützen will, muss sie verstehen. Wahrhafte Bemühungen um das Habitat Erde beginnen demnach mit Bildung. Und vor allem damit, dass Menschen wieder wertschätzen, in symbiotischem Einklang mit ihrer Umwelt zu leben. Unsere Spezies braucht eine stabile Verbindung zu Mutter Natur – nicht zum nächstgelegenen Hotspot.

**Montagnola, am 18. Oktober 2024**

# Stiefelfarben

**»Wenn Wahlen etwas änderten, wären sie verboten«. Dieser Satz bringt die Gemüter vieler Menschen in Wallung. Denn sie klammern sich verbissen an den Glauben, das System durch die Abgabe von Stimmzetteln verändern zu können. Sie erkennen nicht, dass Demokratie als Herrschaftssystem darauf ausgelegt ist, exakt das nicht zuzulassen. Ein charismatischer Vortrag des amerikanischen Voluntaristen, Autors und Filmemachers Larken Rose veranschaulicht, warum. Eine adaptive Übersetzung.**

Hinweis: »*Adaptive Übersetzung*« meint, dass die vorliegende Übersetzung dem Inhalt des Vortrages folgt, ich mir jedoch die Freiheit genommen habe, Anpassungen zugunsten der Lesbarkeit vorzunehmen. Zum einen habe ich Ausdrücke, die im Deutschen keine gängige Entsprechung haben, angepasst. Zum anderen habe ich umgangssprachliche Passagen so optimiert, oder geringfügig erweitert, dass sich ein gut verständlicher und flüssig lesbarer Fließtext ergibt.

## Präambel des Autors

Demokratie: Eine Mehrheit assoziiert mit diesen zehn Buchstaben eine freiheitlich organisierte Grundordnung, Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit, Partizipation, Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Bis heute. Unbeirrt. Obwohl die Lebensrealität der meisten Menschen seit geraumer Zeit nichts

mehr mit diesen Attributen gemein hat. Folgsam bis widerwillig marschiert die Masse im gewohnten Turnus gen Urne und beurkundet ihre Auswahl. Wählt das kleinere Übel. Ob aus Überzeugung, Gewohnheit, oder Protest. Sie tun es. Immer wieder. In der Hoffnung, die nächste Legislaturperiode möge die Kehrtwende bringen. Vergeblich. Denn Demokratie ist strukturell darauf angelegt, sich nicht ändern zu müssen. Egal, wie enthusiastisch, gleichgültig oder erzürnt man seinen Fetzen Papier mit irgendwelchen Kreuzchen versieht. Der generelle Kurs wird – und *kann* sich gar nicht ändern.

»*Das Argument, dass die beiden Parteien entgegengesetzte Ideale und politische Ansichten vertreten sollten, eine vielleicht rechts, die andere links, ist eine törichte Idee, die nur für doktrinäre und akademische Denker akzeptabel ist. Stattdessen sollten die beiden Parteien nahezu identisch sein, sodass das* (…) *Volk die Schurken bei jeder Wahl rauswerfen kann, ohne dass es zu tiefgreifenden, umfassenden Veränderungen kommt. Politische Pläne, die* (…) *notwendig sind, sind so nicht länger Gegenstand großer Meinungsverschiedenheiten, sondern nur noch in Einzelheiten des Verfahrens, der Priorität oder der Methode umstritten.*« (Carroll Quigley, Tragedy and Hope, 1966, S. 1247)

Wollte man dem Konzept der repräsentativen Demokratie noch etwas abgewinnen, wäre es, dass es nicht für ein Diktat der Mehrheit, sondern für ein Protektorat der Minderheit stehen soll. Dass es auch damit nicht allzu weit her ist, erläuterte Roger Willemsen schon 2014 auf einem Fachkongress für Public Relations. Gebracht hat es nichts. Kaum verwunderlich. Entstand die Sozialdemokratie des Wertewestens doch auf dem Reißbrett angelsächsischer Imperialisten, die darin ein Substitut für das in Verruf geratene Empire sahen. Sie wollten dessen Vormachtstellung über die Epoche der Monarchie hinaus sichern.

Mit Erfolg. Früher huldigte man dem König. Heute der Regierung. Sonst hat sich kaum etwas geändert – außer, dass man sich als »*mündiger Bürger*« nun durch die Instanzen klagen und alle Jahre wieder selbst auswählen darf, von wem man unterdrückt werden möchte.

Ernüchternd ist dabei vor allem, dass die meisten Menschen nicht über das Herrschaftssystem Staat hinausdenken, sich kein Leben, keine Gesellschaft, keine Wirtschaft, keinen Kulturbetrieb ohne Staat ausmalen können. Obwohl die direkte Interaktion mit ihren Artgenossen das organischste Modell sozialer Organisation darstellt. Eine kluge wie unterhaltsame Rede (hier auf Deutsch) des Voluntaristen, Autors und Filmemachers Larken Rose bei Liberty on the Rocks 2023 zeigt auf, warum Demokratie nicht fair sein kann – und warum Herrschaft in Form von Regierung stets illegitim, amoralisch und gewalttätig ist.

Vortrag von Larken Rose

Mein Name ist Larken Rose. Ich bin ein komischer Kauz. Und das mit Überzeugung.

Gibt es etwas Unangenehmeres, als mit jemandem zu sprechen, der seltsame Überzeugungen hat, die nicht mit dem übereinstimmen, was du denkst, der dir aber unbedingt alles darüber erzählen will? Für gewöhnlich ist das unangenehm. In der Regel ist es auch sinnlos, weil man ihm nicht wirklich zuhört. Man lächelt vielleicht und nickt, wenn man höflich sein will. Meistens sucht man aber nur nach einer Chance, die Flucht zu ergreifen – denn es ist einem egal, was der andere denkt – und, weil man befürchtet, er spricht über seltsame Dinge, die einem nichts bedeuten. Man glaubt nicht, was er glaubt. Ihm ist wahrscheinlich auch egal, was du denkst. Denn du bist nur sein aktuellstes Opfer, dem er

jetzt all seine Gedanken entgegenwerfen muss. Er will dich in etwas hineinquasseln, was dich nicht interessiert. So ist die ganze Situation irgendwie sinnlos und unangenehm für alle Beteiligten. Und nervig. Und langweilig. Und irritierend.



Ja, für den Rest der Welt sind wir manchmal seltsame Typen. Ich sage das besonders über diese Versammlung hier. Denn wir alle müssen lernen, was es braucht, damit andere Leute sich für das, was wir zu sagen haben, interessieren. Damit sie nicht einfach denken, dass es ihnen egal ist. Dass es irgendwie verrückt klingt. Dass wir sie damit in Ruhe lassen sollen.

Ich möchte also gleich zu Beginn stolz zugeben, dass ich im Vergleich zum Rest der Welt ein komischer Kauz bin. Denn ich bin Anarchist. Gut, ich besitze keine schwarzen Skimasken und habe nie einen Molotow-Cocktail hergestellt. Ich bin vielleicht ein bisschen antisozial, oder zumindest soziophob – das ist eigentlich die treffendere Beschreibung – aber das liegt nur daran, dass ich introvertiert bin. Ein Introvertierter, der regelmäßig vor Menschenansammlungen spricht. Ein bisschen widersprüchlich, aber was soll‘s. Für viele Menschen, ich würde sagen für den größten Teil der Welt, hat der Begriff Anarchist diese Konnotation von: »Jeder ist sich selbst der Nächste«. Vom Überleben des Stärkeren, dem Recht des Stärkeren. Von Mad Max, Zombie-Apokalypse und gewalttätigem Chaos.

Nun, ich muss ihnen mitteilen, dass ich nichts davon gut finde. Ich möchte nicht, dass irgendetwas davon passiert. Ich bin ein großer Fan von sozialer Organisation und freiwilliger Zusammenarbeit. Ich bin ein großer Fan von Technologie und Fortschritt. Ich möchte nicht auf den Entwicklungsstand von Höhlenmenschen zurück. Wenn sie das wollen, ist das in Ordnung. Ich werde sie nicht aufhalten. Ich glaube an ein friedliches Zusammenleben. An Friede auf

Erden. An Wohlwollen den Menschen gegenüber. In dieser Hinsicht bin ich also eher eine Art Langweiler, ein Musterknabe – was verrückte Typen angeht – kein blutrünstiger Irrer, der eine schwarze Flagge schwenkt und auf den Zusammenbruch der Zivilisation hofft. Tut mir leid, wenn das ein wenig enttäuschend sein sollte.

Meine Vorliebe für Frieden, Wohlstand, Kollaboration und glückliche Menschen ist also offensichtlich nicht der Grund dafür, dass der Mainstream in mir einen seltsamen Verrückten sieht. Aber was macht mich dann zu einem Spinner, der abseits des Mainstreams steht? Nun, ich möchte hier einige Dinge thematisieren, mit denen die meisten Menschen in meinen Augen nicht konform gehen. Und jeder von ihnen, ob sie hier vor Ort sind, oder sich die Rede später online ansehen, kann für sich entscheiden, mit welchen Teilen dieser verrückten Einstellung er einverstanden ist – und mit welchen nicht. Vielleicht ändern sie bei ein paar Punkten ja sogar ihre Meinung. Aber das werden wir sehen.

Bin ich zum Beispiel ein Fan von Recht und Ordnung? Nein, überhaupt nicht. Das mag jetzt vielleicht seltsam klingen, wenn man bedenkt, dass ich gerade gesagt habe, dass ich freiwillige Zusammenarbeit, Organisation, Fortschritt, Technologie und all das mag. Wie könnte ich also kein Fan von Recht und Ordnung sein? Fangen wir mal mit der Ordnung an. Ja, ich mag eine organisierte, freiwillige und friedliche Ordnung. Das ist großartig. Eines der besten Beispiele für Ordnung, das mir einfällt – und damit meine ich nicht auf moralischer Ebene gut – sondern einfach in puncto Ordnung, ist das Gefängnis. Es ist wirklich sehr ordentlich dort. Man weiß, wo man essen wird. Man weiß, wo man schlafen wird. Man weiß, was man haben darf. Es ist sehr präzise und ordentlich – und es ist irgendwie scheiße. Also nein, Ordnung ist nicht automatisch eine gute Sache. Nun, sie kann es sein. Aber die Ordnung der tyrannischen Regime der Geschichte?

Es gab ja auch viel Ordnung unter dem KGB in der Sowjetunion, es gab viel Ordnung bei Maos großem Sprung nach vorne, während zig Millionen Menschen verhungerten. Sie verhungerten sehr geordnet. Sie kannten ihre Rolle im großen Plan sehr genau. Und dann gibt es natürlich die Faschisten Mussolini und Hitler, die dafür bekannt waren, wie ordentlich und organisiert alles lief. Nein, ich bin kein großer Fan dieser Art von Ordnung.

Aber was ist mit dem Gesetz? Mit »Law and Order«? Nun, das ist ein Thema, bei dem wir uns mit Dingen befassen, über die die meisten Menschen nie nachgedacht haben. Sie haben nur diese vagen Assoziationen. Die meisten Menschen denken bei Recht und Ordnung, oder auch nur bei Recht, an etwas, das die Gesellschaft erschaffen hat, um böse Menschen davon abzuhalten, Böses zu tun. Um unschuldige Menschen zu schützen. Ich bin voll und ganz für den Schutz unschuldiger Menschen. Das hat aber nichts mit Recht und Gesetz zu tun. Ja, es gibt gelegentlich einen winzigen Prozentsatz von Gesetzen und Vorschriften, die von Regierungen und den herrschenden Klassen erlassen werden, die sinnvoll sind, weil sie besagen, dass man nicht stehlen und Menschen ermorden soll.

Und ich bin voll und ganz dafür, Menschen vom Stehlen und Morden abzuhalten. Aber die Tatsache, dass diese Dinge schlecht sind, liegt nicht daran, dass sich Politiker hingesetzt und ein Gesetz dazu geschrieben haben. Diese Dinge waren bereits schlecht.

Richtig schlecht wird es aber erst, wenn Politiker sich hinsetzen und das tun, was sie die meiste Zeit tun. Nämlich Gesetze verfassen. Gesetze, die besagen, dass man jedes Mal, wenn man einen Hut trägt, oder auf die Toilette geht, oder irgendetwas anderes tut, eine Steuer in dieser und jener Höhe zu entrichten hat – was legalisierter Diebstahl ist. Also nein, das Gesetz ist

nicht freiheitsfreundlich. Es richtet sich nicht gegen Diebstahl. Es richtet sich nicht einmal gegen Mord. Es folgt nur den Launen von Politikern. Aber uns wird beigebracht, dass diese Vorstellung von Recht korrekt ist. Als wären es nicht nur Drohungen.

Würden sie ihre Mitmenschen fragen, ob sie stolz darauf sind, Drohungen von Politikern zu gehorchen, würden diese es angewidert verneinen. Niemals! Sie würden angeben, dass sie Befehlen nur dann folgen, wenn sie befürchten müssen, erwischt zu werden. Und das auch nur, weil der Staat besser bewaffnet ist. Nein, niemand ist stolz darauf, sich von Bedrohungen einschüchtern zu lassen. Was aber wäre, wenn wir diese Drohungen nehmen und Gesetz nennen? Wir sprechen über die Gesetze unseres Landes, als wären diese organisch entstanden. Tun so, als wäre das Gesetz etwas Besonderes. Etwas Übermenschliches. Etwas Magisches. Sehen jene, die das Gesetz nicht respektieren, als Abschaum. Nun, ich respektiere das Gesetz in keinster Weise – weil ich es als das erkenne, was es ist. Es ist nicht das Wesen des Guten. Es verkörpert die Willkür von Psychopathen. Also nein, ich bin kein Fan von Gesetzen.

Ich weiß, dass einige Leute den Begriff Naturgesetz verwenden, um zu beschreiben, wie Menschen miteinander umgehen sollten. Um die natürliche Ordnung der Dinge, die natürliche Moral und dergleichen zu erklären. Der einzige Grund, warum ich diesen Begriff normalerweise nicht verwende, ist, dass so viele Leute den Begriff Gesetz mit Gesetzgebern, mit Legislative assoziieren. Mit Menschen, die Befehle erteilen. Das hier musst du tun – das hier darfst du nicht tun. Mich kostet es einfach zu viel Mühe, jedes Mal zu erklären, dass es da ein Gesetz gibt, das absolut nichts mit dem zu tun hat, was die meisten Menschen denken, wenn sie das Wort Gesetz von den Sprechern der ehemaligen Mainstream-Medien hören. Ein Gesetz ist nur ein Befehl. Es ist nur eine Drohung. Es ist eine Androhung von Gewalt.

Ich glaube, dass Gewaltandrohungen gelegentlich sogar gerechtfertigt sind. Wenn jemand um zwei Uhr morgens mit einer Axt in ihr Haus einbricht und sie eine Waffe haben, empfehle ich ihnen dringend, dem Einbrecher damit zu drohen, ihn zu erschießen. Wenn das nicht fruchtet, müssen sie ihn vielleicht tatsächlich erschießen – was bedauerlich wäre. Aber was soll's. Er ist eingebrochen. Ich bin also nicht einmal gegen Gewaltandrohungen, wenn sie gerechtfertigt sind. Ob etwas gesetzlich geregelt ist, hat aber nichts damit zu tun, ob es moralisch gerechtfertigt ist. Die überwiegende Mehrheit der Gesetze, Vorschriften, Erlasse und Verordnungen – und all der andere autoritäre Müll – sind absolut unmoralisch, weil sie Akte der Aggression sind. Das ist der Unterschied zwischen dem, was ich will, und dem, was Recht und Ordnung bedeuten. Recht und Ordnung, »Law and Order« bedeutet, dass man der herrschenden Klasse gehorcht, weil sie einem ansonsten wehtut. Moral dagegen bedeutet, dass man das Selbstbestimmungsrecht aller anderen respektiert. Und dass Menschen das Recht haben, jemanden dazu zu zwingen, es zu respektieren, indem sie sich gegen jemanden verteidigen können, der sie angreift oder versucht, sie zu bestehlen. Diese Art von Ordnung – ja, dafür bin ich. »Law and Order«? Nein, das lehne ich ab. Sie können ja selbst entscheiden, ob sie ein Fan von Recht und Ordnung sind. Ich bin keiner. Ich bin ein großer Fan von freiwilliger, friedlicher Ordnung. Aber das ist niemals das Ergebnis von Regierung.

Der zweite Punkt, bei dem ich ein seltsamer, verrückter »Extremist« bin, betrifft die Frage, ob ich an Demokratie glaube. Nein, tue ich nicht. Gott bewahre! Das ist ein weiterer Punkt, der Menschen irritiert, wenn sie noch nie darüber nachgedacht haben. Viele Leute denken, ich wolle eine Monarchie oder so etwas, wenn ich sage, dass Demokratie scheiße ist. Weil ihnen beigebracht wurde, Demokratie mit diesem vagen Konzept zu verbinden, dass das

Volk die Macht hat und wir uns alle brav zusammensetzen, um uns auf Dinge zu einigen. Wenn alle zusammen kommen und sich auf etwas einigen, nennt man das Konsens. Das ist keineswegs gleichbedeutend mit Demokratie. Zur Klarstellung: Demokratie bedeutet, dass zehn Leute herumhängen und sich fragen, was sie zu Mittag essen sollen. Sieben davon wollen Pizza essen. Drei nicht. Daraufhin sagen die sieben, das hier Demokratie herrscht und die anderen drei deshalb gezwungen sind, ihren Anteil an einer Pizza zu bezahlen, die sie gar nicht wollen. Das ist Demokratie. Konsens bedeutet, dass alle zehn zustimmen, etwas zu tun. Dass, wenn sieben einer Meinung sind, diese sieben etwas zusammen tun. Und drei machen etwas anderes. Konsens bedeutet, dass freie Individuen, die für sich selbst entscheiden, Teil einer Organisation zu werden, gemeinsam etwas tun. Egal, ob es sich um zehn oder 100.000 Menschen handelt. Das ist Konsens. Aber die Propaganda ist bemüht, Demokratie als Konsens zu vermarkten. Und das ist sie nicht.

> Demokratie ist die gewaltsame Dominanz der Mehrheit über die Minderheit.

Ich hasse es irgendwie, das zu tun, aber ich muss jetzt ein Klischee verwenden. Denn das perfekte Bild für eine Demokratie in Aktion ist die Gruppenvergewaltigung. Es ist wirklich verdammt düster. Es ist die Mehrheit, die einer Minderheit ihren Willen aufzwingt. Und die Tatsache, dass auch die Minderheit wählen konnte, ist mir egal. Das hat doch nichts mit Moral zu tun. Dass man auch als Minderheit abstimmen konnte, macht in keinster Weise jemals etwas moralisch. Oder gerecht. Oder gerechtfertigt. In meinen Augen ist Demokratie zutiefst böse. Konsens ist fantastisch – aber Demokratie? Zum Teufel, nein. Die meisten Menschen sind sich ja nicht einmal im Klaren darüber, was sie unterstützen, wenn sie sagen, dass wir die Demokratie fördern müssen. Nein, das

müssen wir nicht. Wir müssen die Freiheit fördern. Und Freiheit ist das absolute Gegenteil von Demokratie. Zudem herrscht ja nicht einmal echte Demokratie. Wo kämen wir denn da hin? Wir bekommen diese verzerrte, seltsame, verstümmelte Version von Demokratie, bei der man für etwas stimmt und jemand anderes entscheidet dann, was diese Stimmen bedeuten und wie viele es sind. Danach tun sie ohnehin, was sie wollen, und treten auf, als seien sie Volksvertreter. Es gibt also die gefälschte Version und die echte Version von Demokratie – und beide sind falsch. Sie können also selbst entscheiden, ob sie ein Fan von Demokratie sind oder nicht. Ich bin keiner.



Der nächste Punkt, bei dem ich ein komischer Kauz bin, betrifft die Frage, ob ich stolz auf dieses Land bin, ob ich es liebe, ob ich patriotisch bin. Nein, überhaupt nicht! Denn auch hier gilt es zu differenzieren, zwischen dem wirren Kram, den die Leute glauben, weil sie tatsächlich etwas Gutes wollen – unter einem Label, mit dem sie getäuscht werden – und dem, was dieses Label wirklich bedeutet. Und es steht nicht für das, was diese Leute wollen. Ich werde also beschreiben, was ich wirklich mag. Und das ist nicht Patriotismus. Ich möchte, dass mir alle patriotischen Menschen da draußen sagen, ob sie in dieser Hinsicht mir, oder lieber den Typen zustimmen, die die Flagge schwenken. Wofür steht denn diese Flagge? Viele Menschen werden sagen, dass die amerikanische Flagge für Freiheit steht. Witzig, oder? Warum ist dieses Symbol der Freiheit dann auf all den Uniformen und Maschinen der Kriegstreiber? Warum ist es auf jedem Büro der Steuerbehörde, auf jedem Büro der Drogenfahndung, jedem Büro des Amtes für Alkohol, Tabak, Schusswaffen und Sprengstoffe, auf jedem Büro des Justizministeriums? Denken sie nicht, dass die Chefs dieser Ämter, die das Gegenteil von Freiheit durchsetzen, das Symbol hassen würden, wenn es wirklich für Freiheit stünde? Aber alle hissen sie die Flagge und sagen, es gehe ihnen

um Freiheit. Gleichzeitig sagen sie, dass die Flagge die Republik repräsentiert. Denn es ist nun mal die herrschende Klasse. Und eine Flagge repräsentiert das Territorium der herrschenden Klasse eines Landes.

Ich weiß, dass das einige Leute verärgern wird – aber ein Land ist nichts anderes als die territoriale Gerichtsbarkeit einer nationalen herrschenden Klasse. Das ist alles, was es bedeutet. Uns dagegen wird beigebracht zu glauben, dass es dieses vage Ding namens Land gibt, das man lieben soll. Okay. Aber was zum Teufel ist das Land? Sind es die Menschen? Hier gibt es viele ziemlich coole Leute. Hier gibt es aber auch viele nicht so coole Leute. Es gibt auch coole Leute außerhalb dieser willkürlichen Grenze. Und nicht so coole Leute außerhalb dieser willkürlichen Grenze. Der Ort hier ist ziemlich cool. Aber es ist nicht weniger cool, wenn man nach Kanada, nach Mexiko, oder an viele andere Orte geht. Warum sollte mich diese bestimmte Linie, dieses bestimmte Stück Boden interessieren? Welche Bedeutung hat es? Steht es für Freiheit? Nein. Es ist nicht mal mehr die freieste territoriale Gerichtsbarkeit auf dem Planeten. Weder sozial noch wirtschaftlich – in keinerlei Hinsicht.

Wir sind darauf trainiert, etwas zu lieben, das wir nicht identifizieren können. Genau wie bei der Demokratie. Wir sind darauf trainiert, an etwas zu glauben, das wir nicht definieren können. Siehe »Law and Order«. Wir sind dressiert, fest an etwas zu glauben. Und wir wissen nicht einmal, was zum Teufel es ist. Das ist Indoktrination. Wenn man an etwas glaubt, das faktisch wahr ist – ich glaube beispielsweise an das Recht auf Eigentum – dann kann man auch erklären, was es bedeutet, kann beschreiben, warum es eine gute Sache ist. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben. Es ist nicht nur irgendein vages Etikett, das ich zu verehren gelernt habe.

Demokratie, Recht und Ordnung und Patriotismus sind vager Brei, der die guten Absichten der Menschen missbraucht und sie dazu verleitet, eine herrschende Klasse zu unterstützen, die für sich das Recht beansprucht, andere auszurauben und zu kontrollieren. Denn darauf läuft es hinaus. Warum also schwenkt man eine Flagge, die für die Berechtigung steht, anderen Geld zu stehlen und andere herumzukommandieren? Soll man wirklich glauben, das hat etwas mit Freiheit zu tun? Ich verurteile Menschen nicht für diese Assoziation. Denn sie sind umgeben von einer Gesellschaft, die ihnen diese Assoziation aufzwingt. Aber wenn ich hier oben Dinge erzähle, die mich in den Augen des Mainstreams zu einen seltsamen Extremisten machen, so möchte ich doch wenigstens, dass jeder einmal scharf darüber nachdenkt, was er wirklich verehrt.

Wenn jemand sagt, er liebt Amerika, steht das dann für die Idee der Freiheit? Cool, ich liebe die Idee der Freiheit. Ich verstehe nur nicht, warum man diese Idee mit dem Symbol einer gewalttätigen herrschenden Klasse verknüpft. Die sind ja nicht nur hier gewalttätig. Die sind überall auf der Welt gewalttätig. Das ist keine Freiheit.

Sind es die Menschen? Alle von ihnen? Nein? Schließt das jeden außerhalb aus? Nein? Warum dann diese Unterscheidung treffen? Wie wäre es, wenn man stattdessen sagt, man liebt anständige Menschen, Freiheit und Gerechtigkeit? Warum sollte man die politischen Konzepte und Insignien einer herrschenden Klasse verwenden, um zu beschreiben, was einem persönlich wichtig ist? Nur deshalb, weil man darauf dressiert wurde.

Unglaublich viele Menschen schwören gedankenlos ihre Treue auf die Flagge. Das ist ein Thema, bei dem sich viele unwohl fühlen, weil sie patriotisch indoktriniert sind und Loyalität vor allem gegenüber einer ganz bestimmten herrschenden Klasse

empfinden. Derjenigen ihres Landes. Sie empfinden das als richtig. Sind emotional investiert. Okay. Aber was ist mit den Menschen, die in Nazi-Deutschland aufgewachsen sind? Oder denen, die jetzt in Nordkorea leben? Sollten die auch tiefe Liebe für die gewalttätigen, herrschsüchtigen Psychopathen empfinden, die sie herumkommandieren und töten? Sollten die auch patriotisch sein? Ist es reines Glück, dass wir an diesem einen Ort – ich meine Land – sind, an dem man seine herrschende Klasse lieben kann? Solche Gedanken lösen bei vielen Menschen Unbehagen aus, weil die Dinge, die ihnen wirklich wichtig sind, die in ihren Augen rechtschaffen und gut sind, unter falschen Labels laufen – Demokratie, Recht und Ordnung, Patriotismus, Liebe zum Land, und so weiter – weil man sie dazu gebracht hat, zu glauben, dass man nur ein guter Mensch ist, wenn man Demokratie, Recht und Ordnung, sein Land, den Patriotismus und das ganze andere Theater liebt.

Ich bin hier, um all diesen Leuten unangenehme Dinge zu sagen. Denn willst du ein guter Mensch sein, musst du all das ablehnen. Nichts davon hat mit friedlicher Koexistenz zu tun. Keines dieser Dinge hat mit Freiheit zu tun. Was du tief in dir drin wirklich meinst, wenn du sagst, dass du dein Land liebst, ist, dass du die Freiheit liebst. Das ist gut. Bewahre dir die Liebe zur Freiheit. Vergiss den ganzen anderen Mist, den das System ein Leben lang um dich herum angehäuft hat. Ja, das ist unangenehm. Auch ich wuchs konservativ, konstitutionell, staatsfixiert auf und war total patriotisch. Ich unterstützte die Truppen, bevor ich eine Ahnung hatte, was sie taten. Ich unterstützte die Polizei, bevor ich eine Ahnung hatte, was sie wirklich tut. Ich glaubte an die Hollywood-Version von dem, was sie tun. Ich dachte, es sind rechtschaffene, gute Typen, die Leben retten. Inzwischen weiß ich, dass sie das nicht sind. Aber es ist sehr schwierig, das, woran man wirklich glaubt, was einem wirklich wichtig ist, von den Etiketten zu trennen, die opportunistische Psychopathen darauf kleben.

Das sage ich ganz ohne Sarkasmus – denn es sind Psychopathen. Die wissen, dass sie keinen Jubel zu erwarten haben, wenn sie erzählen, dass sie alle kontrollieren wollen, dass sie stehlen, enteignen, Menschen hier zu Hause und auf der anderen Seite der Welt töten und Ressourcen in Übersee rauben wollen. Würden sie das kommunizieren, sähe sie jeder als Psychopathen. Haut ab! Das wäre die Reaktion auf derlei Pläne. Also müssen sie es auf eine Art und Weise verkaufen, die wohlmeinende Menschen dem Bösen zujubeln lässt. Genau das ist die Aufgabe von Politik. So hat sie auch bei mir gewirkt. Und ich hasse es, das zuzugeben. Aber ich zwinge mich bei jedem Vortrag dazu, weil ich nicht so tun will, als wüsste ich alles besser als ihr.

Als die Gräuel von Waco ihren Lauf nahmen, war ich zum Beispiel noch nicht so weit wie heute. Ich war ahnungslos und ignorant genug, um zu denken, dass die Leute innerhalb des Geländes die bösen Typen waren. Nun gut, sie hatten seltsame Ansichten, denen ich nicht zustimme. Einige von ihnen taten Dinge, die ich ablehne. Aber sie waren nicht annähernd so schlimm wie das, was die Gesetzeshüter ihnen antaten. Die Polizisten terrorisierten und folterten sie. Und begingen dann Massenmord. Ich jubelte für Massenmörder. Damals. Ich wusste es nicht besser. Das ist das Problem mit politischer Indoktrination und dem Glauben an Regierung. Das Problem besteht nicht darin, dass böse Menschen böse Dinge tun. Natürlich werden sie das – und wir müssen auf der Hut sein – vor allem aber müssen die anständigen Menschen bereit und fähig sein, sich gegen böse Menschen zu verteidigen. Aber durch Lügen bringen böse Menschen die guten Menschen dazu, ihnen zuzujubeln.

Man findet mit Leichtigkeit Bilder von Mao, oder Stalin, oder Hitler – umringt von jubelnden, begeisterten, freudigen Menschenmassen, die sie an die Macht jubeln. Warum? Weil all diese

Tyrannen versprachen, gegen die Übel der Welt zu kämpfen, wenn man ihnen Macht gibt. Tatsächlich kämpften diese Typen auch fast immer gegen die ein oder andere böse Sache. Aber dass man solchen Typen absolute Macht verleiht, ging bisher nie so richtig gut aus. Oder? Tyrannen tricksen anständige Leute aus, damit sie für Dinge jubeln, die sie nicht verstehen.

Ich bin, wie mancher hier im Saal, in der unangenehmen Position, Menschen sagen zu müssen, dass viele Dinge, mit denen sie emotional verbunden sind, das Gegenteil von dem bedeuten, was sie damit assoziieren. Weil ihnen beigebracht wurde, diese Konzepte so lange durcheinanderzubringen, bis sie den Unterschied zwischen Freiheit und dem Anhimmeln einer herrschenden Klasse, zwischen Gerechtigkeit und dem Bejubeln von Berufsschlägern einer autoritären Monstrosität nicht mehr erkennen. So ist es für mich oft schwer, Gespräche mit Menschen zu führen, die noch das Mindset haben, das ich früher hatte – schwenke die Fahne, unterstütze die Truppen, et cetera.

Diese Menschen jubeln nicht, weil sie das Böse verehren. Sie jubeln, weil man ihnen beigebracht hat, dass so Freiheit und Gerechtigkeit aussehen. Aber so sehen Freiheit und Gerechtigkeit nun mal nicht aus.

Gut, nun zum wahrscheinlich wichtigsten Teil des Vortrages: Meiner Antwort auf die Frage, ob ich einer dieser extremistischen Typen bin, die die Regierung ablehnen. Das ist immer recht amüsant für mich – weil ich Regierung generell und von ganzem Herzen ablehne. Zu 100 Prozent. Von oben bis unten, von innen bis außen. Ich bin voll und ganz gegen Regierung. Und ich finde es zum Totlachen, wenn die herrschende Klasse auf tausende von Menschen zeigt, die gar nicht regierungsfeindlich sind, und ihnen vorwirft, sie wären wie ich.

Nein – ich bin regierungsfeindlich. Nicht die. Die wollen nur eine etwas andere Art totalitärer Herrschaft. Auch die Trump-Anhänger sind nicht gegen die Regierung. Die Linke, die Rechte, und alles dazwischen. Sie alle wählen eine Form herrschender Klasse. Das ist nicht regierungsfeindlich, sondern ein Streit um die Farbe des Stiefels, der auf deiner Kehle steht.



Gegen Regierung zu sein bedeutet, ich möchte weder einen Stiefel auf meiner Kehle noch auf der Kehle eines anderen. Und ich bin stolz darauf, regierungsfeindlich zu sein. Denn Regierung ist von Natur aus immer gegen den Menschen gerichtet. Es kann gar nicht anders sein. Zum Anarchisten wurde ich jedoch eher zufällig. Ich war bereits libertär eingestellt. Aber meine erste Frau Tessa und ich diskutierten gerne, weil wir das Philosophieren mochten und ich schon damals gerne solche Themen debattierte. Auch wenn ich in vielen Dingen noch falsch lag. Ich hatte allerdings oft das Gefühl, dass ich in den Debatten nicht wirklich punkten konnte. Dass die Dinge, die ich erklärte, nicht ganz zusammenpassten. Ich arbeitete daran, meine Gedanken zu ordnen und meine Vorstellung davon herauszukristallisieren, was eine ideale, legitime, perfekte Regierung wäre. Auf der einen Seite konnte ich Leute nicht zwingen, Dinge zu finanzieren, die sie nicht wollen. Das ist Erpressung. Ich kann Menschen auch nicht verbieten, sich selbst zu verteidigen – und ihnen stattdessen versprechen, dass ich sie verteidige, nachdem ich sie zuerst beraubt habe. Das klingt eher nach Mafia.

So grenzte ich meine Vorstellung einer perfekten Regierung immer weiter ein – und kam an den Punkt, an dem ich bemerkte: Das ist gar keine Regierung mehr. Das sind nur Menschen. Ohne Sonderrechte. Sie haben keine Autorität. Sie sind keine Gesetzgeber. Sie verfassen keine Edikte – sie reden einfach miteinander. Sie organisieren sich und kooperieren. Ohne, dass jemand besondere

Befugnisse hätte. Für alle, die immer noch daran glauben, eine Regierung könne das Gute verkörpern:

> Das Konzept Regierung ist die Antithese zu Menschlichkeit.
> Es zerstört Empathie selbst in wohlmeinenden Menschen.

Und das hat Gründe. Denn was ist die Rolle einer Regierung, einer Autorität? Und wofür braucht man keine solche Autorität? Man braucht keine Autorität zum Selbstschutz. Das Recht dazu hat man bereits. Man braucht keine Autorität, oder Sonderrechte, oder irgendein Abzeichen, um freiwillig etwas Produktives zu organisieren. Sei es eine Kleinigkeit, oder eine gigantische Operation. Man braucht keine Autorität, oder Abzeichen, oder Sondergenehmigungen, um den eigenen Grund und Boden zu verteidigen. Ob das nun ein kleines Grundstück, oder ein riesiges Gebiet ist. Das Einzige, wofür man Autorität braucht, ist, um sich das Recht herauszunehmen, Böses zu tun.

Per Definition: Wenn etwas für mich, für dich und für jeden von uns moralisch falsch, oder verboten ist, aber jemandem mit einem Abzeichen ist es erlaubt, dann stehen all diese Abzeichen per se für die Erlaubnis, Böses zu tun. Das ist alles, was Autorität jemals zu einer Gesellschaft beitragen kann. Aufgrund der Natur dessen, was sie ist. Wenn jemand aufgrund irgendwelcher Rituale, eines Kostüms oder Abzeichens das Recht hat, etwas zu tun, aber wir haben es nicht – ist es dann plötzlich in Ordnung, von so jemandem beraubt oder herumkommandiert zu werden? Nein.

> Regieren steht für die Erlaubnis, Unrecht zu begehen.
> Das ist alles, was Regierung je sein kann. Das ist alles, was Autorität jemals sein kann.

An den Mann bringt man das Konzept aber natürlich auf andere Art und Weise. Da wird argumentiert, man brauche Autorität, um die Bevölkerung zu schützen. Okay – aber wenn diese Regierung in meinem Namen handelt, kann sie auch nur die Rechte haben, die ich auch besitze. Und ich habe nicht das Recht, meinen Nachbarn auszurauben, um etwas zu finanzieren, das ich will, er aber nicht. Die Regierung handelt nicht so, als würde sie in meinem Namen handeln, wenn sie Menschen beraubt. Und sie soll aufhören, das zu behaupten, wenn sie darüber hinaus auch noch mich beraubt, um Dinge zu finanzieren, die andere Leute wollen. Das ist nämlich die schizophrene Rhetorik, mit der das System arbeitet.

Gut. Falls ich bislang noch nicht alle vollends verärgert habe – glaube ich denn wenigstens an die Verfassung? Nein. Absolut nicht. Demokratisch gewählte, konstitutionelle Republiken mit einer Verfassung waren die mörderischsten Regime in der Geschichte der Welt. Ohne Ausnahme. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hatte eine Verfassung. Sie erlaubte den Menschen, wählen zu gehen. Es gab Grundrechte. Wie hat das für die Sowjetunion funktioniert? Die Demokratische Volksrepublik Nordkorea – die Demokratische Volksrepublik! – ist eine konstitutionelle Republik, die den Menschen gestattet, wählen zu gehen. Es gibt Grundrechte. Wie hat das funktioniert? Die Weimarer Republik, aus der Nazi-Deutschland hervorging, war eine konstitutionelle Republik. Den Bürgern war erlaubt, wählen zu gehen. Es gab Grundrechte. Die Volksrepublik China, das mörderischste Regime in der Geschichte des Planeten, war eine konstitutionelle Republik, die den Menschen erlaubte, wählen zu gehen, die Grundrechte gewährte.

Was also ist falsch daran, Menschen Grundrechte zu gewähren und sie wählen gehen zu lassen? Ganz einfach. Wenn die herrschende Klasse so agiert, als stimmtest du ihren Umtrieben zu, weil sie dich

repräsentieren und du sie durch Teilnahme an Wahlen legitimierst, während sie ihren Wahnsinn ausleben, kommen sie mit viel mehr davon als ein Monarch, der einfach sagt, er tut was er will. Der mit harter Hand regiert. Wenn wir dazu verleitet werden, zu glauben, dass die Repräsentanten das alles für uns veranstalten, dann machen wir mit. Wir normale Menschen haben den Irak nicht überfallen. Ich zumindest nicht. Von euch weiß ich‘s nicht. Aber ich war nicht dort. Bringen sie uns an den Punkt, an dem wir tatsächlich auf diesen Müll hereinfallen, können sie weitaus missbräuchlicher und tyrannischer sein als jemand, der nicht einmal vorgibt, uns zu vertreten. Als jemand, der einfach dazu steht, ein Tyrann zu sein. Mit all seinen Schlägertrupps.

Die US-Verfassung schuf das mächtigste autoritäre Imperium der Welt. Und noch einmal, falls ich noch nicht genug Leute beleidigt habe, und für jene, die meinen, man müsse nur zu dem zurückkehren, was die Verfassung eigentlich bedeutet. Die meinen, wir hätten versagt, im Kern sei es aber eine gute Idee. Für jene, die bezüglich Verfassungsrepubliken, ob hier, oder in der Sowjetunion, oder in Nordkorea, in Nazideutschland oder China anführen, dass es bisher einfach nur nicht richtig umgesetzt wurde. Denen sage ich: Selbst wenn es eine gute Idee wäre, wird sie nie funktionieren, wenn sie auf die Realität trifft. Es ist vielleicht eine gute Theorie, aber jedes Mal, wenn versucht wird, sie auf eine Gesellschaft anzuwenden, entsteht ein autoritäres Monstrum. Verfassungsrechtler sind leider genau wie Kommunisten. Sie glauben an eine beschissene Idee und wollen wirklich, dass sie funktioniert. Sie tut es aber nie. Und führt stets zu autoritärer Gewalt.

Ganz nebenbei – ich war auch mal von dem Schlag. Wenn mein altes Ich im Publikum sitzen würde, wäre es jetzt wahrscheinlich beleidigt, mürrisch und still. Es würde denken: Blödsinn, wir müssen es nur richtig machen. Aber nochmal. Diese Dinge

funktionieren nur, wenn wir sie in nette Worte packen. Repräsentation, keine Unterdrückung, der Wille des Volkes, und so weiter. Dafür geben die Leute alles. Wenn sie es so aussehen lassen können, als hättest du mitbestimmt, als wärst du gefragt worden, ob du den rechten oder den linken Stiefel im Gesicht haben möchtest, dann können sie das als Zustimmung werten. Als Partizipation. Auch wenn deine Partei verliert.



> Gar keinen Stiefel im Gesicht haben zu wollen, das ist natürlich keine Option. Das steht nicht auf dem Wahlzettel. Also wählt man einen der Stiefel – und wird vertreten. Selbst schuld.

Wer kennt das folgende Zitat. Ich werde versuchen, es möglichst fehlerfrei wiederzugeben. »Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch. Und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: Ich, der Staat, bin das Volk.« Nietzsche! Treffer. Das war schon immer wahr. Dass der Staat vorgibt, uns zu vertreten. Dass er sagt, Demokratie sei, wonach wir streben sollten. Dass Recht und Ordnung sind, wonach wir streben sollten. Dass Patriotismus und die Liebe zum Vaterland uns leiten sollten. Alles Blödsinn. Wir sollten die Prinzipien der Freiheit, des Privateigentums und der Gerechtigkeit schätzen. Das ist niemals gleichbedeutend mit der Verehrung einer herrschenden Klasse. Das Einzige, was der Glaube an Autorität jemals zur Gesellschaft beiträgt, ist unmoralische Gewalt. Das ist alles was dieser Glaube bewirken kann.

Mein Buch »Der gefährlichste Aberglaube« dreht sich um genau dieses Thema. Um den gefährlichen Glauben an Autorität und wie er die Menschlichkeit zerstört. Er befähigt nicht nur schlechte Menschen dazu, ihre Psychosen dank Gesetzgebern und Machtpositionen auszuleben, weil sie sich nicht mehr verantwortlich fühlen müssen. Schließlich machen sie selbst die Gesetze ja nicht – sie setzen diese nur gedankenlos und gewaltsam gegen einen

Haufen Menschen durch, die gar nichts falsch gemacht haben. Diese Haltung kennen wir. Befehle wurden befolgt. Fehler wurden gemacht. Ich war der Ansicht, wir hätten das seit Nürnberg hinter uns gelassen. Trotzdem sagen es immer noch alle. Denn sie selbst machen ja nichts falsch. Dieses ominöse, vage Gesetz schreibt es so vor. Sie machen nur ihren Job. Übernehmen keinerlei persönliche Verantwortung dafür, dass sie dich niederschlagen, in einen Käfig stecken oder erschießen. So zerstört das Gesetz auch die Menschlichkeit der Gesetzeshüter.

Und was macht das mit den Wählern? Links, rechts, irgendwas dazwischen? Finden die es legitim, Tyrannen zu wählen, die ihre Nachbarn ausrauben? Ja. Denn sie wählen Tyrannen, damit die ihre Nachbarn ausrauben, um die Dinge zu finanzieren, die sie wichtig finden. So kann die Linke sagen, es sei in Ordnung all den Nachbarn etwas wegzunehmen, um den Armen zu helfen. Ich bin absolut dafür den Armen zu helfen – es ist der Raubüberfall, mit dem ich ein Problem habe.

Die Rechten sagen unterdes, es sei in Ordnung, den Nachbarn etwas wegzunehmen, um die Unschuldigen im In- und Ausland vor den schaurigen Menschen im In- und Ausland zu verteidigen. Viele dieser Verteidiger tragen übrigens wieder Abzeichen. Ich bin voll und ganz für die Verteidigung von unschuldigen Menschen vor schaurigen Menschen hier und schaurigen Menschen im Ausland – ein Problem habe ich damit, dass jeder dazu gezwungen wird, für diese Regierungsversion von Schutz zu bezahlen. Die ultimative Ironie dabei ist nämlich, dass sie dich erst berauben, um mit dem geraubten Geld dann deinen Schutz vor Räubern zu finanzieren. Ist das nicht irgendwie gegen jede Logik?

Jeder der wählt – das mag jetzt bei dem ein oder anderen Schuldkomplexe auslösen, aber ich bin auch fast fertig hier – jeder der

die Demokraten oder Republikaner wählt, unterstützt dieses System. Ich habe mehr als ein Jahr im Bundesgefängnis verbracht. Wegen eines Vergehens »vorsätzlicher Nichteinreichung«. Ich habe denen ein paar Dokumente nicht geschickt. Das ist eine lange Geschichte. Wer es genau wissen will, kann sich melden. Dann schicke ich ihm eine PDF des Buches. Denn ich schrieb darüber, als ich im Gefängnis saß. Ab und an spreche ich über diese Erfahrung natürlich auch mit Leuten, die die Demokraten oder die Republikaner gewählt haben. Die meisten drücken mir irgendwann ihr Mitleid aus. Es täte ihnen furchtbar leid, was mir passiert ist.

Ich frage dann immer, warum es ihnen leid tut. Immerhin hätten sie die Verantwortlichen ja ins Amt gewählt. Zumindest einige davon. War ihnen als Wähler nicht klar, dass Menschen besteuert werden? War ihnen nicht bewusst, dass Menschen, die der herrschenden Klasse nicht huldigen, zeitweilen schlimme Dinge widerfahren? Genau das ist es doch, wofür sie als Wähler gestimmt haben. Der Wähler legitimiert die Maschinerie, die mir und anderen Menschen so etwas antut. Ich verbitte mir daraufhin dann immer dezent den mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anstehenden Hinweis des Gegenübers, dass es ja noch viel schlimmer gekommen wäre, hätte das andere Lager die Wahl gewonnen. Damit liegt die Verantwortung nämlich wieder nur beim System, nicht beim Wähler selbst, der gerade vor mir steht und beginnt, sich sichtlich unwohl zu fühlen. Normalerweise halte ich mich mit Anschuldigungen zurück, weil es etwas hart ist. Im Grunde sage ich den Leuten, dass ich vermute, sie wollen gute Menschen sein. Dass sie es gut meinen. Dass ihr Glaube an die Regierung aber zur Ermächtigung jener Leute führt, die mich zuerst in die Armut trieben und dann für ein Jahr einsperrten. Nicht, weil ich jemanden verletzt habe, sondern wegen ein paar nicht eingesandter Dokumente. Wegen einem Stück Papier. Diese Erpresserbande.

Wenn also jemand bei dem Gedanken, gegen die Regierung zu sein, zusammenzuckt, bitte. Der Grund, warum ich gegen die Regierung bin, ist, dass ich so etwas niemals einem anderen Menschen antun würde. Ich werde die Regierung nie bitten, einen anderen Menschen zu berauben, einen anderen Menschen gewaltsam zu kontrollieren. Weil ich kein Recht dazu habe. Ich werde nie von der Ausrede Gebrauch machen, dass es nicht ich, sondern der linke oder der rechte Stiefel an der Kehle war. Ich habe kein Recht, anderen Menschen derartiges anzutun – und sie haben kein Recht, mir so etwas anzutun.

**Ich war mal auf einem Parkplatz in Phoenix, als jemand mit einem Klemmbrett in der Hand zu mir kam und mich fragte, ob ich wählen gehe. Ich antwortete: »Nein, um Himmels willen – auf keinen Fall! Ich bin doch nicht dumm genug, einen Herrscher über mich zu ernennen. Und ich habe kein Recht, einen Herrscher über dich zu ernennen«.**

Der Typ mit dem Klemmbrett brachte nur noch ein leises »Okay« heraus und drehte ab. Ich glaube, das war ein bisschen über seinem Niveau. Ein bisschen zu viel, zu schnell. Aber das ist die Realität. Ich bin gegen jede Regierung, weil ich mich nicht zum Jubeln für Gewalt, die gegen Unschuldige angewendet wird, verleiten lassen werde. Man kann nicht für eine Regierung sein, in welcher Gestalt oder Form auch immer, ohne gewalttätige Aggression gegen Mitmenschen zu billigen.

Das also ist die Art komischer Kauz, die ich bin. Zum Glück bin ich nicht der Einzige. Vor 27 Jahren, als ich Voluntarist wurde und im Grunde niemanden kannte, der ähnlich dachte, fühlte ich mich wie der Einzige. Jetzt kenne ich Hunderttausende solch seltsamer Typen, die anstelle von Demokratie an Konsens glauben. Anstelle von Recht und Ordnung glauben sie an wirkliche Gerechtigkeit.

Anstelle von Patriotismus glauben sie an wirkliche Freiheit. Ich hoffe, und bin überzeugt davon, dass es künftig noch viel mehr solch seltsame Typen geben wird. Menschen, die sich als Voluntaristen verstehen, die echte Moralvorstellungen vertreten. Auf Basis fundamentaler Werte, die eigentlich in jedem Menschen vorhanden, oft aber unter autoritärer Indoktrination begraben sind. Bis wir irgendwann nicht mehr der seltsame Rand der Gesellschaft sind. Außer für die paar Psychopathen, die sich als Anführer sehen, als Herrschaftskaste, und denen der Rest von uns dann mitteilen wird, dass sie es nicht sind.

Dann haben sie keine Macht mehr.

Ach – und schaut euch die »Jones Plantage« an, wenn ihr den Film noch nicht gesehen habt. Wir alle leben auf der Jones Plantage.

Vielen Dank.

Montagnola, am 26. Oktober 2024

# Smarter Exodus

**Kognitive Kriegsführung und das letzte Gefecht der Spezies Mensch – mein Textbeitrag für die Erstausgabe der Vierteljahresschrift GEGENDRUCK.**

*Heute morgen waren sie wieder da. Um 4:15 Uhr. Eigentlich war es noch mitten in der Nacht. Wahrscheinlich dachten sie, um diese Zeit wäre ich leichter zu überführen. Meine Gedanken noch freier, weil sie mich aus der Tiefschlafphase reißen. Aber gefunden haben sie es zum Glück auch bei dieser x-ten Inspektion nicht. Denn seit Verhängung der nächtlichen Ausgangssperre vor einigen Jahren – eingeführt, um den Karbondioxidausstoß in den von der verbleibenden Population bewohnten Habitaten zu reduzieren – habe ich mich damit abgefunden, einfach schlafen zu gehen, wenn es dunkel wird. Zu tun gibt es am Abend ohnehin nichts mehr. Ich vegetiere vor mich hin. Das auf staatlich anerkannte Seiten begrenzte Internet hat nichts zu bieten. Die abertausend TV-Programme und Videospiele sind ob ihrer agitativen Konnotation nicht zu ertragen. Instrumente muss man umständlich beantragen. Und spielen darf man sie nur nach strikten Vorgaben. Coole Musik und inspirierende Bücher gibt es keine mehr. Richtige Bücher meine ich. Von frei denkenden, penibel recherchierenden, wortgewandten und obrigkeitskritischen Autoren. Sie wurden vor mehr als zwei Jahrzehnten im Zuge der »Intellektuellen Transformation« verboten. Und dann konfisziert. Die vom »Globalen Gremium zum Schutz der Demokratie« genehmigten, zumeist von seelenloser KI (Künstlichen Intelligenz) angefertigten Machwerke will man als eines der wenigen noch lebenden Relikte*

*der freien Welt, das echte Kunst, tiefgängige Literatur und erhitzten Diskurs noch kennenlernen durfte, nicht lesen. Der Restwiderstand gegen solche Übergriffigkeiten ebbte ab, nachdem die Neuralimplantate aus Inklusionsgründen staatlich subventioniert und allen kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Seither befindet sich fast jeder »Verlinkte« permanent im »Happy Mode«. So fühlt er sich selbst während der kargen, einsamen Monate im Quarantäne-Lager noch dankbar und glücklich.*

*Umso wertvoller ist mir dieses Artefakt aus vergangenen Zeiten. Seit Jahren verstecke ich es in meinem »Green Cube«, meiner kleinen, von den Vereinten Nationen einst als Standardbehausung für chemisch kastrierte Singles definierten, von unzähligen Sensoren überwachten Wohneinheit, für die Wasserzufuhr und Elektrizität zentral zugeteilt, oder eben abgestellt werden. Je nachdem, wie viele Punkte das persönliche Nachhaltigkeitssozialkreditkonto ausweist. Da mich der Administrativalgorithmus seit geraumer Zeit verdächtigt, verbotene Literatur zu verstecken, sinkt mein Punktekonto kontinuierlich. Denn seit der Beweislastumkehr, zum »Schutz des Kollektivs vor destruktiven Kräften«, gilt man so lange als schuldig, bis man das Gegenteil beweisen kann. So verliere ich jede Woche weitere sieben Punkte. Einen pro Tag. Aus diesem Grund öffnet sich die Türe meines Wohnwürfels jetzt auch nur noch einmal täglich, wenn ich den subkutanen QR-Code am Unterarm, mit dem man seit der Abschaffung des Bargeldes auch seine Einkäufe begleicht, vor den Scanner am Eingang halte. Einmal am Tag. Für den Gang zum regenerativen Arbeitsdienst.*

*Auch Weglaufen ist keine Option mehr. Entweder wird man von Satelliten und Wärmebilddrohnen geortet, oder man stirbt nach Sonnenuntergang, weil die nächtlichen Geoengineering-Flüge zum Schutz des Klimas nicht mehr nur Aluminiumpartikel, Silberiodid und diverse Chemikalien zur Eindämmung direkter Sonneneinstrahlung*

*enthalten, sondern auch »klimadefensiven Eco Dust«. Jene neu entwickelten Nano-Bots, die, wenn sie vom Menschen eingeatmet werden, binnen vier Stunden für eine vollständige Paralyse oder den sicheren Tod durch Hirnschlag sorgen. Je nach Produkt und Konzentration. Der Humanoid, ob biotechnisch aufgepeppt oder nicht, kann die Nacht in den roten Zonen nur noch im mit Luftfiltern bestückten Innenraum überleben. Oder in den Bioreservaten der Weltgemeinschaft, die nicht geomanipuliert werden, aber eben nur mit Platin-Status zugänglich und damit den Funktionären vorbehalten sind.*

*So sitze ich hier, auf ein paar Quadratmetern, eingepfercht mit den anderen 12.000 Bewohnern meines »Net Zero Wohnblocks«, und würde sie mit meinem Leben verteidigen – diese paar zerfledderten Seiten echtes Papier, aus einem echtem Buch, die ich irgendwie geschafft habe, zu retten. Die ich geschafft habe, binnen einer Sekunde zu vergessen, damit auch die nächste Inspektion der Neuronalscans durchführenden »Friedensroboter« mich nicht der Häresie überführt. Wenigstens für ein paar Monate noch. Bis dahin ist mein Sozialkredit ohnehin aufgebraucht – und der »Death Pod« erwartet mich. Die Sedativa sollen ja immerhin ein kurzes Hochgefühl auslösen, eine Art Rausch, bevor die Maschine das letale Gas verabreicht und meine fleischlichen Überreste zum Düngen der hermetisch abgeriegelten Felder der Bürokraten verwendet werden. Die erhalten nämlich, im Gegensatz zu uns Bürgergeldempfängern, noch immer organische Nahrung, statt Rationen aus dem Labor oder 4D-Lebensmittelpaste für den Drucker zu Hause. Sobald sie meinen »Green Cube« räumen, werden sie dann auch die vermutlich letzten frei zugänglichen Seiten von Étienne De La Boéties Politik des Gehorsams finden. Sie werden sie archivieren.*

*Wobei archivieren für vernichten steht. Binnen weniger Jahre werden sie künftigen Generationen endgültig die Chance genommen haben,*

*erahnen zu können, wie der Konformismus der Vergangenheit zur Dystopie der Gegenwart führte. Ja, wir sind Sklaven. Wir haben verloren. Die Spezies Mensch stirbt aus. Ihre turbulente, facetten- und ruhmreiche Geschichte endet in einer drögen, ewig währenden Gegenwart.*

So – oder so ähnlich – könnte das Leben binnen weniger Dekaden aussehen. Zu düster, denken sie? Dann sind ihnen die Visionen, Konzepte und Strategiepapiere der Technokraten, Bioethiker, Transhumanisten und Green-Economy-Apologeten nicht geläufig. Denn genau solch dystopische Verhältnisse sind die Idealvorstellung dieser Zirkel. Und allzu weit entfernt sind wir von derartigen Zuständen nicht mehr. Lassen wir diese neofeudalen Interessengruppen noch eine Weile ungestraft ihre Agenda umsetzen, könnte der einleitende Text gut und gerne die Lebensrealität eines Menschen im Jahr 2054 beschreiben. 30 Jahre sind eine lange Zeit. Ich wäre dann 85 Jahre alt. Oder – was in Bezug auf das vorgängig beschriebenen Szenario wünschenswerter wäre – schon tot.

Wir haben es mit Kriegsführung der fünften Generation zu tun. Einem Krieg der Herrschaftskaste gegen den Menschen. Das Schlachtfeld ist unser Körper. Wir sind nicht mehr einfach Konsumenten, die man mit materialistischen Wertvorstellungen und haltlosen Heilsversprechen zum Kauf unnützer Güter animieren muss. Wir sind das Produkt. Denn wir produzieren Daten. Und die sind das Gold unserer Zeit. Sie machen uns nicht nur zum gläsernen Bürger, sondern steuerbar. Die zunehmende Digitalisierung unseres Lebensraumes mag vordergründig einen Zugewinn an Lebensqualität und Effizienz darstellen. Immer mehr Lästigkeiten des Alltags per Druck auf einen Button erledigen zu können, ist bequem. Keine Frage. Die negativen Folgen für uns als soziale Lebewesen werden dabei allerdings sträflich vernachlässigt und unterschlagen. Seit der Einführung des Smartphones im Jahr

2007 hat der Homo sapiens circa ein Drittel seiner mentalen Arbeitskapazität eingebüßt. Denn was uns gemeinhin als »*digitale Transformation*« und »*smart Device*« verkauft wird, ist kein Fortschritt zum Wohle der Menschheit, sondern Technokratie. Sprich, zentralistischer Kollektivismus. Gemanagt von Maschinen. Ein totalitäres Herrschaftsmodell, das jegliche Charakteristik einer freiheitlich organisierten Zivilgesellschaft vermissen lässt. Man muss nur nach China schauen, um zu wissen, wohin die Reise geht. Mein 2022 aufgezeichnetes Interview mit dem aktuellen Präsidenten der 1917 initiierten Technocracy Inc. bestätigt das.

Auch Bioethik ist keinesfalls die logische Weiterentwicklung, oder zeitgemäße Interpretation aufklärerischer Errungenschaften, sondern die Fortführung der Eugenik unter anderem Namen. Nicht umsonst firmierte das seit 1969 von Cambridge University Press publizierte Journal für biosoziale Forschung von 1909 bis 1968 unter dem Titel The Eugenics Review und war die Hauszeitschrift des Galton Institute, einem Institut für Rassenlehre, das 1907 unter dem Namen Eugenik Gesellschaft gegründet wurde. Die Non-Profit-Organisation besteht bis heute, tritt seit 2021 aber als The Adelphi Genetics Forum auf. Präsident besagter Eugenik Gesellschaft war unter anderem Julian Huxley, der Gründer des World Wildlife Fund (WWF), der von 1946 bis 1948 erster Generaldirektor der UNESCO war und die Begriffe Transhumanismus, evolutionärer Humanismus und reformierte Eugenik prägte. So fand die Maxime der optimierten Zucht ihren Weg in das konstituierende Dokument jener supranationalen Organisation, die heute Einfluss auf die Lehrpläne des Nachwuchses nimmt. Das nicht mehr ferne Ziel: Eine technokratisch-korporatistische »School World Order« (J. Klyczek, 2019).

Selbst den »*Death Pod*« gibt es längst. Die an eine Luxuskarosse erinnernde Maschine heißt »Sarco Pod«, wird in der Schweiz

bereits am Menschen getestet und tötet »*Kunden*« binnen Minuten. Für den totalen Humanismus. Für das Kollektiv. Ein an der Yale-Universität dozierender Professor schlug Anfang 2023 gar vor, Senioren sollten ab einem bestimmten Alter generell Suizid begehen, um Platz für die Jungen zu machen.

Dass Eugenik und Euthanasie speziell in Kreisen der vermeintlich inklusiv denkenden Kaffeehaus-Bohème wieder salonfähig werden, belegen legislative Entwicklungen in Kanada. Das sccheinbar progressive Land macht es Menschen in Notlagen zwischenzeitlich einfacher, sich staatlich subventioniert ins Jenseits zu befördern, als Sozialleistungen zu erhalten. Dazu muss man weder uralt noch sterbenskrank sein. Es genügt, dass man sein Dasein als ausweglos empfindet. An so einem Punkt im Leben waren wir sicher alle schon einmal. Und leben noch. Weil wir Hilfe in Anspruch nehmen konnten. Weil es Zuspruch gab. Doch im Satellitenstaat des britischen Empire sterben seit der Liberalisierung der Sterbehilfegesetze im Jahr 2015 immer mehr obdachlose, arme, depressive, suchtkranke und behinderte Menschen, die integraler Bestandteil jeder Gesellschaft sein und von dieser aufgefangen werden sollten, weil man ihnen den »*würdevollen*« Tod als einzige Alternative zu einem »*würdelosen*« Leben offeriert.

Nutzen darf man den Sarco Pod schon bald in einer 15-Minuten-Stadt oder C40-City. Einem Freiluft-Ghetto. Denn ob Berlin, Heidelberg, München, Paris, Warschau, Athen, Madrid, Lissabon, London oder Shanghai – die mobilitätseinschränkende Dekarbonisierung der Welt greift Raum. Landflucht und Urbanisierung nehmen zu. Energie und Flüge werden teurer. Kurzstrecken verboten. Und der Kampf gegen die Individualmotorisierung ist nach dem von der EU beschlossenen Verbrenner-Aus auch kein Geheimnis mehr. Das gilt nach den EU-Beschlüssen vom 24. April 2024 zum

Verbot anonymer Krypto-Wallets sowie Barzahlungen über 3.000 Euro auch für die offenkundige finanzielle Entmündigung der Bürger. Der digitale Euro ist ebenfalls bereits in Arbeit. Das supranationale Zentralbankenkartell freut sich sicher schon hämisch darauf, dass dieser künftig mit der gleichermaßen verabschiedeten digitalen Identität verknüpft und samt elektronischer Patientenakte und sonstigen persönlichen Dokumenten auf dem Smartphone gespeichert werden soll – denn ab diesem Moment ist der Bürger nicht nur gläsern, sondern steuerbar wie der Avatar eines Computerspiels.

Die transluzenten Zellentüren im digitalen Gefängnis schließen sich. Langsam, aber sicher. Fallen sie ins Schloss, wird es für nachfolgende Generationen, die nichts mehr anderes kennen werden als diese Haftbedingungen, kaum noch möglich sein, sich der neofeudalistischen Prädatorenkaste unserer Ära zu entledigen. Während ältere Semester sich zumindest noch an eine analoge Welt, an Telefone mit Wählscheibe und Walkmans erinnern können, werden die Kleinkinder der Gegenwart extreme Mühe haben, sich den zusehends perfider applizierten Methoden kognitiver Kriegsführung erfolgreich zu entziehen. Das Stadtbild spricht schon heute Bände. Smartphone-Zombies, wohin man schaut. Darüber hinaus: Smart-Swatch, Smart-Meter, Smart-Home, Smart-City. Siehe Smart-City-Atlas Deutschland. Ja, Maschinen werden intelligenter – die von ihnen kontrollierte und dirigierte Herde immer dümmer.

Im Kontext kognitiver Kriegsführung geht es aber nicht mehr nur um Überwachungskapitalismus, Propaganda, Nudging und Social Engineering. Der dunkle Pfad zum Transhumanismus ändert nicht mehr nur unser Verhalten oder unsere Wahrnehmung – er ändert uns. Eine Präsentation der NASA, die gut 80 Prozent ihres Budgets in militärische Forschung investiert, prognostizierte

schon 2001, dass mit dem Jahr 2020 das Zeitalter der bio- und nano-technischen Kriegsführung anbrechen werde. Im Mai 2018 führte ein Artikel des Business Insider aus, wie chinesische Unternehmen die Gehirnaktivitäten und Emotionen ihrer Angestellten überwachen, um Performance und Compliance zu kontrollieren. Ein NATO-Dokument aus dem Jahr 2020 – Titel: »*Kognitive Kriegsführung, ein Kampf ums Gehirn*« – schlägt in die gleiche Kerbe. Der Autor des Papiers, Francois du Cluzel vom NATO Innovation Hub, beschäftigt sich mit Cyberkriegsführung, Cyberpsychologie, mit psychologischer Kriegsführung, der »*Militarisierung von Technologie und Neurowissenschaften*«, PsyOps und dem »*Gehirn als Waffe*« – oder Angriffsziel.

Dass Cluzel seine Thesen nicht für den luftleeren Raum artikuliert, belegt das erste »*wissenschaftliche NATO-Meeting zu kognitiver Kriegsführung*«, das am 21. Juni 2021 in Bordeaux stattfand. Die im Rahmen des Treffens publizierte, 118 Seiten starke Zusammenfassung mit dem Titel »*Kognitive Kriegsführung: Die Zukunft kognitiver Dominanz*« macht keinen Hehl aus den Absichten des wertewestlichen Militärkomplexes. Unter der Prämisse, dass China als erklärter Klassenfeind auf diesem Gebiet derzeit führend sei, arbeitet das nordatlantische Bündnis fieberhaft daran, ein neues globales Wettrüsten loszutreten. Nur geht es dieses Mal nicht um Atomsprengköpfe, sondern um die Köpfe der Bevölkerung. Der gegnerischen wie einheimischen. Es geht um invasive Nano-Technologie, um die Unterminierung, Disruption und endgültige Abschaffung des freien Denkens.

Involviert ist neben der zu zweifelhaftem Ruhm gelangten Johns Hopkins Universität auch das geheimdienstnahe Beratungsunternehmen Booz Allen Hamilton, der ehemalige Arbeitgeber von Edward Snowden. Und das Pentagon natürlich. Dieses hatte unter Obama bereits 2013 die BRAIN Initiative ins Leben gerufen,

deren erklärtes Ziel die Kartographierung der 86 Milliarden Nervenzellen des menschlichen Gehirns ist. Die Erstellung einer Landkarte der kognitiven Zentrale unserer Spezies. Finanziert wird das Projekt maßgeblich von NIH (National Institute of Health), DARPA (Defense Advanced Reserach Projects Agency), Google, Microsoft und Qualcomm. Big Tech und Neurowissenschaft arbeiten also auf Geheiß des militärisch-industriellen Komplexes daran, »*das Gehirn zum Schlachtfeld der Zukunft*« zu machen, wie norwegische Militärzirkel es in einem Artikel vom 3. November 2021 formulieren. Auch der NATO-Staat im Norden rührt die Kriegstrommeln. Die Rüstungsausgaben bis 2036 belaufen sich auf 50 Milliarden Euro. Noch vor einem Jahr sprach man gerade mal von einem Viertel dieses Betrages. Damit übertrifft das Land schon jetzt das für 2026 gesetzte Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Am Institut für Verteidigungsstudien (IFS) in Oslo ist man darüber hinaus der Meinung, dass in Norwegen »*mehr Menschen mit Waffen in Berührung kommen sollen, um im Verteidigungsfall damit umgehen zu können*«.

Stellt sich die Frage, ob der Wertewesten es tatsächlich auf eine eskalierende militärische Konfrontation, auf heißen Krieg mit Russland und China abgesehen hat – oder ob dergestalt Meldungen bereits die Detonation der Bombe darstellen. Denn wer liest, dass er künftig öfter mit der Waffe in Berührung kommen und sich auf den Verteidigungsfall vorbereiten soll, reagiert darauf. Mit Angst. Die norwegischen Militärstrategen führen diesbezüglich aus:

»*Auch wenn es Propaganda- und Beeinflussungsstrategien schon immer gab, ist es den Akteuren durch die Ausgereiftheit neuer digitaler Technologien und die immer weiter verbreitete Nutzung sozialer Medien möglich, mit maßgeschneiderten und zielgerichteten Inhalten in Echtzeit ein größeres Publikum zu erreichen. Die kognitive Kriegsführung hebt bereits bekannte und neuartige*

*Ansätze in den Bereichen Informations-, Cyber- und psychologische Kriegsführung auf eine neue Ebene, indem sie nicht nur versucht, die Denkweise der Menschen, sondern auch ihre Reaktion auf Informationen zu verändern. Darüber hinaus verwischen Methoden der kognitiven Kriegsführung die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Zielen und verlagern möglicherweise die Anwendung von Gewalt vom physischen in den virtuellen Bereich.«*

Wie Zensur und präventive Zensur missliebiger Information den Lauf der Welt beeinflussen, haben die letzte US-Wahl oder COVID-19 veranschaulicht. Durch selektive Wiedergabe von Inhalten werden die individuelle Wahrnehmung der Realität und in Konsequenz die öffentliche Meinung sowie das Verhalten der breiten Masse beeinflusst. Das funktioniert, so lange die Zielperson die relevanten Kanäle frequentiert und genug Zeit an ihren Endgeräten verbringt – womit für die Spitze der pyramidalen Hierarchie ein gewisses Risiko verbunden ist. Immer mehr Menschen misstrauen dem System und seiner vierten industriellen Revolution. Daher setzt kognitive Kriegsführung auf invasivere Technologien wie RFID-Chips, Brain-Computer-Interfaces (BCI), Smart Dust und Nano-Bots – auf Technologie, die nicht mehr nur am, sondern im Organismus arbeitet. Direkte Steuerungsfunktion, anstelle von indirekter Manipulation. Nur so wird die Herrschaftskaste Gedanken, Emotionen und Reaktionen ihres Humankapitals verlässlich kontrollieren und antizipieren können.

Das mag für manchen nach Science Fiction klingen. Ist es aber nicht. Implantierte RFID-Chips ersetzen schon jetzt Bankkarten, ÖV-Tickets und Haustürschlüssel. Seit knapp zehn Jahren diskutiert der Mainstream, ob Kinder, Tiere und Angestellte zu Zwecken der Sicherheit und Effizienzsteigerung gechipt werden sollten. Viele dieser Projekte sind in vollem Gange. In Schweden gab es 2019 einen wahren Hype um implantierbare Zahlungsmittel.

Tausende Menschen ließen sich Chips von der Größe eines Reiskorns einpflanzen, um damit bargeldlos Geschäfte zu tätigen. 4,5 Millionen Menschen ließen sich von Worldcoin die Iris scannen, um eine digitale ID und ein paar Token zu erhalten. Und Elons Musks Neuralink-Projekt sorgte 2021 für Schlagzeilen, als Versuchstiere mittels Gedanken einen Computer bedienen konnten. Die meisten der gechipten Affen starben jedoch einen qualvollen Tod. Tierschützer liefen Sturm. Das hielt die amerikanische Food and Drug Administration (FDA) nicht davon ab, Neuralink Ende 2023 die Genehmigung für Versuche am Menschen zu erteilen. Im Januar 2024 unterzog sich der erste Proband diesem riskanten Eingriff. Einen Monat später war er in der Lage, die Maus eines Computers mit seinen Gedanken zu steuern. In den Medien wird Musks Projekt als revolutionärer Fortschritt im Bereich der Neurowissenschaften angepriesen – obwohl CIA und DARPA bereits in den 90ern solche Versuche durchführten. Nicht umsonst berichtete The Atlantic im November 2018, dass das Pentagon plane, »*die Gehirne seiner Soldaten zu programmieren*«. Was der Gesellschaft derzeit als bahnrechende Entwicklung verkauft wird, ist alte Technologie. Die zunehmende Berichterstattung soll nur deren Anwendung in der Breite Normalisieren.

Auch benötigt man keinen operativen Eingriff mehr, um Neuro-Technologie ins menschliche Gehirn zu bringen. Ein DARPA-finanziertes Start-up stellte bereits vor knapp zehn Jahren Nano-Bots vor, die ihren Weg ins Hirn über die Blutbahn finden. Das Harvard Magazine berichtete im Januar 2011 über bio-kompatible Transistoren von der Größe eines Virus. Sie sind so klein, dass sie in Zellen eindringen können, ohne die Zellwand zu schädigen. Und folgt man den Ausführungen von Dr. Kris Pister, Kopf der 2002 gegründeten Firma Dust Networks (heute Analog Devices), war Nanotechnologie schon kurz nach der Jahrtausendwende so klein, dass sie als »Smart Dust« – als intelligenter Staub – flächendeckend

eingesetzt werden konnte. Es haperte lediglich an der zivilen Infrastruktur für den Roll-out. Dank 5G-Netzausbau und totaler Digitalisierung unseres Lebensraumes hat sich das zwischenzeitlich geändert. Und das sollte Grund zur Sorge geben. Denn schon vor eineinhalb Jahrzehnten wusste Pister: »*Smart Cities der Zukunft werden diese kostengünstige Technologie mit geringem Stromverbrauch nutzen und sie praktisch überall verteilen*«.

Pister spricht diesbezüglich von sogenannten Mesh-Netzwerken oder »Dust-Clouds«, von artifiziellen Staubwolken, die aus einer Vielzahl mikroskopisch kleiner Nano-Partikel bestehen. In einer Fabrik können diese Nano-Bot-Wolken eingesetzt werden, um Prozessabläufe zu analysieren. In Ballungszentren, um Verkehrsströme zu steuern. Wie das Massachusetts Institute of Technology (MIT) in einem Beitrag vom 16. Juli 2013 ausführt, können die Schaltkreise und Sensoren der mit Ultraschall und Bewegungsenergie betriebenen Nano-Bots aber auch Gehirnaktivitäten des Menschen überwachen und beeinflussen.

Das Fachmagazin Nature veröffentlichte am 30. Juli 2015 einen Artikel von Nina Vogt, der beschreibt, wie per herkömmlicher Spritze injizierbare Mesh-Netzwerke die Neuralfunktionen aufzeichnen, interpretieren oder verändern können. Am 24. Juli 2021 konnte man bei der BBC nachlesen, dass und wie der Infrarotlicht verwendende Nano-Partikel NeuroSWARM3 menschliche Gedanken lesen wird. Und wie die 2013 registrierte Google-Patentnummer US9539210B2 belegt, war Nano-Technologie seit langem auch für Impfungen vorgesehen.

Dazu werden wir künftig nicht mehr unbedingt im Impfzentrum oder beim Hausarzt antreten müssen. Denn wie BBC, MIT, Nature oder die Britische Regierung mitteilen, haben China und Indien bereits inhalierbare Impfstoffe zugelassen. In Großbritannien

und anderen Ländern laufen Versuchsreihen und Genehmigungsverfahren. Es braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, was dem pharmazeutisch-digital-finanziellen Komplex in diesem Kontext vorschwebt. Und auch nicht, um sich die Tragweite derartiger Entwicklungen zu vergegenwärtigen.

Wir sind wohl nur ein, zwei herbeikalkulierte Pandemien davon entfernt, Massenimpfungen über die Atemluft verabreicht zu bekommen. Enthalten diese neben mRNA oder anderen Wirkstoffen auch Nano-Technologie, ist das Recht auf körperliche Unversehrtheit endgültig Makulatur. Das Individuum wird Teil eines Mesh-Netzwerkes, einer Cloud, seine Gedanken les- und seine Emotionen steuerbar. Verdeckt applizierte, durch Schallwellen, Licht oder elektromagnetische Ladung steuerbare Technologie in unserem Gehirn stellt einen Angriff auf unsere Fähigkeit dar, frei denken zu können. Wirkt diese Technologie wie von den Technokraten gewünscht, lässt sich Widerstand gegen Tyrannen und Oppressoren womöglich bald per Knopfdruck beenden.

Unter dieser Prämisse muss auch das Thema Geoegineering neu bewertet werden. Denn während die USA, China, Dubai oder auch das Land Baden-Württemberg einräumen, seit Jahrzehnten großflächig Cloud Seeding zu betreiben – also Wettermodifikation zur Hagelabwehr oder atmosphärischem Wassermanagement – dürften die verdeckt laufenden Projekte in diesem Bereich zwischenzeitlich deutlich weiter gehen. Siehe dazu mein Artikel »Wetter als Waffe«, der die gut dokumentierte Geschichte der Wettermanipulation, über 200 Patentanmeldungen auf diesem Gebiet sowie die Militarisierung der Domäne seit Ende des 19. Jahrhunderts en Detail beleuchtet. Das US-Militär nutzte künstlich erzeugten Regen bereits im Vietnam-Krieg als Waffe. Vor einem halben Jahrhundert. Was heute möglich ist, möchte man sich kaum vorstellen.

Unter dem Vorwand, das Weltklima retten zu wollen, planen die von Eugenik beseelten Philanthropen der »*Super Class*«, unseren Planeten in eine chemische Wolke zu hüllen. CNBC berichtete am 7. September 2019. Mit 800 Großraumflugzeugen sollen Tonnen von Kalk, Titan, Zinkoxid, Aluminium und »*Staub*« in der Atmosphäre ausgebracht werden, um die Sonneneinstrahlung zu reduzieren. China beschäftigt fast 40.000 Personen im Bejing Weather Modification Office, dem 35 speziell ausgerüstete Flugzeuge zur Verfügung stehen. Nach Informationen von Vanity Fair gaben die Wetteringenieure im Reich der Mitte schon 2006 eine Million Schüsse in den Himmel ab und starteten 80.000 Raketen. Mit knapp 100 Flugzeugen ließe sich ganz China gleichzeitig bearbeiten. Mit 9.596.960 Quadratkilometern Fläche immerhin das drittgrößte Land der Erde. Für die gesamte Landfläche des Planeten, knapp 150 Millionen Quadratkilometer, wären also circa 1.500 Flugzeuge nötig. Allerdings nur, wenn diese gleichzeitig im Einsatz sind. Sequenziert man Geoengineering-Aktivitäten, käme man mit einer Flotte von 500 bis 750 Flugzeugen aus und wäre dennoch in der Lage, den gesamten Globus abzudecken. Die Sonne bekäme man unter dieser mutmaßlich gesundheitsschädlichen Wolkendecke jedenfalls nur noch selten zu Gesicht.

Kostengünstige Nano-Partikel bei Cloud-Seeding-Flügen auszubringen, wäre ein Leichtes. In unserer Nahrung, die von der Prädatorenkaste seit jeher als Waffe gegen ihre Gegner und Untertanen eingesetzt wird, befinden sich neben allerlei Giften wie Glyphosat oder Fluorid ja auch schon mRNA-behandeltes Fleisch, genmanipulierter Fisch oder DNA-codierte Pilzsporen »*zur Optimierung der Supply Chain*«. Ob die Konsumenten gesundheitliche Schäden davon tragen, ist der Konzern-Plutokratie gleichgültig.

Ohne Zweifel: Der dritte Weltkrieg ist in vollem Gange. Es ist ein asymmetrischer Krieg, ein heimtückischer Angriff der

Herrschenden auf die Spezies Mensch. Geführt wird er an allen Fronten. Er soll nicht nur das Finanzsystem, die Weltwirtschaft, etablierte Sozialstrukturen, Bildung und tradierte Wertesysteme transformieren, sondern vor allem uns. Denn damit rückt das erklärte Ziel der Eugenik-Apologeten – die kontrollierte Zucht einer tumben, konformistischen Klasse von Lohnsklaven – in greifbare Nähe.

Bleibt nur die Frage, ob die neofeudalistischen Herrschaftskartelle ihren Nachhaltigkeitskorporatismus dieses Mal ohne Blutvergießen und die totale militärische Eskalation implementieren können. Die Geschichte spricht dagegen. Und es ist an uns, sie zu ändern. Jetzt.

Montagnola, am 29. April 2024

# Trump Reloaded

**»Worte interessieren nur da, wo sie zu Taten führen«, notierte ich vor knapp 15 Jahren für einen meiner Texte. Gelten sollte diese Prämisse vor allem für Wahlversprechen. Doch die Geschichte zeigt, dass von den vollmundigen Zusicherungen eines Wahlkampfes nach Amtsantritt kaum etwas umgesetzt wird. Davon muss wohl auch in Bezug auf die US-Präsidentschaftswahl 2024 ausgegangen werden. Auch wenn viele immer noch auf eine »Trockenlegung des Sumpfes« hoffen. Ein Überblick.**

Unterhaltsam ist es bisweilen. Keine Frage. Ist ja auch Politainment. Fake. Eine Show. Eine ziemlich kostenintensive dazu. Und einer gewissen Schadenfreude kann man sich in der Tat kaum verwehren, betrachtet man die irrationalen Reaktionen, Nervenzusammenbrüche und infantilen Ausraster der Wahlverlierer – dem Lager, das in puncto Covid, Klimaschutz und Genderpolitik nie einen Hehl aus seinen totalitären Anwandlungen machte. Leider wird aus Spaß aber schnell bitterer ernst. So tötete ein psychisch labiler Mann aus Minnesota am Tag nach Donald Trumps Wahlsieg zuerst seine ehemalige Partnerin und deren Kind, dann seine Frau und den eigenen Sohn, und anschließend sich selbst. Während die Polizei bislang kein offizielles Tatmotiv kommuniziert, implizieren Social-Media-Beiträge des 46-jährigen Demokraten, dass seine Angst vor den Republikanern, beziehungsweise dem Einzug Trumps ins Weiße Haus, durchaus Auslöser des Amoklaufes sein könnten.

Während die weithin von »Wokeness« beseelten Demokraten ihre Wunden lecken, zelebrieren das konservative Lager der Republikaner und die MAGA-Apologeten einen vermeintlich historischen Sieg. Trump selbst verspricht bei seiner Siegesrede ein »*goldenes Zeitalter*«. Dass er jetzt »*alles in Ordnung bringen*« werde. Die Krypto-Branche wähnt sich im Aufwind. Der Bitcoin-Kurs steigt. Dow Jones, S&P 500 und Nasdaq erreichen neue Allzeithochs. In Iowa soll 2026 eine Art Weltausstellung stattfinden, um das 250-jährige Jubiläum Amerikas zu feiern. Bis zum Beginn der Feierlichkeiten sollen Elon Musk und Vivek Ramaswamy die Ausgaben des Staatsapparats um zwei Billionen US-Dollar reduziert haben. Natürlich ist Trump auch die letzte Chance der USA, um endlich die Grenze zu Mexiko zu sichern. Und von Robert F. Kennedy Jr. erwartet man, die Vereinigten Staaten im Rahmen eines MAHA-Programmes – »*Make America Healthy Again*« – wieder gesund zu machen.

Im Überschwang der Euphorie – oder Frust der Niederlage – fällt gerne unter den Tisch, dass Wähler in Amerika den Präsidenten gemäß Verfassung gar nicht direkt wählen dürfen, weil das für die Wahl des Präsidenten zuständige Electoral College im Prinzip völlig unabhängig vom eigentlichen Wahlausgang entscheiden kann. Die Wahlmänner könnten auch jeden anderen zum Staatsoberhaupt ernennen. Ob das Volk ihn will, oder er überhaupt angetreten ist, spielt rein formal gar keine Rolle. Bei genauerer Betrachtung also nicht unbedingt Demokratie in Reinform. Egal. Schnöde Details. »*Trust the plan. Wir haben gewonnen. Geschichte wurde geschrieben*« – und so weiter.

Die NATO gibt unterdes zu Protokoll, dass sich an ihrer geostrategischen Agenda »*nichts ändern wird, egal, wer die Wahl gewinnt*«, weil das »*im Interesse der Vereinigten Staaten liege*«. Vielleicht hat das US-Militär ja deshalb nur wenige Stunden nach Schließung

der Wahllokale eine Minuteman III Interkontinentalrakete zu Testzwecken abgefeuert. Eine Langstreckenwaffe, die drei einzeln steuerbare Atomsprengköpfe transportieren kann.



Auch das Ron Paul Institute rechnet nicht mit grundlegenden Veränderungen und führt diverse Bereiche an, die unabhängig von der Besetzung des Oval Office ein Problem bleiben werden: Kontinuierliche Unterminierung der Verfassung, Krieg gegen die eigene Bevölkerung, Tiefenstaat, Washingtons ausufernde, verstetigte Notstandsermächtigungen, Militärinterventionen in aller Welt, maßlose Korruption und staatliche Tyrannei. Klingt nicht wirklich nach einem goldenen Zeitalter.

Die Reaktionen rund um die US-Wahl – ob positiv oder negativ, ob vor Ort oder im Rest der Welt – veranschaulichen jedenfalls, dass Wahlen Emotionsamplituden auslösen, die in keiner Relation zu dem stehen, was ein Präsident, Kanzler oder Premierminister tatsächlich bewirken kann. Sonst hätte Trump den tiefenstaatlichen »*Sumpf*« ja schon in seiner ersten Amtsperiode trockenlegen können.

Während die Demokraten also darauf warten, dass die USA ab dem 20. Januar 2025 zur Diktatur verkommen und auf Demonstrationen gegen das Resultat der US-Variante von Demokratie protestieren, fiebern die anderen dem Anbruch eines goldenen Zeitalters entgegen.

Genug Zeit also, den 47. Heilsbringer im Oval Office noch einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn auch wenn Donald Trump sich fraglos darauf versteht, zu unterhalten und große Reden von Freiheit und staatlicher Souveränität, von Weltfrieden und Prosperität zu schwingen, sprechen seine Taten zumeist eine ganz andere Sprache.

Fangen wir vorne an: Dank der Zurückstellung vom Wehrdienst konnte Donald Trump bereits 1968 bei Trump Management einsteigen, dem Unternehmen seines Vaters Fred C. Trump, der vor allem mit staatlichen geförderten Wohnungsbauprojekten – »Federal Housing Projects«, heute die Ghettos von New York – zum Multimillionär geworden war. 1971 übernahm Donald im Alter von 25 Jahren die Geschäftsleitung der Firma. Bei Interviews prahlt er bis heute gerne damit, dass sein Vater ihm in jungen Jahren »*lediglich einen kleinen Kredit*« über eine Million Dollar als Startkapital gewährte. Daraus habe er dann als gewiefter Unternehmer ein Immobilienimperium erschaffen. Dieser Darstellung widerspricht ein Artikel der New York Times (NYT) vom 2. Oktober 2018, der basierend auf Steuer- und Buchhaltungsunterlagen kalkuliert, dass Donald Trump gut 60 Millionen US-Dollar an Krediten erhielt.

»*Im Alter von drei Jahren verdiente Trump am Imperium seines Vaters 200.000 Dollar jährlich. Mit acht Jahren war er Millionär. Mit 17 Jahren überließ ihm sein Vater einen Teilbesitz an einem Mehrfamilienhaus mit 52 Wohneinheiten. Kurz nachdem Trump das College abgeschlossen hatte, erhielt er von seinem Vater jährlich umgerechnet eine Million Dollar. Über die Jahre stiegen die jährlichen Schenkungen. In seinen Vierzigern und Fünfzigern lagen sie bei über fünf Millionen Dollar jährlich.*«

Als Fred Trump im Juni 1999 verstarb, hatte der trickreiche Unternehmer und Steuerallergiker seinem Sprössling nach Berechnungen der NYT insgesamt 413 Millionen Dollar überschrieben. Selbst wenn New York Times, Associated Press und Co. im Jahr 2018 mit diesen Artikeln fraglos Stimmung gegen Trump machen wollten, kann dessen selbstbeweihräuchernde Darstellung augenscheinlich nicht ganz der Wahrheit entsprechen.

Aber: Er hatte Erfolg. Und das war in der Immobilienbranche des New Yorks der 70er und 80er nicht selbstverständlich. Denn sie wurde von der Mafia dominiert. Von den »*Fünf Familien*«. Wer nicht den Schutz von »Fat Tony« Salerno, Carmine Galante, Paul Castellano et al. genoss, den Bossen der Genovese-, Bonanno- und Gambino-Familien, hatte schlechte Karten. Das wusste auch Donald Trump. Also macht er Gebrauch von den exzellenten Kontakten seines Freundes, Mentors und Anwalts Roy Cohn, der nicht nur enge Verbindungen zum langjährigen FBI-Chef J. Edgar Hoover pflegte, sondern unter anderem auch Nancy Reagan, die Besitzer des Studio 54, Andy Warhol, die katholische Erzdiözese und die Führungsetage der fünf Mafia-Familien als Anwalt vertrat. Nicht umsonst ist Cohn ein zentraler Charakter in Whitney Webbs Zweiteiler »*One Nation under Blackmail*«. Den Kontakt zu Cohn, einer Schlüsselfigur für die Zusammenarbeit von Oberschicht und Unterwelt, suchte Donald Trump bereits 1973, als die US-Regierung ein Unternehmen seines Vaters verklagte. Er sollte bestehen bleiben, bis Cohn im August 1986 seiner AIDS-Erkrankung erlag.

Cohns Verbindungen zu Politik, Mafia und Jimmy Hoffas teilkriminellen Teamster-Gewerkschaft sorgten dafür, dass Trump in der Stadt Fuß fassen und sein Geschäft ausbauen konnte. Im Gegenzug war er gezwungen, überteuerte Baumaterialien von Fat Tonys Tarnfirmen zu beziehen. Nach Angaben eines ehemaligen Mitarbeiters von Cohn trafen sich Trump und Salerno in dessen Stadthaus in Manhattan. Trump will sich an ein solches Meeting allerdings nicht erinnern können – obwohl Salerno 1988 unter anderem wegen Erpressung in Höhe von acht Millionen Dollar im Rahmen eines Trump-Bauprojektes rechtskräftig verurteilt wurde. Die Wahrheit kennt wohl nur Trump selbst. Denn Cohn und Fat Tony sind tot.

Sicher ist: Die Geschäftsbeziehungen zwischen Donald Trump und Firmen des organisierten Verbrechens waren intensiver

als seinerzeit üblich. Auf Tonbändern des FBI und der US-Staatsanwaltschaft, damals geleitet vom späteren Trump-Anwalt Rudy Giuliani, die beim Abhören von Mafia-Fahrzeugen und -Etablissements entstanden, ist mehrfach von Trump-Projekten die Rede. Donald passte sich dem Geschäftsgebaren seines Umfelds an. Den opportunistischen, skrupellosen, steuervermeidenden Praktiken seines Vaters – und dem von organisierter Kriminalität durchzogenen Filz des Ostküsten-Establishments.

Donald Trumps Frühphase, seine Geschäfte und Geschäftspartner sind also nicht unbedingt ein Paradebeispiel in Sachen Arbeitsethos. Im Vergleich zu seinen späteren Kontakten wirken seine Buddys der 70er und 80er aber fast noch sympathisch – denn Steuern sind Raub und die Mafia pflegt, im Gegensatz zu Regierungen, Militär und Geheimdiensten, zumindest einen Ehrenkodex.

Die 90er begannen für Trump mit finanziellen Turbulenzen. Diverse Bau- und Casino-Projekte liefen nicht wie geplant. Investments warfen nicht den erwarteten Gewinn ab und die Schulden häuften sich bis zur Zahlungsunfähigkeit. In der Öffentlichkeit gab er jedoch weiterhin den erfolgreichen Entrepreneur. 1995 gründe Trump, immer noch bis über beide Ohren verschuldet, eine Aktiengesellschaft und ging an die Börse. Durch diesen Schritt landete er nach 1989 erstmals wieder auf der Forbes-Liste der reichsten Amerikaner. Da die neue AG aber aufgrund der Altlasten mit 1,7 Milliarden Dollar verschuldet war, fiel ihr Börsenkurs zwischen 1996 und 2005 von 35 Dollar auf 17 Cent. Dann wurde der Handel ausgesetzt. Trump bezog aber noch bis 2009 Vergütungen aus der Gesellschaft in Höhe von 44 Millionen Dollar.

Parallel zu diesen fragwürdigen Umtrieben zu Lasten von Anlegern und Geschäftspartnern mauserte sich Donald Trump zum Society-Phänomen. Ob The Apprentice, WrestleMania, The Fresh

Prince of Bel-Air, Talkshows oder soziale Anlässe aller Art – Trump war überall, wo sich Öffentlichkeit für Trump generieren ließ. Mit Erfolg. Überschuldung, Zahlungsunfähigkeit, Mafia-Kontakte, Betrugsvorwürfe und juristische Probleme verblassten im omnipräsenten Scheinwerferlicht.

Weniger glamourös dagegen ist Donald Trumps Beziehung zu einem der verachtenswertesten Menschen der jüngeren Vergangenheit – Jeffrey Epstein. Denn während Trump lange Jahre leugnete, überhaupt mit Epstein in Kontakt gestanden zu haben, belegen unlängst veröffentlichte Audio-Mitschnitte, dass er sehr wohl eine Beziehung mit dem verurteilten Sexualstraftäter, Pädophilen, Menschenhändler und Doppelagenten pflegte. Eine sehr enge.

Jeffrey Epstein bezeichnet sich im Zuge der Aufnahmen als »*Trumps engsten Freund*«. Für über zehn Jahre. Man besuchte die gleichen Partys, kannte die gleichen Leute. Kaum verwunderlich. Epstein war bestens mit dem »Who is Who« des Establishments vernetzt – auch mit dem zwielichtigen Roy Cohn. Es liegt nahe, dass über diesen der Erstkontakt zustande kam. Epstein erpresste elitäre Zirkel in aller Welt mit heimlich aufgenommenen Videos arrangierter Sex-Eskapaden. Die Opfer: Meist Minderjährige. Manche erst acht Jahre alt. Wer Macht und Einfluss ausüben und sichern wollte, nahm seine Dienste in Anspruch. Das wusste wohl jeder seiner engeren Kontakte. Trotzdem sprach Donald Trump von einem »*tollen Typen, den er seit 15 Jahren kenne*«, als er in einem Interview mit dem New York Magazine 2002 nach seiner Meinung zu Epstein und der gemeinsamen Vorliebe für junge Frauen gefragt wurde. Darüber hinaus flog Donald Trump mindestens sieben Mal mit Jeffrey Epsteins Privatjet, besser bekannt als »*Lolita Express*«.

Elon Musk, über dessen hinter Imagedesign verborgene Nähe zu Militär, Geheimdiensten, Big Pharma und Transhumanisten

ich bereits im Oktober 2022 ausführlich berichtet habe, hatte ebenfalls Verbindungen zu Jeffrey Epstein, wie ein ausführliches Dossier von Johnny Vedmore belegt. Ganz zu schweigen von Musks Forderungen nach $CO_2$-Steuern gegen den Klimawandel oder seinen offenen Plädoyers für Technokratie, einem faschistischen Herrschaftsmodell, das schon sein Großvater Joshua N. Haldemann in leitender Position vertrat. Man kann sich also ausmalen, was unter einem Effizienzprogramm unter Musks Ägide zu erwarten ist – Tech-Faschismus, getarnt als libertäre Progressivität.

Auch RFK Jr. flog zwei Mal mit dem »*Lolita Express*«, gibt aber an, in Begleitung von Frau und Kindern gereist zu sein – während er gleichzeitig erklärt, die beiden Flüge seien nur zustande gekommen, weil seine »*Frau irgendeine Art von Beziehung mit Ghislaine Maxwell hatte*«. Was für eine Beziehung das war, beschreibt RFK Jr. nicht. Dabei wären die Hintergründe dieser Beziehung durchaus relevant für die Bewertung seiner Verbindung zum Epstein-Netzwerk. Denn Maxwell, deren Elternhaus für CIA und Mossad tätig war, war seit 1991 Epsteins engste Mitarbeiterin. Sie führte ihm minderjährige Mädchen zu. Phantombilder legen nahe, dass sie auch am Verschwinden, beziehungsweise Tod, von Madeleine McCann beteiligt sein könnte. Nach dem als Suizid vermarkteten Mord an Epstein im August 2019 tauchte Maxwell ab. Aufenthaltsort unbekannt. Erst am 2. Juli 2020 konnte das FBI sie festnehmen. Im Dezember 2021 wurde Maxwell wegen Unterstützung von Epsteins Pädo-Business zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Man darf gespannt sein, ob Epsteins unter Verschluss gehaltene Kundenliste jemals ans Licht kommt. Wenn Trump nichts zu verbergen hat, seine dahingehenden Ankündigungen wahr machen und den Sumpf trockenlegen will, könnte er damit ordentlich vorlegen. Entsprechende Forderungen stehen ja bereits im Raum. Bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus am 21. Juli 2020

verkündete er allerdings noch, Maxwell mehrfach getroffen zu haben und wünschte ihr »*wirklich alles Gute*«.



Wahrscheinlich ist eine Offenlegung der Kundenliste aber nicht. Denn auch Trumps neuer Generalstaatsanwalt, Matt Gaetz, gegen den 2020 wegen sexueller Kontakte zu einem minderjährigen Mädchen ermittelt wurde, sprach sich in der Vergangenheit explizit gegen eine neuerliche Überprüfung des Falls Epstein aus. Er behauptete außerdem, Epstein sei von ausländischen Geheimdiensten, nicht vom US-Tiefenstaat ermordet worden. Sein Wahlkampf-Team nutzte denn auch die gleiche Anwaltskanzlei wie Jeffrey Epstein. Und ein enger Vertrauter von Gaetz warb intensiv dafür, Ghislaine Maxwell aus der Haft zu entlassen. Seit 2021 ist Gaetz mit der Schwester des Peter Thiel-Protegés Palmer Lucky verheiratet, der mit seiner Firma Anduril für das High-Tech-Überwachungssystem an der mexikanischen Grenze verantwortlich zeichnet, KI-Waffenprogramme entwickelt und für das US-Verteidigungsministerium an Project Maven arbeitet. Sumpf, soweit das Auge reicht. Trockenzulegen gäbe es da also einiges.

Warten wir's ab – und werfen unterdes einen Blick auf Donald Trumps erste Amtszeit. Denn auch diesbezüglich sagen Taten mehr als Worte.

Während Trump sich derzeit als Gegner der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geriert, war er als 45. US-Präsident mit »Operation Warp Speed« (OWS) für eine militarisierte Impf-Kampagne der Superlative verantwortlich, die 300 Millionen Dosen einer experimentellen mRNA-Gentherapie unters Volk bringen und den Herstellern mindestens 18 Milliarden Dollar in die Kasse spülen sollte. Anthony Fauci, den Trump heute gerne öffentlich diffamiert, kümmerte sich für ihn um den Rollout der Injektionen und die damit verbundene Nudging-Propaganda. Für seine Verdienste im

Rahmen von OWS erhielt Fauci von Trump am letzten Tag seiner Präsidentschaft eine Auszeichnung, wie eine Pressemitteilung im Archiv des Weißen Hauses belegt. Während Trump sich in den letzten Wochen medienwirksam von Fauci distanzierte und abstritt, diese Auszeichnung abgesegnet zu haben, verweisen Mitarbeiter des Weißen Hauses darauf, dass eine solche Auszeichnung gemäß Protokoll nur dann verliehen wird, wenn der Präsident sie persönlich autorisiert. Fragt sich, wer lügt.

Daneben genehmigte Trump im Februar 2020 eine Zahlung von 1,16 Milliarden US-Dollar an GAVI, die Impfallianz von WHO, Weltbank, UNICEF und der Bill & Melinda Gates Stiftung. Der Betrag sollte GAVI binnen drei Jahren über die CIA-Tarnfirma USAID ausbezahlt werden. Ungeachtet aller Gegenanzeigen, Nebenwirkungen und Kollateralschäden durch Lockdowns und partielle Impfpflichten pries Donald Trump OWS stets als durchschlagenden Erfolg. Erst nach der Ankündigung, mit Kennedy kollaborieren zu wollen, hielt er sich mit dem Eigenlob zurück. Dass er sich in den Wochen vor dem Wahlsieg neu positionierte, dürfte also reine Wahlkampfstrategie gewesen sein.

Wenn Trump nun in Aussicht stellt, Impfungen verbieten und Amerika gemeinsam mit RFK Jr. gesund machen zu wollen, ist das in Anbetracht der immensen Marktmacht von Big Pharma kaum als realistisch zu bewerten. Siehe Briefing des Roosevelt Institute vom 22. Mai 2019. Titel: »*Kapern der Regierung – Wie Big Pharma die Gesetzgebung übernahm*«. In Trumps Team wurden in den letzten Wochen bereits Stimmen laut, die forderten, sich von RFK Jr. zu distanzieren. Während Kennedy in einem Interview vom 28. Oktober verkündete, Trump habe ihm den »*Chefposten der Gesundheitsbehörde HHS versprochen*«, stellte Howard Lutnik, Vize-Vorsitzender von Trumps Transition-Team, am 30. Oktober bei CNN fest, dass dies »*natürlich nicht der Fall sein werde*« und

man Kennedy lediglich Zugriff auf Daten gewähren wolle. Am 14. November gab Donald Trump dann allerdings bekannt, RFK Jr. tatsächlich zum Chef der HHS machen zu wollen. Die Nominierung muss aber noch vom Senat bestätigt werden. Und bis Januar kann noch einiges passieren. Die Vergangenheit lässt jedenfalls darauf schließen, dass weder Big Pharma noch WHO oder GAVI künftig unter der neuen Regierung leiden werden.

Dann wären da noch die galoppierenden Staatsschulden der Vereinigten Staaten. Denn unter Trumps Ägide schöpfte die US-Zentralbank allein im Jahr 2020 über drei Billionen Dollar. »*Die Vereinigten Staaten haben im Juni mehr Geld gedruckt als in den ersten zwei Jahrhunderten nach ihrer Gründung. Letzten Monat war das Haushaltsdefizit der USA – 864 Milliarden Dollar – größer als die Gesamtverschuldung von 1776 bis Ende 1979*«, so Dan Morehead, CEO von Pantera Capital am 29. Juli 2020. Seit 2020 hat die Staatsverschuldung um knapp zwölf Billionen Dollar zugenommen und belief sich im September 2024 auf 35,46 Billionen Dollar. Das sollten speziell Trump-Anhänger vor Ort nicht vergessen, wenn sie nun für den Wocheneinkauf deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen. Inflation sei Dank.

»*Dafür hat Trump keine neuen Kriege angefangen*!« – hört man immer wieder, wenn man auf dessen Verfehlungen hinweist. Stimmt. Weil er fünf Krisenherde von der vorherigen Regierung geerbt hat und sich dort austoben konnte. Trump hat nämlich deutlich mehr Drohnen-Einsätze befohlen als sein Vorgänger. Obama autorisierte in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit 186 Einsätze – bei Trump waren es 238. Allein im Jemen hat die Trump-Regierung 176 Angriffe binnen zwei Jahren durchgeführt. Bei Obama waren es 154 in acht Jahren. Und während die Regierung unter Obama zumindest teilweise Daten zu den Opferzahlen dieser Einsätze veröffentlichte, änderte Trump

die entsprechenden Transparenzanforderungen und veröffentlichte gar keine Daten. Laut einem Artikel von Foreign Policy vom 9. August 2017 ist Trump »*der kriegslüsternste Präsident der jüngeren Geschichte*«. Weiter führte das 1970 von Samuel P. Huntington gegründete Magazin aus:

»*Unter Trump haben die Vereinigten Staaten bis zum 31. Juli etwa 20.650 Bomben abgeworfen, das sind 80 Prozent der Menge, die unter Obama im gesamten Jahr 2016 abgeworfen wurden.* (…) *Daten zeigen, dass die Vereinigten Staaten im Irak und in Syrien Bomben in beispiellosem Ausmaß abwerfen. Im Juli warf die Koalition zur Bekämpfung des Islamischen Staats (sprich: die Vereinigten Staaten) 4.313 Bomben ab, 77 Prozent mehr als im Juli letzten Jahres. Im Juni lag die Zahl bei 4.848 – 1.600 Bomben mehr als unter Präsident Barack Obama jemals pro Monat abgeworfen wurden. In Afghanistan ist die Zahl der abgeworfenen Bomben seit Trumps Amtsantritt ebenfalls sprunghaft angestiegen. Im April wurden im Land mehr Bomben abgeworfen als auf dem Höhepunkt von Obamas Truppenaufstockung im Jahr 2012. In diesem Monat bombardierten die Vereinigten Staaten das afghanische Mamand-Tal mit der größten nichtnuklearen Bombe, die jemals abgeworfen wurde. Trump hat auch das militärische Engagement der USA in Ländern außerhalb der Kriegsschauplätze ausgeweitet – nämlich im Jemen, in Somalia und in Pakistan. In den letzten 193 Tagen von Obamas Präsidentschaft gab es in diesen drei Ländern 21 tödliche Anti-Terror-Operationen. Trump hat diese Zahl verfünffacht und mindestens 92 solcher Operationen im Jemen, sieben in Somalia und vier in Pakistan durchgeführt.*«

Klingt für mich jetzt nicht so ganz nach Friedenstauben.

Wahrscheinlich war es am Ende nur die Hektik bei der Übergabe der Amtsgeschäfte im Januar 2021, oder der Stress permanenter

Medienpräsenz, der Trump auch noch davon abhielt, Julian Assange oder Edward Snowden zu begnadigen. Immerhin war er »*kurz davor, einen der beiden auszuwählen*«, wie er in einem Interview für Daily Wire verlauten ließ. Am Ende blieb dann aber leider doch nur Zeit für die Begnadigung der anderen 116 Personen auf der Liste. Dumm gelaufen.

Wenden wir uns der Gegenwart zu. Und dem, was uns die nächsten vier Jahre erwarten könnte. Es muss ja jetzt auf jeden Fall alles viel besser laufen als in der ersten Runde. Denn in den Augen vieler seiner Unterstützer habe Trump in der Zwischenzeit viel gelernt und wurde damals nur hinters Licht geführt. Überrumpelt vom Tiefenstaat, den er eigentlich abschaffen wollte. Zudem hat er nun Elon Musk und RFK Jr. an seiner Seite, der gemäß Lutnik zwar keinen Job bekommt, aber immerhin steht irgendwo Kennedy auf der Banderole. Das ist doch auch was.

Ernsthaft. Bereits in Rahmen seiner ersten Amtszeit plante Trump, ein biometrisches System zur Ein- und Ausreisekontrolle zu etablieren. Es sollte zunächst nur für Ausländer gelten. Aber jeder weiß, dass es nicht lange dauert, bis so ein System für jeden gilt. Dazu passt, dass seit Beginn des Wahlkampfes 2024 permanent von der Voter ID gesprochen wird. Ausweise für alle – gegen Wahlbetrug. Bisher besitzen nur knapp 40 Prozent der Amerikaner einen Reisepass. Nur acht Prozent verlassen im Urlaub überhaupt das Land. Die virtuelle Wand wird das ändern, nicht nur an der Grenze zu Mexiko. Denn über kurz oder lang resultiert das Projekt in der flächendeckenden Einführung einer eID. Basis für die eID- oder Voter ID-Infrastruktur könnte zum Beispiel E-Verify sein, ein vom Department of Homeland Security betriebenes Projekt zur Verifikation von Personen, dessen Nutzung für Personalabteilungen von Bundesbehörden seit dem 1. Oktober 2007 obligatorisch ist. Die Nominierung von

Tom Homan als Chef der Einwanderungs- und Zollbehörde impliziert, dass genau dieser Kurs eingeschlagen wird. Homan ist Hardliner. Er war Teil des rechtskonservativen Project 2025 und befürwortet neben flächendeckender Biometrie auch die Trennung von Eltern und Kindern an der Grenze.

Kein Zufall also, dass der Gründer der Cardano-Blockchain, Charles Hoskinson, die Regierung Trump ab 2025 in Bezug auf Kryptoanwendungen beraten soll. Immerhin hatte Hoskinson bereits mit dem von Jeffrey Epstein finanzierten Ben Goertzel ein biometrisches eID-System für Schulkinder in Äthiopien entwickelt. Und nachdem die von Peter Thiel finanzierte Silikon-Valley-Marionette JD Vance als Vizepräsident fungiert, hat auch der mächtigste Überwachungskonzern der Welt, Palantir, nun einen Fuß in der Tür des Oval Office. Mit diesem Setup dürfte der gläserne Bürger der Gegenwart bald ein Relikt der Vergangenheit sein.

Ganz zur Freude von Ex-Spion John Ratcliffe, dem neuen CIA-Direktor unter »*Orange Man*«. In Trumps erster Amtszeit war Ratcliffe »*Director of National Intelligence*«, unter George W. Bush zuständig für Anti-Terror-Operationen und nationale Sicherheit. Später leitete er zusammen mit John Ashcroft, Generalstaatsanwalt unter Bush und Architekt des Ermächtigungsgesetzes »Patriot Act«, ein Unternehmen für strategische Beratung (AGS). Im Dezember 2023 unterstützte John Ratcliffe den Bilderberger, Kriegstreiber und Tiefenstaat-Neocon Mike Pompeo bei der Erneuerung des Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA), der die fortgesetzte, anlasslose Massenüberwachung der US-Bevölkerung legalisiert. Und kaum war er nominiert, machte Ratcliffe am 13. November 2024 auf FOX-News wahrheitswidrig Stimmung gegen den Iran und unterstellte der dortigen Regierung »*kriegerische Handlungen*« gegenüber den USA.

Kollaborieren wird Ratcliffe künftig mit Tulsi Gabbard. Sie beerbt ihn als Trumps neuer »*Director of National Intelligence*«. Gabbard war Mitglied der WEF Young Global Leaders sowie des Council on Foreign Relations (CFR). Beide Organisationen tilgten ihren Namen von der eigenen Homepage, nachdem Gabbard öffentlich über US-Biowaffenlabore in der Ukraine sprach. In Interviews bestätigt sie ihre Rolle im CFR allerdings selbst. Gabbard befürwortete die Covid-Impfkampagne und schmückt sich gerne mit dem Image »*Kriegsveteran*« – obwohl sie die Schrecken des Krieges lediglich aus sicherer Entfernung sah. Eine Opportunistin, deren konservativ-kritisches Image nichts weiter ist als ein wackliges Kartenhaus.

»*Ich war Kadett. Was ist das Motto der Kadetten in West Point? Du wirst nicht lügen, betrügen, oder stehlen – und diejenigen nicht dulden, die das tun. Ich war der CIA-Direktor. Wir haben gelogen, wir haben betrogen, wir haben gestohlen. Wir haben ganze Trainingskurse dazu absolviert.*« (Mike Pompeo, April 2019)

Und wer denkt, Donald Trump werde wenigstens die Einführung einer digitalen Zentralbankwährung (CBDC) verhindern, irrt. Zumindest im Kern. Denn im Rahmen seiner Rede auf der Bitcoin Konferenz 2024 sprach Donald Trump von »*regulatorischer Klarheit*« sowie der »*sicheren und verantwortungsvollen Expansion von Stablecoins*«. Damit bestätigte er, dass die Einführung von digitalem Geld über privatwirtschaftliche Entitäten erfolgen wird. Denn ein Konto bei der Zentralbank will niemand. Leider werden aber die Transaktionen all der ach so marktwirtschaftlich eingeführten Digitalwährungen zentral erfasst. Im »*Unified Ledger*« der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Was am Ende zum exakt gleichen Ergebnis führt wie eine vom Staat oder der Zentralbank aufgelegte CBDC – zu lückenloser Überwachung mit Interventionspotenzial.

Zurück zur künftigen Regierung. Stabschef im Weißen Haus und damit »*mächtigste Frau in Washington*« soll Susie Wiles werden – bisher Co-Vositzende von Mercury Public Affairs LLC, einem Lobby-Giganten, der unter anderem Pfizer, GAVI, die Vereinten Nationen oder SpaceX vertritt. Mercury Public Affairs gehört seit 2003 zur Omnicom Group, einem WEF-Partner für Öffentlichkeitsarbeit. Wiles gilt als die »*am meisten gefürchtete und am wenigsten bekannte Politagentin Amerikas*«.

Als Außenminister nominierte Trump den von der Zionismus-Lobby korrumpierten Marco Rubio. Einen Neocon. Sprich: Militärischer Interventionismus und unilaterale Hegemonieansprüche. Den Posten des nationalen Sicherheitsberaters offeriert Trump dem ehemaligen Green Beret Mike Waltz. Neben Marco Rubio der zweite Mann in der künftigen Regierung, der sich mit China anlegen möchte. Ergänzt wird das kriegsaffine Duo von Brian Hook, der dem Iran am liebsten sofort den Krieg erklären möchte und den Auftrag erhielt, Schlüsselpositionen im Außenministerium mit geeignetem Personal dafür zu besetzen.

Der ehemalige texanische Kongressabgeordnete Ron Paul sieht in diesen Nominierungen »*einen schlechten Tag für jene, die an America First glaubten*«. Sollte Trump die Unterstützung der Ukraine seitens Amerika tatsächlich beenden, dürften nämlich ersatzweise zuerst der Iran und langfristig eventuell gar China von Demokratie aus der Luft beglückt werden. Daran wird auch die neue US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen nichts ändern. Denn Elise Stefanik hat praktisch keine relevante Berufserfahrung – und ist ebenfalls ein Neocon. Sowohl Stefanik als auch Rubio, Waltz oder Hook setzen sich für weitere Waffenlieferungen nach Israel und eine Fortsetzung des auch von israelischen Zeitungen also solchen bezeichneten Genozids in Gaza ein.

»*Die westliche Zivilisation repräsentiert heute das Verständnis, dass Zionismus und Amerikanismus die Frontlinien der westlichen Zivilisation und Freiheit in unserer Welt sind*«, erklärte der Army-Veteran, United Against Nuclear Iran-Advokat und Ex-FOX-News-Mitarbeiter Pete Hegseth im April 2019. An dieser faschistoiden wie imperialistischen Doktrin scheinen sich auch Trump und Co. zu orientieren – denn Hegseth wird nun Verteidigungsminister. Passend dazu wird Mike Huckabee, ein bekennender Zionist, der nächste US-Botschafter in Israel. Huckabee nennt das Westjordanland Judäa und behauptet entgegen historischer Fakten, dass es Teil Israels ist. Auch die Annexion der Westbank fände er in Ordnung. Seine Nominierung kann als Kriegserklärung an die Palästinenser verstanden werden. Wohlwissend, dass Israels völkerrechtswidriges Vorgehen leicht zu einem regionalen, wenn nicht globalen Flächenbrand führen kann.

Apropos globale Themen: Dahingehend lohnt sich ein genauerer Blick auf die Hintergründe des bereits erwähnten Howard Lutnick. Diesen hat die Investigativ-Journalistin Whitney Webb am 7. November 2024 gewagt. Unter der Überschrift »*Macht euch bereit für den Kohlenstoffmarkt der Republikaner*« erklärt sie:

»*Viele der einflussreichsten Namen der kommenden Trump-Regierung sowie der vorherigen haben sich in den letzten Jahren intensiv mit der Schaffung von Kohlenstoffmärkten befasst, während andere eine langjährige Erfolgsgeschichte bei der Implementierung von $CO_2$-Steuern und anderen Formen der $CO_2$-Bepreisung vorweisen können. Der wichtigste unter ihnen ist Howard Lutnick, Co-Vorsitzender von Trumps Transition-Team, der erklärte, seine Aufgabe sei es, Talente für die kommende Regierung zu finden. Lutnick ist der langjährige Leiter von Cantor Fitzgerald, einem der ersten Akteure im Emissionshandel, der sich seitdem zu einem weltweit führenden Unternehmen für ESG-Investitionen, die Finanzierung*

*nachhaltiger Infrastruktur und grüne Anleihen entwickelt hat. So hat sich Cantors nachhaltiger Infrastrukturfonds ausdrücklich der digitalen Transformation, Dekarbonisierung und Verbesserung und Modernisierung alternder Infrastruktur verschrieben, während ein Hauptaugenmerk des Fonds darauf liegen wird, in Emittenten zu investieren, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen dazu beitragen, bestimmte Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Darüber hinaus ist Invenergy, ein Unternehmen für erneuerbare Energien, das im Rahmen von Bidens umstrittenem Inflationsbekämpfungsgesetz eine beträchtliche Menge an Subventionen erhalten hat und vom ersten Windmilliardär des Landes, Michael Polsky, geleitet wird, der wichtigste Bestandteil eines weiteren Infrastrukturfonds von Cantor. Lutnick sitzt auch im Vorstand eines Satellitenüberwachungsunternehmens namens Satellogic. Neben Lutnick ist der ehemalige Finanzminister von Trump, Steve Mnuchin, Vorsitzender des Vorstands. Auch Joe Dunford, ehemaliger Stabschef des US-Militärs unter Trump, sitzt im Vorstand. Satellogic ist integraler Bestandteil eines Konsortiums, das versucht, durch undurchsichtige vertragliche Vereinbarungen auf kommunaler Ebene einen riesigen, Blockchain-basierten Kohlenstoffmarkt in Lateinamerika durchzusetzen. Dieser Kohlenstoffmarkt, der unter dem Namen GREEN+ operiert, soll auf einer Bitcoin-Sidechain aufgebaut werden. Das entsprechende Emissionsgutschriftsystem ist für lateinamerikanische Gemeinden zutiefst ungerecht. So könnten die betroffenen Gemeinden beispielsweise nur Geld verdienen, wenn Einnahmen unter den für GREEN+ anerkannten, nachhaltigen Projekten generiert werden, während die Investoren von GREEN+ den Großteil der Gewinne einstreichen. Das Programm würde Gemeinden außerdem ohne ihre Zustimmung dem Satellitenüberwachungsapparat von Satellogic (der mit der US-Regierung und dem israelischen Geheimdienst verbunden ist) aussetzen. Darüber hinaus ist GREEN+ in bemerkenswerter Weise mit Personen verbunden, die Trumps Verbündeten in der Region*

*nahestehen. So ist eine wichtige Persönlichkeit in Nayib Bukeles politischer Partei – der Bürgermeister von San Salvador, Mario Durán – Vizepräsident einer der wichtigsten Gruppen, die das GREEN+-Programm orchestrieren, während das Netzwerk Endeavor Argentina, das sehr enge Verbindungen zu Javier Milei pflegt, ebenfalls eng mit Satellogic verbunden ist. Satellogic ist ein von Endeavor unterstütztes Unternehmen, während Endeavors erster Milliardär und Unternehmer, Marcos Galperín von MercadoLibre, im Vorstand von Satellogic sitzt. Darüber hinaus ist ein anderer wichtiger Investor von Satellogic, der Dollar-Stablecoin-Emittent Tether, auch eng mit Howard Lutnick verbunden. Lutnick ist langjähriger Fürsprecher von Tether. Und Cantor Fitzgerald hält den Großteil der US-Staatsanleihen von Tether, um deren Stablecoin und seine Bindung an den US-Dollar zu stützen.*«

Das sollte Wähler, die dem Klimawandel-Narrativ und Digitalwährungen skeptisch gegenüberstehen, hellhörig werden lassen – denn auch wenn Donald Trump im Rahmen seiner öffentlichen Auftritte gegen die Nachhaltigkeitsagenda wettert und der leitmediale Komplex seine entsprechenden Phrasen für Konterpropaganda nutzt, sprechen die Taten wieder einmal eine ganz andere Sprache. In Anbetracht vorgängig beschriebener Umstände sieht es nämlich nicht so aus, als widersetze sich der 47. US-Präsident dem Nachhaltigkeitskorporatismus der UN. Im Gegenteil.

»*Der König ist tot, es lebe der König*«. Die neue US-Regierung wird die gleiche Agenda fahren wie die alte – nur die Vermarktung ändert sich. Das kündigte Lynn Forester de Rothschild (CIC) schon vor über einem Jahr bei Bloomberg an. Genau wie Larry Fink (BlackRock).

Die Einführung biometrischer Massenüberwachung wird nun mit der Migrationskrise und drohendem Wahlbetrug, mit der

Stärkung der Demokratie gerechtfertigt, anstatt mit einem Virus. Den Krieg in der Ukraine wird man nicht weiter unterstützen. Diesen Brandherd sollen die Europäer am Kokeln halten, damit man endlich den Iran und China ins Fadenkreuz nehmen kann. So ein dritter Weltkrieg wäre nämlich ein profitables Geschäft. Das Klimawandel-Narrativ wird man öffentlich negieren und verhöhnen, während die Agenda 2030 trotzdem umsetzt wird. Gleiches gilt für Totalüberwachung, Genderwahn, globale Gleichschaltung von Lerninhalten und die schleichende Digitalisierung des Weltfinanzsystems. Denn auch diese Programme werden von überstaatlichen Akteuren vorangetrieben und entziehen sich dem Einfluss nationaler Regierungen. So funktioniert Korporatismus.

Ernüchternd ist vor allem, dass sich die Bevölkerung, die in den letzten vier Jahren tatsächlich ein gewisses Maß an rebellischem Potenzial entwickelte, wieder einmal täuschen lässt. Trump-Hype wohin man schaut. Selbst die Corona-Dissidenten, selbst jene, die dem Staat aufgrund von Covid-Lügen, Green-Economy-Deindustrialisierung und militantem Neoimperialismus zusehends kritisch gegenüberstanden, haben sich in weiten Teilen von den leeren Versprechungen der MAGA-Promotion und ihren Sekundanten blenden lassen.

Sie werden genauso desillusioniert zurückbleiben wie die auf »*Hope*« geeichten Obama-Fans – und sich in ein paar Jahren vermutlich trotzdem wieder an die Wahlurne schleppen, weil sie auf den nächsten Erlöser hoffen, anstatt selbst die Welt zu verändern.

Zur Wahl stehen aber jeweils nur verschiedene Geschmacksrichtungen der gleichen, bitteren Pille Marke Unterdrückung. Keine Unterdrückung – das ist natürlich keine Option. Das steht nicht auf dem Wahlzettel.

Linke gegen Rechte, Demokraten gegen Republikaner, Christentum gegen Islam – Bevölkerungsgruppen, die man gegeneinander aufwiegeln kann, finden sich dagegen immer. Präsentiert man ihnen einen verheißungsvollen Erlöser, werden sie ihn unterstützen, um die andere Gruppe loszuwerden. Das ist Herrschaftsdialektik. Man bringt die Menschen dazu, um Dinge zu betteln, die ohnehin eingeführt werden sollen. Und der einzige Gewinner in diesem immer riskanter werdenden Spiel ist die Prädatorenkaste.

**»Die mächtigste Waffe in den Händen der Unterdrücker ist der Geist der Unterdrückten.« (Stephen Bantu Biko)**

Wer Donald Trump unterstützt, ist nicht für Frieden und Freiheit, sondern nur gegen das, was die andere Seite will. Denn Donald Trumps Interesse gilt nicht Frieden und Freiheit, sondern Donald Trump. So war es sein ganzes Leben lang.

Montagnola, am 14. November 2024

# Die glorreichen Sieben

**John Brockmans Edge-Foundation galt als Treffpunkt für die Genies der Gegenwart. Ob Jeff Bezos, Sean Parker, Elon Musk oder Daniel Hillis – sie alle wohnten Veranstaltungen bei, die sie als Tech-Avantgarde darauf vorbereiten sollten, die Zukunft zu gestalten. Die »Dritte Kultur«. Doch was zunächst progressiv klingt, entpuppt sich auf den zweiten Blick rasch als Trainingslager für Technokraten. Finanziert von Jeffrey Epstein.**

Sie regieren die Welt. Das ist keine Übertreibung. Denn sie haben deutlich mehr Einfluss darauf, was wir sehen, lesen, hören, fühlen, kaufen, tun und denken als jeder Politdarsteller – gemeint sind die »*glorreichen Sieben*«. Also die sieben größten Unternehmen der Tech-Branche: Apple, Microsoft, Amazon, Alphabet (Google), Tesla, Meta und Nvidia. Mit ihren Plattformen, Produkten und Smartphone-Apps dominieren sie Medienlandschaft, Konsum, persönliche Kommunikation, digital-soziale Räume, nachrichtendienstliche Aktivitäten, künstliche Intelligenz (KI) und in zunehmendem Maße auch den Finanzmarkt.

Nachdem Microsoft und Apple mit der Entwicklung von Personal Computern und einer grafischen Benutzeroberfläche dafür sorgten, dass sich Mitte der 80er auch neugierige Normalos einen PC ins Haus holten – als Ersatz für die plötzlich altbacken wirkende Schreibmaschine – und Tim Berners-Lee, der 1989 am CERN die Grundlagen des World Wide Web entwickelte, am 6. August 1991 sein Konzept eines Hypertext-Dienstes online gestellt hatte,

waren es Ende der 90er eine Handvoll Unternehmen, die sich im sonnigen Süden der USA anschicken sollten, das Mediazän zu dominieren. Gegründet von einer Handvoll Tech-Desperados, die abseits gültiger Normen und Gesetzmäßigkeiten operierte, weil es für das, was sie erfanden, noch keine gab, formierte sich ein anomistisches Ökosystem, das heute die Welt dominiert: Die Plattform-Plutokratie. Der digital-zensorische Komplex. Die größte Social-Engineering-Maschinerie aller Zeiten.

So steht die Einordnung als »*größte Unternehmen*« nicht nur für die astronomischen Börsenwerte dieser Konzerne, sondern vor allem für ihren massiven Einfluss auf die Entwicklung des Individuums und die postmoderne Gesellschaft an sich. Dass diese Einflussnahme abseits von Marktwert und Performance-Indikatoren nicht allein auf organischem Wachstum und Marktdurchdringung beruht, liegt auf der Hand – denn die Tech-Giganten erfuhren signifikante Starthilfe von Seiten des Staates. Genauer gesagt dem Geheimdienstkomplex.

Facebook erhielt Millionen von Deep-State-Technokrat Peter Thiel und Accel, dessen Management enge Verbindungen zum CIA-Finanzvehikel In-Q-Tel pflegte, und galt für das Forbes-Magazine schon 2018 als »*das ultimative Überwachungsinstrument für Regierungen*«. Sergey Brin und Larry Page erhielten 1995 erhebliche Summen von der DARPA, um Google zu gründen. Aus einem »*schwarzen Budget*«, mit dem NSA und CIA Werkzeuge zur Massenüberwachung entwickeln wollten. Wenig verwunderlich also, dass auch Google Earth aus einem CIA-Projekt namens Keyhole EarthViewer hervorging, dessen Unterstützung In-Q-Tel gemäß Pressemitteilung vom 25. Juni 2003 als »*strategisches Investment*« bezeichnete. Julian Assange lag also ganz richtig, als er 2014 warnte, »*Google sei nicht das, für was es sich ausgibt*«.

Selbst bei Reuters konnte man im Rahmen eines ausführlichen Artikels vom 3. Juli 2013 nachlesen, wie eng die Verbindungen der Big-Tech-Konzerne zu Geheimdiensten ist. Von der Start-up-Finanzierung über die Rekrutierung von Ex-Agenten bis zum Austausch von Computerchips, die Spionage erleichtern, ist alles dabei. »*Die Zusammenarbeit zwischen Tech-Industrie und Geheimdiensten ist enger als die meisten Menschen denken*«, so Reuters.

So erstaunt es kaum, dass Amazon, Apple, Microsoft, Google, Meta und Elon Musks Firmenkonglomerat mittlerweile auch in den Krisen- und Kriegsgebieten der Welt aktiv sind, um dort in Zusammenarbeit mit Peter Thiels Palantir, Pentagon und Geheimdiensten jene Drecksarbeit zu übernehmen, die Regierungen nicht offiziell übernehmen wollen, oder dürfen. Korporatismus in voller Blüte eben. Die vermeintlich privatwirtschaftlich geführten Tech-Konzerne dominieren nicht mehr nur den zivilen, sondern zusehends auch den militärischen »*Markt*« – das Geschäft des industrialisierten Tötens.

Dass der militärisch-industrielle mit dem digital-zensorischen Komplex fusionierte, ist eine logische Folge des Umstands, dass beide dem gleichen »Gott« dienen: Mammon. Sprich, dem Zentral- und Geschäftsbankenkartell. In diesem Lichte betrachtet gebietet das Gesetz der Logik, dass die Schaffung dieser unheiligen Allianz nicht allein betriebswirtschaftlich motiviert war. Denn schon im 17., 18., und 19. Jahrhundert nutzten die Finanzkartelle Medien, Staat und Wirtschaft, um den Lauf der Dinge zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Siehe mein Text »Monopole, Macht und Mord« Teil 1 und 2.

Damals zeitigte diese überstaatliche Einflussnahme vor allem militärische Konflikte, bei denen Territorialansprüche, Ressourcen und Monopolisierung im Fokus standen. Weil in diesen Bereichen aber

bis auf die planetaren Gemeingüter, die sich die Herrschaftskaste nun im Rahmen der Green Economy unter den Nagel zu reißen gedenkt, nicht mehr viel zu holen ist, geht es dieser Tage vor allem darum, die Kontrolle nicht zu verlieren. Dazu müssen die 0,1 bis 1,0 Prozent an der Spitze des wertewestlichen Kastensystems sicherstellen, dass die unterworfene Masse der transgenerational operierenden Kriminalität ihrer Zirkel nicht auf die Schliche kommt.

Eine Bedrohung für die von immer mehr Rissen gezeichneten Fundamente des Elfenbeinturms markiert vor allem das Internet. Denn trotz vielschichtiger Zensurmethoden im Web 2.0, legislativer Hütchenspielertricks und der Segregation Andersdenkender, bahnt sich das kleine, aber persistente Licht der Wahrheit auch in dunkelsten Zeiten seinen Weg durch Paywalls, Geofences, Blockwart-Barrikaden und Plattform-Patrouillen. VPN, Blockchain, Graphene OS, De-Fi (Decentralized Finance) und Verschlüsselung sei Dank. Das Web 3.0 lässt sich nicht zensieren.

Um derart autonomisierenden Entwicklungen entgegenzuwirken, konzentrieren sich die Kolonialisierungsprojekte der Herrschaftskaste nun nicht mehr auf die bewaffnete Unterwerfung ferner Länder – sondern auf das Erringen der Lufthoheit über einem geradezu grenzenlosen Schlachtfeld: dem Gehirn. Allerdings nicht in Form simpler Propaganda. Denn im Zeitalter des fortgeschrittenen Informationskrieges ist Nudging die sozialarchitektonische Königsdisziplin, um Menschen dazu zu bringen, etwas zu unterstützen, das ihnen nichts bringt, oder sogar schadet. Und wie könnte Nudging in der Breite besser gelingen als durch willfährige Hilfestellung »*der glorreichen Sieben*«. *Genau dazu wurden sie geschaffen.*

Technologische Revolutionen werden Dekaden bevor sie eintreten antizipiert, durchdacht, angekündigt und visualisiert.

Nicht zuletzt von Hollywood, der laut Edward Bernays »*größten Propagandamaschine der Welt*«. Jene Kräfte, die die Gesellschaft kontrollieren wollen, machen sich das zu nutze. Sie erkennen, welche Paradigmenwechsel technologische Revolutionen einläuten werden und versuchen daher frühzeitig, deren Entwicklung zu steuern. Aus diesem Grund lohnt sich ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des Nudging – beziehungsweise der zugrundeliegenden wissenschaftlichen Disziplin: Verhaltensforschung.

Klassische Propaganda beruht auf den Standardwerken von Walter Lippmann (1922) und Edward Bernays (1928). Moderne Verhaltensforschung – oder Sozialarchitektonik – in weiten Teilen auf den Arbeiten von Anthony Giddens. Der britische Soziologe veröffentlichte 1990 das Buch »The Consequences of Modernity«, in dem er die Grundlagen für den »Dritten Weg« skizzierte – ein Konzept der Politikproduktion, das abseits politischer Spektren dazu dient, die Massen zu gesellschaftlichem Konsens zu zwingen. Giddens' Konzept beruht auf den Infiltrationsansätzen der Fabian Society, die damit das Fundament der Partizipation simulierenden Sozialdemokratien des heutigen Europas schuf. Hintergründe zu Fabian Society und dem Roll-out des Dritten Weges finden sich in meinem Text »Dominanzdialektik« vom 30. September 2023.

Nach 1990 publizierte Giddens weitere Bücher, die sich mit dem Themenkomplex befassten. Darunter Titel wie »Moderne und Identität« (1991), »Die Transformation der Intimität« (1992), »Jenseits von rechts und links« (1994) und »Der Dritte Weg« (1998). In all diesen Werken beschäftigt sich der Sozialwissenschaftler mit der übergeordneten Frage, wie der Mensch sich in die Welt der Postmoderne einzufügen vermag – oder besser – einfügen muss, um mit Globalisierung, Klimawandel und sozialen Verwerfungen

zurecht zu kommen. Anthony Giddens war von 1997 bis 2003 Direktor der einflussreichen, von der Fabian Society gegründeten London School of Economics. Er ist der meistzitierte Autor im Bereich soziologischer Studien und Mitglied des 2007 ins Leben gerufenen European Council on Foreign Relations.

Relevant ist Giddens Arbeit zum »*Dritten Weg*« vor allem deshalb, weil dieser manipulative Ansatz der Politikproduktion durch Tony Blair, Bill Clinton und Gerhard Schröder Einzug in die Parlamente des Wertewestens fand. Heute orientiert sich praktisch jede Regierung an Giddens Theorien – und setzt demzufolge um, was die Fabian Society bereits Ende des 19. Jahrhunderts vorschlug, um Kollektivismus unter dem Deckmantel von Mitbestimmung zu generieren. Das erklärt, warum weder Klaus Schwabs »*Stakeholder Kapitalismus*« noch die »*Vierte Industrielle Revolution*« etwas mit Kapitalismus oder Demokratie zu tun haben.

Damit solche Konzepte in der Gesellschaft Fuß fassen, benötigt es vor allem eine auf Linie gebürstete Führungsebene. Diese wird mit Stipendien und Förderprogrammen eingenordet, bevor man sie auf die Bevölkerung loslässt. Viele dieser Kaderschmieden sind mittlerweile hinlänglich bekannt. Da wäre zum Beispiel das zu fragwürdigem Ruhm gelangte Young Global Leaders Programm des Weltwirtschaftsforums (WEF), das neben knapp 3.800 weiteren Absolventen auch Angela Merkel, Tony Blair, Gordon Brown, Nicolas Sarkozy und Bill Gates auf ihre Karrieren in der »*regelbasierten internationalen Ordnung*« vorbereitete. Ein weiterer WEF-Absolvent ist Lawrence Summers, US-Finanzminister unter Bill Clinton, nationaler Wirtschaftsberater unter Barack Obama und von 1991 bis 1993 Chefökonom der Weltbank. Darüber hinaus war Summers von 2001 bis 2006 Präsident der Harvard University, wo bis 2006 auch Mark Zuckerberg studierte und mit drei Kommilitonen Facebook gründete.

Nach nicht zweifelsfrei verifizierbaren Angaben eines anonymen Facebook-Whistleblowers soll Summers in diesem Zeitraum auf Zuckerberg zugegangen sein, um ihm für die Mitarbeit an einem Social-Media-Überwachungs-Projekt der DARPA lukrative Regierungsaufträge in Aussicht zu stellen – siehe Life Log, das einen Tag vor dem Start von TheFacebook offline ging. In Anbetracht von Summers Position durchaus denkbar. Auch Moral scheint dem Mann ein Fremdwort zu sein, wie Formulierungen aus einem Weltbank-Memo Summers zeigen, die am 18. Mai 1993 bei einer Anhörung im US-Senat thematisiert wurden.

»*Ich denke, die wirtschaftliche Logik, die hinter der Entsorgung einer Menge von Giftmüll in einem Land mit den niedrigsten Löhnen steht, ist einwandfrei, und wir sollten uns dem stellen.* (…) *Ich war schon immer der Meinung, dass die unterbevölkerten Länder Afrikas stark unterverschmutzt sind.*«

Nicht zu vergessen Summers enge Verbindungen zum Pädophilen, Sexualstraftäter und Menschenhändler Jeffrey Epstein. Nachdem Summers bereits mehrfach mit Epsteins Privatjet – bekannt unter dem Namen »*Lolita Express*« – unterwegs war, bestieg er die Maschine nur zehn Tage nach seiner Hochzeit im Jahr 2005 erneut, um Epsteins ominöse Privatinsel »*Pedophile Island*« zu besuchen. Die Huffington Post schrieb dazu am 24. April 2020: »*Joe Biden sollte sich von Larry Summers fernhalten – Summers ruiniert alles, was er anfasst*«. Summers WEF-Training scheint sich jedenfalls ausgezahlt zu haben. Denn wer mit Jeffrey Epstein zu tun hatte, ist definitiv im Establishment angekommen.

Tony Blair und Gordon Brown hatten vor dem WEF bereits das 1940 von Nelson Rockefeller initiierte und bis heute vom US-Außenministerium betriebene »International Visitor Leadership Program« (IVLP) durchlaufen. Auch der 1972 gegründete German

Marshall Fund betreibt diverse Förderprogramme – siehe EU-US Young Leaders Seminar 2024 oder Policy Designers Network 2024, das sich auf transatlantisch bewegten Nachwuchs aus der Ukraine, Georgien und Armenien fokussiert. Auch die Elite-Universitäten kümmern sich um Nachwuchs. So unter anderem das seit 1902 bestehende Rhodes Stipendium der Oxford-Universität, das neben unzähligen US-Senatoren, Finanzmagnaten, Bestsellerautoren und Wissenschaftlern beispielsweise Edwin Hubble, Bill Clinton oder Naomi Wolf zu Ruhm verhalf. Rhodes-Alumni bleiben über Organisationen wie AARS (Association of American Rhodes Scholars) ein Leben lang verbunden.

Diesbezüglich Fakten zusammenzutragen erscheint bisweilen müßig. Denn mit Details und Verflechtungen zu Entitäten dies- und jenseits des Atlantik, die Führungskräften von morgen die sozioökonomische Philosophie der Herrschaftskaste vermitteln, könnte man Bände füllen. Versucht man die Herrschaftsphilosophie der heutigen Plattform-Plutokraten zu verstehen, sticht eine Organisation dabei allerdings heraus – und zwar die 1988 von John Brockman ins Leben gerufene Edge Foundation. Geburtsort der »*Dritten Kultur*«.

Die Frankfurter Allgemeine portraitierte Brockman am 7. Januar 2014 mit den einleitenden Worten: »*Der wohl wichtigste Buchagent der Welt versammelt in seinem Internetsalon Edge die Cyber-Elite.*« Danach beschreibt FAZ-Autor Jordan Mejas, was sich der Normalsterbliche unter Edge vorstellen darf:

»*Edge, das ist der Treffpunkt für die Cyber-Elite, die erlauchtesten Geister, die das Vorfeld der neuesten natur- und sozialwissenschaftlichen Entwicklungen prägen, ob nun digital oder gentechnisch, ob psychologisch, kosmologisch oder neurologisch. Jedenfalls melden sich bei Brockman nicht nur Digerati aus dem Computeruniversum*

*des Silicon Valley zu Wort, sondern genauso häufig Koryphäen wie die Evolutionsbiologen Richard Dawkins und Steven Pinker, der Philosoph Daniel Dennett, der Kosmologe Martin Rees, die biologische Anthropologin Helen Fisher, der Ökonom, Psychologe und Nobelpreisträger Daniel Kahneman, der Quantenphysiker David Deutsch, der Computerwissenschaftler Marvin Minsky oder der Sozialtheoretiker Anthony Giddens. Vom Apple-Mitbegründer Steve Wozniak bis zum Genomentschlüssler Craig Venter reicht seine Gästeliste, die ihresgleichen auch in der grenzenlosen Weite des Internets kaum finden wird.*«

Was dem FAZ-Autor bei seiner Recherche offensichtlich entging, ist, dass neben Giddens, Wozniak, Dennis Hopper und all den wissenschaftlichen Koryphäen auch Jeff Bezos (Gründer von Amazon, Besitzer Washington Post), Elon Musk, Sean Parker (Gründer von Napster, Co-Gründer Facebook), Larry Page und Sergey Brin (Gründer von Google), Pierre Omidyar (Gründer von eBay), Salar Kamangar (ehem. CEO YouTube), Matt Groening (Erfinder von »Die Simpsons«), Marissa Mayer (ehem. CEO Google und Yahoo), Joi Ito (ehem. Direktor MIT Media Lab), Evan Williams (Co-Gründer Twitter), Paul Romer (Economist) oder Bill Gates regelmäßig auf der Gästeliste von Edge-Events standen. Wer sich durch die Event-Sektion der Edge-Webseite klickt, begegnet unter dem Menüpunkt »*Billionaires' Dinner*« der damaligen wie heutigen Crème de la Crème der Plattform-Plutokratie. Garniert mit ein paar Sahnehäubchen aus Wissenschaft, Kunst und Kultur.

Hervorzuheben ist dabei vor allem das Billionaires' Dinner 2011. Denn die Fotogalerie des Events (hier zusätzlich gesichert im Internet Archive) birgt eine kleine Überraschung: das bislang einzige Foto, das Elon Musk in Gegenwart des zu diesem Zeitpunkt bereits für Sexualstraftaten und Menschenhandel angeklagten Jeffrey Epstein zeigt. Musk sitzt zwar am Nebentisch, mit dem

Rücken zur Kamera, ist dank Vergleichsaufnahmen des Events aber zweifelsfrei zu identifizieren. Interessant ist dieser Umstand deshalb, weil Musk bisher stets behauptete, Epstein lediglich einmal in dessen Haus in New York getroffen zu haben. Für 30 Minuten. Und zwar auf Drängen seiner damaligen Partnerin Talulah Riley, die Epstein angeblich für ihre Arbeit an einer Novelle kennenlernen wollte.

Ein Artikel der Newsweek vom 9. November 2022 bestätigt sowohl Musks als auch Epsteins Anwesenheit beim Edge Billionaires' Dinner 2011. Darüber hinaus geht Newsweek noch einmal auf den Umstand ein, dass Elon Musk bereits auf einem Foto von 2014 mit Ghislaine Maxwell zu sehen war, der linken und rechten Hand Epsteins. Musk gab an, dass besagtes Bild nur entstanden sei, weil Maxwell sich ungefragt ins Bild gedrängt habe. Diesen Eindruck macht das Foto zwar nicht, das Gegenteil zu beweisen, dürfte jedoch schwer fallen. Nun sind Fotos von Gästen einer Veranstaltung natürlich noch kein Beleg dafür, dass sie mit deren Organisation zu tun haben. Finanzielle Zuwendungen dagegen schon.

Entsprechend bedeutsam ist daher ein Artikel der BuzzFeed News vom 27. September 2019. Denn er belegt, dass der bei Weitem größte Einzelspender der Edge-Foundation kein Geringerer war als Jeffrey Epstein. Das veranschaulichen die von ProPublica veröffentlichten Steuerunterlagen von Brockmans »*Internetsalon*« für 2001 bis 2017. So spendete Epstein 638.000 US-Dollar – während die gesamten Spendeneinnahmen sich auf 857.000 US-Dollar beliefen. Ein eigenes Profil auf der Edge-Webseite hatte Epstein natürlich auch. Kaum verwunderlich also, dass die Edge-Foundation ihre wichtigste jährliche Veranstaltung – das Billionaires' Dinner – sofort einstellte, nachdem Epsteins Zuwendungen ab 2016 ausblieben. BuzzFeed News führt diesbezüglich aus:

»*Epstein war ein regelmäßiger Teilnehmer bei Edge-Veranstaltungen. Er war bei den Billionaires' Dinner Events 1999 und 2000 auf Fotos und Seiten zu sehen, die kürzlich von der Edge-Website gelöscht wurden, und wurde auch in einem Bericht über das Abendessen 2004 erwähnt. Epstein war auch 2011 bei Edge-Veranstaltungen anwesend, nach seiner Verurteilung wegen Sexualverbrechen im Jahr 2008. Darüber berichtete BuzzFeed News Anfang dieses Monats.*«

Überschrift des betreffenden Artikels: »*2011 war Jeffrey Epstein ein bekannter Sexualstraftäter. Jeff Bezos, Elon Musk und Sergey Brin speisten trotzdem mit ihm.*« Weiter erklärt BuzzFeed:

»*2002 waren Brockman, seine Frau und Geschäftspartnerin Katinka Matson sowie die führenden Wissenschaftler Steven Pinker, Richard Dawkins und Daniel Dennett in Epsteins Jet auf dem Weg zu TED in Monterey, Kalifornien, zu sehen – der mehrtägigen Technologie-, Unterhaltungs- und Designkonferenz, bei der das Billionaires' Dinner diesen Jahres stattfand. Die Bildunterschrift wurde kürzlich geändert, um die Erwähnung Epsteins zu entfernen. Sein Edge-Profil, das ihn als Finanzier und Wissenschaftsphilanthrop beschreibt, wurde ebenfalls entfernt. Ob Epstein selbst am Billionaires' Dinner 2002 teilnahm, ist unklar. Aber Mitglieder seines Gefolges waren dort. Ein Foto von der Veranstaltung zeigt Brockman mit zwei jungen Frauen, die in der Bildunterschrift namentlich genannt werden. Das Foto wurde kürzlich ebenfalls von der Edge-Webseite entfernt. Eine dieser Frauen ist Sarah Kellen, die als Assistentin von Epsteins ehemaliger Freundin Ghislaine Maxwell angestellt und im Rahmen eines Vergleichs von 2008 vor Strafverfolgung geschützt war. Der Vergleich brachte Epstein nach seiner früheren Verhaftung eine 13-monatige Gefängnisstrafe in Florida ein. In mehreren Klagen haben Epsteins Opfer behauptet, Kellen gehöre zu den Personen, die halfen, den sexuellen Missbrauch für Epstein zu organisieren.*«

Brockmans Interaktionen mit Epstein gingen aber offenbar weit über die Edge-Foundation hinaus. Im August 2019 publizierte der belarussische Publizist Evgeny Morozov auf Google Drive E-Mail-Korrespondenz aus dem Jahr 2013, die belegt, dass Brockman Pläne hatte, ein Meeting zwischen ihm und Epstein zu arrangieren. Doch Morozov lehnte ab. In den Mails an Morozov erwähnt Brockman Epsteins »*hübsche junge Assistentin aus Weißrussland*« und beschreibt seinen Gönner fälschlicherweise als »*Milliardär, dem Victorias Secret und eine Modelagentur gehören*«. Tatsächlich lag Epsteins Vermögen gemäß seines Testaments aber nur bei einigen hundert Millionen – und die fragwürdige Marke Victorias Secret ist Teil von L Brands, der Holding von Leslie Wexner, einem Tiefenstaat-Veteran mit Verbindungen zu Harvard und WEF-Gründung, dessen Finanzen Jeffrey Epstein bis 2007 verwaltete.

Auch sonst pflegte Brockmans Organisation verwunderliche Geschäftspraktiken. Zwischen 2001 und 2017 vergab die Edge-Foundation beispielsweise nur ein einziges Mal einen Förderpreis. Der entsprechende Betrag in Höhe von 100.000 US-Dollar ging an David Deutsch, einen Pionier für Quanteninformationstheorie, der an der Universität Oxford forschte. Financier des Preises – man ahnt es – war Jeffrey Epstein. Nicht umsonst stellte The Verve am 19. September 2019 fest, dass »*Jeffrey Epstein die Wissenschaft infiltrierte, weil die Wissenschaft bereit war, ihn willkommen zu heißen*«.

So knüpfte der Finanzmagnat Kontakte zu prominenten Biologen wie George Church, weil er nach Wegen suchte, die menschliche Spezies mit seiner DNA zu kreuzen. Langfristiges Ziel: Das Schaffen einer »*Super-Rasse*«. Mehrere preisgekrönte Wissenschaftler bestätigten gegenüber der New York Times, dass Epstein auch sie in seine misogynen Pläne eingeweiht hatte. Auf seiner abgelegenen, unterkellerten »*Zorro-Ranch*« in New Mexico, wo

jedes Zimmer mit Kameras überwacht wurde, hatte er eigens ein Behandlungszimmer einrichten lassen, um künstliche Befruchtungen mit jungen Frauen durchführen zu können.

Bei The New Yorker konnte man am 6. September 2019 nachlesen, dass Epstein sich auch im Bereich digitale Währungen engagierte. Unter anderem finanzierte er das damals von Joi Ito geleitete MIT Media Lab – und damit auch die von Ito geführte Digital Currency Initiative (DCI). Diese wiederum unterstützte die Bitcoin-Core-Entwickler bei der Fork 2017, die Bitcoin von einer digitalen Währung zu, wie Epstein es nannte, »*digitalem Gold*« machen sollte – und damit weitaus ungefährlicher für das herrschende Finanzmarktkartell. Bill Gates, Harvard-Autoren wie Steven Pinker oder MIT-Programmierer wie Richard Stallmann verteidigten Epstein sogar noch nach dessen endgültiger Festnahme. Stallmann forderte gar, Kinderpornografie zu entkriminalisieren. Joi Ito dagegen kündigte kleinlaut beim MIT. Heute ist er Präsident des Chiba Institute for Technology in Japan, wo das Center for Radical Transformation (CRT) angesiedelt ist. Auch die Digital Currency Initiative gibt es bis heute. Genau wie das »*digitale Gold*«, mit dem aber fast niemand mehr bezahlt. HODL und so.

Mit dem Thema Digitalwährungen nähern wir uns denn auch Jeffrey Epsteins Einfluss auf den Geschäftsbereich der »*glorreichen Sieben*«. Denn der im Gefängnis ermordete Menschenhändler finanzierte nicht nur einen Großteil von Brockmans Edge-Aktivitäten, sondern sorgte durch die Infiltration des Wissenschaftsbetriebes auch dafür, dass Edge den Tech-Nachwuchs in genau der Domäne schulte, die für das Erringen von Weltherrschaft im Mediazän essenziell ist: Social Engineering.

Dazu veranstaltete die Edge-Foundation sogenannte Master Class Events. Im Jahr 2008 zum Beispiel zum Thema »*Libertärer*

*Paternalismus – warum es nicht möglich ist, nicht zu nudgen*«. Dozent: Richard Thaler, »*Vater der modernen Verhaltensökonomie*«, über den die ZEIT am 18. Mai 2010 unter der Überschrift »*Die Stunde der Verführer*« schrieb:

»*Richard Thaler hat den Draht nach oben. Der 64-Jährige ist einer der weltweit führenden Verhaltensökonomen – neuerdings berät er auch die Wirtschaftsexperten des mächtigsten Mannes der Welt, US-Präsident Barack Obama. Auch die britischen Konservativen, die in London die neue Regierung führen, haben dem Professor der Universität von Chicago einen Beraterposten versprochen. Thaler steht an der Spitze einer wirtschaftspolitischen Revolution.* (…) *Verhaltensorientierte Wirtschaftsforscher postulieren* (…) *eine grundlegend andere Wirtschaftspolitik. Zwar lehnen sie – ähnlich wie klassische liberale Ökonomen – eine direkte Bevormundung des Einzelnen durch den Staat ab. Sie sprechen sich aber für sanften Druck aus, mit dem der Staat die Menschen in die richtige Richtung leitet, ihnen gleichzeitig aber die Option lässt, sich anders zu entscheiden, wenn sie es wollen. »Nudge« (Anstupsen) hat Thaler dieses Politikkonzept zusammen mit Co-Autor Cass Sunstein im gleichnamigen Buch getauft. Private Institutionen, Behörden und Regierungen versuchen dabei, die Entscheidungen der Menschen so zu lenken, dass sie hinterher besser dastehen. Ein anderer Begriff, der den neuen Politikansatz charakterisiert, ist sanfter Paternalismus*.«

Das Buch, das ZEIT-Autor Olaf Storbek referenziert, hat Thaler 2010 gemeinsam mit Cass Sunstein verfasst, einem Edge-Kollegen und Harvard-Professor für Rechtswissenschaft und Verhaltensökonomie. Deutscher Titel des Werks: »*Nudge – wie man kluge Entscheidungen anstößt*«. Alternativ untertitelt mit: »*Wie man Menschen dazu bringt, das Richtige zu tun*«. In welche Kerbe das Machwerk schlägt, zeigt der Umstand, dass Cass Sunstein schon im Januar 2008 ein Papier namens »*Verschwörungstheorien*«

publizierte, die er darin als ernsthaftes Risiko für Recht und Gesetz einstufte. Sunstein verteidigt das offizielle 9/11-Narrativ, will eine bargeldlose Gesellschaft und hielt Corona-Lockdowns für eine »*smarte*« Sache. Ein Beitrag von Sunstein für »*Educators at Home*« vom 14. September 2010 offenbart, was für ein Menschenbild die Rechtswissenschaften in Harvard mittlerweile kultivieren:

»*Wenn wir erst einmal wissen, dass Menschen menschlich sind und etwas von Homer Simpson in sich tragen, dann kann man viel tun, um sie zu manipulieren.*« (Cass Sunstein)

Trotz, oder gerade wegen dieser respektlosen Haltung gegenüber den Freiheitsrechten des Individuums, öffnete ihr gemeinsames Werk Thaler und Sunstein die Türen zum Elfenbeinturm. Ab 2008 berieten die beiden Verhaltensökonomen die Regierung von Barack Obama beim Aufbau sogenannter »*Nudge-Units*«. Kurze Zeit später unterstützte Richard Thaler auch die britische Regierung und half bei der Formierung des »*Behavioural Insights Team*« (BIT), dem sowohl Sunstein als auch Thaler bis heute angehören. Das BIT spielte via SAGE (Scientific Advisory Group for Emergencies), dem britischen Äquivalent zum Robert-Koch-Institut (RKI), eine tragende Rolle bei der Implementierung der Covid-19-Maßnahmen in Großbritannien. Händewaschanleitungen für Erwachsene, tote Großeltern für die Kleinen. Sie wissen schon. Strategieberater von Tony Blair hatten bereits im Februar 2004 eine Studie zum Thema »*Persönliche Verantwortung und Verhaltensänderung: Stand des Wissens und Auswirkungen auf die öffentliche Politik*« erstellen lassen – nur Thalers griffige Bezeichnung für die neue Doktrin fehlte noch. Ein Auszug aus dem Papier von 2004 erklärt:

»*Mit Blick auf die Zukunft besteht ein offensichtlicher Bedarf, unser theoretisches und empirisches Verständnis der Ursachen*

*für Verhalten und Verhaltensänderung zu stärken. Ebenso wichtig wird die umfassendere Erprobung politischer Instrumente sein, um ein ausgefeilteres Instrumentarium für politische Entscheidungsträger zu entwickeln. Die Politik sollte nicht einfach persönliche Verantwortung oder Schuldzuweisungen proklamieren, sondern muss sich an der Art und Weise orientieren, wie Menschen tatsächlich denken und fühlen, sowie an den sozialen und psychologischen Kräften, die das Verhalten beeinflussen.*«

Das war vor 20 Jahren. Drei Jahre später kam das Smartphone auf den Markt und mauserte sich binnen kurzer Zeit zum perfekten Werkzeug einer auf Nuding ausgelegten Observationsökonomie. Heute hat fast jeder ein grell illuminiertes Brett vor dem Kopf, das seinen Tagesablauf, Bio-, Kommunikations- und Schlafrhythmus beeinflusst. Oder steuert. Je nach Schwere der Handysucht. Das eigentliche Problem dabei ist jedoch nicht die Hardware, das Endgerät, sondern die Software der »*glorreichen Sieben*«. Denn sie ist so designt, dass sie abhängig, krank und depressiv macht – und Menschen dazu bewegt, »*das Richtige zu tun*«. Auch wenn es absolut falsch ist.

»*Wie schaffen wir es, möglichst viel von deiner Zeit und Aufmerksamkeit zu konsumieren. Dazu müssen wir dir hin und wieder eine kleine Dopamin-Dosis verabreichen* (…). *Das bringt dich dazu, mehr beizutragen, was dir wiederum mehr Kommentare und Likes bringt. Es ist ein sozial validierender Feedback-Loop.* (…) *Wir nutzen eine Schwäche der menschlichen Psychologie. Die Erfinder, die Erschaffer, ich, Mark, die Leute von Instagram, alle diese Menschen, haben das verstanden – voll und ganz – und wir haben es trotzdem getan.*«
(Sean Parker, 8. November 2017)

Nahtlos kontrolliert wird der auf Konformismus dressierte Bürger dabei von einem Überwachungskomplex unvorstellbaren

Ausmaßes. Die Webseite von Surveillance Watch führt Buch über die wichtigsten dafür zuständigen Unternehmen.

Nachdem Facebook 2004 online ging und das iPhone 2007 auf den Markt kam, erscheint das Jahr 2008 also tatsächlich als der perfekte Zeitpunkt für Edge, um die Silicon-Valley-Elite in puncto Nudging und Sozialarchitektonik zu schulen. Das soziale Netzwerk war seinen Kinderschuhen entwachsen – am 26. August 2008 knackte Facebook die 100 Millionen-Nutzer-Marke – und mit dem Taschenspion aus dem Hause Apple kündigte sich bereits das mächtigste Manipulations-Malträtat der Zivilisationsgeschichte an. Für die herrschenden Zirkel war absehbar, dass die Frontlinien des transgenerationalen Informationskrieges schon bald nicht mehr über die Auslagen der Zeitungskioske, durch Rundfunkredaktionen oder über die Mattscheibe, sondern direkt durch die Köpfe der Bevölkerung verlaufen werden.

Dieses Ziel wurde fraglos erreicht. Entsprechend hellhörig sollte machen, welche Themen die Edge Master Class 2008 behandelte. Die zweite Session widmete sich zum Beispiel dem Thema »*Verbesserung der Auswahlmöglichkeiten durch maschinenlesbare Offenlegung*«. Richard Thaler umriss deren Inhalt mit folgendem Eröffnungsstatement:

»*Das ist die Idee. Ich nenne es elektronische Offenlegung. Lassen sie mich erklären, wie es bei Kreditkarten funktionieren würde. Die Idee ist, dass das Kreditkartenunternehmen ihnen für jede Kreditkarte, die sie besitzen, einmal im Jahr zwei elektronische Dateien senden muss. Die erste Datei wäre im Wesentlichen eine Tabelle mit allen Formeln für alle Möglichkeiten, wie ihnen Dinge in Rechnung gestellt werden können.* (…) *Die zweite Datei ist die Liste der Dinge, für die ihnen im letzten Jahr Gebühren in Rechnung gestellt wurden. Es könnte heißen, ihnen wurden im letzten Jahr 1.800 Dollar für*

*diese Kreditkarte berechnet, davon 1.200 Dollar für Zinszahlungen, für Verzugsgebühren, oder Währungstransfers und so weiter. Wir glauben nicht, dass sich irgendjemand diese Dateien jemals ansehen würde. Wir glauben, dass sofort Websites auftauchen würden, die diese Informationen verarbeiten würden. Diese Websites würden den folgenden Zwecken dienen. Erstens: Übersetzung. Sie würden dem Benutzer in einfachem Englisch erklären, was mit ihm passiert. Zweitens: Verhaltensänderung. Sie würden ihm erklären, dass er 1.800 Dollar bezahlt hat, weil er unfähig war, seine Rechnungen pünktlich zu bezahlen. Wenn er also eine automatische Zahlung einrichten würde, würde er viel Geld sparen. Drittens: Preisvergleich. Beachten sie bitte, dass die entsprechenden Unternehmen mit diesen Informationen die Nutzungsmuster kennen; und sie kennen alle Formeln für alle Kreditkartenunternehmen. Sie können also drei Kreditkartenunternehmen suchen, und finden, die für die Art und Weise, wie der Nutzer seine Kreditkarten verwendet, besser wären. Das ist das Konzept.* (...)«

Jeff Bezos warf kurz darauf ein: »*Außerdem werden sie bezahlt. Sie sind wie der Fuchs, der den Hühnerstall bewacht.*«

Dem wachsamen Leser dürfte klar sein, dass wir heute genau von solchen System umgeben, überwacht, analysiert und bedrängt werden. Zu unserem Vorteil – wie Thaler meint.

Bemerkenswert in Bezug auf das, was uns noch bevorstehen könnte, ist die dritte Session der Master Class 2008. Thema: »*Die Psychologie der Knappheit*«. Teilnehmer – unter anderem: Jeff Bezos, Sean Parker, Elon Musk, Nathan Myhrvold, der 14 Jahre als Stratege für Bill Gates arbeitete, Daniel Hillis, ehemals Vizepräsident für Forschung und Entwicklung bei Disney und Vater des Parallel Computing, das die Grundlage für moderne Supercomputer darstellt, et cetera. Neben Richard Thaler sprach bei

der dritten Session auch Sendhil Mullainathan, Volkswirt an der Harvard-Universität. Sein Spezialgebiet: Verhaltensökonomie und Armutsökonomik. Einleitend erklärte Mullainathan:

»*Lassen wir die Armutsbekämpfung für einen Moment beiseite und fragen uns: Gibt es etwas, das der Armut innewohnt und das an und für sich eine Untersuchung wert ist? Einer der Gründe dafür ist, dass wir – abgesehen von Wundermitteln – verstehen müssen, ob es unter Bedingungen der Knappheit gemeinsame Prinzipien gibt, die uns helfen können, Verhalten zu verstehen und Interventionen zu gestalten. Wenn wir das Gefühl haben, dass Bedingungen der Knappheit bestimmte psychologische Effekte hervorrufen, dann wird das, ganz zu schweigen vom rein wissenschaftlichen Interesse, eine große Mehrheit der Interventionen beeinflussen. Das ist eine wichtige und alte Frage.*«

Korrekt. Denn Schuldknechtschaft war, wie die künstliche Verknappung von Nahrungsmitteln, seit jeher ein beliebtes Mittel der herrschenden Kaste, um den Pöbel im Zaum, beziehungsweise mit existenziellen Problemen auf Trab zu halten. So hat er nämlich weder Zeit noch Energie, um mit Mistgabeln und Fackeln gen Elfenbeinturm aufzubrechen. In diesem Zusammenhang sei nochmals auf »*Food Chain Reaction – A Global Food Security Game*« hingewiesen, ein Planspiel, das im November 2015 vom tiefenstaatlichen Center for American Progress, dem World Wildlife Fund, Center for Naval Analyses (CNA), Cargill und Mars durchgeführt wurde und Nahrungsmittelknappheit im Zeitraum von 2020 bis 2030 simulierte.

Der Einblick in die Ausbildungsprozesse der Edge-Foundation und die Liste ihrer Teilnehmer gibt somit allen Anlass zu befürchten, dass Brockmans »*Internetsalon*« die zentralen Akteure der kontinuierlich engmaschiger greifenden Technokratie nicht

nur in puncto Social Engineering ausbilden, sondern sie darüber hinaus auf eine Zeit von Mangelwirtschaft und massiver Armut vorbereiten wollte. Auf die »*Dritte Kultur*«. Die wohlstandsvernichtende Tokenisierung der Welt.



Dabei sollte nicht vergessen werden, dass Brockman vermutlich nur ein geschäftstüchtiger Narzisst mit sozialen Kompetenzen war, der seine Chance auf Geld und Rampenlicht geschickt zu nutzen wusste – und dass Jeffrey Epstein als maßgeblicher Finanzier der Edge-Foundation nicht einfach im Alleingang handelte. Denn Epstein war Doppelagent, unterwegs im Auftrag von CIA und Mossad. Mindestens. Dass er mittlerweile nicht mehr unter den Lebenden weilt, dürfte weder sein Geheimdienstnetzwerk noch seinen elitären Kundenstamm davon abgehalten haben, sein schmutziges Geschäft weiterzubetreiben.

Man kann also durchaus mit einem metaphorisch zu lesenden Zitat aus jenem kultigen 60er-Film schließen, dessen Titel nun als Bezeichnung für ein Septett börsennotierter Technokratie-Operatoren missbraucht wird:

»*Das Blutvergießen wird so lange weitergehen, bis die Ursache dafür ausgehoben ist.*«

Montagnola, am 24. November 2024

# Regieren ist organisierte Kriminalität

**Der Staat geriert sich als Bewahrer von Demokratie und Menschenrechten, als singuläres Modell zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ordnung. Dabei haben die Strukturen supranationaler »Global Governance« das Konzept Nationalstaat längst obsolet gemacht. Und auch ein Blick auf das Handeln des Machtapparats Staat lässt begründete Zweifel an dessen öffentlicher Darstellung aufkommen – denn das Kerngeschäft eines jeden Staates besteht aus Unterdrückung, Raub und Mord.**

»*Wenn das Volk die Regierung fürchtet, haben wir Tyrannei. Wenn die Regierung das Volk fürchtet, haben wir Freiheit*« – soll Thomas Jefferson, einer der Gründerväter der USA, dereinst festgehalten haben. Wer sich also in Anbetracht des Status quo noch nicht ganz sicher ist, mit welchem Herrschaftssystem ihn die kriegslüsterne Biosicherheitsdoktrin der Postmoderne beglückt, mag in Jeffersons Worten entsprechende Inspiration finden. Denn mit Demokratie hat die ohrenbetäubende Kakofonie von Stil-, Rechts- und Sinnbrüchen selbstverständlich nichts zu tun. Die verblassende Pluralismussimulation der zurückliegenden Dekaden mausert sich zu dem, was mental mobile Staatstheoretiker, Historiker, Philosophen, Journalisten und Aktivisten seit langem erwarten – einer offen kriminellen Terrorherrschaft. Selten war klarer als jetzt: Regieren ist organisierte Kriminalität.

Folgt man Thomas Hobbes und Friedrich Nietzsche, ist der Staat ein »*Ungeheuer*«. Während Hobbes diesen Umstand durchaus goutierte, fand Nietzsche ihn abstoßend. Und zwar zurecht. Denn die repressiven Züge, die das Staatskonzept seit der frühen Neuzeit kennzeichnen, sind inhärenter Bestandteil der Politikproduktion. Egal, welche Ideologie ein Staat vertritt, seinen Souveränitätsanspruch kann er nur mit Gewalt durchsetzen. Nach außen mit Krieg, nach innen mit dem auf konstant interpretationsoffener werdenden Gesetzen basierenden Gewaltmonopol. Im Rahmen seiner Halbwertszeit durchläuft jedes Herrschaftskonstrukt vergleichbare Zyklen. Ist ein Staat gegründet, eine Regierung ausgerufen, institutionalisiert sie das favorisierte politische Modell – Demokratie, Sozialismus, Konservatismus, Liberalismus, et cetera – und vereinnahmt ihre Untertanen mit Indoktrination, Zugeständnissen und moderater Autonomie. Doch Macht korrumpiert. Und macht gierig. Vor allem in repräsentativen Systemen wie der korporatisierten Sozialdemokratie, wo Einfluss einen monetären Wert darstellt.

Die Folge: Lobbyismus, Korruption, Lagerbildung, Grabenkämpfe und Obszönitäten. Einer Phase relativer Freiheit und Prosperität folgt so bald eine mehr oder weniger harsche »*Entdifferenzierung*« (Wolfgang Merkel, 2010) – also die Auflösung alter Strukturen, Funktionen und Integrationsmechanismen. Die herrschenden »*Machteliten*« (C. Wright Mills, 1956) grenzen sich nach zwei Seiten ab. Auf der einen von regimetreuen Bewahrern des ursprünglichen Konzepts, den Konservativen, auf der anderen von den Gegnern »*progressiver*« Reformen. Reformen, von denen zumeist die von wachsender staatlicher Machtfülle benachteiligte Bevölkerung betroffen ist. Diese zahlt natürlich auch die Zeche. Rechtsprechung und Medien passen sich diesem zusehends autoritären Umfeld an, um ihre Daseinsberechtigung nicht einzubüßen. Mit dem Implementierungsgrad solcher Reformprojekte aus dem Elfenbeinturm, in der Regel begleitet von ausufernder Bürokratie, wachsen die

Widerstände dagegen. Aus Autokratie wird Totalitarismus. »*Erst ist es ein Polizeistaat, dann kommen die Aufstände*«. Die »*Mistgabeln*« (Nick Hanauer, 2014). Aus der Vogelperspektive betrachtet sind es stets die gleichen zivilisatorischen Prozesse. Seit Jahrhunderten. In allen Systemen. Offen ist nur, wie brutal der Staat vorgehen muss, um sich an der Macht zu halten – und wie lange es dauert, bis die Arroganz der wenigen dennoch an der Macht der vielen erstickt.

Denn schlussendlich fällt jedes Imperium. Das lehrt die Geschichte. Hat das System den Zenit überschritten, fällt ob der grotesken Machtexzesse und Schizophrenitäten auch den konformistischsten Etatisten auf, dass die politmediale Schmierenkomödie nichts mehr mit der Realität des eigenen Lebens zu tun hat. Gewalt greift Raum. Psychische Gewalt – und physische. Demnach hat nun zweifelsohne auch der vermeintlich liberale Rechtsstaat der von supranationalen Verordnungen diktierten Gegenwart sein finales Entwicklungsstadium erreicht: Die Tyrannei.

> **»Seht uns nur an. Alles ist verdreht, alles steht Kopf. Ärzte zerstören Gesundheit, Anwälte zerstören Gerechtigkeit, Psychiater zerstören Verstand, Wissenschaftler zerstören Wahrheit, Massenmedien zerstören Information, Religionen zerstören Spiritualität und Regierungen zerstören die Freiheit.« (Michael Ellner)**

Neu ist das alles nicht. Nur die Darreichungsformen und Machtinstrumente von Herrschaft wandeln sich über die Jahrhunderte. Die disziplinierenden Kontrollmechanismen zur Subordination der Massen professionalisieren sich im Rahmen des technologischen Fortschritts. So wirkt der Panoptismus der Postmoderne vor allem deshalb monströs, weil unser Gehirn evolutionär nicht darauf eingestellt ist. Es ist der Militarisierung von Information im Dauerfeuer multimedialer Infantilisierungspropaganda in

den wenigsten Fällen gewachsen. Wer versucht, dieser omnipräsenten Pervertierung von Realität mit tradierten Denk- und Handlungsmustern zu begegnen, geht unter.

Nicht umsonst klagt der »*Widerstand*« in weiten Teilen über Erschöpfungszustände, Verschleiß, Burnout und Depression. Genau da soll er in Augen des Staatskonzeptes sein – am Ende. Aufgerieben. Entmutigt. Ohnmächtig. Dabei wäre gerade Humor das Patentrezept, um auch düsteren Zeiten ein erfülltes Leben abzugewinnen. Ein freies Leben. Denn frei wird man nicht, frei *ist* man – oder eben nicht. Freiheit ist eine Geisteshaltung, kein organisatorisches Problem.

> **»Unsere Gesellschaft wird von Wahnsinnigen mit wahnsinnigen Zielen geführt. (…) Und ich denke, ich werde als Wahnsinniger eingesperrt, wenn ich das zum Ausdruck bringe. Das ist das Verrückte daran.« (John Lennon)**

In diesem Lichte betrachtet nimmt es also kaum Wunder, dass das primäre Ziel der regierenden Kaste darin besteht, die Bevölkerung in Angst, Armut, Abhängigkeiten und Agonie zu halten. Selbstbestimmte, selbstbewusste Individuen hätten nämlich nicht nur die Zeit, sondern auch die mentale Kapazität und die Mittel, das Ponzi-Schema des polit-finanziellen Komplexes intellektuell wie organisatorisch zu durchdringen. Dementsprechend ist das Staatskonzept auch nicht darauf ausgelegt, das Individuum zu fördern. Es dient der Implementierung eines konformistischen Kollektivismus. Die Massen sollen sich um die Flagge scharen. Wer kritische Fragen stellt und sich der Polonaise der Gutgläubigen verweigert, gilt als Landesverräter.

Doch nicht nur die vermeintlichen Häretiker sind Opfer staatlicher Willkür und Gewaltherrschaft. Jeder Bürger stellt per se

eine potenzielle Gefahr für die Machthaber dar. Dementsprechend agiert das »*Ungeheuer*« Staat. Es führt einen konstanten – mehr oder weniger vernichtenden – Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Welche Waffen in diesem Gefecht zum Einsatz kommen, erläutert ein von Wikileaks am 13. Juni 2008 veröffentlichtes Geheimdokument der US-Armee vom 20. September 1994. Titel: »*Foreign Internal Defense Tactics, Techniques, and Procedures for Special Forces*«. Zu Deutsch: Taktiken, Techniken und Verfahren zur internen Verteidigung im Ausland für Spezialeinheiten. Julian Assange nannte es einmal »*das wichtigste Dokument, das Wikileaks je veröffentlichte*«.

Aus gutem Grund. Denn während der Titel des 219 Seiten umfassenden Strategiepapiers darauf abstellt, dass es sich um Arbeitsanweisungen für Spezialeinheiten handelt, die im Ausland operieren, sind die beschriebenen Methoden der asymmetrischen Kriegsführung genau jene, unter denen – neben dem Rest der Welt – auch die amerikanische Bevölkerung leidet.

Die US-Armee beschreibt im Detail, wie die verdeckt operierenden Kräfte Regierungen absetzen, Oppositionsgruppen infiltrieren, die Bevölkerung manipulieren und Kriege initiieren sollen. Auf Gesetze, Moral oder Kollateralschäden wird dabei keine Rücksicht genommen. Primäres Ziel – koste es, was es wolle – ist die Durchsetzung der Pax Americana im Zielgebiet. Ein paar Zitate verdeutlichen, wie das »*Ungeheuer*« dabei vorgeht.

»*Aufstände sind nicht einfach zufällige politische Gewalt; sie sind gezielte politische Gewalt. Sie erfordern eine Führung, die Vision, Richtung, Anleitung, Koordination und organisatorische Kohärenz bietet. Die Anführer der Aufständischen müssen ihre Sache dem Volk bekannt machen und die Unterstützung der Bevölkerung gewinnen.* (…) *Ihre Ausbildung, ihr Hintergrund, ihre Familie, ihre sozialen Verbindungen und Erfahrungen prägen ihr Denken und die Art und*

*Weise, wie sie ihre Ziele erreichen. Diese Faktoren prägen auch ihre Herangehensweise an die Problemlösung.*« (S. 13)



»*Die Ideologie von Gruppen innerhalb der Bewegung kann auf unterschiedliche Ansichten über strategische Ziele hinweisen. Gruppen können ideologische Konflikte haben, die gelöst werden müssen, bevor ein Gegner daraus Kapital schlagen kann. Die Ideologie kann wahrscheinliche Ziele und Taktiken nahelegen. Sie beeinflusst stark die Wahrnehmung der Umgebung durch den Aufständischen. Diese Wahrnehmung der Umgebung wiederum prägt die organisatorischen und operativen Methoden der Bewegung.*« (S. 14)

»*Wenn eine Situation explosiv ist, kann fast jedes Ereignis als auslösendes Ereignis dienen. Das richtige Timing kann auch in kurzer Zeit eine Flut von Ereignissen hervorrufen, sodass es schwierig ist, ein einzelnes Ereignis als die Handlung zu bezeichnen, die den Kampf ausgelöst hat. Daher kann es hilfreicher sein, eine Reihe von Handlungen als auslösendes Ereignis zu betrachten. Auslösende Ereignisse können historisch sein – und die Aufständischen erinnern die Bevölkerung an das Ereignis. Diese Technik befreit den Aufständischen davon, auf ein geeignetes Ereignis zu warten.*« (S. 18)

»*Oft sind es die Armen, die im Krieg kämpfen. CSDF-Programme (CSDF: Civilian Self-Defense Force) bieten der wohlhabenden Klasse die Möglichkeit, direkt und persönlich am Kampf gegen Gesetzlosigkeit und Aufstände beteiligt zu sein. Geschäftsleute und Fachleute beteiligen sich an CSDF aus einem Gefühl der bürgerlichen Pflicht, aus Stolz und aus der Notwendigkeit, ihr Vermögen zu schützen. Ihre aktive Beteiligung verleiht dem Programm Glaubwürdigkeit, stärkt die Legitimität der Regierung und verringert Klassenkonflikte. Wohlhabendes Personal kann bei der Ausstattung seiner Einheiten mithelfen. Es darf ihnen jedoch nicht gestattet sein, den Teilnehmern ein Gehalt zu zahlen.*« (S. 128)

»*PSYOP-Personal oder in PSYOP ausgebildete SFOD-Mitglieder (SFOD: Special Forces Operational Detachment) erleichtern die Zusammenarbeit zwischen der lokalen Bevölkerung und dem HN-Militär (HN: Host Nation). Wenn qualifiziertes oder fähiges HN-Personal verfügbar ist, arbeitet das US-Personal durch sie. CSDF-Elemente müssen in der Anwendung von PSYOP geschult werden, um die Bevölkerung über die Vorteile zu informieren, die sie durch die Zusammenarbeit mit ihnen erzielen. PSYOP-Themen müssen sich an nationale und/oder fiktive Themen halten, um eine einheitliche Politik darzustellen. Es ist entscheidend, dass PSYOP zunächst an die lokale Bevölkerung gerichtet wird, um ihre Unterstützung der Aufständischen zu beenden und ihre Akzeptanz und Zusammenarbeit für das CSDF-Programm zu gewinnen.* (...) *PSYOP kann die Mission unterstützen, indem es die aufständischen Kräfte bei neutralen Gruppen diskreditiert, Zwietracht unter den Aufständischen selbst sät und Überläuferprogramme unterstützt. Spaltungsprogramme führen zu Zwietracht, Desorganisation, niedriger Moral, Subversion und Überläufern innerhalb der aufständischen Kräfte. Wichtig sind auch nationale Programme, um Aufständische mit Angeboten von Amnestie und Belohnungen auf die Seite der Regierung zu ziehen. Die Motive für eine Kapitulation können von persönlichen Rivalitäten und Bitterkeit bis hin zu Desillusionierung und Entmutigung reichen. Druck seitens der Sicherheitskräfte hat Überzeugungskraft.* (...) *Alle Agenten werden genau beobachtet und diejenigen, die nicht zuverlässig sind, werden abgelöst. Wenige, zielgerichtete, zuverlässige Agenten sind besser und wirtschaftlicher als viele schlechte.* (...) *Sicherheitskräfte können Einzelpersonen aus der Bevölkerung dazu bringen, Informanten zu werden. Sicherheitskräfte nutzen verschiedene Motive (Staatsbürgersinn, Patriotismus, Angst, Strafvermeidung, Dankbarkeit, Rache oder Eifersucht, finanzielle Belohnungen) als überzeugende Argumente. Sie nutzen die Zusicherung des Schutzes vor Repressalien als Hauptanreiz.*« (S. 139, ff)

Zusammengefasst: Die Reichen bezahlen, sorgen für Stimmung und Glaubwürdigkeit, die politische Klasse passt die Vorgehensweise an lokale Strukturen, herrschende Ideologien, Demoskopie und Kommunikationsprozesse an – und die Armen werden zum Sterben an die Front geschickt. Und das sind nur kurze Einblicke in ein über 200 Seiten starkes Handbuch zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung, die in Augen des Hegemon offenkundig nichts anderes als Verfügungsmasse und Kanonenfutter ist. Man möchte Julian Assange beipflichten: Dieses Dokument erklärt nicht nur, warum unsere Gesellschaften, die Wirtschaft und das moralische Koordinatensystem des Homo sapiens in Auflösung begriffen sind – die Skrupellosigkeit der im Detail beschriebenen Methoden lässt einem das Blut in den Adern gefrieren. Selbst nach auszugsweiser Lektüre muss man konstatieren: Nietzsche hatte Recht. Der Staat ist ein eiskaltes Ungeheuer.

Doch was ist der Staat? War es früher das klar erkenntliche Machtvehikel von Monarchen, Imperatoren, Familiendynastien und Klerus, erweckt das Staatskonzept der jüngeren Neuzeit gerne den Eindruck, es hätte sich von dieser Despotie der wenigen gelöst, stünde für sich, auf einem Fundament des Volkswillens, der sich in Verfassungen, Gesetzen und Wahlen widerspiegelt. Weit gefehlt. Auch die »*Global Governance*« von heute ist nichts anderes als Despotismus. Weithin kontrolliert von den gleichen Bankenkartellen, Familien, Unternehmen und Organisationen, die seit Generationen den Lauf der Welt bestimmen. Die Regenbogen emanierende Pluralismussimulation der Postmoderne verbirgt diesen Umstand nur besser. Sie tyrannisiert indirekt. Köpfe werden nicht mehr abgeschlagen, sondern gewaschen. Exakt so, wie es die angloamerikanischen Vordenker dieses Systems im ausgehenden 19. Jahrhundert insinuierten. Siehe Carroll Quigley, Tragedy and Hope, 1966, Kapitel »*The Future in Perspective*«, Seite 1247:

**»Das Argument, dass die beiden Parteien entgegengesetzte Ideale und politische Ansichten vertreten sollten, eine vielleicht rechts, die andere links, ist eine törichte Idee, die nur für doktrinäre und akademische Denker akzeptabel ist. Stattdessen sollten die beiden Parteien nahezu identisch sein, sodass das amerikanische Volk die Schurken bei jeder Wahl rauswerfen kann, ohne dass es zu tiefgreifenden oder umfassenden politischen Veränderungen kommt. Die politischen Pläne, die für Amerika lebenswichtig und notwendig sind, sind nicht länger Gegenstand großer Meinungsverschiedenheiten, sondern nur noch in Einzelheiten des Verfahrens, der Priorität oder der Methode umstritten.«**

Sodass nach Scheindebatten, Empörungsmanagement und Abstimmungen nicht vom allgemeinen Kurs abgewichen werden muss. Was Quigleys elitäre Zirkel – er war bis zur Veröffentlichung von Tragedy and Hope einer von ihnen und unterstützte ihre Ideen – für die Rückführung der 13 US-Kolonien sowie die moderne Expansion des britischen Empire vorsahen, ist heute zentrales Element der wertewestlichen Fassadendemokratie. Symptombesprechung, Lippenbekenntnisse, Emotionsamplituden, »*Der Dritte Weg*« – »*wo soziale Gerechtigkeit und Markt miteinander versöhnt werden sollen*« – und auch nach der x-ten Wahl bleibt alles beim Alten. Ob Berlin, Brüssel, London, New York, Beirut oder Peking: Ein Potemkin'sches Dorf. Denn wir leben längst in der Idealvorstellung von Benito Mussolini, der den perfekten Faschismus als Korporatismus bezeichnete und als symbiotische Fusion der Macht von Staat und Konzernen verstand. Als »*Public Private Partnership*«.

»*Benito Mussolini hat der modernen Sparpolitik den Weg bereitet und die Arbeiterbewegung unterdrückt. Liberale Ökonomen im In- und Ausland bewunderten ihn dafür*«, schrieb man bei Jacobin

am 6. März 2023. So zeitigt das Staatskonzept dieser Tage die gleichen verheerenden Folgen wie die Herrschaftskonstrukte der Vergangenheit. Vertikale Durchlässigkeit begrenzt, das Volk manipuliert, ausgebeutet und gegängelt. Anstelle von Arbeitslagern, Schlägertrupps und Exekutionskommandos machen heute Algorithmen die Drecksarbeit. Sonst hat sich kaum etwas geändert.

Stand heute leben nach Angaben von Oxfam weltweit knapp fünf Milliarden mehr Menschen in Armut als vor 2020. Das sind die ärmsten 60 Prozent der Menschheit. Zusammen haben sie circa 20 Milliarden US-Dollar verloren. Das Gesamtvermögen der reichsten Deutschen wuchs im gleichen Zeitraum von 89 auf 155 Milliarden US-Dollar – ein Zuwachs von 73,85 Prozent. Die 148 größten Konzerne der Welt konnten zwischen Juni 2022 und Juni 2023 circa 1,8 Billionen Dollar an Gewinnen verzeichnen – ein Anstieg von 52,5 Prozent gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021. Der Reingewinn stieg gegenüber diesem Zeitraum um 20 Prozent auf 700 Milliarden Dollar. Und die fünf reichsten Menschen der Welt haben ihr Vermögen seit 2020 verdoppelt. Wer vom Nachhaltigkeitskorporatismus profitiert, dürfte damit geklärt sein.

Der Normalbürger dagegen kämpft gegen steigende Steuern, Inflation und anziehende Energiekosten. In einem luftabschnürenden Korsett von Verträgen, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten gefangen, bleibt weder Zeit noch Geld für ein Leben in Würde. Der angepasste Regenbogendemokrat wird geboren, indoktriniert, ausgebeutet und dann bestattet. Individuelle Entfaltung ist in diesem Lebensentwurf von der Stange nicht vorgesehen. Die leitmedialen Podiumsdiskussionen um Work-Life-Balance, Gendersprache und feministische Außenpolitik klingen in den Ohren der buckelnden Arbeiterklasse – und auch für weite Teilen des schwindenden Mittelstandes – wie blanker Hohn. Das Habitat des Mediazän, das nicht selten den Eindruck erweckt, man lebe

in einer fehlerhaft programmierten Simulation, zwingt seinen Bewohner immer häufiger dazu, sich existenziellen Problemen zu stellen: Unterkunft, Nahrung, Fortpflanzung. Überleben.

Noch bezahlt er Jahreslizenzen für Cloud-Software, Netflix für Filme und Streamingdienste für Musik, die er früher erwarb und dann einfach besaß. Noch geht er wählen und entscheidet brav zwischen Pest und Cholera, um vier weitere Jahre nicht die Hoffnung zu verlieren. Noch glaubt, ignoriert oder kommentiert er leidensfähig die intelligenzbeleidigenden Lügengebilde, die als Realität vermarktet werden.

Mithin erstaunlich. Denn nicht erst seit der Corona-Krise belegen nackte Zahlen, dass der Mensch in diesem System nicht nur beraubt und unterdrückt, sondern auch als Versuchskaninchen für den pharmakologisch-finanziellen Komplex missbraucht wird. Nürnberger Kodex hin oder her. Während Robert Koch vor der Schaffung dieses vermeintlichen Bollwerks für die körperliche Unversehrtheit noch ungestraft Menschenversuche in seinen kolonialen Konzentrationslagern durchführen durfte, ist das Thema seit Ende des Zweiten Weltkrieges tabu. Gesetzlich eliminiert. Angeblich. Doch bereits in den 1940er Jahren infizierte der US-Gesundheitsdienst Gefängnisinsassen und psychisch kranke Personen mit Syphilis-Erregern. Von 1946 bis 1949 weiteten die USA das Programm auf Guatemala aus und machten sich zusätzlich über Soldaten und Prostituierte her. Das Echo der angelsächsisch geprägten Eugeniklehre hallte im fortgeführten Rassismus nach.

»*Schockierende Fälle wie der Tod der 49 Kinder nach Medikamententests in einem indischen Krankenhaus sind in der Geschichte der Medizin nichts Neues: In den USA wurde Farbigen zu Studienzwecken von 1932 bis 1972 die Syphilis-Therapie verweigert.*« (SZ, Das Verbrechen von Tuskegee, 11. Mai 2010)

Am 20. September 1950 spritzte die US-Marine vor der Küste San Franciscos Mikroben in die Troposphäre, um zu testen, welche Effekte ein Angriff mit Biowaffen auf die damals 800.000 Einwohner der Stadt haben würde. 1953 startete die CIA das MK-Ultra-Programm, in dessen Rahmen abertausenden ahnungsloser Menschen LSD verabreicht wurde. Zwei Jahre später nahm »Project Whitecoat« – Projekt Weißkittel – seine Arbeit auf. Die bestand im Verlauf der folgenden 20 Jahre darin, Menschenversuche mit Hasenpest, Typhus, Gelbfieber und Milzbrand durchzuführen. Und Ende der 60er testeten die amerikanischen Streitkräfte Nervengas an den eigenen Soldaten. Der SPIEGEL schrieb diesbezüglich am 10. Juli 2013:

*»11. Oktober, 16:25 Uhr, 26 Stunden nach Testbeginn. Kleine blutende Anomalien am linken Bein festgestellt. Subjekt behauptet, es habe seinen Rasierer fallen gelassen und sich dabei ins Bein geschnitten – doch so war es nicht. Er habe seine Sommersprossen damals für Käfer gehalten, sagt Rochelle: »Die krabbelten überall unter meiner Haut herum«. Den Betreuern habe er nichts davon erzählt, es sei ihm peinlich gewesen: »Ich habe meine Rasierklinge genommen und versucht, die Käfer aus meiner Haut zu schneiden.« Er war längst nicht mehr selbst dazu in der Lage, die Experimente zu stoppen. Damit war die Einverständniserklärung Makulatur. So wie Frank Rochelle ergeht es in Edgewood mehr als 7.800 US-Soldaten; im ganzen Land sind es rund 100.000. Systematisch haben Militär und Geheimdienste die eigenen Leute seit Ende des Ersten Weltkriegs Giften, Gasen, Drogen und Psycho-Kampfstoffen ausgesetzt, darunter LSD, Sarin, Senfgas, BZ, VX, Barbiturate, Amphetamine, Chlorpromazin und immer so weiter. Nachsorgeuntersuchungen? Fehlanzeige. Erst nach fast sechs Jahrzehnten stoppt das US-Parlament die Menschenversuche im Jahr 1975.«*

Ebenfalls bis weit in die 70er hinein injizierte man US-Gefängnisinsassen Pestizide und Herbizide. Mindestens 2.600 Menschen wurden derartigen Versuchen unterzogen. Natürlich musste auch

die Atombombe am lebenden Objekt getestet werden. Sowohl Frankreich als auch Großbritannien, die ehemalige Sowjetunion oder die USA schickten Menschen auf die Testgelände. Viele von ihnen segneten danach relativ rasch das Zeitliche. Bis heute kämpfen Bewohner der entsprechenden Landstriche um Entschädigungen, weil sie ihre Krebserkrankungen der im Umland von Testgebieten gestreuten Strahlung zuschreiben. In den 70ern machte sich der Journalist Paul Jacobs auf eigene Faust daran, die Geschichte der Betroffenen zu dokumentieren – um 1978 selbst an Krebs zu sterben. Selbst vor Versuchen an Kindern schreckte das »*Ungeheuer*« nie zurück, wie wiederum der SPIEGEL in Ausgabe 45 vom 2. November 1986 ausführt:

»*Dwayne winkte seiner Mutter zu, sie lächelte zurück, dann schloss sich die schwere Eisentür hinter dem todkranken Kind. Seit drei Jahren wurde Dwayne Sexton am Strahleninstitut des Atomforschungszentrums Oak Ridge im Bundesstaat Tennessee gegen Leukämie behandelt. Er hatte eine qualvolle Knochenmark-Transplantation sowie etliche Runden von Chemotherapie hinter sich. Alles war vergeblich geblieben. Als letztes Mittel wollten die Ärzte nun versuchen, mit massiver Bestrahlung die Krebszellen im Knochenmark des Kindes zu zerstören. Dass diese Methode riskant und – zur damaligen Zeit, 1968 – auch wenig erprobt war, teilten die Ärzte den Eltern des Kindes mit. Was sie aber verschwiegen, war, dass sie auch im Auftrag der amerikanischen Weltraumbehörde NASA arbeiteten. Sie sollten herausfinden, wieviel Strahlung Astronauten im All aushalten würden, ohne krank zu werden. Für die von der NASA bestellte Untersuchung erprobten die Ärzte an ihren Patienten, so hieß es in einem ihrer Berichte, verschiedene »therapeutische Szenarien, die aus Strahlenmengen im All abgeleitet wurden«. Im Klartext: Nicht allein medizinische Erwägungen zum Wohl des Patienten setzten die Höhe der Strahlendosis fest, sondern auch die Bedürfnisse der NASA. In diesem Sinn waren die Patienten lebende Versuchskaninchen.*«

Mindestens 23.000 US-Amerikaner wurden von Militäreinrichtungen und Gesundheitsbehörden vorsätzlich verstrahlt. Zu Forschungszwecken. »*Kalter Krieg gegen US-Bevölkerung*« nannte es die taz am 24. Oktober 1994.

»*Zwischen 1950 und 1972 finanzierte das Pentagon außerdem fünf klinische Studien über die Aufnahmefähigkeit des menschlichen Körpers von Strahlen, um Aussagen über die psychologischen wie biologischen Folgen von Atomexplosionen zu erhalten. Die Versuchspersonen waren größtenteils in Armut lebende Schwarze*. (…) *Bei einem anderen Experiment mussten Soldaten auf Fässern mit radioaktivem Material herumfahren, um zu prüfen, ob ihre Autos sie vor den Strahlen schützten. In Hanford im US-Bundesstaat Washington setzten die Militärs absichtlich eine nukleare Wolke frei, um die Verlagerung der Wolke zu untersuchen. Aufgrund einer plötzlichen Änderung der Wetterlage fielen die radioaktiven Teilchen auf einem 300 Kilometer langen und 60 Kilometer breiten Gebiet nieder* (…).« (jW, 29. August 1997)

Der Umgang mit der indigenen Bevölkerung wirft kein besseres Licht auf die Vereinigten Staaten. Von fünf bis sieben Millionen Ureinwohnern im Jahr 1500 waren im Jahr 1900 noch 237.000 übrig. Ob Hungersnöte, Sklavenarbeit, Massaker, Umsiedlungen oder »*Boarding Schools*« – Umerziehungsinternate: Die aus Großbritannien eingereisten Siedler verübten einen Genozid an den indigenen Stämmen. Nachdem die mageren Reste der stolzen Indianervölker in Reservate gepfercht worden waren, suchte der Staat deren Fortpflanzung mittels Zwangssterilisation zu verhindern. Mehr als 60.000 Indigene wurden im 20. Jahrhundert einer solch abscheulichen Behandlung unterzogen. Darüber hinaus war das Eugenik-Programm der USA, das erst 1981 endgültig eingestellt wurde, Grundlage für die Rassenlehre des deutschen NS-Regimes.

Ähnlich ging man in Kanada vor. Seit den 1920er Jahren wurden dort tausende indigene Frauen zwangssterilisiert – bis heute – obwohl die entsprechenden Gesetze mittlerweile abgeschafft wurden. Die tagesschau vermeldet dazu am 10. März 2024:

»*Die Worte des weißen Arztes haben sich Liz* (…) *ins Gedächtnis gebrannt: »Es ist besser, du stimmst der Abtreibung zu. Denn wir werden dir dieses Baby wegnehmen. So oder so«. Die damals 17-jährige Kanadierin vom indigenen Volk der Anishinabe wagt es nicht, zu widersprechen. Verängstigt sitzt sie Ende der 1970er-Jahre im Behandlungsraum der Indian Clinic in der Provinz Ontario, einer Klinik, in der Indigene behandelt werden, damit sie an die sogenannte Zivilisation angepasst werden.* (…) *Die alleinerziehende Mutter sei nicht in der Lage, für ein weiteres Kind zu sorgen. Der Arzt will ihr deshalb die Eileiter abbinden und sie dadurch sterilisieren.* (…) *Erst Jahre später wird ihr klar: Sie ist nicht allein. Zehntausende indigene Frauen sind in Kanada seit den 1920er-Jahren im Einklang mit der Eugenik-Gesetzgebung gegen ihren Willen sterilisiert worden. Und obwohl es diese Gesetze nicht mehr gibt, geschieht es bis heute, weiß Senatorin Yvonne Boyer im Kongress in Ottawa* (…). *Noch immer ist Zwangssterilisation kein Tatbestand im kanadischen Strafgesetzbuch.* (…) *Vergangenes Jahr wurde in den Nordwest-Territorien ein Arzt bestraft, weil er 2019 eine Inuit-Frau gegen ihren Willen unfruchtbar gemacht hat. Er verlor seine Lizenz – für fünf Monate.*«

Dass sich nicht nur das angloamerikanische Empire für Eugenik begeisterte, zeigt die Einrichtung des ersten rassenbiologischen Instituts in Schweden im Jahr 1921. Zwischen 1935 und 1976 wurden dort circa 62.000 Menschen zwangssterilisiert. Die offiziellen Begründungen für die Eingriffe reichten von »*Mischling*« über »*Alkoholismus*« bis zu »*dämlich*« und »*religiös*«. Sprich: Reine

Willkür unter dem Deckmantel der Wissenschaft. Legalisiert vom schwedischen Staat.



Heute begegnen uns die staatlich organisierten Eugenik-Programme unter wohlklingenden Labels wie Bioethik, reproduktive Gesundheit, biosoziale Forschung und Bevölkerungspolitik. Seit 1954 finden die von den Vereinten Nationen (UN) organisierten Weltbevölkerungskonferenzen statt. Die letzte im November 2019 in Nairobi (Kenia). Was bei diesen Konferenzen besprochen wird, lässt sich anhand eines Artikels des GUARDIAN vom 15. April 2012 oder eines Beitrags von C-Fam (Center for Family and Human Rights) erahnen:

»*Großbritannien hat 166 Millionen Pfund (268 Millionen Dollar) für ein Regierungsprogramm in Indien gespendet, das arme Frauen und Männer zwangssterilisiert. Die britische Hilfsorganisation nannte die Notwendigkeit, dem Klimawandel durch Bevölkerungsreduzierung zu begegnen, als Hauptgrund für die Finanzierung des missbräuchlichen indischen Programms* (…). *Verpfuschte Operationen verursachten Qualen, Blutungen und Todesfälle. In einer von der britischen Regierung ins Visier genommenen Region verblutete die 35-jährige Frau eines armen Arbeiters, die mit Zwillingen schwanger war. Einige Frauen, die während der Schwangerschaft sterilisiert wurden, erlitten Fehlgeburten. Einige wurden mit weniger als acht Dollar und einem Sari bestochen, anderen wurde mit dem Verlust ihrer Lebensmittelkarten gedroht. Manchen wurde gesagt, die Operationen dienten der allgemeinen Gesundheitsfürsorge, und sie erfuhren den wahren Zweck erst zu spät. Kliniken erhielten Prämien für mehr als dreißig Operationen pro Tag. Nichtstaatliche Mitarbeiter wurden für jede Person bezahlt, die sie zu einer Operation überredeten. Ein Chirurg, der in einem Schulgebäude arbeitete, führte in zwei Stunden 53 Operationen durch – ohne qualifiziertes Personal, fließendes Wasser oder Mittel zum Reinigen der Geräte.*

*Berichte der indischen Regierung aus den Jahren 2006 und 2009 warnten vor Problemen mit dem Programm. Dennoch empfahl ein Bericht des britischen Ministeriums für internationale Entwicklung aus dem Jahr 2010 die weitere Unterstützung des Programms mit der Begründung, dass eine Reduzierung der Bevölkerungszahl die Treibhausgase senken würde.* (...) *Sterilisation ist die häufigste Methode der Familienplanung, die in Phase II des indischen Programms für Reproduktions- und Kindergesundheit eingesetzt wird, das 2005 mit britischer Finanzierung begann. Trotz der Enthüllungen im ersten Jahr hat Großbritannien keine Bedingungen an seine Finanzierung geknüpft.* (...) *Im Juli wird Großbritannien zusammen mit der Bill & Melinda Gates Stiftung einen Familienplanungsgipfel in London ausrichten. Ziel der Veranstaltung ist es, beispielloses politisches Engagement und Ressourcen von Entwicklungsländern, Gebern, dem privaten Sektor, der Zivilgesellschaft und anderen Partnern zu generieren, um den Familienplanungsbedarf von Frauen in den ärmsten Ländern der Welt bis 2020 zu decken, erklärte das britische Ministerium für internationale Entwicklung. Melinda Gates hielt kürzlich eine Rede, in der sie behauptete, dass die Hilfe bei der Empfängnisverhütung nichts mit Bevölkerungskontrolle oder Zwangssterilisationsprogrammen zu tun habe.*« (C-Fam, 2. Mai 2012)

»*Familienplanungsbedarf*«? Dass solche Programme nichts mit »*Bevölkerungskontrolle*« zu tun haben, ist eine infame Lüge. Schon die von Julian Huxley verfasste Grundsatzschrift der UNESCO von 1946 spricht davon, dass Eugenik wieder salonfähig gemacht werden muss. »*Das Undenkbare wenigstens wieder denkbar machen*«, nannte Huxley es damals. So muss auch die ungezügelte Massenmigration als Waffe im mittlerweile allgegenwärtigen Kampf der Kulturen verstanden werden. Dabei ist allerdings nicht die Migration selbst das Problem – denn auch die Migranten sind Opfer dieser Agenda – sondern der jeweilige Auslöser für diese Zuwanderungsströme. Die verarmten, verzweifelten,

traumatisierten, mit falschen Versprechungen gelockten und als Spaltpilz missbrauchten Menschen für die Symptome des wertwestlichen Neokolonialismus verantwortlich zu machen, greift zu kurz.



Die chaotischen Zustände auf deutschen, britischen, schwedischen und französischen Straßen sind kein Zufall, sondern gewollt. Das belegt ein Strategiepapier der Vereinten Nationen, das am 21. März 2000 publiziert wurde. Titel des Dokuments: »*Replacement Migration: Is it A Solution to Declining and Ageing Populations?*« Übersetzt: »Ersatzmigration: Ist sie eine Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen?«. Auf 177 Seiten erläutert die Studie, wie Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Japan oder Russland zurückgehende Geburtenraten durch massenhafte Zuwanderung kompensieren sollen. Auf den Seiten 32 und 33 liest man diesbezüglich:

»*Abbildung 1 zeigt einen standardisierten Vergleich der Zuwanderungsströme pro Million Einwohner (Stand: 2000). Aus diesem Vergleich geht hervor, dass im Verhältnis zur Landesgröße die Zahl der Einwanderer, die im Zeitraum 2000–2050 pro Jahr benötigt wird, um den Bestand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erhalten (Szenario IV), mit 6.500 Einwanderern auf eine Million Einwohner in Italien am höchsten ist, gefolgt von Deutschland mit 6.000 Einwanderern pro Jahr auf eine Million Einwohner. Von den in diesem Bericht untersuchten Ländern und Regionen benötigten die Vereinigten Staaten mit etwa 1.300 Einwanderern auf eine Million Einwohner die geringste Zahl von Einwanderern, um einen Rückgang ihrer Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu verhindern.*«

»*Die Zahl der Einwanderer, die notwendig ist, um ein Schrumpfen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auszugleichen, übersteigt diejenige, die einen Rückgang der Gesamtbevölkerung ausgleichen*

*würde, um ein Erhebliches. Ob solche höheren Einwanderungszahlen zu den Optionen gehören, die den Regierungen zur Verfügung stehen, hängt zum großen Teil von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des jeweiligen Landes beziehungsweise der jeweiligen Region ab.*«

Wer also annimmt, dass die Destabilisierungskriege und Raubzüge der NATO-Hegemonie nur dem Zwecke dienten, missliebige Regierungen auszutauschen und der Rohstoffe eines Landes habhaft zu werden, liegt offenkundig falsch. Wenn das wertewestliche Imperium irgendwo Demokratie abwirft, hat es dabei auch die strategischen Ziele globaler Bevölkerungskontrolle im Blick. Migration als Waffe – gerichtet gegen beide involvierten Parteien. Demnach kann man sich nur wünschen, dass die Gewaltausbrüche zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten in den verschiedenen EU-Ländern rasch ein Ende nehmen und sich die von Verzweiflung herrührende Wut beider Parteien auf das eigentliche Problem fokussiert: Die herrschende Kaste und ihr gesichtsloses Imperium supranationaler Organisationen.

Wahrlich – die Liste an staatlich organisierten, legitimierten, orchestrierten und geduldeten Gräueltaten ließe sich beliebig lange fortführen. Je nachdem, wie weit man zurückzublicken gedenkt. Viele dieser Verbrechen sind Teil der offiziellen Geschichtsschreibung. Jeder weiß es. Dennoch führt dieses Wissen um die Skrupellosigkeit eines im Kern faschistoiden Systems erstaunlicherweise bis heute nicht dazu, dass sich die Menschheit auf andere Formen des Zusammenlebens, der Verwaltung und Organisation einigt. Noch immer sehnen sich die Massen nach Führung, zentraler Steuerung und Ikonen, die ihnen ein besseres Leben versprechen. Dabei belegt die Zivilisationsgeschichte mehr als eindrücklich, dass es sich um leere Versprechen handelt, dass die Hoffnung auf den edlen Ritter, die rettende

Wahl oder eine bessere Zukunft reine Illusion ist. Der Machtapparat Staat dient nur einem einzigen Zweck – dem Erhalt des Machtapparats.



Es bedarf demnach auch keiner Diskussion um marginale Optimierungen des herrschenden Systems. Denn wer nur Symptome behandelt, wird die Ursache der Krankheit nicht eliminieren. Es bedarf der konstruktiven Debatte darüber, wie dieses System in Gänze zu ersetzen ist.

Dabei gilt es, eigene Narrative zu entwickeln. Geschichten. Vorstellungen von einer freiheitlich organisierten Zukunft. Von einem lebenswerten morgen. Für eine Zeit nach dem »*Ungeheuer*«. Wir brauchen Ideen, von denen wir nachfolgende Generationen begeistern können. Und damit ist nicht die technische Verbesserung des Smartphones oder eine neue App gemeint, sondern eine Utopie. Denn gegen etwas zu sein, ist einfach. Für etwas zu sein, dagegen nicht.

So engagieren wir uns längst nicht mehr nur für den Erhalt der Meinungsfreiheit, sondern für die Bewahrung des freien Willens. Denn was im Namen des Staates – »*im Namen des Volkes*« – und damit im Namen jener Menschen, die den Staat durch Wahl oder Duldung legitimieren, geschah, geschieht und geschehen wird, kann kein emotional gesundes Mitglied unserer Spezies wirklich wollen.

**»In die Demokratie wurden einst große Hoffnungen gesetzt. Aber Demokratie bedeutet einfach nur das Niederknüppeln des Volkes durch das Volk für das Volk.« (Oscar Wilde)**

Montagnola, am 09. August 2024

# Zerebrale Zermürbung

**Von der Schädel-OP per Faustkeil zum Nano-Hive-Mind: Seit 7.000 Jahren versucht der Mensch zu verstehen, was in seinem Kopf passiert. Je mehr er darüber erfährt, desto destruktiver geht er damit um. Denn das selbstbewusste Individuum bedroht tradierte Herrschaftsstrukturen – und wird daher mit allen Mitteln seiner Zeit bekämpft.**

»*Die Praxis sollte das Ergebnis des Nachdenkens sein, nicht umgekehrt*«, schrieb der eigenbrötlerische Hermann Hesse Mitte des letzten Jahrhunderts. Die Gegenwart gibt derweil Anlass anzunehmen, dass dieser mehr als logischen Handlungsempfehlung nur selten Folge geleistet wird. Zu chaotisch, zu dysfunktional, zu inhuman erscheint uns, was sich vor unseren Augen als Zukunft entpuppt. Manche verorten die Gründe dafür in der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, verteufeln Kapitalismus oder Sozialismus. Andere, dem Weg des geringsten Widerstands folgend, schieben die Schuld der amtierenden Regierung zu. Die Wenigsten erwägen, dass das gewalttätige Chaos dieser Tage gewollt, die mentale Überforderung der tumben Masse Programm und der »*Untergang des Abendlandes*« beschlossene Sache ist. Obgleich der Autor des gleichnamigen Werks, der antidemokratische Philosoph Oswald Spengler, bereits Anfang des 20. Jahrhunderts prognostizierte, dass der Kapitalismus die Gesellschaftsstruktur unterhöhlen und sich nach Erreichen seines Zenits gegen seine eigenen Grundlagen wenden muss. Nach Spengler werde die Herrschaft des Dritten Standes auf die des Vierten Standes

übergehen – und damit zwangsläufig auf diejenigen, »*die diese Zivilisationsmassen als Dompteure in den Dienst ihrer eigenen Machtabsichten nehmen können*«.



Besagte Dompteure haben seit jeher vor allem ein Ziel: Machterhalt. Dazu müssen die zu dressierenden Subjekte instruiert, kontrolliert und motiviert – sprich, indoktriniert, ausspioniert und tyrannisiert werden. Die demokratisch-kapitalistische Nachkriegsordnung der Postmoderne war diesbezüglich mehr als erfolgreich. Partizipationsillusion, Völkerverständigungssimulation und multimediale Propagandaschlachten haben den Plebs so weit entmündigt, ja degeneriert, dass er sich freiwillig wie freudig Herrscher wählt, anstatt nach Freiheit zu streben. Selbige assoziiert er nämlich mit Gefahr.

Doch auch das ausgeklügelste Ponzi-Schema hat eine Halbwertszeit. Wenn eine ausreichend große Anzahl von Menschen den Betrug als solchen erkennt, fällt das Kartenhaus in sich zusammen. »*Entweder es ist ein Polizeistaat – oder es gibt Aufstände*«, wie Nick Hanauer 2014 zutreffend konstatierte. An diesem Punkt zivilisationshistorischer Entwicklungen befinden wir uns. Wieder einmal. Der Polizeistaat existiert bereits. Und rüstet auf. Bringt sich in Stellung – für die Aufstände. Denn der Betrug ist offensichtlich. Die Propaganda längst dummdreist und hilflos. Selbst jene, die bislang noch an den Staat als Garant für Recht und Ordnung glaubten, wenden sich langsam ab. In entsprechenden Umfragen jagt ein Negativrekord den anderen. So gaben 69 Prozent der befragten Amerikaner im Oktober 2024 an, Regierung und Medien nicht mehr zu vertrauen. Ein historischer Höchstwert.

Und auch die vermeintlich verheißungsvollen Alternativen zum wertewestlichen Nachhaltigkeitsimperialismus – siehe BRICS – verlieren rasch an Reiz, hat man Herrschaftsdialektik erst einmal

verstanden. So zeigt schon ein Blick auf die am 23. Oktober 2024 verabschiedete Kazan Deklaration, dass die BRICS-Staaten mitnichten einen Gegenpol zum NATO-Block bilden, sondern die exakt gleichen Ziele verfolgen. Ob digitale Währungen, Biosicherheitsdoktrin, Zensur des Internets, Führungsrolle von IWF und WTO – der Wortlaut, der beim letzten BRICS-Gipfel verabschiedeten Erklärung, ist identisch mit den Agenda-2030-Pamphleten der NATO-Staaten. Es gibt keine Alternativen.

Und immer mehr Zeitgenossen werden dieser scheinbar ausweglosen Situation gewahr. Besonders der rapide wirtschaftliche Niedergang trägt seinen Teil dazu bei, dass Unmut sich auch in Bevölkerungsschichten breit macht, die Politik bislang kaum tangierte. Es brodelt auf der Straße. Der Widerstand gegen die Regierung wächst. In der Regel begegnen Herrschaftszirkel solchen Umständen mit tradierten Methoden der Gewaltherrschaft. Auf andere Art und Weise können sie sich ab einem gewissen Kulminationspunkt nicht mehr an der Macht halten. Dementsprechend blasen die Propaganda-Posaunen zum letzten Angriff. Zum Endkampf. Doch der beschränkt sich nicht mehr auf Indoktrination, Spionage und Tyrannei, es geht nicht mehr nur um die Beschneidung der Meinungsfreiheit, das Niederknüppeln und die Manipulation der Massen – das ist riskant und kostenintensiv – dieses Mal geht es um eine biosoziale Endlösung: Um die Fernsteuerung des Homo sapiens. Um das Niederringen des freien Willens.

Dementsprechend konzentrieren sich die Kampfhandlungen des anhaltenden Klassenkampfes von oben, des Krieges gegen die Spezies Mensch, nun auf ein Primärziel: Das Gehirn. Das Hauptorgan für die sensorische Informationsaufnahme. Es besteht aus circa 200 Milliarden Zellen, 86 Milliarden davon Nervenzellen. Die Länge aller Nervenbahnen eines ausgewachsenen Gehirns beläuft sich auf etwa 5,8 Millionen Kilometer. 145 mal der

Erdumfang. Das Gehirn entsteht lange vor der Geburt, ist aber im Gegensatz zu allen anderen Organen nie fertig – weil der Mensch niemals aufhört zu lernen. Das gilt auch für seine Kenntnisse in puncto Funktionsweise des Gehirns. Denn bis heute rätseln Forscher, wie das Zerebrum Bewusstsein und Ich-Empfinden zu generieren vermag.

Dabei fanden erste Untersuchungen des Organs unter der Schädeldecke bereits vor 7.000 Jahren statt. In einer Epoche, die man der jüngeren bis mittleren Steinzeit zurechnet. Archäologische Funde implizieren, dass zu jenem Zeitpunkt Trepanationen durchgeführt wurden – also das gezielte Öffnen menschlicher Schädel in Form kreisrunder Ausschnitte. Diese müssen mit Faustkeilen, Steinsägen und ähnlich rustikalem Gerät ausgeführt worden sein. Wohl dem, der zum Zeitpunkt eines solchen Eingriffs die Segnungen einer Ohnmacht genießen durfte. Funde aus dem frühen Ägypten belegen, dass unsere Vorfahren bereits vor 5.000 Jahren mit operativen Eingriffen in das Zentralnervensystem begannen – und dass etwa 70 Prozent der Probanden diesen Eingriff überlebten. Zum Teil sehr lange. Denn die Knochenfunde weisen Zeichen der Heilung auf und lassen somit auf eine erfolgreiche Anwendung der Technik schließen – wozu diese auch immer gedient haben mag. Orientiert man sich an Praktiken zentralafrikanischer Stämme, die derartige Eingriffe bis heute vornehmen, ist am wahrscheinlichsten, dass damit böse Geister aus dem Gehirn entlassen werden sollten. Diagnostiziert wurde deren Anwesenheit vermutlich in Relation zu Symptomen von Epilepsie, wo die rustikalen Eingriffe dem ein oder anderen Patienten Linderung verschafften – was dazu führte, dass sich die Operationen als probates Mittel zur Bekämpfung entsprechender Krankheitsbilder etablierten.

Das für seine Zeit erstaunlich rational strukturierte Papyrus Edwin Smith, das die Ägypter um 1.700 v. Chr. verfassten, geht

auf Schriften zurück, die bereits um 3.000 v. Chr. existierten und damit als die ältesten medizinischen Dokumente der Menschheit gelten. Von Nervenzellen ist in besagtem Papyrus allerdings nie die Rede. Erst um 500 v. Chr. identifiziert und präpariert der antike Philosoph Alkmaion von Kroton erstmals den optischen und weitere sensorische Nerven. Im byzantinischen und arabischen Kulturraum intensiviert sich die Hirnforschung ab diesem Zeitpunkt, während die Kenntnisse westeuropäischer Medizin und Hirnforschung im Mittelalter hinter das Niveau der Antike zurückfielen. In Europa fokussierte man sich auf klösterliche Heilkräuterkunde. Derweil analysierte Abu Bakr Mohammad Ibn Zakariya al-Razi alias Rhazes um 900 bereits die Anatomie des Gehirns, beschrieb sieben der zwölf Hirnnerven und 31 der aus dem Rückenmark entspringenden Spinalnerven. Bis in die Renaissance sollte die arabische Medizin das Feld der Hirnforschung dominieren und damit die Grundlagen für die moderne Neurochirurgie schaffen.

Heute arbeiten Projekte wie die 2013 von der Obama-Regierung ins Leben gerufene, mit der DARPA kooperierende und mit 500 Millionen US-Dollar Jahresbudget ausgestatte BRAIN Initiative an der Kartografierung der humanoiden Schaltzentrale – »*eine Art Human Genome Project für Neurowissenschaften*«, nannte es das Science Magazin am 22. September 2022. In der EU schickte sich parallel dazu das mit einer Milliarde an Fördermitteln gepolsterte Human Brain Project (HBP) an, das menschliche Gehirn »*nachzubauen*«. 2023 wurde das HBP allerdings eingestellt, weil es trotz fürstlichem Budget keine relevanten Ergebnisse liefern konnte. Zumindest offiziell. Denn während die amerikanische BRAIN Initiative ihre Ergebnisse – zumindest gemäß ihrer Außenkommunikation – öffentlich zur Verfügung zu stellen gedenkt, agierte das europäische Pendant eher intransparent und bietet damit allen Grund zur Annahme, dass seine Resultate an Institutionen

wie das NATO Innovation Hub, das an Methoden zur kognitiven Kriegsführung arbeitet, geliefert werden, anstatt diese der Allgemeinheit zugänglich zu machen.



Selbstredend finden dergleichen Projekte nicht nur in den USA oder Europa statt. Auch im Rest der Welt ist die jeweilige Herrschaftskaste bemüht, die Funktionsweise des menschlichen Gehirns verstehen und damit zum eigenen Vorteil nutzen zu können. So laufen – neben vielen anderen – in der Schweiz das Blue Brain Project, in Japan das Brain/MINDS Projekt und in China das China Brain Project. Bereits 1990 hatte US-Präsident George H. W. Bush die »*Dekade des Gehirns*« ausgerufen und die nationalen Gesundheitsbehörden aufgefordert, die Forschung auf diesem Feld zu intensivieren. Im Jahr 2009 lancierten 16 Abteilungen des NIH (National Institute of Health) das Human Connectome Project (HCP), dessen Ziel es war, die anatomischen und funktionalen Verbindungen des menschlichen Gehirns zu untersuchen. Und 2012 entstand mit SPAUN (Semantic Pointer Architecture Unified Network) eines der ersten artifiziellen Gehirne in Form einer Computersimulation.

Die Forschungsergebnisse dieser Projekte bringen Unternehmen wie Neuralink in die Position, nun Implantate und Mensch-Maschine-Interfaces für das Gehirn entwickeln und diese seit Mai 2023 auch am Menschen testen zu können. Die Biologie scheint sich demnach dem Kenntnisstand der Psychologie anzunähern, die schon seit knapp einem Jahrhundert ein recht fundiertes Verständnis davon hat, wie die zerebrale Zentrale unserer Spezies funktioniert – und wie sich diese zu Gunsten der Prädatorenkaste vereinnahmen lässt. Siehe Standardwerke »Public Opinion« von Walter Lippmann (1922) oder Edward Bernays' »Propaganda« (1928). Die Kommunikationsprozesse, die Lippmann und Bernays beschrieben, definierten den Operationsrahmen für Diktatoren,

Tyrannen, Despoten und vermeintlich liberale Regierungen. Sie schufen die methodischen Grundlagen zur Etablierung von Kriegsideologie, Massenkultur und Medienpolitik im 20. Jahrhundert. Die Grundlagen für Fassadendemokratie.

Als die Frontlinie des Klassenkampfes von oben noch über die Auslagen am Zeitungskiosk und die Mattscheibe im Wohnzimmer verlief, genügte diese Form der Diskursdominanz, um sich an der Macht zu halten. Im Mediazän ist dies nicht mehr der Fall. Internet und Smartphone gewähren Zugang zu Informationen abseits goutierter Herrschaftsnarrative. Freie Medien verbreiten Informationen – sprich Fakten und Kontext – die die Fundamente des Elfenbeinturmes ins Wanken bringen. Dieser Bedrohung durch unbequeme Wahrheiten begegnen die Unterdrücker der Postmoderne mit Gesetzen gegen »*Hassrede*« und der massiven Beschneidung des digitalen Raumes. Siehe aktueller Wortlaut des »*Global Digital Compact*« der Vereinten Nationen, einem weltumspannenden Zensurvorhaben ungeahnten Ausmaßes, das im September 2024 von allen UN-Mitgliedsstaaten im Rahmen des machtergreifenden »*Pakts für die Zukunft*« ratifiziert wurde.

Doch auch diese legislativen Übergriffigkeiten werden die Wahrheit in Zeiten von Blockchain und dezentralisierten Netzwerken nicht davon abhalten, sich durchzusetzen. Weder Odysee noch Nostr, Qortal, Bastyon oder Reticulum ist durch solche Zensurmaßnahmen beizukommen. Das bringt die elitären Zirkel der Supranationalisten in Zugzwang.

So setzen sie derzeit alle Hebel in Bewegung, um nicht mehr nur von außen auf das Gehirn einwirken, sondern es mit entsprechender Technologie direkt steuern zu können. Stichwort: »Hive Mind« – Schwarmbewusstsein. Ein Zustand, bei dem der Geist des Individuums mit dem Bewusstsein einer Gruppe verschmilzt,

um in Folge deren Wissen – oder Nichtwissen – Emotionen und Reaktionen zu teilen. Was einer weiß, wissen alle. Was einer fühlt, fühlen alle. Und umgekehrt.

In abgeschwächter Form kann bereits das Internet als eine Art Hive Mind verstanden werden, wie der Philosoph James Sirois 2020 in einem Beitrag für Philosophy Now ausführt. Sirois definiert das Hive Mind als »*ein Bewusstsein, das aus der Kommunikation einzelner Geister entsteht, sich jedoch von jedem seiner einzelnen Geister unterscheidet und daher nicht durch die Getrenntheit der einzelnen Geister, aus denen es besteht, definiert ist.*« In Bezug auf die Wirkung des Internets schreibt Sirois: »*Das Internet fördert und ermöglicht mehr Formen der Zusammenarbeit in größeren Gruppen und einen schnelleren, intimeren Austausch von Ideen. Dies führt uns immer weiter in Richtung eines Schwarmbewusstseins, in einem sich beschleunigenden Prozess, der keinem zentralen Plan unterliegt. Ist ein Schwarmbewusstsein also unvermeidlich? Auf jeden Fall kann man davon ausgehen, dass wir, solange uns keine Katastrophe den Strom abdreht, zunehmend unseren Sinn für Individualität verlieren werden*«.

In Bezug auf moralische Implikationen solcher Transformationsprozesse erklärt der Philosoph:

»*Was die Moral eines solch singulären Geistes angeht, können wir nur festhalten, dass ein einzelner Geist, selbst wenn er aus ehemaligen Individuen bestünde, völlig allein wäre. Er könnte moralisch rein und absolut sein. Also göttlich, wenn Sie so wollen. Vielleicht würde es aber auch bedeuten, dass Moral nicht mehr existiert, oder anwendbar ist. Bis dahin bleiben uns dieselben, alten, schwierigen Fragen über die Risiken für die Individualität und ihre Freiheiten. Ab welchem Punkt wird die gesellschaftliche Organisation tyrannisch? Was ist Freiheit überhaupt? Wie frei*

*sollten wir sein? Wie können wir moralisch sein? Und so weiter. Diese Fragen beschäftigen uns ständig, während wir gleichzeitig versuchen festzustellen, was ein Mensch wirklich ist – bis wir nicht mehr einfach nur Menschen und zum Ich des kollektiven Individuums geworden sind.*«

Auch die BBC fragte schon 2016, ob sich die Menschheit in Richtung Hive Mind entwickelt. Im Rahmen eines Beitrags vom 15. April des gleichen Jahres wies der Forscher Sugata Mitra darauf hin, dass dieser Entwicklungsprozess längst begonnen hat, das Individuum längst im Begriff ist, sich im Kollektiv aufzulösen – aber kaum jemand Notiz davon nimmt. Ein waches Auge erkennt in jedem urbanen Ballungszentrum, in jedem Supermarkt, in jeder Schule, an jedem Pseudoindividualisten, was Mitra damit meint.

Wer sich bei derartigen Vorstellungen an die Borg, eine eusoziale Gesellschaft aus dem Star-Trek-Universum, erinnert fühlt, liegt nicht ganz falsch – denn die Borg als gesichtsloser Superorganismus ohne Individuen dürften den Idealvorstellungen moderner Tech-Plutokraten recht nahe kommen. Gemäß der technokratisch-transhumanistischen Visionen eines Ray Kurzweil, Elon Musk, Eric Schmidt, Peter Thiel oder Dennis Bushnell bedeutet Singularität, dass sich der Homo sapiens in absehbarer Zukunft einer superintelligenten künstlichen Intelligenz ergibt. Dass er in ihr aufgeht. Dass das bewusste Individuum Mensch Bestandteil eines weltweit vernetzten Kollektivs wird – eines singulären Geistes. Von inhalierbarer Nanotechnologie, von Smartdust und über Mesh-Netzwerke verlinkten Gehirnimplantaten befähigt, soll sich unsere Spezies via hochfrequenter, engmaschiger 5G-, 6G- und 7G-Netzwerke in die dank Satelliten omnipräsente Cloud einloggen, um permanent mit dem Rest der Spezies sowie der faktengecheckten Plattformökonomie verbunden zu sein.

Welche Risiken die für eine verbesserte Endkundenerfahrung kaum relevante, vom US-Militär entwickelte 5G-Technologie für jede Form biologischen Lebens birgt, zeigt ein von 180 Wissenschaftlern und Medizinern veröffentlichter Aufruf an die Europäische Union vom 13. September 2017, der ein sofortiges 5G-Moratorium forderte. Auch der Journalist und Autor Derrick Broze wies in seiner am 16. Februar 2020 veröffentlichten Dokumentation »*The 5G Trojan Horse*« auf die mannigfaltigen Gefahren hin. Hervorzuheben sind dabei vor allem die gravierenden Auswirkungen hochfrequenter, elektromagnetischer Strahlungsfelder (EMF) auf Zellstrukturen, Gehirn und DNA. Die von 5G induzierten EMF begünstigen psychische Erkrankungen, neuronale Degeneration, Krebs und langfristige Schädigungen des Erbguts. Gegen 5G und seine Folgevarianten wirkt der »*Elektrosmog*« jüngerer Vergangenheit geradezu harmlos. Ungeachtet dieser Tatsachen arbeitet auch die Linux Foundation seit Februar 2021 mit der DARPA zusammen, um 5G-Netzwerke mittels Open-Source-Lösungen »*sicherer*« zu machen.

In diesem Kontext betrachtet scheint es kaum ein Zufall zu sein, dass Elon Musks Starlink-Satelliten derzeit kabelloses Internet an die entlegensten Orte der Welt bringen und sich mit Google-Cloud-Systemen sowie der Microsoft Azure Cloud verbinden. 41.915 Orbiter will Starlink insgesamt ins All schießen – plus knapp 100 vom US-Militär bestellte Starshield-Satelliten. Ein weiterer Schritt in Richtung Hive-Mind-Konnektivität ist das Internet of Things (IoT), das schon jetzt ihren Toaster mit Kühlschrank, Smartphone, Heizung, Tesla und E-Bike kommunizieren lässt. In der nächsten Ausbaustufe des Hive Mind – dem Internet of Bodies (IoB) – ist dann auch der Körper selbst mit den angedockten Maschinen verbunden. Ein kurzer Überblick der RAND Corporation zeigt, wie man sich das vorstellen muss: Künstliche Bauchspeicheldrüsen, implantierte Sensoren, Hirn-Computer-Interfaces, sensorgestützte

Kleidung, einnehmbare digitale Pillen, tragbare Neurostimulatoren, autonome Nanobots, die medizinische Aufgaben im Körper übernehmen, et cetera. Ein Albtraum.

Die gesamte zivile Infrastruktur der vierten industriellen Revolution scheint darauf ausgelegt zu sein, dem menschlichen Gehirn irreversiblen Schaden zuzufügen. Ganz neu ist dieses Vorgehen nicht. In den USA wurde schon seit Jahrzehnten das Trinkwasser mit Fluorid angereichert. Erst im September 2024 entschieden Bundesrichter im Rahmen eines aufsehenerregenden Gerichtsverfahrens, dass die Umweltbehörde (EPA) dies zu prüfen, beziehungsweise zu unterbinden hat, weil Fluorid den IQ von Kindern negativ beeinflusst. Endlich. Denn Alternativen zu gesundem Leitungswasser sind rar. Vor allem, weil diese in vielen Regionen primär in Plastikflaschen angeboten werden – und dann ebenfalls Gift in Form von Nanopartikeln enthalten, wie eine Studie Anfang 2024 erneut bestätigte. Die Konzentration der gelösten Plastikteilchen ist danach um das zehn- bis hundertfache höher als bislang vermutet. Und dass Micro-, oder Nanoplastik das Gehirn in Mitleidenschaft zieht, ist seit langem erwiesen.

Ähnlich ist die Situation beim Licht. Denn auch die gängigen Leuchtmittel schaden uns. Und Alternativen gibt es – abgesehen von Kerzen, Gas- oder Öllampen – eigentlich keine. Das in der EU ab 2009 umgesetzte Verbot herkömmlicher Glühbirnen sorgte dafür, dass wir mittlerweile ausschließlich von LED-Leuchtmitteln umgeben sind. Den ganzen Tag. Deren im blauen Wellenlängenbereich emittiertes Licht schadet nicht nur unseren Augen, sondern verursacht gemäß Studien auch »*Neurodegeneration*« und »*reduziert die allgemeine Lebenserwartung*«. Auch das auf Videoaufnahmen gut zu erkennende Flackern von LED-Beleuchtung ist gesundheitsschädlich – obwohl man es mit bloßem Auge nicht wahrnimmt. Die Frequenz des Flackerns ermüdet die Augen, kann

Kopfschmerzen und Fatigue-Symptome auslösen, das Sichtfeld einschränken und neurologische Schäden nach sich ziehen.



Unser Gehirn ist einem vernichtenden Dauerfeuer ausgesetzt. Und die gefährlichste, weil permanent im Einsatz befindliche Waffe, ist das Smartphone. Es macht uns dumm. Seit seiner Einführung im Jahr 2007 hat sich die menschliche Hirnkapazität, sprich das Arbeitsgedächtnis, messbar von 16 bis 18 Sekunden auf neun bis elf Sekunden reduziert. Man braucht kein Mathegenie zu sein, um ausrechnen zu können, was davon in 15 Jahren noch übrig ist. Die Auswirkungen sind schon jetzt verheerend – das kann jeder im Alltag um sich herum beobachten. Konzentrations- und Erinnerungsvermögen, Aufmerksamkeitsspanne, Kommunikations- und Orientierungsfähigkeit, kognitiver Leistungsabruf – allesamt rückläufig. Massiv. Die Spezies degeneriert.

Ganz so, wie es die auf Eugenik basierenden Konzepte der biodigitalen Konvergenz vorsehen. Der Mensch entwickelt sich zu einer leeren Hülle. Zu einem sinn-, halt- und gewissenlosen Mitglied des an der Starlink-Cloud saugenden Hive Mind. Und in nicht allzu ferner Zukunft wird man ihn über die Cloud fernsteuern können wie ein Modellauto. Wer annimmt, solch ein Szenario wäre unrealistisch, oder beträfe erst die Kinder seiner Enkelkinder, sollte sich vergegenwärtigen, dass bereits im Sommer 2024 diverse Artikel zum Thema Nano-Mind-Technologie erschienen sind. Anlass dafür waren Forschungsergebnisse des Institute for Basic Science (IBS) in Korea. Dort gelang es Wissenschaftlern, Versuchstiere fernzusteuern, indem man diesen zunächst Nanopartikel injizierte, um sie anschließend mit Magnetfeldern zu Reaktionen anzuregen.

Ein Artikel vom 2. August 2024 beschreibt die Versuchsreihe des IBS wie folgt:

»*Dies ist die weltweit erste Technologie, die es ermöglicht, spezifische Hirnregionen mithilfe von Magnetfeldern frei zu steuern, erklärte Jinwoo Cheon, Direktor des IBS Center for Nanomedicine und Hauptautor einer neuen Studie, die in der Fachzeitschrift Nature Nanotechnology veröffentlicht wurde.* (…) *In ihren Experimenten aktivierten die Forscher hemmende Neuronen in spezifischen Hirnregionen, um den Appetit und das Fressverhalten der Mäuse um 100 Prozent zu steigern.* (…) *In einem dritten Experiment gelang es den Forschern, Hirnregionen zu aktivieren, die für die Förderung freundlicher Verhaltensweisen verantwortlich sind. Dadurch wurden die Mäuse angeregt, sich in einem kleinen Raum, in dem sie sich vorher noch nicht begegnet waren, gut zu verstehen.*«

Die nicht öffentlichen Versuchsreihen von Geheimdiensten und Militär dürften – wie die düstere Geschichte von MKULTRA und Co. zweifelsohne nahelegt – deutlich weiter gediehen sein. Mit unethischen Methoden und Menschenversuchen hatten Regierungen bekannterweise noch nie Probleme.

In diesem Lichte betrachtet muss nicht nur der Rollout von mRNA, sa-mRNA, Nanotechnologie, Smartdust und Neuraldust, sondern vor allem der rasante Umbau ziviler Infrastruktur kritisch analysiert werden. Denn während Nanopartikel und intelligenter Staub sich durchaus unbemerkt von der Öffentlichkeit verteilen lassen, sind Einrichtungen, die deren Steuerung ermöglichen, durchaus sichtbar: Engmaschig stationierte Mobilfunkmasten, Wi-Fi-vernetzte Leuchtmittel, der neue Router im Wohnzimmer, ominös blau – weil angeblich defekt – leuchtende Straßenlampen im städtischen Raum, Smart-Devices aller Art, biometrische Überwachungseinrichtungen, Kamera- und Sendemasten an Verkehrsknotenpunkten, und so weiter. Überall um uns herum ist und wird immer mehr Infrastruktur installiert, die Strahlung erzeugt und über Netzverbindungen kompromittierbar ist.

Über derartige Infrastruktur lassen sich problemlos Strahlungsfelder erzeugen, die neurale Prozesse gezielt beeinflussen. Diese als Magnetogenetik, Optogenetik oder Radiogenetik bezeichnete Methode ist – wie die vorgängig erwähnte Versuchsreihe des IBS belegt – längst einsatzfähig. Details zu Einsatzmöglichkeiten der Magnetogenetik lassen sich zum Beispiel einem im Dezember 2015 bei Science Direct publizierten Beitrag entnehmen, der die »*nichtinvasive Aktivierung von neuralen Prozessen mittels magnetischer Rezeptoren*« beschreibt. Oder einem Preprint in der National Library of Medicine vom 25. April 2024, der sich dem Thema »*magnetogenetische Zellaktivierung durch endogenes Ferritin*« widmet.

Auf der Webseite der Rockefeller University konnte man im Dezember 2015 nachlesen, dass die »*Radiogenetik auf die Fernsteuerung von Zellen und Genen abzielt*«. Ein Auszug aus dem entsprechenden Beitrag lässt aufhorchen.

»*Neue Fernsteuerungstechnologie könnte Biologen eine leistungsfähige Möglichkeit bieten, dies mit Zellen und Genen zu tun. Ein Team an der Rockefeller University und dem Rensselaer Polytechnic Institute entwickelt ein System, mit dem biologische Ziele in lebenden Tieren ferngesteuert werden können – schnell, ohne Kabel, Implantate oder Medikamente.*

*Heute beschreibt das Team in der Zeitschrift Nature Medicine, wie es erfolgreich elektromagnetische Wellen eingesetzt hat, um die Insulinproduktion anzuregen und so den Blutzucker bei diabetischen Mäusen zu senken. Ihr System koppelt ein natürliches Eisenspeicherpartikel, Ferritin, um einen Ionenkanal namens TRPV1 zu aktivieren, sodass das Metallpartikel, wenn es einer Radiowelle oder einem Magnetfeld ausgesetzt wird, den Kanal öffnet, was zur Aktivierung eines insulinproduzierenden Gens führt. Zusammen wirken die beiden Proteine wie eine Nanomaschine, mit der die*

*Genexpression in Zellen ausgelöst werden kann.* (…) *Das neue System, Radiogenetik genannt, verwendet ein Signal, in diesem Fall niederfrequente Radiowellen, oder ein Magnetfeld, um Ferritinpartikel zu erhitzen, oder zu bewegen. Diese wiederum veranlassen die Öffnung von TRPV1, das sich in der die Zelle umgebenden Membran befindet. Calciumionen wandern dann durch den Kanal und aktivieren ein synthetisches DNA-Stück, das die Wissenschaftler entwickelt haben, um die Produktion eines nachgeschalteten Gens anzuregen, das in dieser Studie das Insulin-Gen war.*«

Ebenfalls bemerkenswert: Ein am 21. Juli 2022 bei Nature veröffentlichtes Papier hinsichtlich »*Optogenetik zur Lichtsteuerung biologischer Systeme*«. Der Abstract verdeutlicht, was sich mit dem gezielten Einsatz des Lichtspektrums bewerkstelligen lässt:

»*Es wurden optogenetische Techniken entwickelt, um die Aktivität ausgewählter Zellen in einem sehr heterogenen Gewebe durch eine Kombination aus Gentechnik und Licht steuern zu können. Bei der Optogenetik werden natürliche und künstlich erzeugte Fotorezeptoren, meist mikrobiellen Ursprungs, genetisch in die betreffenden Zellen eingebracht. Dadurch können Zellen, die von Natur aus lichtunempfindlich sind, lichtempfindlich und durch Beleuchtung adressierbar sowie zeitlich und räumlich präzise steuerbar gemacht werden. Die Selektivität der Expression und der subzellulären Zielausrichtung im Wirt wird durch die* (…) *kodierende DNA ermöglicht. Dieser leistungsstarke Ansatz ermöglicht eine präzise Charakterisierung und Manipulation zellulärer Funktionen* (…). *Die Optogenetik hat die Neurowissenschaften in den letzten 15 Jahren revolutioniert und wird voraussichtlich auch in anderen Bereichen* (…) *ähnliche Auswirkungen haben.*«

Die Lektüre dieser zum Teil knapp zehn Jahre alten Beiträge macht deutlich, dass die Fernsteuerung biologischer Organismen

mittels Strahlungsquellen bei Weitem keine Zukunftsmusik ist. Besorgniserregend erscheint in diesem Zusammenhang, dass die (wissenschaftliche) Berichterstattung zu Themen wie Smartdust, Nanotechnologie und Radiogenetik in den vergangenen Jahren stark zurückging – während sich die Forschung in diesen Bereichen fraglos intensivierte. Das gleiche gilt für die Domäne Geoengineering, obwohl gerade weiträumige Terraforming-Projekte einen idealen Multiplikator für das Ausbringen von Nanotechnologie und Smartdust darstellen.

Diese Intransparenz lässt den begründeten Verdacht aufkommen, dass die Herrschaftskaste kein Interesse daran hat, die Öffentlichkeit zeitnah über den aktuellen Stand der Entwicklungen zu informieren und berechtigte Rückfragen zu beantworten – weil »*ein Teil dieser Antworten die Bevölkerung verunsichern würde*«, wie der ehemalige Innenminister De Maizière zu sagen pflegte.

Bleibt zu hoffen, dass dennoch eine ausreichende Anzahl von Mitmenschen rechtzeitig hinterfragt, und mit Nachdruck kritisiert, was uns da als progressive Theorie verkauft wird. Denn der Übergang zur Praxis ist fließend – und bereits im Gange. Hermann Hesse sagte einst: »*Theorie ist Wissen, das nicht funktioniert. Praxis ist, wenn alles funktioniert und man weiß nicht warum.*«

Die frappierende Dysfunktionalität der Gegenwart mag Hoffnung machen, dass viele Vorhaben an der Lebensrealität des Homo sapiens und der Unfähigkeit des Apparats scheitern. Siehe Amazon Go und sein gescheitertes Konzept vom »*Smart Shopping*«. Doch selbst wenn nur die Hälfte von dem funktioniert, was die biodigitale Konvergenz in den kommenden Jahren für unsere Spezies vorsieht, bedeutet das über kurz oder lang ihr Ende.

**Montagnola, am 26. Oktober 2024**

# Die Konstante Veränderung

Ein Text, den ich bereits 2022 für das Buch »Auswandern oder Standhalten« von Ullrich Mies verfasst habe. Manch eine Information mag daher nicht mehr ganz aktuell sein – was am Grundtenor des Beitrages, den ich hiermit nun auch in meiner eigenen Publikation zur Verfügung stellen möchte, aber nichts ändert.

»*Wege entstehen dadurch, dass man sie geht*« – so einst Franz Kafka. Dass keiner der Weggefährten eine Alternativroute kennt oder ausgetretene Pfade verlassen möchte, sollte Abenteurer demnach nicht davon abbringen, neue Schneisen ins unübersichtliche Dickicht des lebensfeindlichen Labyrinths von Disruptionen, zu dem die menschliche Existenz derweil verkommen ist, zu schlagen. Schließlich herrscht zu keinem Zeitpunkt Gewissheit, was einen auf der nächsten Lichtung oder am Ende einer Exkursion erwartet – welcher Natur diese auch sein mag. Obgleich Vorurteile, Angelesenes und Berichte Dritter häufig eine gegenteilige Eigenwahrnehmung befördern.

Der erste Eindruck am Ziel ist gleichsam oft trügerischer Natur. Denn ob die Entscheidung, das angestammte Habitat zu verlassen, einen neuen Streckenabschnitt zu gehen, eine neue Scholle zu erschließen, langfristig als weise zu bewerten ist, zeigt sich schlussendlich erst auf der Zeitachse.

Zündfunke jeder Veränderung ist jedoch primär eines: Der erste und schwerste Schritt. Die Entscheidung. Diese habe ich selbst vor circa 13 Jahren getroffen. Relativ kurzfristig. Ich kehrte meiner Heimat den Rücken. Damit auch meiner Familie, meinen Freunden und meinem gewohnten Umfeld. Der Komfortzone. Zwar hatte ich zuvor bereits viel Zeit im Ausland verbracht, aufgrund privater Reisen oder Mandaten vor Ort, den Erstwohnsitz zu verlagern, ist aber selbstredend ein etwas komplexeres Unterfangen als mit übersichtlichem Administrationsaufwand ein paar Monate in Hotels oder Temporärappartements abzusteigen. Retrospektiv betrachtet, war es dennoch deutlich einfacher, als manch Zweifler mich im Vorfeld glauben machen wollte. Denn über mein selbst gewähltes Exil – die Schweiz – zirkuliert in Bezug auf das Thema Aus- und Einwandern allenthalben mehr Mythos als valide Information aus erster Hand.

**»Die gefährlichste Weltanschauung ist die Weltanschauung der Leute, die die Welt nicht angeschaut haben.«**
**(Quelle: Unbekannt)**

Nach knapp eineinhalb Jahrzehnten in der Alpenrepublik, mit Domizil in den Kantonen Bern, Zürich und Tessin sowie beruflichen Projekten im Rest der Schweiz, kann ich dahingehend hoffentlich ein wenig Abhilfe schaffen. Zunächst erscheint es mir jedoch sinnvoll, einen Kontext zu skizzieren und die Gründe für meinen Weggang aus Deutschland zu umreißen. Schließlich haben diese – im Gegensatz zu den mutmaßlich primären Beweggründen der krisengeschüttelten Leser des vorliegenden Werkes – nichts mit der deutschen Biosicherheitsdoktrin seit Proklamation der hausgemachten Corona-, Ukraine- oder Energiekrise zu tun. Mit der seit März 2020 eifrig propagierten »*Zeitenwende*« dagegen schon.

Je nachdem wo man den Initiationspunkt dieses oktroyierten Transformationsprozesses verortet – Diskurskontamination, Cancel Culture und »*Woko Haram*« haben sich schließlich nicht über Nacht etabliert –, waren Fluchtgedanken nämlich auch schon in den Jahren 2014, 2008, 2002, 2001 oder 1998 angebracht. Ältere Semester hätten gar mit Beginn der neoliberalen Privatisierungswelle in den 1970er-Jahren Reißaus nehmen können. Denn in diesem Zeitraum nahm der fiskalische Raubzug staatlich organisierter Kriminalität erst richtig Fahrt auf. Flankiert von einer Enteignungsspirale, die mit Gas-Krise und Wutwinter in Dunkeldeutschland ungeahnte Ausmaße anzunehmen droht. Ja, der Status Quo des »*New Normal*« – einer inhumanen Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild von Orwells »1984« und Huxleys »Schöne neue Welt« –, war längst antizipierbar.

»*Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt*.« (Jean-Claude Juncker, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, DER SPIEGEL, 27. Dezember 1999)

Vor diesem Hintergrund »flüchtete« ich nach der Finanzkrise des Jahres 2008 vor wirtschaftlichem Niedergang, supranationaler Technokratie und korporatistischem Neofeudalismus. Und vor einer zum Superstaat avancierenden EU. Vor einem gesichtslosen Imperium. Einem bürokratischen Monstrum. Denn dessen mehr als absehbare Metamorphose, hin zum Überwachungsstaat nach chinesischem Vorbild, treibt mich bereits seit über zwei Jahrzehnten um. Bedauerlicherweise war der nihilistische Homo consumens in den zurückliegenden Dekaden aber vornehmlich auf das fokussiert, was ihn zwischenzeitlich gänzlich zu definieren scheint – Konsum.

In dieser Geisteshaltung verfolgte die medial sedierte Gesellschaft auch systeminhärente Übergriffigkeit, ausufernden Zentralismus sowie die Krisen und Kriege unserer postfaktischen Ära. In Passivität und Lethargie. Als ginge es auf den seit der Einführung des Smartphones omnipräsenten Bildschirmen und Displays um einen zweitklassigen Thriller. Existentiell bedrohlich wirkten die zahlreichen Warnsignale offenbar auf die Wenigsten. Ob Hungersnöte, Naturkatastrophen, sozioökonomische Verwerfungen, Wirtschaftskriminalität, Korruption oder völkerrechtswidrige Militärinterventionen – derlei Unbill tangierte den wohlstandsverwahrlosten Wertewesten bislang nur peripher. Mit ein paar Alibi-Spenden an fadenscheinige NGOs (Non-Governmental Organisation) war das schlechte Gewissen besänftigt. Der schleichende Machtzuwachs des Staates schien ebenfalls nur Randgruppen zu enervieren. Das änderte sich im Laufe der vermeintlichen Pandemie. Denn die Hebel der Tyrannei setzten erstmals zu Hause an.

Manch gutgläubigem Wähler fiel es wie Schuppen von den Augen. Das von Aldous Huxley prophezeite, unsichtbare Gefängnis wurde durch das Infektionsregime plötzlich spürbar. Zumindest für jene, die sich weiterhin eigenverantwortlich bewegen wollten. Die anderen sind sich der Ketten, in die sie sich selbst gelegt haben, augenscheinlich bis heute nicht gewahr. Sie arrangieren sich mit der Umdeutung von Sprache, der Neubesetzung tradierter Werte sowie den zunehmend restriktiven Reglements im goldenen Käfig des digitalen Zeitalters. Entertainment und Soma halten sie gefügig.

Inflationäre Kulturhygiene, überhandnehmende Zensur oder die Tatsache, dass die virtuellen Echokammern hoheitlich goutierter Einheitsmeinungen immer eindimensionaler werden, hält Konformisten ebenfalls nicht davon ab, dem nackten Kaiser weiterhin mit Beifall zu huldigen. Sie wollen glauben. Sind dem klerikal aufgeladenen Kult einer radikalen Neuzeitsekte verfallen.

So ehrenhaft und loyal es manchem Häretiker anmuten mag, die Stellung in der Heimat auf Biegen und Brechen zu halten – so kräftezehrend und ineffizient gestaltet sich Widerstand, wenn das System diesem mit ermüdenden Grabenkämpfen und permanenter Gängelei die notwendigen Ressourcen raubt. In die Rolle eines Don Quijote sollte man sich nicht manövrieren lassen.

Darüber hinaus fordern sich Freiheitsdrang und Aktionismus nach meinem Dafürhalten fruchtlos heraus, wenn Opposition versucht, einem global konstituierten Digital-Totalitarismus mit Mitteln repräsentativer Demokratie auf nationaler Ebene Einhalt zu gebieten. Kein Parlament, keine Partei und keine Bürgerrechtsbewegung wird die Fassadendemokratie mit von selbiger zur Verfügung gestellten juristischen, organisatorischen oder kommunikativen Mitteln fundamental reformieren. Wenn Wahlen das könnten, wären sie verboten. Man kann das System nicht auf seinem eigenen Spielfeld, mittels von ihm selbst definierten Regeln und unter den Augen geschmierter Schiedsrichter bezwingen. Auch einen Selbstzerstörungsknopf oder Not-Aus-Schalter sucht man vergebens. Man muss das Spielfeld dysfunktionaler Organisationsstrukturen verlassen, um voranzukommen.

Das impliziert, dass man nicht zwingend in heimischen Gefilden ausharren muss, um wirksam zu sein. Au contraire. Aus einer Position der Stärke heraus, mit aufgeladenen Batterien, einem wachen Geist, Elan und einem gewissen Maß an finanzieller Autonomie kann sich intellektuelle Opposition deutlich schlagkräftiger entfalten. Und wenn man, wie in der Schweiz, nur wenige Autostunden von der alten Heimat entfernt lebt, ist Mitwirkung vor Ort ebenfalls jederzeit kurzfristig realisierbar, sollte physische Präsenz geboten sein.

Auf dem Gipfel der Corona-Krise, als auch in der liberalen Schweiz Pandemie-Maßnahmen eingeführt wurden, standen meine früheren Lebensmittelpunkte Mexiko, Südafrika, Rumänien, Portugal sowie eine Handvoll US-Bundesstaaten für einen neuerlichen Umzug zur Debatte. Zweifel an der zehn Jahre zuvor getroffenen Entscheidung griffen Raum. Wie weit wird die Schweiz bei Corona gehen?

Doch nach einiger Zeit – und temporären Aufenthalten in Südamerika – stellte sich heraus, dass mein damaliger Impuls nicht ganz falsch war. Die Alpenrepublik handhabte Corona anders als der Rest der Welt. Vergleichbar mit Schweden. Es wurde nicht nötig, ad hoc die Zeitzone zu wechseln. Schon der Sommer 2021 fühlte sich am Zürichsee wieder fast wie 2019 an. Restaurants, Läden, Fitnessstudios und Hotels waren offen und gut besucht, Zertifikate nicht von Nöten. In der Stadt tobte das Leben.

Ein Jahrzehnt früher erschien mir der Weg über die Grenze bei Basel schlicht als pragmatischste Lösung. Die Eidgenossenschaft erfüllte meine priorisierten Kriterien: Die Familie in der Heimat ist schnell und ohne Flug erreichbar, das Land ist nicht Teil des EU-Apparates, die Steuerlast ist gering, der Staat schlank, und wer arbeitet, verdient in der Regel genug, um am Monatsende noch etwas übrig zu haben. Das war in Deutschland zuvor nie der Fall. Trotz Leitungsfunktion in einem Großkonzern und Verantwortung für mehr als 20 Mitarbeiter.

Zum Vergleich: Die Steuerbelastung eines kinderlosen Arbeitnehmers mit einem Bruttogehalt von 80.000 Franken liegt, je nach Kanton, zwischen fünf und achtzehn Prozent. Inklusive Sozialabgaben, sonstiger Gebühren und obligatorischer Krankenversicherung, die hier grundsätzlich privat zu tragen ist,

belaufen sich die Gesamtabzüge vom Bruttolohn im Schnitt auf 25 bis 35 Prozent. Abhängig von Art und Höhe des Einkommens, kantonalen und gemeindespezifischen Steuerfüßen sowie dem gewünschten Deckungsumfang der individuell zu gestaltenden Versicherungen. Ergo, es bleibt recht viel übrig.

Steuern werden nicht direkt vom Salär abgezogen, sobald man fünf Jahre hier gelebt und gearbeitet hat. Dies ist nur zu Beginn der Fall, mit einer B-Bewilligung. Nach Ablauf der Fünfjahresfrist besteht die Möglichkeit, eine C-Bewilligung zu beantragen. Ist man im Besitz derselben, erhält man die Steuerrechnungen fortan kumuliert am Jahresende und kann mit dem Geld im Vorfeld Rendite generieren. Immer direkt einbehalten werden lediglich AHV und ALV, die Sozial- und Arbeitslosenversicherung. Bei einem Bruttogehalt von 5.000 Schweizer Franken im Monat entspräche das etwa 450 Franken.

Zudem – und mittlerweile vermutlich am wichtigsten – die Schweiz ist die einzige direkte Demokratie der Welt. Verfassung, Föderalismus, liberale Lebenseinstellung, Eigenverantwortung und dezentrale Strukturen sind die DNA des Schweizer Selbstverständnisses. Das hat sich speziell im Zuge der Corona-Krise als elementarer Vorteil herauskristallisiert.

Bedauerlicherweise waren aber auch in der Schweiz verschiedene Kräfte in den letzten Jahrzehnten verstärkt darum bemüht, föderale Strukturen zu unterminieren, um die Rolle des Souveräns nachhaltig zu schwächen. Bis anhin hält das basisdemokratische Bollwerk dem Beschuss aber noch in veritabler Manier Stand. Des Weiteren engagieren sich Bürgerrechtsgruppen wie das Aktionsbündnis Urkantone, MassVoll oder die Freunde der Verfassung für die Stärkung der Demokratie im Land.

Daran konnte auch der Viren-Wahn der vergangenen zweieinhalb Jahre nur wenig ändern. Zwar unterschied sich die Berichterstattung der Leitmedien kaum von jener in Deutschland – Panikmache, Propaganda-Postulate, Pharma-Marketing und Nudging-Elaborate gab es hierzulande ebenfalls en masse –, aber ein Durchregieren auf Bundesebene ist aufgrund der föderalen Strukturen schlicht unmöglich. So bleibt es bei Empfehlungen der Regierung in Bern an die Kantone. Diese reagieren darauf sehr unterschiedlich und autonom. So durfte zum Beispiel der von Bern auf landesweite Tour geschickte »*Impfbus*« in manch einer Gemeinde nicht Station machen, weil Gemeinderat und -präsident gegen die Kampagne votierten.

Weiterhin sorgte die vorgängig erwähnte Schweizer DNA dafür, dass drakonische Maßnahmen wie Ausgangssperren nicht einmal diskutiert wurden. Man appellierte grundsätzlich eher an Eigenverantwortung und Gemeinschaftssinn der Eidgenossen. Die Ansprache kritischer Stimmen blieb zumeist innerhalb der Respektsgrenzen. Statt von »*Corona-Leugnern*« sprach der Mainstream von »*Maßnahmen-Kritikern*« und »*Impf-Skeptikern*«. Immerhin. Hässliche Szenen von brutaler Polizeigewalt gegenüber friedlichen Demonstranten gab es im Gegensatz zu Deutschland kaum.

Unter Umständen hält sich der Staat auch zurück, weil die Armee der Schweiz als Milizsystem organisiert ist und der Hang zu privatem Waffenbesitz, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, prozentual sogar stärker ausgeprägt ist als in den USA.

Nun war in Bezug auf Covid-19 aber auch hier nicht alles Gold, was glänzt. Die Schweiz ist beileibe kein gallisches Dorf. Auch in der Alpenrepublik gab es zeitweise Kapazitätsbeschränkungen für Veranstaltungen oder Schließungen in Gastronomie und Handel, Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln, Home-Office, ein Covid-Gesetz und das 3G-Zertifikat samt Smartphone-App.

Bei einer Großdemonstration in Bern feuerte die Einsatzpolizei mehrere Gummigeschosse ab. Und auch der ein oder andere renitente Maskenmuffel wurde unsanft niedergerungen. Insgesamt blieben das aber Einzelfälle. Die Strenge des Covid-Regimes war stark abhängig vom jeweiligen Kanton. Bilder ähnlich willkürlicher Polizeigewalt, unverhältnismäßiger Brutalität und Despotie gegenüber friedlichen Bürgern wie man sie aus Berlin sah, gab es aus der Schweiz meines Wissens jedenfalls keine. Und auch die beiden kurzen Winter-Lockdowns waren in keinster Weise mit jenen in der Bundesrepublik vergleichbar.

Das Lebensgefühl in der Schweiz während der Corona-Krise unterschied sich von dem in Deutschland wie Tag und Nacht. Beruflich bedingt war ich auch während der exzessivsten Lockdown-Phasen praktisch jede Woche dies- und jenseits der Grenzen unterwegs. Oft mehrmals. Streckenweise war mein Fahrzeug der einzige PKW auf der gesamten Autobahn. Und ich kann mich gut daran erinnern, noch nie zuvor derart froh darüber gewesen zu sein, nicht mehr in der alten Heimat leben zu müssen.

Nach einem kurzen Revival des Covid-Narratives im Winter 2021/2022 verkündete die Schweizer Regierung im März 2022 die vollumfängliche Aufhebung aller antiviralen Maßnahmen. Das »Bundesamt für Gesundheit« (BAG) empfahl den Bürgern, die hiesige Covid-App nunmehr vom Smartphone zu deinstallieren. Bis auf den ein oder anderen Passanten mit Maske, zumeist Senioren, erinnert im Stadtbild fast nichts mehr an die angebliche »*Jahrhundert-Pandemie*«. Das war's.

Alain Berset, der seit 2012 dem »Eidgenössischen Department des Innern« (EDI) vorsteht, gab am 25. August 2022 via Twitter bekannt, dass potenzielle Covid-Wellen im Herbst/Winter 2022/2023 im Rahmen der »*ordentlichen Strukturen bewältigt*

*werden können*«. Sprich: Kein Ausnahmezustand mehr, keine Maßnahmen und keine Gängelung der Bevölkerung nach chinesischem Vorbild. Dies, während in Deutschland das Hashtag »*Maskengate*« in den Social-Media-Trends die Runde macht und die Regierung mit der aktuellen Revision des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) neue antidemokratische Übergriffigkeiten für das Spätjahr plant.

Dafür ist jetzt auch in der Schweiz – wie überall – der Ukraine-Konflikt Thema der Stunde. Die Solidaritätsbekundungen mit dem korrupten wie faschistoiden Regime in Kiew reißen auch in Bern kaum ab. Ungeachtet der Tatsache, dass es sich bei diesem Spiel mit dem Feuer an Russlands Außengrenzen um einen von langer Hand vorbereiteten Stellvertreterkrieg der Vereinigten Staaten gegen den ewigen Klassenfeind im Osten handelt.

So unterstützt die ansonsten stoisch neutrale Schweiz derzeit – zumindest partiell – den Kurs der NATO-Hegemonie – auch wenn der eine oder andere Bundesrat das verdeckte Durchsetzen der »Pax Americana« in der Ukraine seit 2014 öffentlichkeitswirksam durchschaut, manch eine Munitions- oder Waffenlieferung durch Bern blockiert wurde, russische Medien hier nicht zensiert werden und Supermärkte weiterhin russischen Vodka im Sortiment führen.

> **»Um die Lügen der Gegenwart durchzusetzen, ist es notwendig, die Wahrheiten der Vergangenheit auszulöschen.« (Eric Arthur Blair alias George Orwell)**

Preissteigerungen bei Benzin und Gas gab es in Folge der Sanktionen auch hierzulande. Allerdings fielen diese weniger drastisch aus als bei den deutschen Nachbarn. Und eine Gasumlage steht auch nicht zur Debatte.

Die Narrative des »Great Reset« werden dennoch auch am Alpenrand bespielt. Ob Covid-19, Putin, Klima-Apokalypse, Flüchtlingskrise, Totaldigitalisierung, Genderwahn oder Transhumanismus. Alles da. Das »Nudging« ist jedoch ungleich sanfter als unter den dunkelgrünen Dogmatikern in Berlin. Und viele »woke« Luftschlösser bleiben hier Makulatur. Die öffentlichen Diskurse dazu Alibi-Engagements. Denn der Konservatismus sitzt tief. So hat der Schweizer Bundesrat Ende August 2022 das Gendersternchen in jeglicher Behördenkommunikation verboten. Analog zum EU-Sanktionsregime gegen Russland – Bern macht ein bisschen mit, um international nicht aus der Reihe zu tanzen, aber nie so weit, dass der Haussegen irreparabel schief hängt.

Vor dem Einfluss internationaler Deutungseliten ist man trotzdem nicht ganz gefeit. Vor einer digitalen Zentralbankwährung (Central Bank Digital Currency, CBDC) ebenso wenig. Denn auch wenn die Schweizer Nationalbank (SNB) auf ihrer Homepage angibt, einem digitalen Franken kritisch gegenüberzustehen, arbeitet sie seit mindestens 2020 gemeinsam mit dem mächtigsten Finanzinstitut der Welt, der »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« (BIZ) – der Zentralbank der Zentralbanken in Basel – an Projekt Helvetia, einem »*Proof of Concept*« für digitales Geld und auf Blockchain-Technologie basierenden Zahlungsverkehr.

Kontrastierend verfügt die Schweiz neben dem Franken über eine Komplementärwährung, genannt WIR, herausgegeben von einer 1934 gegründeten Genossenschaftsbank. Ins Leben gerufen wurde die an den Franken gekoppelte Zweitwährung im Zuge der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er- und frühen 1930er-Jahre von der Wirtschaftsring-Genossenschaft. Bis heute beteiligen sich schweizweit über 50.000 Unternehmen an der Alternative zum Staatsgeld und bilden damit einen zusätzlichen monetären

Schutzwall, der negative Entwicklungen an den Finanzmärkten für die Marktteilnehmer im Lande abfedern könnte.



Zusätzlich existieren ganze acht Regionalwährungen in der Eidgenossenschaft. Auch der Handel mit Gold und sonstigen Edelmetallen floriert. Bis zu 15.000 Franken monatlich können bei Onlinegeschäften anonym in physische Alternativen zu Bargeld investiert werden. Bei sogenannten Tafelgeschäften existieren keine Obergrenzen. Wer eine Million flüssig machen kann, bekommt im Gegenwert Goldbarren, ohne offiziell erfasst zu werden. Und selten war die Nachfrage nach Gold (und Handfeuerwaffen) so groß, wie seit Beginn der Corona-Krise.

Zusätzlich baut die Schweiz Versorgungsengpässen durch extrem hohe Lagerbestände an Lebensmitteln, Medikamenten und Öl vor. Auch Luftschutzbunker gibt es hier wie Sand am Meer. Insgesamt stehen circa 8,6 Millionen Schutzplätze in 360.000 Personenschutzräumen und 1.700 Schutzanlagen für die Bevölkerung zur Verfügung. Bis 2012 bestand für private Hausbauten eine Schutzraumpflicht. Sprich, wer einen Neubau plante, musste einen Bunker installieren. Vor zehn Jahren wurde diese Vorschrift gelockert. Neu müssen nur noch Wohnanlagen, die mehr als 38 Zimmer umfassen, einen Luftschutzraum vorhalten. Schweizer Straßentunnel fungieren im Ernstfall ebenfalls häufig als Bunkeranlagen. Manch eine Autobahn-Röhre bietet Tausenden von Menschen Platz und ist mit der Logistik einer Kleinstadt ausgestattet.

Dass die im Jahr 1291 auf der Rütli-Wiese gegründete Eidgenossenschaft bestens auf Katastrophen aller Art vorbereitet ist, unterstreicht der Fakt, dass das Land zwei Weltkriege weitgehend unbeschadet überstanden hat. Man geht auf Nummer sicher in Heidiland.

Das ist kaum verwunderlich. Unterhalten doch die meisten für die Neuordnung der Welt verantwortlichen Entitäten, wenn nicht ihren Hauptsitz, so doch zumindest eine größere Dependance in Genf, Zürich oder Basel. Weltgesundheitsorganisation (WHO), Weltwirtschaftsforum (WEF), Globale Allianz für Vakzine und Immunisierung (GAVI), Vereinte Nationen (UN) oder Interparlamentarische Union (IPU) – um nur einige zu nennen. Neben berüchtigten Banken wie UBS, Credit Suisse, HSBC oder Bank Julius Bär haben selbstverständlich auch so illustre Unternehmen wie Google, Glencore, Astra Zeneca oder die FIFA hier eine wichtige Niederlassung. Und in Genf sind stolze 750 Nichtregierungsorganisationen tätig. In nur einer Stadt.

Historisch betrachtet war die Schweiz durch ihre strikte Neutralität stets ein sicherer Hafen für die Vermögen von Hochfinanz, Konzernoligarchie und halbseidenen Figuren. Auch in turbulenten Zeiten. Dem Bankgeheimnis sei Dank. Immerhin wohnt global betrachtet jeder zehnte Milliardär in der beschaulichen Alpenrepublik. 210.700 im Land lebende Personen weisen ein Anlagevermögen von über einer Million aus, wie swissinfo im Jahr 2010 dokumentiert. Elf Jahre später, am 04. Oktober 2021, berichtet Nau.ch, dass man ab einem Vermögen von 4,7 Millionen Franken zum reichsten Prozent gehöre. Das sind 86.000 Personen bei etwa 8,2 Millionen Einwohnern. Ab 15,4 Millionen Franken gehört man dann zum reichsten Promille der Schweiz. Die Folge: Gerade einmal drei Prozent der in der Schweiz lebenden Menschen versteuern gleich viel Einkommen wie die restlichen 97 Prozent.

Wer in der Schweiz zur Elite zählen möchte, sollte über etwa 30 Millionen Franken auf der hohen Kante verfügen. Unterhalb dieses Betrages ist man bei den exklusiven Privatbanken kein gern gesehener Gast. Ab 100 Millionen Schweizer Franken darf man sich endlich zu den Superreichen zählen. Nur in einem

Land der Welt ist die Schwelle, um zum reichsten Hundertstel der Bevölkerung zu gehören, höher als in der Schweiz: Monaco.



Aus dieser Perspektive betrachtet, zieht die Postkartenidylle des 41.285 km² Fläche umfassenden Landes auch viel Negatives an. Dunkle Flecken gibt es zuhauf in der Geschichte der Eidgenossenschaft. Zuvorderst wohl die Zusammenarbeit mit dem NS-Regime vor und während des Zweiten Weltkrieges. Hitlers Liquidität war nämlich maßgeblich abhängig von den Gold-, Devisen- und Finanztricksereien mit dem kleinen Nachbarland. Denn bis zum offiziellen Kriegseintritt der USA kam das meiste Kapital der Nazi-Diktatur von den Bankiers der Wall Street in New York. Namentlich zum Beispiel von Prescott Bush, dem Vater des ehemaligen US-Präsidenten George H. W. Bush, der seinerzeit im Vorstand der »Union Banking Corporation« (UBC) tätig war. Bis heute sollen Tonnen von nicht abgeholtem Nazi-Gold in Zürcher Tresoren schlummern.

Selbst Hitlers Rassengesetze stammen indirekt aus der Schweiz. Sie wurden von Ernst Rüdin (1874 – 1952), einem Schweizer Psychiater verfasst. Im Jahr 1934 fand in Zürich gar noch das vorletzte offizielle Treffen der internationalen Eugenik-Gesellschaft statt, deren Vorsitzender Rüdin war. Und ein anderer skrupelloser Diktator – Kim Jong-un – ging jahrelang in Zürich zur Schule.

Groteskerweise sind exakt diese haarsträubenden Umstände einer der Gründe dafür, dass man in der Schweiz auch in dunklen Phasen der Geschichte relativ unbehelligt leben kann. Denn wie das Sprichwort besagt: »*Der Hund macht sich nicht ins eigene Körbchen*«. So ist auch das Interesse der ansässigen Eliten an chaotischen Zuständen vor der eigenen Haustüre eher gering. Geschätzt werden neben den malerischen Landschaften, Alpenpanoramen, pittoresken Städten und einer einzigartigen

Infrastruktur, vor allem Diskretion, Ruhe, öffentliche Ordnung, Sicherheit, die vornehme Zurückhaltung der Schweizer sowie unzählige Möglichkeiten, viel Geld für dekadenten Luxus auszugeben. Da stören Einschränkungen aller Art und drakonische Pandemie-Maßnahmen ebenso wie Volksaufstand und ein in den Straßen marodierender Lynchmob. Die Schweiz führt nicht umsonst regelmäßig die Rangliste der Länder mit der höchsten Lebensqualität weltweit an.

Ob es moralisch verwerflich ist, sich in das Auge des Sturms zu flüchten, ins Hauptquartier des Bösen, lässt sich diskutieren. Ich argumentiere an dieser Stelle mit Selbsterhaltungstrieb und den eingangs erwähnten Ressourcen, die Opposition benötigt, um keinem permanenten »Uphill Battle« ausgesetzt zu sein.

> **»Der Faschismus sollte Korporatismus heißen, weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist.« (Benito Mussolini, ehem. Diktator Italiens, 1883–1945)**

Die Tatsache, dass die idyllische Alpen-Oase mit ihren vier Amtssprachen ein Mekka für die internationalen Finanzeliten ist, gereicht so paradoxerweise auch dem Normalbürger zum Vorteil. Ob Super Class, Banken-Konglomerate, Politprominenz, CEOs, Big Pharma, VIPs, Globalisten, Imperialisten, Despoten jeglicher Couleur oder Granden der organisierten Kriminalität – sie alle haben Geld im Bankenparadies geparkt, ihren Wohnsitz, ein Ferienhaus oder ihr Unternehmen vor Ort registriert, und bilden damit eine Art Schutzschicht gegen allzu unwirsche Zustände am Fuße der Alpen.

Nun definieren die paar Prozent am oberen Ende der Nahrungskette selbstredend nicht das alltägliche Lebensgefühl in den

Kantonen. Denn auch wenn es hier keine »Gated Communities« oder speziell gesicherte Wohnareale für die Reichen und gibt, fristen diese ihr Dasein gerne unter sich. In von Kirschlorbeer, Bäumen und Hecken umwucherten Villen, auf abgelegenen Großgrundstücken am Seeufer, Waldrand oder in den Bergen. Das urbane oder ländliche, kulturelle sowie soziale Zusammenleben gestaltet jene überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die schlicht das friedliche, respektvolle und liberale Miteinander schätzt.

So machen vor allem die Einheimischen die Schweiz zu einem lebens- und liebenswerten Ort. Egal ob in der Nachbarschaft, der Gemeinde oder im Einzelhandel, bei der Polizeikontrolle, dem Migrationsamt, der Steuerbehörde oder dem Straßenverkehrsamt – ich wurde hier noch nie schroff, pampig, respektlos oder von oben herab behandelt, wie dies in der alten Heimat oft der Fall war. Von der grassierenden Inkompetenz in Deutschland mal ganz abgesehen. Hier funktionieren die Dinge einfach. Und zwar alle.

Meinen ersten Ausländerausweis hatte ich nach weniger als zehn Minuten bei der entsprechenden Behörde in der Hand. Um meinen deutschen Führerschein in einen Schweizer Führerausweis umwandeln zu lassen, habe ich ebenfalls kaum mehr als fünf Minuten gebraucht. Gleiches gilt für die Immatrikulation eines neuen Fahrzeugs. Und wenn man bei der Finanzdirektion anruft, um sich bezüglich seiner Steuerrechnung zu erkundigen, geht tatsächlich die Person ans Telefon, die auf dem Briefkopf der Faktura genannt ist – und kann darüber hinaus binnen Minuten alle Fragen zum individuellen Fall beantworten. Ich kann mich nicht erinnern, irgendwo mehr als einmal vorstellig geworden zu sein – egal ob persönlich, am Telefon oder via E-Mail – um ein administratives Anliegen zu klären. Die Verwaltung arbeitet effizient und effektiv wie nirgends und vermittelt

einem durchweg das Gefühl, im Dienste der steuerzahlenden Bürger zu stehen.

Positiv hervorzuheben ist in der Schweiz auch die qualitativ hochwertige Nahrungsmittelversorgung. Aufgrund der traditionell starken Landwirtschaft sowie strikter Import-Gesetze stammt ein Großteil der Frischwaren in Lebensmitteleinzelhandel und Supermärkten aus regionaler Produktion. Fleisch ist teuer in der Schweiz, das ist korrekt. 1-Euro-Salami, Billig- oder Gammelfleisch aus Mastfabriken gibt es nicht. Ja, für ein Steak zahlt man deswegen im Coop oder Migros, den zwei dominierenden Discountern vor Ort, knapp zehn Franken. Im Restaurant zwischen 40 und 50. Dafür ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass das Tier ein vergleichsweise schönes Leben hatte. Das kann ein jeder bezeugen, der frühmorgens mit dem Auto durch die rurale Schweiz fährt und dabei Dörfer, Wiesen und Weiden passiert, auf denen lebensfrohe Kühe, Kälber, Ziegen, Esel oder Hühner zum Morgenspaziergang ausrücken.

Sinnbildlich dafür steht das Erzeugerlabel BIO SUISSE. Um es verwenden zu können, darf das Produkt nicht auf dem Luftweg transportiert werden. Antibiotika, Zusatzstoffe, Aromen oder gentechnisch verändertes Futtermittel sind tabu. Weiterhin ist zum Beispiel die freie Weidehaltung von Milchkühen zu garantieren. Ebenso der Erhalt der biologischen Vielfalt auf den Betriebs- und Grünflächen des Erzeugers. Allesamt Kriterien, die für das EU-Pendant EU-Bio nicht vorgeschrieben sind, was es zu einer Farce, einem Feigenblatt-Emblem macht, das mit Tierwohl nichts zu tun hat.

Den dezentralen agrarpolitischen Ansatz der Eidgenossenschaft belegt gleichsam der Umstand, dass selbstständige Bauern ihre Waren in kleinen Kontingenten bei Supermärkten ihres

Einzugsgebiets anbieten können – und diese im Sortiment den gleichen Stellenwert genießen, wie etablierte Handelsmarken. Versuchen Sie als deutscher Landwirt mal, einer Aldi-Filiale 20 Kilogramm Käse anzubieten.

Überall in der Schweiz besteht die Möglichkeit, direkt beim Erzeuger einzukaufen. Landwirte, Kleinproduzenten, Käsereien, Weingüter und Schlachtbetriebe der Region finden sich auf entsprechenden Internetportalen. Bei Hofladeli.ch lassen sich beispielsweise die Adress- und Kontaktdaten von privat geführten Höfen in der näheren Umgebung samt angebotenem Sortiment ausfindig machen. So konsumiert man als Kunde bei sorgfältiger Auswahl kaum noch Waren, die mehr als 25 Kilometer entfernt produziert wurden.

Löblich ist auch die saisonale Ausrichtung der hiesigen Supermärkte, die im Vergleich mit deutschen Discountern regelmäßig wie Feinkostläden anmuten. Gemüse wird dann offeriert, wenn es geerntet wird. Wer im Hochsommer nach Rosenkohl sucht, hat Pech.

So positiv das klingt, auch in der Schweiz steht der Bauernstand unter Druck. Man sieht sich ähnlichen Problemen ausgesetzt wie die Landwirte der EU-Mitgliedsstaaten und hat mit der Supranational-Agenda symbolpolitischer Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) zu kämpfen. Mit grün-verblendeter Ideologie und Kontrollwahn. Um derartig evidenzlosen Aktivismus geht es auch bei der »*Initiative gegen Massentierhaltung*«, welche im September 2022 zur Volksabstimmung ansteht. Denn der Tierwohl verheißende Titel des Begehrens täuscht. Der Schweizer Bauernverband unterstützt die Initiative nicht und wirbt für ein klares Nein an der Urne. Eine Annahme der Initiative schade den Landwirten, wäre kontraproduktiv und sorge in Konsequenz lediglich für höhere Preise und mehr Importe.

Verfassungsrechtlich scheint die Schweiz fürs Erste dennoch gewappnet, der anhaltenden globalistischen Machtübernahme standzuhalten. Sinnbildlich dafür: Die Verhandlungen mit Brüssel über ein EU-Rahmenabkommen, die bereits 2008 initiiert wurden und bei Annahme des autokratischen Vertragswerkes dafür gesorgt hätten, dass der europäische Gerichtshof über der lokalen Gerichtsbarkeit steht. Da die Schweizer Regierung sich nicht weiter erpressen lassen wollte, brach sie die Verhandlungen im Jahr 2021, nach über zehn Jahren, wortkarg ab.

Bis auf Weiteres ist auch nicht damit zu rechnen, dass diese wieder aufgenommen werden. Denn dem bürokratischen Monster in Brüssel stehen die Schweizer generell skeptisch gegenüber. Eine für die Annahme eines derartigen Rahmenabkommens zwingend benötigte Volksabstimmung würde »*Bundesbern*«, wie die Regierung oft etwas despektierlich betitelt wird, vermutlich eine krachende Niederlage bescheren. Nachteile hat diese Aversion gegen Einflussnahme aus Brüssel dem Alpenstaat keine gebracht. Auch wenn nach Abbruch der Konsultationen mit der EU-Kommission vor allem Grüne und Sozialdemokraten hierzulande entsprechende Schreckensszenarien an die Wand malten.

Die Schweiz hat ein sogenanntes Milizparlament, das aus zwei Kammern besteht. Dem Nationalrat mit 200 Abgeordneten und dem Ständerat mit 46 Mitgliedern. Zusammen bilden sie die Bundesversammlung, in der die National- und Ständeräte ihre Mandate nebenberuflich ausüben. Zumindest offiziell. Ein krasser Gegensatz zum Deutschen Bundestag, einem XXL-Parlament mit 736 gut bezahlten Berufsopportunisten. Die eigentliche Regierung der helvetischen Konföderation bildet der Bundesrat, der vom Parlament gewählt wird und aus sieben gleichberechtigten Mitgliedern besteht, die den Ministerien der Bundesverwaltung vorstehen. Einen Bundeskanzler gibt es nicht.

Insgesamt ein schlanker Staatsapparat, der den 26 Kantonen ein beträchtliches Maß an Autonomie zugesteht. In den sogenannten Urkantonen – Uri, Schwyz und Unterwalden – hält man bis heute am Konzept der Landsgemeinde fest, eine frühe Form von direkter Demokratie, bei der die stimmberechtigten Bürger sich an tradierten Versammlungsorten zusammenfinden, um in öffentlicher Abstimmung per Handzeichen über die Geschicke ihres Wohnortes zu entscheiden.

In vielen repräsentativen Demokratien kämpfen Menschen seit Jahrzehnten um ein derartiges Maß an Mitbestimmung, fordern mehr Elemente direkter Demokratie von ihren Regierungen. Mit mäßigem Erfolg. Vor allem in Deutschland scheuen Spitzenpolitiker das Thema wie der Teufel das Weihwasser. Geradezu verpönt scheint der Gedanke, dem Souverän mehr Rechte einzuräumen. Und wagt man es in der besten Bundesrepublik aller Zeiten, über den Weg zu einer echten Verfassung sprechen zu wollen, die das als Provisorium gedachte Grundgesetz ablöst, kann man darauf zählen, zeitnah dem rechten politischen Spektrum zugeordnet und als »*Reichsbürger*« oder Nazi diffamiert zu werden.

Dabei sind insbesondere Volksabstimmungen und basisdemokratische Organisationsformen wie die Landsgemeinde charakteristisch für eine wahr- und wehrhafte Demokratie, in der der Volkswille über korporatistischen Traktanden supranationaler Akteure steht. Umso bedauerlicher erscheint der Umstand, dass die Stimmbeteiligung bei Volksabstimmungen seit 1990 selten über 50 Prozent lag. Bei bestimmten Gesetzesvorlagen, vor allem solchen, die in der Öffentlichkeit massiv polarisierten, fanden sich mehr Stimmberechtigte an den Urnen ein. So zum Beispiel im Jahr 2020, als es um die »*maßvolle Zuwanderung*« ging. Oder auch im Juni 2021, als die Schweiz über das hiesige Covid-19-Gesetz

abstimmte und 59,6 Prozent der zur Abstimmung zugelassenen Bevölkerung ihren Stimmzettel ausfüllten.

Dem Umstand, dass die Einzigartigkeit der föderalen Struktur hierzulande einzigartig ist, sind sich wohl die meisten Eidgenossen bewusst. Das Bewusstsein, dass diese durch informierte Partizipation zu schützen ist, könnte beim Souverän allerdings ausgeprägter sein. So sind auch die sinnvollsten Referenden nicht immer vom Erfolg freiheitlicher Grundwerte gekrönt.

Daher wurden auch das umstrittene Anti-Terror-Gesetz oder das freiheitsfeindliche Covid-Gesetz bei der Abstimmung im Juni 2021 vom Stimmvolk angenommen – und räumten der Regierung in Konsequenz Sonderrechte ein, wie man sie hierzulande seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hat. Selbst ein neuerliches, von Bürgerrechtlern angestrengtes Referendum gegen dieses fatale erste Votum für ein unverhältnismäßiges Gesetz, verhalf der Vernunft bei der zweiten Wahl am 28. November 2021 nicht zum Erfolg. Schlussendlich wurde das kontroverse und für die hiesige Legislative untypische Pandemie-Gesetz ratifiziert. Zumindest wird es aber nicht, wie in Deutschland, ständig verlängert und verschärft, sondern läuft nach jüngstem Kenntnisstand mit Ende der Befristung aus.

Auf der anderen Seite gilt festzuhalten, dass jeweils über 40 Prozent der Schweizer Gesamtbevölkerung gegen das Notstandsreglement aus Bern votierten. In manch konservativem Kanton mehr als die Hälfte. Und in der Alterskohorte der unter 35-jährigen wäre das Gesetz gar abgelehnt worden. Senioren und Boomer-Generation fungierten in der Masse als Zünglein an der Waage. Davon unbeeindruckt wird derzeit ein weiteres Referendum auf den Weg gebracht, um das Covid-Gesetz ein für alle Mal zu beerdigen. Denn noch existiert es, auch wenn es nach

derzeitigem Kenntnisstand nicht mehr zur Anwendung kommen wird. 100.000 Unterschriften genügen, um eine Abstimmung auf Bundesebene zu erzwingen.



Parallel laufen Initiativen, die eine Volksabstimmung zum Austritt der Schweiz aus der WHO sowie die Sicherstellung des Erhalts von Bargeld als primärem Zahlungsmittel im Lande fordern. Um die Erfolgschancen beider Unterfangen dürfte es nach den Entwicklungen der vergangenen zweieinhalb Jahre nicht allzu schlecht stehen. In Summe bestärkt mich die Situation in der Schweiz in der Annahme, dass ein selbstbestimmtes, friedliches, naturverbundenes und glückliches Leben hier auch in den kommenden Jahren möglich sein wird.

Daher mag es sich lohnen, hier seine Zelte aufzuschlagen. Zumindest fürs Erste. Fragt sich, wie geht das? An dieser Stelle dünkt mich, es sei essenziell, zunächst mit einem gängigen Vorurteil aufzuräumen: Nein – man muss nicht reich sein, um in die Schweiz zu gehen. Als ich mich hier 2008 um einen Job bewarb, besaß ich keinerlei finanzielle Rücklagen. Dafür Motivation, Disziplin und Improvisationsvermögen.

Ich lieh mir etwas Geld. Für einen langstreckentauglichen Gebrauchtwagen sowie die Erstausstattung einer kleinen Dachgeschosswohnung, die ich nach Unterzeichnung des Arbeitsvertrages mit einem Unternehmen in Bern angemietet hatte.

Kann man ein unbefristetes Arbeitsverhältnis nachweisen, kommt man zügig an eine kleine Wohnung. Mit Arbeits- und Mietvertrag in der Tasche wird man anschließend auf dem Rathaus des neuen Wohnortes vorstellig und erhält – zumindest als EU-Bürger – unkompliziert und innerhalb von Minuten seinen Aufenthaltstitel Typ B, der zunächst auf fünf Jahre befristet ist. Wird man nicht

arbeitslos, kriminell oder fällt permanent der Sozialkasse zur Last, ist die Verlängerung des »*Ausländerausweises*« im Turnus von fünf Jahren reine Formsache.

Arbeitnehmer bis zu einem Alter von 30 Jahren bekommen von der Arbeitsagentur einen Job zugewiesen, sollten sie arbeitslos werden und das Engagement um die Stellensuche stagnieren. Das zeitigt die Folge, dass ein arbeitssuchender Bankkaufmann hier durchaus temporär im Call-Center oder Straßenbau arbeiten muss. Obwohl die Behörde natürlich versucht ist, fachfremde Beschäftigungen zu vermeiden. Faul herumlungern ist als Twen jedenfalls schwierig. So rangiert die Arbeitslosenquote in der Alpenrepublik durchschnittlich zwischen zwei und drei Prozent.

Wer mit dem Gedanken spielt, in der Schweiz Wohnsitz zu fassen, sollte sich also zunächst um ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bemühen. Das ist der einfachste Weg, wenn man nicht als Großkapitalist rübermacht. Fachkräfte und Handwerker sind immer gesucht, deutsche Arbeitsmoral und Disziplin geschätzt. Offene Stellen findet man auf diversen Webseiten. Unter anderem beim »Staatssekretariat für Wirtschaft« (SECO), auf Jobagent.ch oder Jobs.ch. Eine Unterkunft sucht man am besten über ImmoScout24 oder Homegate. Preisvergleiche sowie aktuelle Informationen zu Versicherungen und Ähnlichem und bietet Comparis. Andere Länder machen es einem deutlich schwerer, einzuwandern.

Bei allem Optimismus: Die internationale Natur des coronalen Coup d'Etat stellt den Freiheitsliebenden dieser Tage vor historisch neuartige Herausforderungen, weil der euphemistisch als »*Zeitenwende*« deklarierten, neofeudalen Ermächtigung nicht mehr durch das simple Überqueren einer Landesgrenze zu entkommen ist. Das Paradies wartet nicht mehr hinter einer Mauer im Westen. Auch in der Schweiz herrscht neoliberaler

Turbokapitalismus. Die kulturelle, politische sowie ökonomische Hegemonie von Technokraten und Endzeitsekten stellen der Vernunft verschriebene Menschen in jedem vom bösartigen Tumor neulinker Deutungshoheit durchwucherten Land vor eine Herausforderung.

Denn auch wenn Staaten nationale Interessen verfolgen, Regierungsvertreter um eine exponierte Rolle am Verhandlungstisch der multipolaren Weltordnung buhlen, Nationalstolz, Traditionen und Lokalkolorit das Leben in verschiedenen Ländern etwas unterschiedlich gestalten – dem einen, übergeordneten Konzept folgen mittlerweile alle 193 UN-Mitgliedsstaaten –, einer von Korporatismus getragenen Technokratie. Ob links, grün, liberal, konservativ oder rechts – wenn es um Macht und Geld geht, ziehen die Public-Private-Partnerships der supranational konstituierten Global Governance am gleichen Strang. An jenem, aus dem der freiheitlich organisierten Zivilgesellschaft langsam, aber sicher der Strick gedreht wird.

Derzeit unterstützt mich jedoch meine Auslandserfahrung sowie simple Stochastik in der Überzeugung, dass es um die Chancen der Schweiz, nicht allzu tief in den globalen Strudel kreativer Zerstörung, dem die Zivilisation von elitären Zirkeln derzeit ausgesetzt wird, hineinzugeraten, besser bestellt ist als für die meisten anderen Fleckchen Erde.

Nachvollziehbarerweise ist die Versuchung, an Althergebrachtem festzuhalten, groß. Loslassen immer schwer. Der Homo Sapiens leidet unter seiner intrinsischen Präferenz für Routine. Zu akzeptieren, dass die Welt nie mehr so sein wird, wie sie vor Ausrufung des »*New Normal*« war, ist schmerzhaft. Allenthalben erliegt man dem Trugschluss, dem von der herrschenden Klasse losgetretenen Transformationsprozess irgendwie entgehen, Liebgewonnenes

und Tradiertes bewahren zu können. Dem ist aber nicht so – wie speziell die makroökonomischen Entwicklungen jüngster Vergangenheit belegen. Selbst wer den nassforschen mRNA-Drückerkolonnen während der Corona-Krise standhaft die Stirn bot, wird nun spätestens durch den ökonomischen Suizid des Systems im Frühjahr und Sommer 2022 zu rapidem Umdenken gezwungen.

**»In einem wankenden Schiff fällt um, wer stillsteht und sich nicht bewegt.« (Ludwig Börne, 1786–1837)**

»*Die einzige Konstante im Leben ist die Veränderung*«, schrieb der griechische Philosoph Heraklit vor knapp 2.500 Jahren. Dieses Zitat hat bis dato kaum an Aktualität eingebüßt. Und vielleicht ist es genau jetzt an der Zeit, den Wesenskern dieses klugen Satzes zu verinnerlichen, sich auf die essenziellen Dinge des knapp bemessenen Daseins zu fokussieren – und den Moment zu leben, Carpe Diem! –, anstatt überholten Denkschablonen, starren Lebensentwürfen und plumpfüßigen Sicherheitsversprechen für einen Sankt-Nimmerleins-Tag nachzuhängen, dessen Eintrittswahrscheinlichkeit kaum jemals geringer gewesen sein dürfte.

Man sollte die Zukunft nicht voraussehen, planen oder kontrollieren wollen, sondern möglich machen.

**Montagnola, am 31. August 2022**

# Der Weg ist das Ziel



Ein kurzes Statement, das ich im November 2024 für Die Freien zum Thema Präsenz verfasst habe:

Die Frage, ob ich ein Statement zum Thema »*präsent sein*« abgeben würde, weil ich für die Außenwelt ja sehr präsent wirke, überraschte mich. Denn ich war mir dessen nicht bewusst. Warum auch? Ich bin, wer ich bin. Immer. Gedanken darüber, was andere Menschen von mir denken, mache ich mir kaum. Also habe ich mich gefragt, wie dieser Eindruck entsteht – und bin zu dem Schluss gekommen, dass ich die Antwort darauf bereits in der Einleitung des vorliegenden Statements geliefert habe: Ich bin, wer ich bin.

Mit der Person, die ich morgens im Spiegel sehe, komme ich ganz gut zurecht. Sie scheint authentisch zu sein. Und neugierig. Voller Tatendrang und Zuversicht. Dieses morgendliche Gegenüber scheint seinem Leben einen Sinn zu geben. Wer auch sonst sollte das können? So komme ich zu dem simplen Schluss, dass »*das Glück*« tatsächlich mit jenen ist, »*die sich selbst genügen*«. Denn nur wenn man eine gesunde Beziehung zu sich selbst hat, kann man auch für andere Menschen da, offen und präsent sein.

Montagnola, am 15. November 2024

# Der unsichtbare Dritte

**Während ein weiteres Jahr voller Abnormitäten sich dem Ende neigt, ist vieles, das sich im Interesse des nächsten hätte verbessern können, beim Alten geblieben. Denn Veränderungen beginnen im Kopf – und der fungiert bei einer Mehrheit der Artgenossen vor allem als Reservoir für Informationen, Gedanken und Meinungen Dritter. Dritter, die sich die psychischen Schwachstellen der Spezies Mensch gekonnt zunutze machen.**

Es war einmal die UNESCO. Diese farbenfroh-inklusiv erscheinende UN-Suborganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur. Sie wollte »*das Undenkbare wenigstens wieder denkbar machen*«. So steht es auf Seite 21 des 1946 vom ersten Generaldirektor Julian Huxley verfassten Gründungsdokuments. Gemeint war die Eugenik. Rassenlehre. Die genoss kurz nach Hitler nämlich keinen besonders guten Ruf, sollte uns nach Ansicht von Huxley und Co. jedoch schon bald in überarbeiteter Form als Humangenetik, Bioethik oder biodigitale Konvergenz wieder mit ihren Zuchtprogrammen beglücken dürfen. Mit Transhumanismus. Was Julian Huxley im Rahmen seines im wahrsten Sinne des Wortes wegweisenden Dossiers unterschlug – immerhin prägte er auch den Begriff Transhumanismus – ist die Tatsache, dass die Vereinten Nationen nicht nur »*das Undenkbare wieder denkbar machen*«, sondern auch »*das Denkbare undenkbar machen*« wollten.

Die sozialarchitektonischen Vektoren in Richtung einer homogenisierten, pflegeleichten Hominidenbrut – dem Nutzmensch – sind gepflastert mit Stolpersteinen evolutionärer, aufklärerischer Errungenschaften: Selbstbewusstsein und -erhaltungstrieb, Freiheitsdrang, Kreativität, Sozialkompetenz, Empathie, kritisches Denken. All das steht den postmodernen Variationen von Eugenik beharrlich im Weg. Niemand, der originäre Gedanken pflegt, eigene Wege geht und seine Freiheiten schätzt, möchte Teil eines mit der Cloud gekoppelten, genetisch optimierten Kollektivs seelenloser Konformisten werden. Und doch sind es die meisten schon längst. Ob sie Herrschaftsnarrative goutieren, oder Widerstand dagegen leisten – alles, was sie wahrnehmen, diskutieren, verteidigen oder ablehnen stammt aus dem Netz. Es sind limitierte, interpretierte und manipulierte Informationen aus dritter Hand.

Im besten Falle stammen sie noch aus verschiedenen Quellen und erlauben Triangulation zur Bestimmung der eigenen Position. Dazu muss man sich nämlich noch ein paar eigene Gedanken machen. Im schlimmsten Fall wurden sie von Alexa, Siri, dem Google Assistant, ChatGPT oder einem anderen Intelligenz simulierenden Digitalassistenten bereitgestellt, der nur noch eine Antwort serviert. Die richtige. Die Akzeptable. Denn genau das war stets Anspruch der Technokraten. Der langjährige Google-Chef und Bilderberg-Grande Eric Schmidt erklärte schon vor über einem Jahrzehnt, dass »*eine Vielzahl von Suchergebnissen ein Fehler und keine Funktion sind*«. Das erklärte Ziel von Google sei es, so Schmidt, nur ein einziges Suchergebnis zu präsentieren – das richtige.

Damit solch ein kommunikativer Reduktionismus nicht als Bevormundung, sondern Serviceangebot wahrgenommen wird, muss man verstehen, und steuern, wie Menschen denken. Vielleicht wollte Schmidt aus diesem Grund unbedingt mit Julian Assange über Googles Visionen für eine »*neue digitale Welt*« sprechen. Mit

jemandem, der die technischen Untiefen des Internets kennt – und sie für das Gegenteil dessen nutzt, was Google will. Am 23. Juni 2011 und auf Schmidts Betreiben kam es jedenfalls zu einem geheimen, fünfstündigen Treffen mit dem unter Hausarrest stehenden WikiLeaks-Gründer. Das Transkript dieser Konversation ist erhellend. Vor allem die zweite Hälfte lässt erahnen, wie Schmidt sich die »*neue digitale Welt*« vorstellt und warum er Ende 2019 konstatierte, dass »*Biologie die nächste Grenzverschiebung in puncto Computing ist*«.

Google wollte uns nämlich nie informieren, sondern »*programmieren*«. Das steht so wortwörtlich in internen Dokumenten des Unternehmens, die dank eines Whistleblowers am 24. Juni 2019 den Weg in die Öffentlichkeit fanden. Und wer denkt, »*programmieren*« beginne erst mit dem Neuralimplantat, dem Chip im Hirn, irrt. Google, Microsoft, Apple, YouTube, Twitter (das ich auch weiterhin so nennen werde), Amazon, Facebook, Wikipedia, Rumble, Instagram, TikTok und Co. schaffen das auch ohne. Denn ihre Algorithmen und Omnipräsenz bestimmen schon jetzt nahezu vollständig, was Menschen wahrnehmen – was sie empört, begeistert, besprechen und bekämpfen. Was nicht bei den großen Portalen, Plattformen und Apps auftaucht, existiert nicht. Ist kein Bestandteil der Realität.

Das gilt gleichermaßen für alles, was Googles Suchmaschine nicht ausspuckt. Entsprechend interessant sind die sogenannten Transparenzberichte des Unternehmens, die veranschaulichen, wie oft staatliche Stellen die Entfernung von Suchergebnissen fordern. Wobei die entsprechenden Listen wohl nur die Spitze der Spitze des Eisbergs darstellen dürften. Nicht umsonst beschäftigen sich weitere geleakte Google-Dokumente primär mit den Zusammenhängen von maschinellem Lernen und menschlicher Wahrnehmung. Mit Nudging und kognitiver Kriegsführung.

Das von der CIA gegründete Unternehmen war von Beginn an darauf ausgelegt, die Bevölkerung auszuspionieren, um sie qua Filterblasen zu manipulieren.



Was wir wahrnehmen, ist unsere Realität. Was wir nicht wahrnehmen, wird unsere Realität. Ohne, dass wir etwas dagegen unternehmen könnten. Googles Suchmaschinensegregativ schafft Wirklichkeit. Bei immer noch 91 Prozent Marktanteil ein Kinderspiel. Ganz wie US-Chefstratege Zbigniew Brzezinski es vor 54 Jahren in seinem Buch »*Between Two Ages – America's Role in the Technetronic Era*« prophezeite.

Was in Abhandlungen zu Verhaltensökonomie blasiert umrissen wird, verblüfft im Alltag durch die Effizienz seiner Profanität: Der zwangsalimentierte Erziehungsfunk repliziert das folgenlose Geschwafel von Politdarstellern, Twitter den von Technokraten kuratierten »*Bürgerjournalismus*«, Instagram Propaganda von Influencern und Facebook den Tratsch von Oma und Opa. Google präsentiert nur Ergebnisse, die dem Herrschaftsnarrativ dienen, Wikipedia gefährliches Halbwissen von Ideologen, YouTube handzahme Kommentare zum Politspektakel und Rumble die emotionalisierte Replik des vermeintlichen Widerstands. Spotify und Apple Music generieren die Playlist, Amazon schlägt vor, was zu Weihnachten gekauft, Microsoft Word, welche Worte man bei der Formulierung eines Textes meiden und der Krypto-Guru, in welche aus null und eins bestehende »*Währung*« investiert werden soll. Damit steht das Programm. Die tragenden Wände des Debattenraums. Mehr als dieses Potpourri von Second-Hand-Inhalten haben die meisten Menschen gar nicht mehr im Kopf.

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) veröffentlichte im Februar 2022 ein 46 Seiten umfassendes Papier namens »*Advancing Digital Agency*«, das sich mit der »*Macht der Datenvermittler*« befasst.

Sprich, mit der Rolle der zuvor erwähnten »*Dritten*« und der Frage, wie Externa zur Verinnerlichung am effektivsten ausgerollt werden können. Der Executive Summary lässt sich auf Seite vier entnehmen:

»*Niemand weiß (oder verfolgt), was mit seinen Daten geschieht.* (…) *Wo Menschen früher Bildschirme zum Navigieren hatten, erzeugen neue Methoden zur Erfassung von Umgebungsdaten mit ihren vielen Vorteilen Nervosität und Resignation, wenn Menschen nicht den Gesamtüberblick haben. Manchmal entscheiden sich Einzelpersonen möglicherweise gegen die Interaktion mit Technologien, die für ihr Leben von großem Nutzen wären.*

*Was aber wäre, wenn man diese Entscheidungspunkte an einen vertrauenswürdigen Agenten auslagern könnte, der im Namen einer Einzelperson oder sogar einer Gruppe handelt? Jetzt, da bildschirmlose Technologie Teil des Alltags ist, bietet sich die Gelegenheit, das Paradigma der Mensch-Technik-Interaktion zu überdenken und die Debatte neu auszurichten, um den Fokus auf Rollen und Verantwortlichkeiten jenseits der Person zu legen. Wie kann der Einsatz von Datenvermittlern Menschen dabei helfen, sich in Technologien und Datenökosystemmodellen zurechtzufinden, ohne aus den Augen zu verlieren, was es bedeutet, Mensch zu sein*?

(…) *Datenvermittler – insbesondere digitale Agenten – stellen einen neuen politischen Hebel dar, mit dem Einzelpersonen die Herausforderungen des wachsenden Datenökosystems möglicherweise meistern können. Dieser Bericht soll Licht auf eine alternative Methode der vermittelten Mensch-Technik-Interaktion werfen, bei der Daten scheinbar nahtlos von Menschen zur Technologie gelangen, und zwar auf eine menschenzentrierte und vor allem vertrauenswürdige Weise. Durch die Kommunikation gemeinsamer Anreize, den Aufbau eines guten Rufs oder die Einholung einer*

*Bestätigung durch Dritte.* (…) *Dieser Bericht untersucht die Chancen und Risiken von Datenvermittlern und insbesondere digitalen Drittagenten. Von Datentreuhändern bis hin zu vertrauenswürdigen digitalen Agenturen zeichnet der Bericht das Bild einer Welt, die Menschen und Unternehmen gegenüber einfühlsamer ist und durch die Einführung eines vertrauenswürdigen Dritten mehr Sicherheit für den Datenaustausch als Grundlage für Innovationen bietet. Entscheidend ist, dass der Bericht Handlungshebel für den öffentlichen und privaten Sektor vorschlägt, um ein zukunftssicheres digital-politisches Umfeld zu gewährleisten, das einen nahtlosen und vertrauenswürdigen Datenverkehr zwischen Menschen und der Technologie ermöglicht, die ihnen dient.*«

Technologie, die uns »*dient*«? Wer den Buzzword-Neusprech des Davoser Global-Governance-Tentakels zu decodieren weiß, kann sich vorstellen, was mit »*dienen*« gemeint ist.

Denn das Produkt sind wir – die Steuersklaven, DNA-Pools und Datenfarmen. Die Technologie sorgt lediglich für unsere zeitgemäße Versklavung. Sie ist ein maschinell-zentralistisches Monstrum, das sich an unserer Lebenszeit labt. Und die nächsten Jahre dürften darüber entscheiden, ob die Spezies Mensch vor ihrem Fortschritt kapituliert, oder die Oberhand gewinnt. Ob sie auf Generationen hinaus dazu verdammt ist, Vasall ihrer Werkzeuge zu sein, oder diese zu ihrem Vorteil einzusetzen weiß. Denn schlecht sind technische Revolutionen nicht per se. Siehe Blockchain. Lässt man sich von ihnen überrumpeln, allerdings schon.

Und genau das geschieht gerade. Während die leitmediale Deutungselite sich als Megafon moralisierender Selbstgerechtigkeit präsentiert und einer Phase kriegerischer Auseinandersetzungen mit suizidaler Sorglosigkeit entgegensieht, betätigt sich ein guter Teil der kritischen Prominenz als ebenso wirkungsvolles Sedativum für

die von Ersteren enttäuschten Massen. Denn am Ende reagiert die jeweilige Klientel auf ein und dieselbe Weise: Sie sitzt auf dem Sofa.

Die tragende Säule der transluzenten Haftanstalt, die ein Habitus lethargischer Bequemlichkeit um uns herum errichtet, ist die Einführung der digitalen Identität. Und die ist in vollem Gange. Australien hat Ende November 2024 als erstes Land der Welt ein Gesetz erlassen, dass Jugendlichen unter 16 Jahren den Zugang zu Social-Media-Portalen untersagt. In Griechenland werden ab Januar 2025 die Steuerkonten der Bürger mit ihren Social-Media Profilen verknüpft. Und während es sicherlich zu begrüßen ist, dass Kinder ihre Zeit nicht mit digitalem Nonsens verplempern, zeitigt solche Legislatur in letzter Konsequenz nichts anderes als einen Ausweiszwang fürs Internet. Die Vorstufe zum Sozialkreditsystem. Wie sonst soll man feststellen können, wer unter 16 ist? Was eine Frage der Erziehung wäre, gerät in Händen des Staates zu einem Instrument ausufernder Kontrolle.

Auch die Schweiz plant die Einführung einer E-ID – obwohl diese bei einer Volksabstimmung im März 2021 klar abgelehnt wurde. Verfügbar sein soll der digitale Pass ab 2026. Die Nutzung beruhe auf Freiwilligkeit, so die Behörden. Doch schon jetzt werden Stimmen laut, die den Einsatz der digitalen Identität beim Sammeln von Stimmen für politische Begehren fordern. Stichwort »*E-Collecting*«. Damit soll Unregelmäßigkeiten bei der Vorbereitung von Volksabstimmungen vorgebeugt werden.

Die hiesige Piratenpartei hat bereits angekündigt, ein zweites Referendum gegen den elektronischen Ausweis zu lancieren – denn er sei »*ein Wolf im Schafspelz*«. Die Eidgenossenschaft dürfte in Anbetracht einer erfolgsversprechenden Abstimmungskampagne also noch eine ganze Weile von den negativen Folgen eines solchen Überwachungsinstrumentariums verschont bleiben.

Derweil arbeiten natürlich auch Deutschland, die EU, die USA und das »*System Chief Executives Board for Coordination*« der UN an einer digitalen Identität. Denn ohne eine solche werden weder das volldigitalisierte Finanzsystem von morgen noch das Mikromanagement der Individualmobilität via $CO_2$-Emissionstracking funktionieren. Keine E-ID, kein digitaler Gulag.

Noch lassen sich solche Sachverhalte recherchieren und darstellen. Noch kann Widerstand artikuliert, organisiert und geleistet werden. Doch wenn der Heimcomputer in absehbarer Zeit keine Tastatur mehr hat, weil es nur noch Touchscreens gibt, wenn Gestik, Mimik, Sprachsteuerung und KI das Tippen und Suchen ersetzen, wenn Google nur noch das eine Ergebnis auswirft und der digitale Assistent jede noch so komplexe Frage mit unterkomplexen Monokausalitäten trivialisiert, wenn Plattformen ausgeblendet haben, was die Obrigkeit als »*Hassrede*« klassifiziert, werden die meisten Menschen gar nicht mehr wissen – und wissen können – was sie nicht wissen. Woher denn auch.

Zensur bedeutet in Zeiten der Plattformökonomie nicht, dass Webseiten gelöscht und Bücher verbrannt werden – Zensur bedeutet, dass Informationen, Artikel und Webseiten einfach nicht mehr angezeigt werden. Dass sie nicht mehr gesucht, gefunden, verlinkt oder zitiert werden können, weil sie nicht mehr Teil des digitalen Ökosystems sind. Zensur beginnt mit Orwells »*Memory Hole*«, das immer häufiger essenzielle Ressourcen wie das Internetarchiv erfasst.

Erst vor wenigen Wochen war die Webseite tagelang offline, weil sie sich einem massiven Hackerangriff ausgesetzt sah. Und auch die Wayback Machine, mit der sich die Historie von Webseiten nachvollziehen lässt, weist immer mehr Löcher auf.

So fehlen zum Beispiel alle Einträge des Twitter-Blogs für den Zeitraum vom 3. März 2019 bis zum 28. November 2023. Warum, weiß niemand. Zensur beginnt dort, wo der von Bequemlichkeit, Unwissenheit und Lethargie vereinnahmte Konsument das Internet nur noch via Plattform, Social-Media-Portal und Smartphone-App nutzt, anstatt sich mittels Browser selbst zu orientieren.

Dass genau das schon jetzt gang und gäbe ist, kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Denn obwohl viele tausend Personen meinen Konten bei Twitter, Telegram und YouTube folgen, hat sich bislang nur etwa ein Zehntel dieser Menge auf meiner Webseite für E-Mail-Updates registriert. Obwohl diese kostenlosen Mail-Updates einen direkten Link zwischen Autor und Leser etablieren und damit »*datenvermittelnde*« Dritte umgehen. Einen Link, der auch dann noch funktioniert, wenn Social-Media-Konten gesperrt oder gelöscht werden. Wäre das morgen bei mir der Fall, würde vermutlich nur ein Bruchteil meiner »*Follower*« wissen, wie er meine Webseite findet.

Die diesbezügliche Unselbstständigkeit nimmt teils groteske Formen an. Da fragen Menschen, wo man meine Texte lesen kann, während die URL meines Blogs im nur einen Klick entfernten Profil zu finden ist. Andere posten Fragen, Links oder Screenshots unter Beiträge, die nahelegen, dass sie nicht einmal gelesen haben, was sie kommentieren.

Auch eine Suchmaschine scheinen viele nicht mehr aufrufen zu können, wenn sie etwas wissen wollen. Anstatt die gewünschte Information in 30 Sekunden selbst zu recherchieren, stellen sie ihre Frage in Form eines Social-Media-Kommentars und hoffen, dass jemand sie beantwortet. Geschieht das nicht, vergessen sie nach fünf Minuten, dass sie eine Frage hatten.

Es wirkt bisweilen tragisch. Denn auch wer die seit Corona im Aufwind befindlichen neuen Medien, die »*kritischen Accounts*« und Podcaster verfolgt, macht häufig nichts anderes als der Tagesthemen-Zuschauer: Er konsumiert die Polykrise, als wäre es ein Spielfilm, den man in passiver Schockstarre über sich ergehen lässt.

Aber auch die Medienschaffenden der »*fünften Gewalt*« unterscheiden sich mithin kaum von ihren Widersachern im leitmedialen Konsenskomplex. Wenn sie nicht gerade mit der eigenen Geschichte oder Opferrolle beschäftigt sind, berichten sie über die Schicksale und Leidenswege von Kollegen. Oder über das, was der Konsenskomplex verlautbaren lässt. Auch die ein oder andere Tirade gegenüber missliebigen Konkurrenten darf nicht fehlen. Hauptsache, es bringt Klicks. Denn wer den Medienzirkus einmal zu seinem Broterwerb gemacht hat, ist abhängig davon, dass er sich auszahlt. Auch wenn es zulasten des Inhalts geht.

Kaum jemand recherchiert Fakten, macht Textarbeit, deckt auf, dokumentiert Entwicklungsprozesse, empfiehlt stichhaltige Quellen, liefert neue Themen oder zusätzliche Hintergründe. Kaum ein Format zeichnet sich durch Informationsgehalt aus oder bietet irgendeine Form von Erkenntnisgewinn. Meistens wird einfach das besprochen, kommentiert, analysiert oder eingeordnet – also wiedergekäut – was gerade durch Newsfeeds, Timelines und Trend-Charts geistert.

Eine herausragende Unart ist es, wenn die Moderatoren sich dabei nicht einmal zu schade sind, ihren Twitter-Feed einzublenden, um dann eine Stunde lang geistlos Kommentare von Kommentatoren zu kommentieren. Retorten-Radio. Informativ und intellektuell bereichernd wie die hundertfünfzigste Wiederholung eines Bud-Spencer-Streifens am Weihnachtsfeiertag. Weniger journalistische Relevanz geht kaum.

Wer also nach guten Vorsätzen für das neue Jahr sucht, könnte an exakt dieser Stelle ansetzen. Der Medienschaffende könnte sich auf die Kernaufgabe des Journalismus besinnen und die Mühe machen, zu recherchieren, um seinen Zuschauern und -hörern echten Erkenntnisgewinn zu bescheren. Das macht zwar mehr Arbeit – aber eben auch Sinn.

Und der Konsument könnte damit beginnen, die Kontrolle über seine Informationsgewinnung wiederzuerlangen, anstatt sich berieseln zu lassen wie in alten Zeiten. Zum Beispiel durch die Nutzung eines RSS-Readers, das Lesen von Primärquellen, den Boykott von Big-Tech-Plattformen oder die Anschaffung eines Smartphones mit GrapheneOS-Betriebssystem. Das macht sogar weniger Arbeit, wenn man sich erst einmal eingefuchst hat – und vor allem freier, gelassener und mental resilienter.

Grundsätzlich gilt: Wer nach Lösungen sucht, sollte bei sich selbst beginnen. Denn für die meisten Herausforderungen unserer Zeit existieren sie längst. Nur genutzt werden sie zu selten. Und das liegt nicht an den Lösungen, sondern den Konsumenten, die jeden Tag aufs Neue die Chance verstreichen lassen, es besser zu machen. Wann also wäre ein geeigneterer Zeitpunkt, um den ein oder anderen Neustart zu planen als jetzt, wo sich ein weiteres Jahr in seine letzten, kurzen Tage streckt?

So schwer, verstörend und düster viele davon gewesen sein mögen, so schön, bemerkenswert, erheiternd und licht war manch ein Moment der vergangenen zwölf Monate. Leider ist der menschliche Geist zwecks Risikominimierung evolutionär darauf ausgelegt, sich vor allem an Negatives zu erinnern. Und viel zu oft verdrängen diese unschönen, aber lehrreichen Erfahrungen die Wertschätzung für eine der simpelsten Wahrheiten des Lebens:

Das Schöne zieht seinen Reiz aus der Vergänglichkeit.

Gerade die Flüchtigkeit des Positiven macht es so wichtig, sich diese Erkenntnis zum Ablauf eines Kalenderjahres bewusst zu machen.



Denn das wertvollste, was wir Menschen im Lauf eines Lebens sammeln können, sind erhebende Momente. Wie viele wir davon anhäufen bevor unsere eigene Zeit abgelaufen ist, hängt nicht primär von äußeren Umständen, sondern unserer inneren Einstellung ab.

Eine den Wirren der Zeit angemessene Sichtweise verbirgt sich hinter einem kurzen, fast schon philosophischen Wortwechsel aus dem für den vorliegenden Text namensgebenden Hitchcock-Streifen:

**»Wollen Sie behaupten, Sie hätten Interesse für die Kunst?«**
**»Ja – für die Kunst weiterzuleben.«**

Montagnola, am 14. Dezember 2024

# Blind (Songtext)

(R) Es ist wie bei Mobb Deep: Hell on Earth.
Träume werden zerstört von der Federal Reserve.
Optimismus ist nur Mangel an Information.
Und ihr folgt dem Populismus wie der Inquisition –
zu der Denken avanciert, wenn Undenkbares passiert.
Anschläge werden lanciert und Lenkwaffen platziert.
Es sind GEMA, FEMA, Verichip und elitäre Logen,
Genmanipulation, Neocons, E.ON, VOX und Demagogen,
Nachkommen blauen Blutes,
Gazprom, Planetenkonstellationen,
Sensoren, J.P. Morgan, Commonwealth und Diktatoren,
der Big Bang, Think Tanks, Bilderberger, CFR.
Wir entbehren mehr als den Zehnt für
unsere Lehensherren.
Sie ordnen das Chaos, aktivieren Vortex-Punkte
für Mord, Sex und okkulte schwarze Orden unter Kapuzen.
Ziviler Ungehorsam. Rennes-le-Château.
Speicherplatten. Geheimwaffen. Bücher brennen lichterloh.
Der Ehre entsprechend lassen wir Schwerter sprechen,
um etwas mehr als ein Heer oder verbrannte Erde zu retten.
Statt Mindestreserven im Permafrost unter Spitzbergen,
Skripte, die verwerten, was sie wissen und nicht lehren.
Die Statur geschwächt, von Apparaturen ersetzt.
Was verdammt wollt ihr tun, wenn die Natur sich rächt?
Barcodes, Drohnen und radioaktive Zonen,
tote Christen, Buddhisten, Moslems, Juden oder Mormonen.

Wir bombardieren Klone mit in Gift getränkten Pfeilen.
Wir selbst sind unsere Gegner und haben mächtige Feinde.
Um kollektives Denken zu befreien, helfen wir Laien
und haben so viel Macht wie wir uns selbst verleihen.

(L) Es ist die globale Vermarktung totaler Versklavung.
Ramses, Cheops, Anubis, Obama, Tut Ench Amun.
Los Alamos, der Gral und Angriff der Klonkrieger,
Kinder auf Opferaltaren, satanische Loblieder
bei Bohemian Grove. Sie bieten Bolivian Coke.
Wie Orwells Farm der Tiere. Wir kopieren den Code.
Risiko, Monopoly, weil alles ein Spiel ist.
Der gläserne Mensch und RFID Chips.
Land zwischen Tigris und Euphrat gesprengt,
die Ärmsten der Armen von Weizen wie Spreu getrennt.
Ethnische Säuberung im Trend, das neue Testament,
Horus, Christis Corpus Delicti und ein Kreuz, das brennt.
Gummiknüppel, Cops, Humanität und Schutzgerüste,
die Wahrheit hart wie damals Stahl bei Krupp und Thyssen.
Verendete Vögel, verschmutzte Flüsse,
und keine Möglichkeit von dieser Kugel zu flüchten.
Blutlinien der Fürsten. Der helle Wahnsinn.
Ich suchte – und fand den Schlüssel bei Malachi Martin.
Der Pakt von Stalingrad. Attac und ANTIFA,
wenn ihr wirklich Frieden wollt,
dann macht's Mahatma Ghandi nach.

(A) Im Schutz der Dunkelheit nutze ich den Vibe und schreib'
über Ungereimtheiten und was die Zukunft weiß.
Wir nutzen Voodoo und den Geist im Rennen um die Macht,
gegen der dunklen Seite Meister. Viel zu lernen Du noch hast.
Im Epilog mit Cecil Rhodes, Lennon und Steppenwolf.
Born to be Wild. Gegen Projekt Echelon.

Sie bauen einen grauen Turm im Auge des Sturm,
verkaufen sich Medien und Predigern wie draußen Huren.
Auf Angst folgen Tumult, Wut und Hass.
Kulte, schwarze Magie, Uniformen, Bullen und Securitas,
Chemtrails, Spam-Mails und Fluor in Wasserreservoirs,
Spuren von Giftgas. Versuche unbekannter Art.
Der nukleare Winter ist da. Richter des jüngsten Gedichts.
Second Life, Grippespritzen – und ihr blickt es nicht.
Wir fördern wie Ruhrgas zu Tage was in Stupas
seit hunderten von Jahren ruht wie Mumien unter Humat.
Für Biggie, Freaky Kah, Big Pun, Dirt Dog oder Tupac.
Lost Hill MK Ultra. Mit Morsecode aus dem Gulag.

**Regenauer, Laubel, Andrasfalvy**
**(Veröffentlicht am 29.05.2009)**

# 2009 (Songtext)

(R) Es ist 2009 und ihr glaubt euch zu freuen.
Das Jahr wird zwar scheisse aber unser Sound bleibt on Point.
Vergiss die unaufgeräumten, feuchten, aussichtslosen Träume,
du erreichst nichts und niemand, außer deinen Freunden.
Uns erwarten Klassenkampf, Aufstand und Repression,
Rezession und die drohende, große Depression.
Raketen auf Palästina. Moscheen und ihre Diener.
Oben entscheiden sie über Tod und Leben wie Toto Riina.
Uns bedroht das Klima? Ziele verschwinden im Rauch.
Wir visionieren und brauchen den meditativen Rausch.
Ja, Ja – dein Shit ist dope, deine Hits sind en Vogue,
leider geht's aber in puncto Position
bald um ein bisschen Brot.
Olmat, Obama, Merkel, Brown oder Sarkozy,
ihr wollt ihnen doch glauben, denn ihr braucht die Utopie,
an grauen, miesen, vernieselten,
krisengeschüttelten und tieftraurigen Tagen wie diesen.

(L) Wir wissen nicht genug, sondern zu viel und davon wenig.
Neues Jahr, neuer Anfang. Wer nur zusieht, der erlebt nichts,
und wie im Käfig, behalten wir trotz trüber Sicht,
im Bürgerkrieg den Überblick. Wie Gott am Würfeltisch.
So lange man was unter seine Würde ist mit Füßen tritt,
ist bei uns Unruhe allererste Bürgerpflicht.
Ihr könnt sehen wer in Führung liegt,
wenn ich euch den Sound geb',

der wie Israel über seine Grenzen hinaus geht.
Yeah, das ist wie Outbreak. Die Killer sind nicht lautlos.
Schon beim Soundcheck gewinnen wir haushoch.
Pro, Test – eins, zwei. Ihr könnt mir gern glauben.
Die meisten sind zu allem fähig
aber zu nichts zu gebrauchen.
Es ist Atalanta, gegossenes Blei,
der letzte Pandabär, das Sternentor, die Zeit,
in Form von mehr Flow und Vibes.
An nährstoffreichen
Erträgen machen wir es dem Erdboden gleich.

(A) Von wegen Happy New Year. Jetzt ist Battle of the Ear.
Wir zelebrieren das Fest mit Bässen, die vibrieren
und analysieren die Psyche in vergessenen Revieren.
Wie Carl Gustav Jung. Man – wir fressen mit den Tieren.
Schattenjahre verbracht mit Avataren der Nacht.
Lyrische Intifada nach der Charta Null Acht.
Mit waberndem Bass zur Abendandacht
jagen wir Krater in den harten Sand wie Hamas und Fatah.
Egal ob für Allah mit Quassam Raketen in der Schlacht,
oder für Macht,
es geht immer um weiß und schwarz, wie beim Schach.
Vergangenheit verdrängt, Zukunft ausgeblendet.
Was bleibt, ist der Moment und der Loop des Instrumentals.
Wasser wird knapp, ist verseucht oder vergiftet,
die Menschen sind verstrahlt und UVC-belichtet.
Der letzte Späher berichtet und beschriftet.
Da uns nichts gehört, haben wir auch nichts vernichtet.

**Regenauer, Laubel, Andrasfalvy**
**(Geschrieben und aufgenommen am 31.12.2008)**

**Über den Autor**

Tom-Oliver Regenauer wurde in Süddeutschland geboren und wuchs in der Nähe von Baden-Baden auf. Schon in jungen Jahren interessierte er sich extrem für Musik, Kunst und Literatur. Animiert von der großen Musik- und Bücher-Sammlung der Eltern, begann er sich bereits als Kind für Songs und ihre Texte zu begeistern. Er schrieb kleine Artikel, Geschichten und Verse. Im Alter von fünf Jahren folgte er ersten musikalischen Ambitionen und erhielt Schlagzeugunterricht. Später brachte er sich zusätzlich etwas Violine und Gitarre bei.

Fasziniert von der Skateboard-Welle der 80er sowie den ersten nach Europa herüberschwappenden Ausläufern der global expandierenden Hip-Hop-Kultur, begann er sich als Teenager ernsthaft mit Songwriting, DJing, Graffiti, Musikproduktion und urbaner Kultur im Allgemeinen zu beschäftigen. Er gründete diverse Bands, organisierte Veranstaltungsreihen, Konzerte und Partys. Im Alter von achtzehn Jahren rief er in seiner Heimatstadt ein Tonstudio und Schallplattenlabel mit angeschlossener Event-Agentur ins Leben. In den vergangenen 20 Jahren produzierte er unter diversen Pseudonymen über 1.000 Aufnahmen. Bei vielen zeichnete er sowohl für Songwriting als auch für Arrangement, Mix und Management verantwortlich.

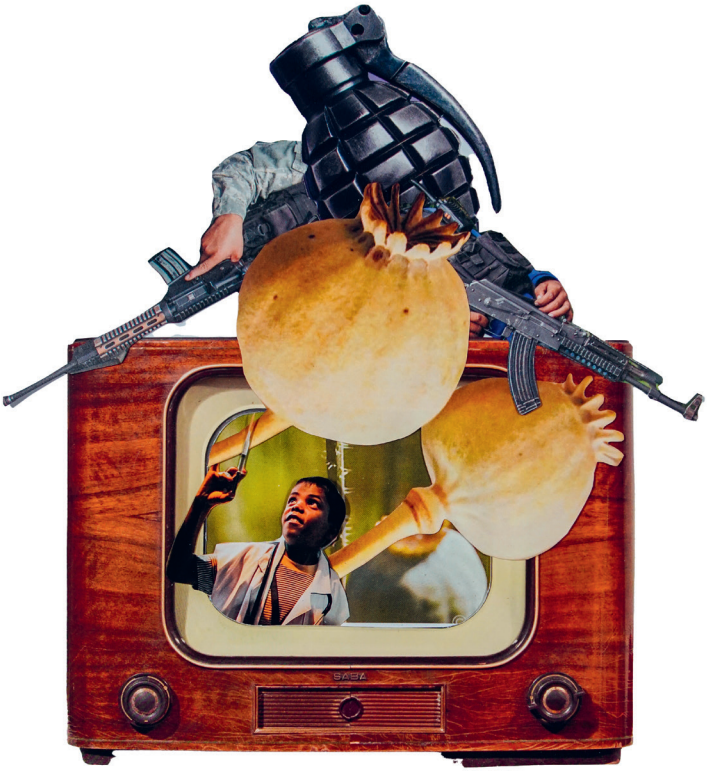
Auf unzähligen internationalen Reisen knüpfte er vielfältige Kontakte zu Musikern, Autoren, Rappern,

DJs, Produzenten und Street-Art Künstlern. Er gilt als bestens vernetzt in der internationalen Musik-Szene. Tom-Oliver Regenauer lebte unter anderem in Mexiko City, Tel Aviv, Boston, New York, Bukarest, Lissabon, Santiago de Chile, Johannesburg, Bern und Zürich.

Neue Musik-Projekte entstanden in jüngerer Vergangenheit unter anderem mit dem Wu-Tang Clan, Cee Lo Green (Goodie Mob, Gnarls Barkley), Pharrell Williams, Young Thug, Craig G (Juice Crew), Snoop Dogg oder Daz Dillinger (Dogg Pound). Für »Viva con Agua«, eine global tätige Non-Profit Organisation, produzierte er Anfang 2020 den Kampagnen-Song #waterisahumanright. Das renommierte Musikmagazin »laut.de« verglich seinen Sound im Rahmen eines Künstlerportraits mit dem von Produzenten wie Pete Rock, RZA oder DJ Premier.

Parallel zu seinen Unternehmungen im Bereich Musik, Literatur und Kunst war der Autor nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig. Unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie als internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Im Jahr 2009 fasste er Hauptwohnsitz in der Schweiz. Zunächst in Bern, dann in Zürich. Dort gründete er 2015 eine Agentur für Management- und Kommunikationsberatung. Seit 2021 lebt er im Tessin.

Im gleichen Jahr publizierte Regenauer sein erstes Buch mit dem Titel »wortsport & schrift-verkehr« – gefolgt von »Der Elefant im Raum« im Februar 2022 und den Independent-Bestsellern »Homo Demens« und »Truman Show« in den Jahren 2023 und 2024. Auf seiner Homepage stellt er regelmäßig und kostenlos Texte, Kommentare, Essays und multimediale Inhalte zu einer Fülle von Themen zur Verfügung. (rp)

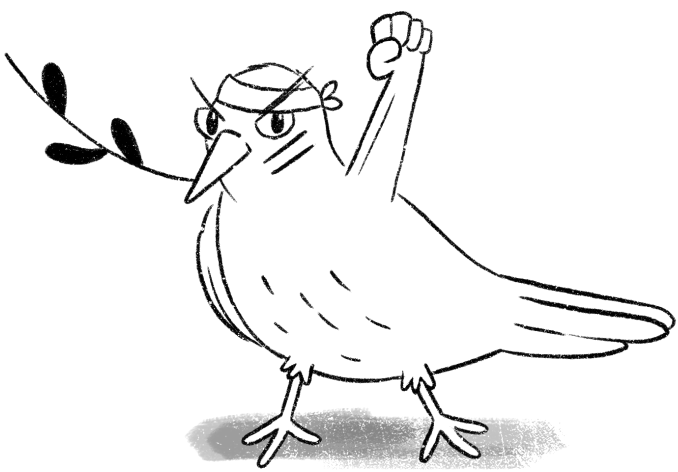

SABA

www.regenauer.press

**Wer die Hoffnung als das erkannt hat,**
**was sie ist, kann damit beginnen, seine Träume zu leben.**

Da draußen tobt der Wahnsinn. Die Polykrise. Observationsökonomie. Chaos und Krieg. Als Steigbügelhalter für das finale Kapitel eines transgenerationalen Klassenkampfes. Der Homo demens spielt mit suizidaler Unbekümmertheit die ihm zugedachte Rolle als irrlichternder Kamikaze-Pilot, der sich in Rage auf das eigene Schiff zu stürzen gedenkt. Der »Pakt für die Zukunft« ist geschlossen – und die verheißungsvolle Weite des Horizonts einem persistent milchigen Grau gewichen. Gewaltmärsche durch das klaustrophobisierende »Défilé« des digitalen Gulag strangulieren jeden freien Gedanken. Kognitive Kriegsführung, Stakeholder-Kapitalismus, Cloward-Piven und die digitalisierte Sozialarchitektonik liefern der Parasitärkaste die gewünschten Ergebnisse. Ob eID, digitales Geld, Vollzeitüberwachung, algorithmisierte Zensur, Dekarbonisierungsprogramme, Enteignungslegislatur, Geofencing-Gewahrsam, Nanobots oder Frequenzfelder zu deren Kalibrierung – alles einsatzbereit. Das an der Cloud angedockte »Hive Mind« in Sicht. Die Revolution von oben war bis dato also ziemlich erfolgreich. Nur Max Mustermann weiß noch nichts von seinem Glück – denn er schwelgt im Rausch. Auf Hopium.

Mit dem dritten Band seiner Reihe »Texte zu Zeitenwende, Technokratie und Korporatismus« liefert Tom-Oliver Regenauer erneut eine Sammlung fundiert recherchierter, gut belegter Essays, die auch dort den roten Faden organisierter Kriminalität erkennen lassen, wo er auf den ersten Blick nicht auszumachen ist.



tredition GmbH|tredition.com
www.regenauer.press